



Monatsbericht April 2018

70. Jahrgang
Nr. 4

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
20. April 2018, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte.....	9
Zahlungsbilanz	11
■ Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung	13
<i>Die Lohnentwicklung und Knappheiten am Arbeitsmarkt aus Sicht der Beveridge-Kurve</i>	20
<i>Die Lohnentwicklung in Deutschland in einem verallgemeinerten Lohn-Phillips-Kurven-Zusammenhang</i>	23
■ Das deutsche Auslandsvermögen: neue statistische Konzepte und Ergebnisse seit der Finanzkrise	29
<i>Neue Indizes der Wechselkurseffekte im Auslandsvermögensstatus</i>	36
■ Aktuelle regulatorische Entwicklungen im Zahlungsverkehr sowie in der Wertpapier- und Derivateabwicklung	43
<i>Starke Kundenauthentifizierung</i>	55
■ Die Maastricht-Schulden: methodische Grundlagen sowie die Ermittlung und Entwicklung in Deutschland	59
<i>Zu den Unterschieden zwischen dem Defizit und der Veränderung des Schuldenstands (Deficit-Debt-Adjustments)</i>	68

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken.....	20•
Mindestreserven.....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt.....	50•
Finanzierungsrechnung.....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58•
Konjunkturlage in Deutschland.....	66•
Außenwirtschaft.....	75•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank.....	85•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

■ Kurzberichte

■ Konjunkturlage

Grundtendenzen

Im Winterquartal geringere BIP-Wachstumsrate als in Vorquartalen zu erwarten

Die Hochkonjunktur der deutschen Wirtschaft hält an, auch wenn die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im ersten Vierteljahr 2018 spürbar niedriger ausgefallen sein könnte als in den Vorquartalen. Entgegen den bisherigen Erwartungen dürfte das Verarbeitende Gewerbe allenfalls geringfügig zur gesamtwirtschaftlichen Expansion beigetragen haben. Die Industrieproduktion ging im Februar stark zurück, und außerdem wurden die Angaben für den Januar nach unten revidiert. Mit Blick auf die niedrige Erzeugung im Februar dürften die Streiks in der Metall- und Elektroindustrie sowie die ungewöhnlich starke Grippewelle eine Rolle gespielt haben. Letztere wird wohl auch die wirtschaftliche Aktivität in anderen Branchen gedämpft haben. Im Einklang mit dem Produktionsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe mussten die deutschen Unternehmen im Februar auch einen empfindlichen Rücksetzer bei ihren Exportgeschäften verkraften. Die Auftragslage in der Industrie ist aber nach wie vor sehr gut, und auch im Baugewerbe mangelt es nicht an neuen Aufträgen. Die jüngste Aufwärtsrevision der statistischen Angaben zur Bauproduktion stützt das Bild einer an der Kapazitätsgrenze befindlichen Branche.

Industrie

Kräftige Delle in der industriellen Erzeugung im Februar

Die Erzeugung in der deutschen Industrie sank im Februar 2018 kräftig. Zu dem Rückgang um saisonbereinigt 2% gegenüber dem Vormonat dürften die Streiks in der Metall- und Elektroindustrie sowie die in diesem Jahr besonders starke Grippewelle beigetragen haben. Im Januar fiel die Wirkung dieser Sondereffekte noch verhalten aus, und im Durchschnitt der Monate Januar und Februar ging die Industrieproduktion mit ¼% gegenüber dem vierten

Quartal 2017 deutlich weniger zurück. Nach Branchen aufgegliedert hatten vor allem die deutschen Maschinenbauer herbe Produktionseinschnitte zu verkraften. Auch die Ausbringung von Datenverarbeitungsgeräten sowie von elektronischen und optischen Erzeugnissen gab kräftig nach. Im Einklang damit sank die Produktion von Investitionsgütern insgesamt am stärksten (– ¾%). Die Vorleistungsgüterhersteller konnten das hohe Produktionsniveau des letzten Vorjahresquartals ebenfalls nicht halten (– ½%), während erheblich mehr Konsumgüter erzeugt wurden (+ 1½%).

Der industrielle Auftragseingang stieg im Februar 2018 saisonbereinigt im Vormonatsvergleich leicht an (+ ¼%). Im Mittel der Monate Januar und Februar lag der Orderzufluss jedoch erheblich unter dem Vorquartalsstand (– 1½%). In regionaler Betrachtung wirkte vor allem die rückläufige Nachfrage aus dem Inland und aus Drittstaaten außerhalb der Europäischen Währungsunion dämpfend. Für Auftrieb sorgte hingegen die lebhaftere konjunkturelle Entwicklung im Euroraum, aus dem beträchtlich mehr neue Bestellungen eingingen. Der Blick auf die einzelnen Branchen zeigt, dass vor allem in den Auftragsbüchern von Vorleistungsgüterherstellern weniger neue Orders zu vermelden waren (– 2½%). Ferner sahen sich auch die Produzenten von Investitionsgütern einem gedämpften Kaufinteresse gegenüber (– 1¼%). Der Orderzufluss im Konsumgütergewerbe konnte hingegen den hohen Stand des letzten Quartals des Vorjahres halten. Insgesamt ist der jüngste Rückgang der Auftragseingänge in der deutschen Industrie vor dem Hintergrund des ausgesprochen umfangreichen Bestellvolumens gegen Ende des Jahres 2017 zu sehen. So lag der Auftragsbestand in der Industrie im Februar klar über dem Wert für das vierte Quartal 2017. Die Auftragslage ist daher nach wie vor als sehr günstig zu bewerten.

Auftragseingang nur geringfügig zugenommen

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen)			
	Industrie; 2015 = 100			2010 = 100
	insgesamt	davon:		Bauhaupt- gewerbe
Inland		Ausland		
2017 2. Vj.	105,7	104,9	106,3	129,9
3. Vj.	108,1	105,9	109,8	127,7
4. Vj.	111,9	107,3	115,4	140,7
Dez.	114,0	107,8	118,7	157,1
2018 Jan.	110,0	105,3	113,6	137,0
Febr.	110,3	103,8	115,2	...
Produktion; 2015 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Bau- gewerbe
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2017 2. Vj.	104,1	104,1	104,3	109,8
3. Vj.	105,7	105,8	106,0	109,3
4. Vj.	106,9	107,4	107,2	109,9
Dez.	107,7	108,5	108,2	109,4
2018 Jan.	107,6	107,1	108,0	112,4
Febr.	105,5	106,4	104,7	109,9
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2017 2. Vj.	318,48	257,86	60,62	59,52
3. Vj.	320,57	258,57	62,00	68,24
4. Vj.	330,04	265,94	64,10	70,90
Dez.	111,49	89,70	21,79	24,80
2018 Jan.	110,99	89,50	21,49	25,96
Febr.	107,48	88,31	19,17	22,38
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
Anzahl in 1 000				
2017 3. Vj.	44 365	744	2 522	5,7
4. Vj.	44 517	770	2 466	5,5
2018 1. Vj.	...	783	2 393	5,4
Jan.	44 645	782	2 415	5,4
Febr.	44 690	784	2 392	5,4
März	...	784	2 373	5,3
Preise				
	Einfuhr- preise	Erzeu- ger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Harmo- nisierte Ver- braucher- preise
2010 = 100				2015 = 100
2017 3. Vj.	100,3	104,9	117,5	102,2
4. Vj.	102,2	105,7	118,4	102,7
2018 1. Vj.	...	106,3	120,4	103,1
Jan.	102,7	106,4	.	103,0
Febr.	102,1	106,2	.	103,1
März	...	106,3	.	103,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Die Umsätze in der Industrie folgten im Februar 2018 der industriellen Erzeugung und gingen saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat kräftig zurück (– 2%). Im Mittel von Januar und Februar fiel der Rückgang gegenüber dem letzten Vierteljahr 2017 mit ¼% deutlich geringer aus. Regional gesehen war ein starkes Minus in den Ländern außerhalb des Euro-Währungsgebiets für das verhaltene Gesamtergebnis ausschlaggebend. Hier schlug vor allem der rückläufige Kfz-Absatz kräftig zu Buche. Die Verkäufe im Inland sowie im Euroraum legten hingegen weiter spürbar zu. Mit Blick auf die Wirtschaftszweige gingen die Umsätze breitflächig zurück, denn der Absatz von Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern sank in ähnlicher Größenordnung. Im Einklang damit gaben die nominalen Ausfuhren im Februar saisonbereinigt gegenüber dem Vormonatsstand beträchtlich nach (– 3¼%). Damit lagen sie im Durchschnitt von Januar und Februar deutlich unter dem Niveau des vierten Quartals 2017 (– ¾%). Preisbereinigt war die Abwärtsbewegung mit 1% sogar noch etwas stärker. Im Vergleich zu den Exporten verringerten sich die nominalen Einfuhren im Februar gegenüber dem Vormonat deutlich weniger (– 1¼%). Im Mittel von Januar und Februar ergab sich damit gegenüber dem Vorquartal noch ein leichtes Plus (+ ¼%), das allerdings allein auf höhere Preise zurückging.

Industrieumsätze und Exporte im Februar eingebrochen

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe gab im Februar 2018 gegenüber dem Vormonat stark nach. Der Rückgang um saisonbereinigt 2¼% ist allerdings vor dem Hintergrund der für diesen Zeitraum überdurchschnittlich kalten Witterung sowie einer deutlichen Aufwärtsrevision der Vormonatszahlen zu sehen. Damit ergab sich im Mittel von Januar und Februar ein beträchtlicher Zuwachs der Bautätigkeit gegenüber dem letzten Quartal des Vorjahres (+ 1¼%). Die Aktivität im Ausbaugewerbe (+ 1¾%) weitete sich dabei etwas stärker aus als im Bauhauptgewerbe (+ ¾%). Ferner deuten auch andere Konjunk-

Bauboom hält an

turindikatoren darauf hin, dass der Bauboom in Deutschland anhält. So sank zwar der Auftrags-
eingang im Bauhauptgewerbe im Januar – bis
dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem
Durchschnitt des äußerst starken Jahresschluss-
quartals 2017 ganz erheblich. Gleichwohl lag
das Ordervolumen klar über dem Mittel des
dritten Quartals 2017. Die Zunahme der Preise
für Bauleistungen verstärkte sich nach dem
Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes
weiter und erreichte im Februar 4,2% gegen-
über dem Vorjahr.

gehörige Quote verminderte sich um 0,1 Pro-
zentpunkte auf nunmehr 5,3%. Damit waren
204 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet
als noch im März 2017. Die gesamte Unter-
beschäftigung verringerte sich sogar noch
etwas stärker, da auch die Zahl der Personen in
arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen allmählich
sank. Die Komponente Arbeitslosigkeit des
Arbeitsmarktbarometers des IAB erhöhte sich
im März ein wenig und lässt für die nächsten
drei Monate eine weiter sinkende Arbeitslosig-
keit erwarten.

Arbeitsmarkt

*Erwerbstätigkeit
weiter gestie-
gen; positive,
aber nicht
weiter verbes-
serte Aussichten*

Der Umfang der Erwerbstätigkeit wuchs im
Februar 2018 stark an, wenngleich in etwas ge-
ringerem Maß als in den drei Monaten zuvor.
Die Beschäftigung insgesamt erhöhte sich in
saisonbereinigter Rechnung um 45 000 Per-
sonen gegenüber dem Vormonat. Innerhalb der
letzten 12 Monate betrug der Zuwachs 618 000
Personen beziehungsweise 1,4%. Getragen
wurde die Ausweitung der gesamten Erwerbs-
tätigkeit wie zuvor von der kräftigen Zunahme
sozialversicherungspflichtiger Stellen, von de-
nen es im Januar 2018 sogar 762 000 mehr gab
als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Selbständi-
gen und der ausschließlich geringfügig Beschäf-
tigten ging im 12-Monatsvergleich dagegen
jeweils deutlich zurück, wenngleich sich die
Abwärtsbewegung bei letzteren vorerst ver-
langsamte. Die Frühindikatoren der Arbeits-
nachfrage, wie der Stellenindex BA-X der Bun-
desagentur für Arbeit und das Arbeitsmarkt-
barometer Beschäftigung des Instituts für
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sind
alle weiter auf ausgesprochen hohem Niveau,
aber insgesamt nicht mehr gestiegen. Das ifo
Beschäftigungsbarometer hat sich sogar spür-
bar verringert.

*Registrierte
Arbeitslosigkeit
erheblich
gesunken*

Die Arbeitslosigkeit ging im März 2018 gegen-
über dem Vormonat saisonbereinigt deutlich
zurück. Bei der Bundesagentur für Arbeit waren
2,37 Millionen Personen arbeitslos gemeldet,
19 000 weniger als noch im Februar. Die zu-

Preise

Die Rohölnotierungen verharrten im März 2018
zunächst lange auf dem niedrigeren Niveau
von Ende Februar. Vor allem aufgrund geopoliti-
scher Unsicherheiten stiegen sie zur Monats-
mitte jedoch beträchtlich an. Im Durchschnitt
wurde der Stand des Vormonats um 1,6% über-
schritten. In der ersten Aprilhälfte zogen die
Notierungen weiter erheblich an. Zum Ab-
schluss dieses Berichts notierte das Fass Brent
bei 74 US-\$. Der Abschlag für zukünftige Roh-
öllieferungen betrug bei Bezug in sechs Mona-
ten 2¾ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten
5¾ US-\$.

*Rohölnotierun-
gen kräftig
gestiegen*

Im Februar 2018 gaben die Einfuhrpreise vor
allem wegen der Energiekomponente deutlich
nach. Aber auch ohne Energie gerechnet wirkte
sich die vorangegangene Aufwertung des Euro
weiter preissenkend aus. Im Inlandsabsatz, für
den bereits Angaben zum März vorliegen,
blieben die Preise dagegen mit und ohne Ener-
gie weitgehend stabil. Der Vorjahresabstand
drehte sich zuletzt bei den Einfuhrpreisen ins
Negative (–0,6%) und verharrte bei den ge-
werblichen Erzeugerpreisen um +2,0%.

*Einfuhrpreise
rückläufig,
Erzeugerpreise
im Inlandsabsatz
stabil*

Die Verbraucherpreise (HVPI) stiegen im März
2018 saisonbereinigt nicht weiter an. Eine
etwas stärkere Verteuerung bei Dienstleistun-
gen und eine moderate Aufwärtsdynamik bei
Mieten wurden durch fallende Preise für Ener-
gie und andere Industriegüter ausgeglichen. Die

*Verbraucher-
preise im März
unverändert*

Preise für Nahrungsmittel blieben weitgehend konstant. Die Vorjahresrate erhöhte sich auch wegen des kräftigen Rückgangs der Nahrungsmittelpreise im März 2017 von +1,2% auf +1,5% (VPI +1,6%, nach +1,4%). Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet, verminderte sich die entsprechende Rate von +1,4% auf +1,3%. Dabei überlagerten ein negativer Basis-effekt bei Industriegütern ohne Energie und deren Preisrückgang im laufenden Monat die preissteigernden Auswirkungen des frühen Ostertermins auf die Dienstleistungen.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunal финанzen

2017 nochmals kräftig gestiegener Überschuss bei deutlichem Einnahmewachstum

Die kommunalen Kern- und Extrahaushalte erzielten nach einem erneut sehr guten Schlussquartal im Jahr 2017 einen Überschuss von 10½ Mrd €. Damit wurde das bereits günstige Vorjahresergebnis verdoppelt. Die Gesamteinnahmen legten weiterhin deutlich um 4½% zu (11½ Mrd €). Den größten Beitrag hierzu lieferte das Mehraufkommen von 6 Mrd € bei den Steuern (+7%), das besonders von den Einkommensteueranteilen getragen wurde. Aber auch die Gewerbesteuererträge sowie die Umsatzsteuermittel (infolge der Abtretung von 1 Mrd € durch den Bund) stiegen spürbar. Aus den Zuweisungen der Länder resultierte ein Einnahmewachstum um 2½ Mrd € (+3%). Dabei nahmen einerseits die Schlüsselzuweisungen im Rahmen der kommunalen Finanzausgleichssysteme und die auch zum Ausgleich von Flüchtlingsbelastungen aufgestockte Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten der ArbeitslosengeldII-Beziehenden um je 1½ Mrd € zu. Doch kam es andererseits insbesondere bei den Erstattungen – wohl nicht zuletzt im Zusammenhang mit rückläufigen Asylbewerberzahlen – zu einem merklichen Rückgang. Die Einnahmen aus Gebühren wuchsen mit 6% (1½ Mrd €) erneut kräftig, nicht zuletzt weil im ersten Halbjahr noch eine Erweiterung des Berichtskreises in Nordrhein-Westfalen nachwirkte.²⁾

Bei den Ausgaben blieb der Anstieg mit 2½% (6 Mrd €) insgesamt deutlich verhaltener. In diesem Tempo wuchs auch der laufende Sachaufwand (um 1½ Mrd €). Die Personalausgaben legten hingegen recht stark um 4½% (3 Mrd €) zu, was rechnerisch nur etwa zur Hälfte auf die zweite Stufe der allgemeinen Tarifierhebung zum Februar 2017 zurückzuführen ist. Für soziale Leistungen wurde indes etwas weniger aufgewendet. Vor dem Hintergrund eines deutlichen Zuwachses anerkannter Schutzrechte für die zugewanderten Flüchtlinge kam es hier zwar zu einem deutlichen Plus der Unterkunftskosten bei Bezug von (bundesfinanziertem) ArbeitslosengeldII (+6% oder ½ Mrd €), die vor Anerkennung von Schutzrechten gewährten Asylbewerberleistungen gingen allerdings insgesamt erheblich stärker zurück (–34% oder –2 Mrd €). Die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen – trotz gewisser Entlastungen durch die Leistungsausweitungen der sozialen Pflegeversicherung im letzten Jahr³⁾ – weiter merklich (+3% oder 1 Mrd €). Bei den Sachinvestitionen stand dank einer dynamischen Entwicklung im Schlussquartal ein Zuwachs um 3½% (1 Mrd €) zu Buche. Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben vor allem für den Erwerb von Grundvermögen und beweglichen Anlagegütern. Im gewichtigsten Teilbereich der Bauinvestitionen gingen sie dagegen leicht zurück, wobei die Entwicklung länderspezifisch sehr unterschiedlich ausfiel.

Ausgabenentwicklung nicht zuletzt dank stark rückläufiger Asylbewerberleistungen gedämpfter

Ab dem laufenden Jahr werden die Gemeindehaushalte durch ein dauerhaftes Paket des Bundes um zusätzlich 2½ Mrd € entlastet. Außerdem werden weiter merkliche Zuwächse bei den sonstigen Einnahmen aus Steuern und Län-

Mittelfristig weiter günstige Finanzperspektive

1 In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal umfassend dargestellt. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

2 Im dritten Quartal 2016 wurden weitere Extrahaushalte in den Berichtskreis der Kassenstatistik aufgenommen. Hierdurch wurden noch Einnahmen- und Ausgabenwachstumsraten im ersten Halbjahr 2017 nach oben verzerrt.

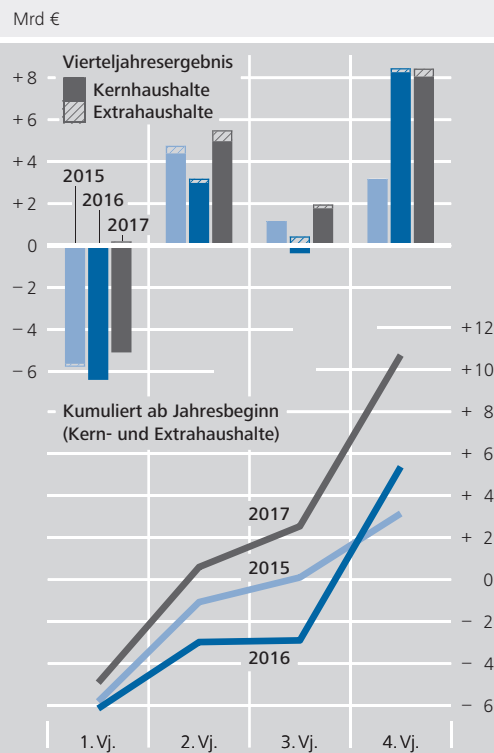
3 Vgl. zu den Auswirkungen dort: Deutsche Bundesbank, Kurzberichte, Monatsbericht, März 2018, S. 11.

derzuweisungen erwartet. Im Vergleich dazu dürften Belastungen etwa aus der ausgehandelten Tarifvereinbarung für die kommunalen Kern- und Extrahaushalte weniger stark zu Buche schlagen. Insgesamt sollten somit auch noch Mittel für eine deutliche Ausweitung der kommunalen Sachinvestitionen zur Verfügung stehen, ohne dass damit die Überschüsse vollständig abgebaut würden. Mittelfristig schlagen zudem weitere Entlastungen etwa durch auslaufende Sonderumlagen bei der Gewerbesteuer zu Buche. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar mit seinem jüngsten Urteil die Grundsteuer in ihrer derzeitigen Form für verfassungswidrig erklärt, aber im Vergleich zu anderen Entscheidungen lange Übergangsfristen zur Weiteranwendung des bisherigen Rechts zugestanden.⁴⁾ Damit sollte es möglich sein, einen Ausfall dieser wichtigen Einnahmenquelle zu verhindern. Insgesamt sind die Perspektiven für die Gemeindehaushalte somit günstig, und es sollten vielfach Haushaltsspielräume vorhanden sein.

Schulden 2017 merklich zurückgeführt mit Abbau von Kassenkrediten in besonders betroffenen Ländern

Da die Gemeinden mit einem guten Teil ihrer Überschüsse Rücklagen aufstockten, blieb der Schuldenrückgang deutlich hinter dem Kassenüberschuss zurück. Verglichen mit dem Stand zum Jahresende 2016 nahmen die Gemeindefschulden aber merklich um 6 Mrd € auf 142½ Mrd € ab.⁵⁾ Dabei wurden reguläre Kredite und Wertpapierschulden um 1½ Mrd € auf 98½ Mrd € zurückgeführt. Der Bestand an Kassenkrediten sank stärker um 4½ Mrd € auf 43½ Mrd €. Eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung mit solchen eigentlich nur zum Überbrücken von kurzfristigen Liquiditätsengpässen vorgesehenen Krediten ist ein guter Indikator für eine angespannte Finanzlage. Bei einer länderweisen Betrachtung übertreffen die Werte für das Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen das bundesweite Ergebnis seit einigen Jahren erheblich. Dass auf die Gemeinden dieser vier Länder per saldo fast der gesamte Rückgang der Kassenkredite entfiel, deutet darauf hin, dass auch hier nunmehr merkliche Sanierungsfortschritte erzielt wurden.

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte



Quelle: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Die Bruttoemissionen am deutschen Rentenmarkt lagen im Februar 2018 mit 99,4 Mrd € leicht über dem Wert des Vormonats (96,2 Mrd €). Nach Abzug der gegenüber dem Vormonat niedrigeren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten stieg der Umlauf heimischer Rentenwerte um 5,3 Mrd €. Ausländische Schuldverschreibungen wurden für netto 0,4 Mrd € am deutschen Markt untergebracht. Im

Schwacher Nettoabsatz am deutschen Rentenmarkt

⁴ Ohne Neuregelung darf das bisherige Recht bis Ende des Jahres 2019 angewendet werden. Nach einer gesetzlichen Neufassung verlängert sich die Übergangszeit um weitere fünf Jahre und damit längstens bis zum Jahresende 2024.

⁵ Schulden gegenüber allen Kreditgebern außer anderen Kommunen und Zweckverbänden. Für das Jahr 2017 wurde noch auf die vorläufige Vierteljahresstatistik zurückgegriffen, deren Berichtskreis grundsätzlich dem der Jahresstatistik 2016 angeglichen ist.

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2017	2018	
	Februar	Januar	Februar
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 2,2	- 2,3	5,3
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	12,4	1,2	12,7
Anleihen der öffentlichen Hand	- 16,3	- 4,0	- 9,5
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	5,5	17,1	0,4
Erwerb			
Inländer	20,9	19,7	1,8
Kreditinstitute ³⁾	- 5,0	1,2	- 5,0
Deutsche Bundesbank	16,7	6,1	5,7
Übrige Sektoren ⁴⁾	9,3	12,4	1,1
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	5,6	- 0,6	0,4
Ausländer ²⁾	- 17,6	- 4,9	3,8
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	3,3	14,8	5,7

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Die öffentliche Hand verringerte im Berichtsmonat ihren Bestand an Rentenmarktverbindlichkeiten dagegen um netto 9,5 Mrd €, nach 4,0 Mrd € im Monat zuvor. Dies war im Ergebnis überwiegend auf die Länder und Gemeinden zurückzuführen, welche Wertpapiere für per saldo 8,0 Mrd € tilgten. Der Bund tilgte vor allem fünfjährige Bundesobligationen in Höhe von netto 13,7 Mrd €. Dem standen Nettoemissionen von zweijährigen Schatzanweisungen (5,9 Mrd €) sowie von zehn- und 30-jährigen Anleihen (3,8 Mrd € bzw. 1,7 Mrd €) und unverzinslichen Bubills (1,0 Mrd €) gegenüber.

Gesunkene Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand

Auf der Erwerberseite trat im Februar insbesondere die Bundesbank in Erscheinung, die – vor allem im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems – Schuldverschreibungen für netto 5,7 Mrd € auf ihre Bilanz nahm. Gebietsfremde Investoren und inländische Nichtbanken erwarben Rentenwerte für per saldo 3,8 Mrd € beziehungsweise 1,1 Mrd €. Heimische Kreditinstitute veräußerten hingegen Schuldverschreibungen für netto 5,0 Mrd €.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Ergebnis nahm damit der Umlauf von Schuldverschreibungen in Deutschland um 5,7 Mrd € zu.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die Kreditinstitute emittierten im Berichtsmonat Schuldverschreibungen für netto 12,7 Mrd €, nach 1,2 Mrd € im vorangegangenen Monat. Dies war im Ergebnis fast ausschließlich auf Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute zurückzuführen, deren Umlauf um 10,4 Mrd € anstieg. In geringerem Umfang wurden auch Sonstige Bankschuldverschreibungen (1,7 Mrd €), Hypothekendarlehen (0,5 Mrd €) und Öffentliche Darlehen (0,1 Mrd €) netto begeben.

Nettoemissionen der Unternehmen

Inländische Unternehmen erhöhten im Februar ihre Kapitalmarktverschuldung per saldo um 2,1 Mrd €, nach 0,5 Mrd € im Monat davor. Dabei wurden vor allem Papiere mit einer Laufzeit von über einem Jahr emittiert (1,1 Mrd €).

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmonat junge Aktien für 1,1 Mrd € begeben. Im gleichen Zeitraum stieg der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland um 14,0 Mrd €. Unter den Erwerbern dominierten im Februar inländische Nichtbanken, die Aktien für netto 19,2 Mrd € erwarben. Hingegen veräußerten hiesige Kreditinstitute sowie gebietsfremde Investoren Dividendenpapiere für per saldo 3,7 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd €.

Nettoemissionen am deutschen Aktienmarkt

Investmentfonds

Den inländischen Investmentfonds flossen im Februar mit 8,6 Mrd € weniger neue Mittel als im Monat davor (15,0 Mrd €). Die Gelder kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (6,8 Mrd €). Unter den Anlageklassen verzeichneten vor

Deutsche Investmentfonds verzeichnen schwache Mittelzuflüsse

allem Aktienfonds Mittelzuflüsse (2,3 Mrd €), aber auch Dachfonds (1,7 Mrd €), Gemischte Wertpapierfonds (1,6 Mrd €), Offene Immobilienfonds (1,3 Mrd €) und Rentenfonds (1,0 Mrd €) akquirierten neue Mittel. Hingegen verringerte sich das Volumen ausländischer Fondsanteile am deutschen Markt im Februar um 1,4 Mrd €. Erworben wurden Investmentfondsanteile im Ergebnis ausschließlich von inländischen Nichtbanken (7,3 Mrd €). Hiesige Kreditinstitute und ausländische Anleger waren dagegen im Ergebnis kaum am Markt aktiv.

Zahlungsbilanz

*Leistungsbilanz-
überschuss leicht
gestiegen*

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Februar 2018 einen Überschuss von 20,7 Mrd €. Das Ergebnis lag um 0,4 Mrd € über dem Niveau des Vormonats. Ursächlich dafür war, dass die Zunahme des Aktivsaldos im Warenhandel den Rückgang des Aktivsaldos im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen, leicht überwog.

*Aktivsaldo im
Warenhandel
ausgeweitet*

Der Überschuss im Warenhandel weitete sich im Vormonatsvergleich um 1,5 Mrd € auf 19,8 Mrd € im Berichtsmontat aus. Dabei gaben die Warenimporte stärker als die Warenexporte nach.

*Überschuss
bei den
„unsichtbaren“
Leistungs-
transaktionen
zurückgegangen*

Der Positivsaldo bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen sank im Februar um 1,1 Mrd € auf 0,9 Mrd €. Ausschlaggebend dafür war, dass die Verschlechterung des Saldos bei den Primäreinkommen die Saldenverbesserung in der Dienstleistungsbilanz überkompensierte. Die Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen verminderten sich um 1,9 Mrd € auf 5,7 Mrd €, wobei im Wesentlichen höhere Dividendenzahlungen für Wertpapierengagements Gebietsfremder eine Rolle spielten. Zudem stieg das Defizit bei den Sekundäreinkommen leicht um 0,3 Mrd € auf 5,4 Mrd €. Dagegen wies die Dienstleistungsbilanz im Februar einen Überschuss von 0,7 Mrd € auf, nach einem Negativ-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2017	2018	
	Febr.	Jan.	Febr. ^{P)}
I. Leistungsbilanz	+ 23,4	+ 20,3	+ 20,7
1. Warenhandel ¹⁾	+ 22,3	+ 18,3	+ 19,8
Ausfuhr (fob)	101,3	106,4	103,7
Einfuhr (fob)	79,0	88,1	83,8
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 19,8	+ 17,3	+ 18,4
Ausfuhr (fob)	102,3	107,1	104,7
Einfuhr (cif)	82,4	89,8	86,3
2. Dienstleistungen ³⁾	- 0,6	- 0,5	+ 0,7
Einnahmen	19,4	21,5	20,9
Ausgaben	19,9	22,0	20,3
3. Primäreinkommen	+ 6,3	+ 7,6	+ 5,7
Einnahmen	17,4	15,9	16,1
Ausgaben	11,1	8,3	10,5
4. Sekundäreinkommen	- 4,6	- 5,1	- 5,4
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,3	+ 0,5	0,0
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 14,4	+ 26,0	+ 18,3
1. Direktinvestition	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,5
Inländische Anlagen im Ausland	- 2,3	+ 7,8	+ 13,6
Ausländische Anlagen im Inland	- 6,4	+ 3,6	+ 9,1
2. Wertpapieranlagen	+ 28,7	+ 38,7	- 0,5
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 10,4	+ 33,1	+ 2,9
Aktien ⁴⁾	+ 1,7	+ 6,2	+ 3,9
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 3,1	+ 9,8	- 1,4
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 3,4	+ 14,6	+ 1,5
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 2,1	+ 2,5	- 1,1
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 18,4	- 5,6	+ 3,5
Aktien ⁴⁾	- 0,6	- 1,5	- 0,4
Investmentfondsanteile	- 0,1	+ 0,9	0,0
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	- 13,2	+ 11,3	- 3,8
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 4,4	- 16,2	+ 7,7
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 3,1	- 0,5	+ 2,4
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	- 21,3	- 16,3	+ 11,4
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	- 1,2	- 50,8	+ 8,4
darunter: kurzfristig	- 5,8	- 51,3	+ 5,3
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	- 10,2	+ 12,5	+ 1,0
Staat	+ 2,8	+ 0,9	- 7,2
Bundesbank	- 12,7	+ 21,1	+ 9,2
5. Währungsreserven	- 0,2	- 0,1	+ 0,6
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹²⁾	- 9,3	+ 5,2	- 2,4

¹⁾ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ³⁾ Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ⁴⁾ Einschl. Genussscheine. ⁵⁾ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁶⁾ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁷⁾ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁸⁾ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. ⁹⁾ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ¹⁰⁾ Ohne Bundesbank. ¹¹⁾ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. ¹²⁾ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

saldo von 0,5 Mrd € im Januar. Hinter dem Umschwung stand, dass die Ausgaben stärker sanken als die Einnahmen. Im Einzelnen gab es auf beiden Bilanzseiten überwiegend kleinere Rückgänge in mehreren Positionen, aber einen spürbaren Anstieg bei den Einkünften aus EDV-Diensten.

*Mittelzufluss
im Wertpapier-
verkehr*

An den internationalen Finanzmärkten kam es im Februar zu Kurskorrekturen an den Aktienmärkten und steigenden Renditen von Staatsanleihen. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalimporte in Höhe von 0,5 Mrd € (Januar: Netto-Kapitalexporte von 38,7 Mrd €). Ausländische Investoren kauften in Deutschland per saldo Wertpapiere für 3,5 Mrd €. Dabei galt ihr Interesse vor allem Geldmarktpapieren (7,7 Mrd €). Hingegen verkauften sie im Ergebnis Anleihen (3,8 Mrd €) und Aktien (0,4 Mrd €). Heimische Investoren entfalteten eine nur verhaltene Nachfrage nach ausländischen Wertpapieren und erwarben per saldo ausländische Titel in Höhe von 2,9 Mrd €. Dabei konzentrierten sie sich vor allem auf Aktien (3,9 Mrd €). In geringerem Umfang nahmen sie auch im Ausland begebene Anleihen (1,5 Mrd €) zusätzlich in ihre Portfolios. Dagegen trennten sie sich von Investmentzertifikaten (1,4 Mrd €) und Geldmarktpapieren (1,1 Mrd €).

*Netto-
Kapitalexporte
bei Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Februar Netto-Kapitalexporte in Höhe von 4,5 Mrd € (Januar: 4,2 Mrd €). Inländische Unternehmen führten verbundenen Unternehmen im Ausland per saldo Mittel in Höhe von 13,6 Mrd € zu. Hierfür stockten sie erneut vor

allem das Beteiligungskapital ihrer Auslandsniederlassungen auf (16,4 Mrd €), und zwar sowohl über Beteiligungskapital im engeren Sinne als auch über reinvestierte Gewinne. Die konzerninterne Kreditgewährung wurde hingegen zurückgeführt (2,8 Mrd €). Ausländische Unternehmen investierten ihrerseits 9,1 Mrd € in verbundene Unternehmen in Deutschland. Sie vergaben vor allem Mittel über Finanzkredite (7,3 Mrd €). Darüber hinaus erhöhten ausländische Investoren ihr Beteiligungskapital bei verbundenen Unternehmen in Deutschland (1,8 Mrd €). Dies geschah überwiegend mittels reinvestierter Gewinne.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen), Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, kam es im Februar zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 11,4 Mrd € (Januar: Netto-Kapitalimporte von 16,3 Mrd €). Ausschlaggebend waren Mittelabflüsse im Bankensystem (17,6 Mrd €), und zwar sowohl bei der Bundesbank (9,2 Mrd €) als auch bei den monetären Finanzinstituten (8,4 Mrd €). Dabei stiegen die Forderungen an das Ausland jeweils stärker als die Verbindlichkeiten. Der TARGET2-Saldo der Bundesbank erhöhte sich um 31,9 Mrd €. Die Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen führten im Ergebnis ebenfalls zu einem Kapitalexport ins Ausland (1,0 Mrd €), während dem Staat Mittel aus anderen Ländern zuflossen (7,2 Mrd €).

*Übriger Kapital-
verkehr: Netto-
Kapitalexporte*

Die Währungsreserven der Bundesbank verzeichneten im Februar – zu Transaktionswerten gerechnet – eine Zunahme um 0,6 Mrd €.

*Währungs-
reserven*

Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung

Mit der raschen gesamtwirtschaftlichen Erholung in Deutschland nach dem Ende der jüngsten Rezession setzte ein kräftiges Beschäftigungswachstum ein. Zudem erreichte die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr den niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Während es in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Erholung zu Aufholeffekten bei den nominalen Lohnzuwächsen gekommen war, hielt der Anstieg der Stundenverdienste seit dem Jahr 2014 nicht Schritt mit der anhaltend hohen Arbeitskräftenachfrage. Der Befund einer in den letzten Jahren vergleichsweise moderaten Lohnentwicklung fand auch internationale Beachtung. Da die Lohnentwicklung zudem ein wesentlicher Einflussfaktor für die Tendenz der Inflation ist, liegt es im Interesse der Geldpolitik, den Lohnbildungsprozess zu beobachten und zu analysieren.

*Vergleiche mit ähnlichen konjunkturellen Phasen vor der Großen Rezession und mit dem Lohnwachstum in anderen Ländern des Euroraums sprechen nicht für eine abgeschwächte Lohn-
dynamik. Auch der Verteilungsspielraum, der durch die Arbeitsproduktivität und die Preisentwicklung abgegrenzt werden kann, wurde in den letzten Jahren anders als in der Dekade zuvor recht gut ausgeschöpft. Der Befund einer moderaten Lohnentwicklung tritt allerdings klarer hervor, wenn sie in den empirischen Zusammenhang mit in der ökonomischen Literatur verwendeten Einflussfaktoren gebracht wird. Analysen im Rahmen des Konzeptes der Beveridge-Kurve und der Lohn-Phillips-Kurve liefern das Bild einer spürbar gedämpften Lohndynamik.*

Die Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass die in den vergangenen Jahren hohe arbeitsmarkt-orientierte Nettomigration vor allem aus anderen EU-Ländern half, die zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. Damit ging eine tendenziell lohndämpfende Wirkung einher. Insgesamt spricht auf Basis der aktuell zur Verfügung stehenden Daten einiges dafür, dass dieser Effekt zu einem Gutteil daher rührt, dass viele zugewanderte Arbeitskräfte ihre Beschäftigung in vergleichsweise niedrig entlohnten Tätigkeitsbereichen beziehungsweise Branchen aufnahmen.

In den vergangenen Jahren spielten auch der relativ verhaltene Produktivitätsanstieg und die gedrückte Teuerung selbst eine Rolle für das Lohnwachstum. Ihr Erklärungsbeitrag erscheint jedoch in dieser Phase nicht überdurchschnittlich groß. Darüber hinaus hatten nicht lohnbezogene Faktoren in den Tarifvereinbarungen, wie beispielsweise die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit in Kombination mit Wahlmöglichkeiten zwischen einem höheren Lohnplus und mehr Freizeit, eine große Bedeutung; ihre Auswirkungen auf die Lohndynamik sind indes schwer zu beziffern.

Mit Blick in die Zukunft spricht viel dafür, dass sich die dämpfenden Einflüsse in ihrer Wirkung abschwächen werden. Damit sollte die anhand zahlreicher Indikatoren bereits heute schon erkennbare Anspannung am Arbeitsmarkt stärker das Lohnwachstum prägen.

Moderate Lohnentwicklung bei hohem Beschäftigungszuwachs

Lohnentwicklung seit dem Jahr 2014 eher moderat

Mit der raschen gesamtwirtschaftlichen Erholung in Deutschland nach dem Ende der Rezession in den Jahren 2008/2009 setzte ein kräftiges Beschäftigungswachstum ein. Die seitdem rückläufige Arbeitslosigkeit erreichte im vergangenen Jahr einen Tiefstand seit der deutschen Wiedervereinigung. Zudem erzielten die Tarifpartner wieder höhere Lohnabschlüsse im Vergleich zur Phase der ausgeprägten Lohnmoderation der Jahre 1997 bis 2007. Hinzu kamen höhere Erfolgsbeteiligungen, die den Beschäftigten auch als Ausgleich für Lohnzugeständnisse während der Krise und mit Blick auf steigende Unternehmensgewinne gewährt wurden.¹⁾ Auch in den nachfolgenden Jahren wurden insbesondere in den Großunternehmen der Industrie hohe Prämienzahlungen geleistet. In den vergangenen Jahren setzte sich die aufwärtsgerichtete Dynamik der Tarifentgelte wie

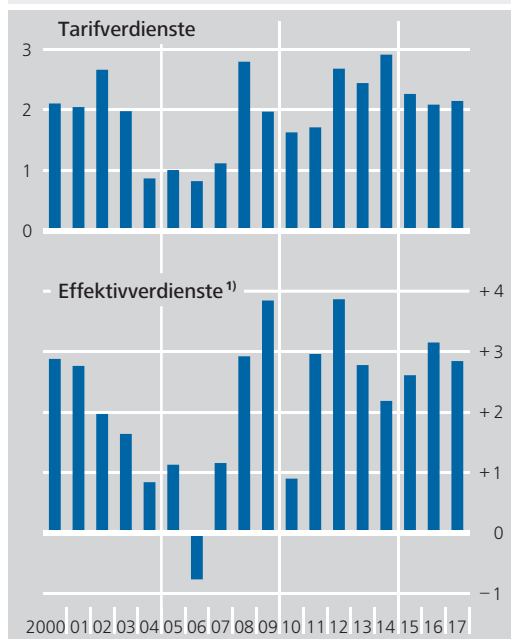
auch der Bruttoverdienste indes nicht in gleichem Maß fort. Die Tarifvergütungen auf Stundenbasis stiegen im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2017 im Jahresdurchschnitt vergleichsweise moderat um 2,4%.²⁾ Im Fall der Effektivverdienste sind die Zuwächse in diesem Zeitraum mit jahresdurchschnittlich 2,7% gemessen an der anhaltend guten Arbeitsmarktentwicklung wohl ebenfalls als eher mäßig anzusehen.³⁾

Die in den vergangenen Jahren moderate nominale Lohndynamik in Deutschland steht für sich genommen in einem Spannungsverhältnis mit der überaus hohen Arbeitskräftenachfrage. Verschiedene Umfrageergebnisse und Indikatoren weisen seit einigen Jahren auf zunehmende Knappheiten am deutschen Arbeitsmarkt hin. Beispielsweise erreichten der Arbeitskräftemangelindikator des ifo Instituts⁴⁾, der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit und das gesamtwirtschaftliche Verhältnis von Vakanzen zu Arbeitslosen seit dem Jahr 2015 Höchststände.

Zunehmende Arbeitsmarktknappheiten

Tarif- und Effektivverdienste in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Stundenbasis



Quelle: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und eigene Berechnungen (Tarifverdienste). **1** Der hohe Effektivverdienstanstieg im Jahr 2009 ist auf Sonderfaktoren während der Großen Rezession zurückzuführen, wie den Abbau von Positivguthaben auf Arbeitszeitkonten bei ungekürzter Vergütung.

Deutsche Bundesbank

Für die Geldpolitik kommt der Analyse der Lohnentwicklung mit Blick auf mögliche Preisüberwälzungen, die sich im Harmonisierten Verbraucherpreisindex niederschlagen könnten,

Positive Analyse der Lohnentwicklung

1 Während der Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie im Winter des Jahres 2010 erhob bspw. die IG Metall erstmalig keine konkret bezifferte Lohnforderung und verzichtete im ausgehandelten Entgelt-Tarifvertrag für 11 Monate auf eine Anhebung der tabellenwirksamen Leistungen. Als Kompensation erhielten die Tarifbeschäftigten zwei Einmalzahlungen. Im Tarifabschluss des Jahres 2012 erfolgte dann eine dauerhafte Anhebung der tabellenwirksamen Leistungen um 4,3% ab Mai 2012.

2 Berechnungen anhand der Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank, die etwa 500 Entgelt-Tarifverträge und Besoldungsregelungen mit Bezug auf annähernd drei Fünftel der Arbeitnehmer umfasst. Die in Branchen- oder Firmentarifverträgen vereinbarte Entgeltentwicklung dient bis zu einem weiteren Fünftel der Arbeitnehmer als Orientierungsmarke. Vgl. hierzu: P. Ellguth und S. Kohaut, Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2016, WSI-Mitteilungen, S. 278–286.

3 In den als Effektivverdiensten bezeichneten Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmerstunde werden auch individuelle Zuschläge, Prämienzahlungen, außertarifliche Zulagen und andere, bspw. provisionsbasierte, Vergütungsbestandteile erfasst. Sie decken sämtliche Formen abhängiger Beschäftigung ab.

4 Gemäß Angaben des ifo Instituts für das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe. Langjährige und konsistente Zeitreihen seit dem Jahr 1991 liegen lediglich für diese beiden Wirtschaftsbereiche vor.

eine wichtige Bedeutung zu.⁵⁾ Allerdings sind die Löhne lediglich einer unter mehreren preisbestimmenden Faktoren. Zudem stellen sie keine politisch steuerbare gesamtwirtschaftliche Größe dar, sondern sind das Ergebnis eines im Grundgesetz verankerten Verhandlungsprozesses zwischen den autonomen Tarifpartnern beziehungsweise individuellen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Aus geldpolitischer Perspektive liegt der Analyse der Lohnentwicklung daher ein positiver Ansatz zugrunde. Ziel ist es, die Lohndynamik nicht nur mit Blick auf die realwirtschaftliche Lage an den Güter- und Arbeitsmärkten einzuordnen, sondern auch sie in Bezug zur aktuellen und voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung zu setzen. Denn an Letzterer bestimmt sich im Wesentlichen die Ausrichtung der Geldpolitik.

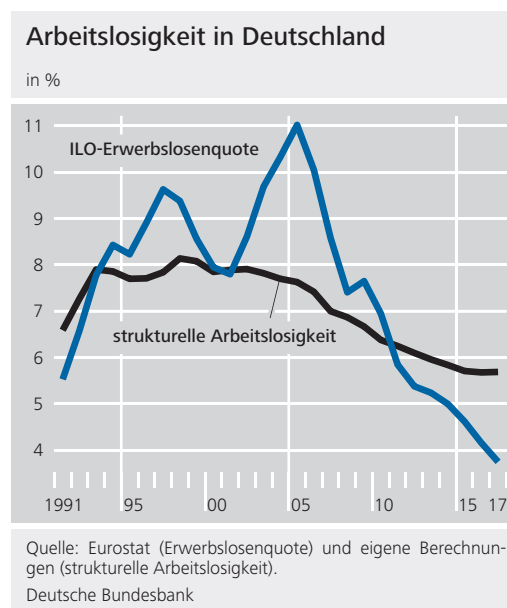
Verschiedene Referenzwerte für die jüngere Lohndynamik

Zur Einordnung der jüngeren Lohndynamik in Deutschland wird zum einen zurückgegriffen auf Vergleiche mit früheren Hochkonjunkturphasen der deutschen Wirtschaft, mit der Lohndynamik in den übrigen Ländern des Euroraums sowie mit dem nominalen Verteilungsspielraum, der sich aus der Entwicklung der Produktivität und der Teuerung ergibt. Zum anderen kann die Lohnentwicklung in Anlehnung an stärker ökonomisch geprägte Modellansätze beurteilt werden. Zwei häufig verwendete Konzepte zur Analyse der zyklischen Entwicklung der Löhne sind das Suchmodell des Arbeitsmarktes, zu dessen Kernbestandteilen die Beveridge-Kurve gehört, und die (Lohn-)Phillips-Kurve.

Einordnung der aktuellen Lohndynamik anhand historischer und regionaler Vergleiche

Verdienstzunahme seit 2014 stärker als in früheren Expansionsphasen

Die Lohndynamik in den letzten Jahren fiel zwar schwächer aus als in Perioden konjunktureller Prosperität in der alten Bundesrepublik. Sie war aber deutlich stärker als in den beiden früheren gesamtdeutschen Expansionsphasen, dem Wirtschaftsaufschwung um die Jahrtausendwende



sowie der konjunkturellen Hochphase unmittelbar vor Ausbruch der Großen Rezession der Jahre 2008/2009. So nahmen die effektiven Stundenverdienste in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2017 um 2,7% zu, während der Anstieg in den beiden Vierjahreszeiträumen von 1997 bis 2000 beziehungsweise von 2004 bis 2007 lediglich 2,0% sowie 0,6% pro Jahr betragen hatte.⁶⁾ Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Tarifverdiensten auf Stundenbasis, die im Durchschnitt der Jahre 2014 bis

⁵ Löhne und Preise stehen dabei in einer wechselseitigen Beziehung; es kann auch zu Rückwirkungen von der Inflation auf die Lohnbildung kommen. Eine aus Sicht der Sozialpartner und für realwirtschaftliche Fragestellungen möglicherweise näherliegende Betrachtung der Reallöhne steht aus dem geldpolitischen Blickwinkel heraus weniger im Fokus.
⁶ Hierbei spielten auch die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zu Anfang des Jahres 2015 und seine jüngste Anhebung im Jahr 2017 eine gewisse Rolle. Übersichtsweise trug die Mindestlohneinführung einmalig rd. ½ Prozentpunkt zum Anstieg der Effektivverdienste im Jahr 2015 bei. Auf den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Tarifverdienste hatte die Mindestlohneinführung einen geringen Effekt, da der mindestlohninduzierte Lohnschub vorwiegend nicht tarifgebundene Geringverdiener betraf. Zudem wurden unmittelbar vor 2015 eine Reihe von allgemeinverbindlichen Branchenmindestlöhnen spürbar angehoben, bspw. im Friseurhandwerk. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Verbraucherpreise – erste Erfahrungen, Monatsbericht, Mai 2015, S. 66–68. Zusammen mit dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn strahlte dies auch auf höher gelegene Entgeltgruppen aus. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Erste Anhaltspunkte zur Wirkung des Mindestlohns auf den Verdienstanstieg, Monatsbericht, Juni 2015, S. 58–59. Die aufwärtsgerichteten Lohnimpulse infolge der jüngsten Mindestlohnanhebung im Jahr 2017 blieben aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive überschaubar.

Tarif- und Effektivverdienste aus langfristiger Perspektive

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und eigene Berechnungen (Tarifverdienste). 1) Methodische Änderung im Jahr 1985; Angaben sind mit den Werten davor nur eingeschränkt vergleichbar. ● bis 1991 Westdeutschland, danach Gesamtdeutschland.

Deutsche Bundesbank

2017 mit 2,4% ebenfalls einen höheren Zuwachs aufwiesen als in den beiden Vergleichszeiträumen, in denen das jahresdurchschnittliche Plus 1,9% beziehungsweise 1,0% betragen hatte. Dies spiegelte sich auch in der zuletzt positiven Lohndrift – der Differenz zwischen den Veränderungsraten der Effektiv- und der Tarifverdienste – wider. Der längerfristige Durchschnitt seit dem Jahr 1994 von 2,1% pro Jahr bei den tariflichen Stundenentgelten und von 2,2% pro Jahr bei den effektiven Stundenvergütungen wurde im Mittel der letzten vier Jahre ebenfalls übertroffen.

Höhere Effektivverdienstzuwächse in Deutschland als im Durchschnitt des Euroraums

Auch im Vergleich mit den anderen Ländern des Euroraums erhöhten sich die Stundenentgelte in Deutschland in jüngerer Zeit relativ kräftig. Seit dem Jahr 2014, als die jüngste wirtschaftliche Aufschwungphase im Euroraum einsetzte, stiegen die Effektivverdienste in Deutschland – wie bereits erwähnt – um durchschnittlich 2,7% pro Jahr, während sie seitdem im Durchschnitt der übrigen Euro-Länder um lediglich

1% zunahmen.⁷⁾ Vor der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten sich die Brutto-Stundenverdienste in den Jahren 2000 bis 2007 in den anderen Ländern des Euroraums hingegen mit 3,5% kräftig erhöht, während sie in Deutschland mit 1,4% erheblich schwächer zulegen. Insgesamt zeigt sich anhand der Lohnentwicklung seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass die Periode der Lohnmoderation in Deutschland abgeschlossen ist. Zudem geht seitdem von der Lohndynamik in Deutschland ein positiver Impuls auf die Gesamtrate des Lohnzuwachses im Euroraum aus.

Lohnentwicklung und Verteilungsspielraum

Eine wichtige Orientierungsgröße für das gesamtwirtschaftliche Lohnwachstum in der langen Frist ergibt sich aus dem verteilungsneutralen Spielraum. Steigen die preisbereinigten Stundenlöhne und -gehälter im langjährigen Durchschnitt mit der gleichen Rate wie die Arbeitsproduktivität, so schwankt die gesamtwirtschaftliche Lohnquote um einen mit einem langfristigen Wachstumsgleichgewicht konsistenten unveränderten Mittelwert. Daher dürfte sich die marktbasierende Lohnentwicklung langfristig sowohl an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität als auch am allgemeinen Preisniveau orientieren.⁸⁾ Allerdings können strukturelle Änderungen im institutionellen Rahmen einer Volkswirtschaft dazu führen, dass sich das Niveau der gleichgewichtigen Lohnquote im Zeitverlauf ändert; zudem können zyklische Faktoren über mehrere Jahre ihre Wirkung auf die

Langfristig Preise und Arbeitsproduktivität von Bedeutung

⁷ In vielen Mitgliedstaaten waren für die Lohnzuwächse nach der Finanz- und Wirtschafts- bzw. der Staatsschuldenkrise auch die teilweise deutliche Unterauslastung am Arbeitsmarkt, länderspezifische Anpassungsprozesse sowie in einigen Fällen die Arbeitsmarktwirkungen bedeutender Reformen maßgeblich. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Lohnentwicklung bei hoher Arbeitslosigkeit im Euroraum, Monatsbericht, Dezember 2016, S. 33–56.

⁸ Während für die Arbeitgeber die kostenseitige Wirkung von Lohnzuwächsen relativ zu den Absatzpreisen im Mittelpunkt stehen dürfte, spielt bei den Lohnforderungen der Arbeitnehmer mit Blick auf die Kaufkraft der Lohnzuwächse der Vergleich mit den Verbraucherpreisen eine besondere Rolle.

Lohnquote entfalten. Infolgedessen kann es dazu kommen, dass das gesamtwirtschaftliche Lohnwachstum im Durchschnitt über mehrere Jahre entweder über oder unter dem verteilungsneutralen Spielraum bleibt, bis sich die Lohnquote dem gleichgewichtigen Niveau angenähert hat.

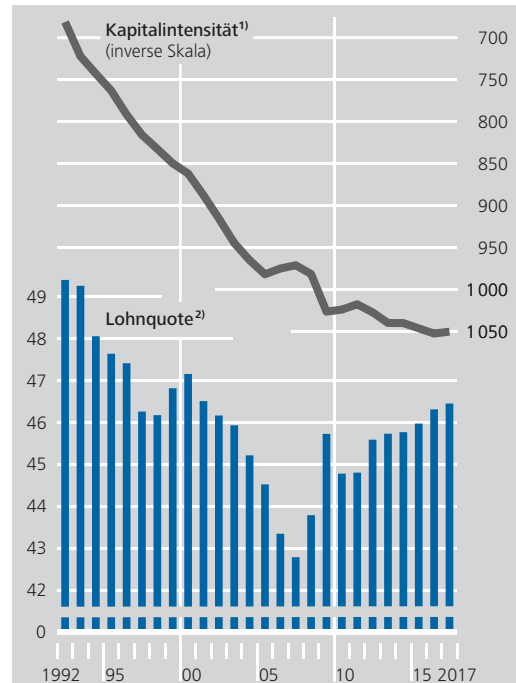
*Zeitweilig
 trendmäßiger
 Rückgang der
 Lohnquote*

Seit der deutschen Wiedervereinigung bis etwa zum Jahr 2007 hielt der preisbereinigte Lohnanstieg mit dem höheren Wachstum der Arbeitsproduktivität nicht Schritt.⁹ Diese Entwicklung trug dazu bei, dass die gesamtwirtschaftliche Lohnquote in diesem Zeitraum einen fallenden Trend aufwies. Die Lohnmoderation, die etwa vom Jahr 1997 bis zum Jahr 2007 anhielt, war möglicherweise auch ein Reflex auf den technologischen Wandel, insbesondere auf die Kapitalintensivierung der Produktion von Anfang der 1990er Jahre bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008; hierdurch konnten die Beschäftigungsverluste aufgrund einer verstärkten Substitution von Arbeit durch Kapital vermutlich begrenzt werden.¹⁰ Zur rückläufigen Lohnquote in diesem Zeitraum dürfte auch der laut IAB-Betriebspanel abnehmende Tarifbindungsgrad der Beschäftigten beigetragen haben. Der lohndämpfende Effekt der abnehmenden Tarifbindung ist vermutlich auf die damit – zumindest in einigen Branchen – verbundene geringere Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen zurückzuführen.

*Lohndämpfender
 Effekt der
 Kapitalintensivierung
 jüngst
 schwächer*

Im Zeitraum der Jahre 2011 bis 2017 nahm das Tempo der Kapitalintensivierung ab, es wurden also weniger Arbeitskräfte durch den Produktionsfaktor Kapital ersetzt als zuvor. Zuletzt blieb das Einsatzverhältnis mehr oder weniger unverändert. Daher war der lohndämpfende Effekt der Kapitalintensivierung in den vergangenen Jahren deutlich schwächer ausgeprägt als im langjährigen Durchschnitt; er ist allerdings nach wie vor vorhanden. Auch der Rückgang der Tarifbindung der Beschäftigten verlangsamte sich seit Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Einklang damit zeigen sich in empirischen Modellanalysen seitdem auch rela-

Kapitalintensität und Lohnquote



1 Kapitalstock in Preisen von 2010 (Mrd €) geteilt durch das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (in Milliarden Stunden).
2 Bruttolöhne und -gehälter im Inland geteilt durch Bruttowertschöpfung (jeweils in jeweiligen Preisen).
 Deutsche Bundesbank

tiv geringe negative Wachstumsbeiträge zur Lohnentwicklung. Allerdings ist die genaue zeitliche Verteilung der Wirkungen einer niedrigeren Tarifbindung und gesunkenen gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht auf die Lohnbildung mit Unsicherheiten behaftet. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung die gegenwärtige Lohndynamik stärker prägt, als es der zuletzt mehr oder weniger unveränderte Tarifbindungsgrad nahelegen würde.

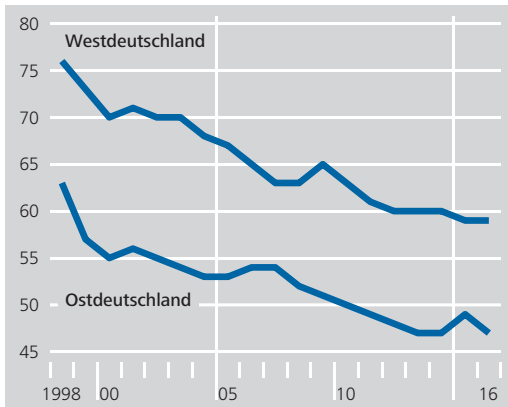
Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichte die Arbeitsproduktivität relativ rasch wieder das zuvor erreichte Niveau. Seitdem

⁹ Die Arbeitsproduktivität basiert in diesem Fall auf dem Stundenkonzept, auch um dem im betrachteten Zeitraum steigenden Anteil der Teilzeitbeschäftigten Rechnung zu tragen.

¹⁰ Vgl.: L. Karabarbounis und B. Neiman (2014), The global decline of the labor share, The Quarterly Journal of Economics, S. 61–103; sowie D. Acemoglu und D. Autor (2011), Skills, tasks and technologies: Implications for employment and earnings, Handbook of labor economics 4b, Kap. 12.

Tarifbindung der Beschäftigten auf Branchen- und Firmenebene

in %



Quelle: IAB-Betriebspanel.
 Deutsche Bundesbank

Zuletzt verhaltene Impulse von Arbeitsproduktivitätswachstum und Inflation

wuchs sie mit jahresdurchschnittlich etwa 0,8% jedoch deutlich schwächer als in den Jahren vor der Krise.¹¹⁾ Die von der Arbeitsproduktivität ausgehenden Impulse für das Lohnwachstum waren in den vergangenen Jahren demnach eher unterdurchschnittlich. Zudem unterschritt die durchschnittliche Veränderungsrate der Verbraucherpreise im Mittel der Jahre 2011 bis 2017 mit 1,3% ihren längerfristigen Durchschnitt. Die mittelfristig erwartete Inflationsrate schwankte Angaben von Consensus Economics zufolge bezogen auf Horizonte von zwei bis zehn Jahren lediglich geringfügig um ihren langjährigen Mittelwert.¹²⁾ Darüber hinaus war die Inflationsrate in den Jahren 2015 und 2016 wegen stark gefallener Energiepreise ausgesprochen niedrig. Unterteilt man den Zeitabschnitt seit dem Jahr 2011 nach den Einflüssen der tatsächlichen und erwarteten Preisentwicklung, dürften im Zeitraum der Jahre 2011 bis 2014 davon in einem gewissen Maß lohnsteigernde und in den Jahren danach eher lohndämpfende Impulse ausgegangen sein.¹³⁾ In der Summe lag das Lohnwachstum in den zurückliegenden Jahren oberhalb der Beiträge von Produktivitätsanstieg und Inflation.¹⁴⁾ Damit kehrte sich der Trend der Lohnmoderation um. Allerdings lag die gesamtwirtschaftliche Lohnquote bis zuletzt noch immer unter dem Niveau zu Beginn der 1990er Jahre.¹⁵⁾

Lohnentwicklung im Spiegel von Beveridge- und Phillips-Kurve

Die bislang vorgenommene Einordnung der Lohnentwicklung in den letzten Jahren anhand einfacher Vergleiche mit früheren Expansionsphasen, mit anderen Ländern und des produktivitätsgetriebenen Verteilungsspielraums stützt nicht das Urteil einer überraschend schwachen Lohnentwicklung in Deutschland. Allerdings vernachlässigen derartige Vergleiche weitgehend das jeweilige wirtschaftliche Umfeld und die Lage am Arbeitsmarkt selbst. Stärker in der empirischen ökonomischen Literatur verwurzelte Konzepte, die diese Faktoren berücksichtigen, stehen mit der Beveridge-Kurve und der Phillips-Kurve zur Verfügung.

Maßstäbe anhand der empirischen ökonomischen Literatur

Das Lohnwachstum übertraf in der jüngeren Vergangenheit zwar seine Raten in früheren Aufschwungphasen. Angesichts der gegenwärtig überaus hohen Auslastung am Arbeitsmarkt

¹¹ Hierfür könnten auch produktivitätsdämpfende Auswirkungen der Arbeitsmarktintegration gering Qualifizierter im Zuge der Arbeitsmarktreflexionen in der ersten Hälfte der letzten Dekade sowie der hohen Zuwanderung in den vergangenen Jahren eine Rolle gespielt haben. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Demografischer Wandel, Zuwanderung und das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft, Monatsbericht, April 2017, S. 37–50.

¹² Die erwartete Preissteigerungsrate wird in Pressemitteilungen einiger DGB-Gewerkschaften als Einflussfaktor in den Tarifrunden genannt. Dabei kann die Bezifferung der künftigen Inflation vergangenheitsbezogen oder vorausschauend erfolgen; vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2017/18, S. 128.

¹³ Einer Sondererhebung der Bundesbank zur Lohnrunde der Jahre 2015/2016 zufolge waren damals für die Tarifpartner sowohl die niedrige tatsächliche Preissteigerungsrate als auch die gedämpften Inflationserwartungen für das verhaltene Verhandlungsergebnis relevant.

¹⁴ Dies gilt nicht nur für das Wachstum der Tarifverdienste, sondern auch insbesondere für das der Effektivverdienste. Für die Entwicklung der Tarifverdienste waren in den vergangenen Jahren die langfristigen Einflussfaktoren von größerer Bedeutung als für diejenige der Effektivverdienste, die stärker auf Veränderungen der konjunkturellen Faktoren reagierten. Dabei könnten auch variable Gehaltsbestandteile in den außertariflichen Entlohnungsmodellen der höheren Einkommenssegmente eine Rolle gespielt haben.

¹⁵ Daten für das alte Bundesgebiet legen nahe, dass die gesamtwirtschaftliche Lohnquote bereits seit den frühen 1980er Jahren einem fallenden Trend folgt, der in den frühen 1990er Jahren lediglich kurzfristig aufgrund hoher Lohnsteigerungsraten, insbesondere in den neuen Bundesländern, unterbrochen wurde.

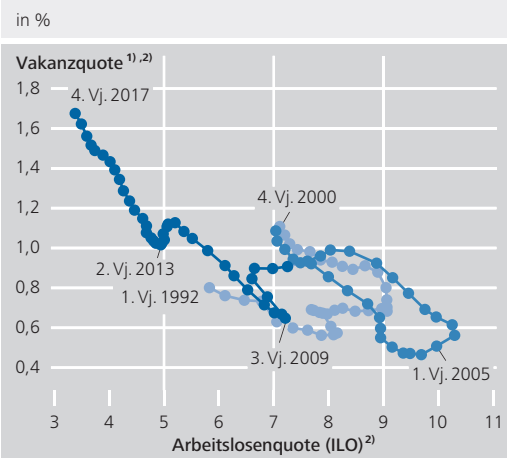
Gemessen an Arbeitsmarkt-knappheit aktuelles Lohnwachstum lediglich moderat

stellt sich die aktuelle Lohnentwicklung im historischen Vergleich hingegen als lediglich moderat dar. So ist das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitslosen in den vergangenen Jahren gestiegen. Diese Entwicklung dürfte auch mit der verbesserten Effizienz des Arbeitsmarktes zusammenhängen. Dies gilt nicht nur aufgrund kurzfristiger zyklischer Entwicklungen, sondern auch für die längerfristigen Trends von Arbeitslosigkeit und Vakanzen. Setzt man diese Relation, welche dem Konzept der Beveridge-Kurve zufolge ein Indikator für die Knappheiten am Arbeitsmarkt ist, in Beziehung zum Lohnwachstum, so zeigt sich, dass die Lohnentwicklung zwar im Einklang mit der trendmäßigen Entwicklung des Verhältnisses von Vakanzen und struktureller Arbeitslosigkeit stand. Gemäß der aktuellen tatsächlichen Anspannung am Arbeitsmarkt spielten jedoch nicht nur trendmäßige, sondern auch zyklische Faktoren eine Rolle. Mit Blick darauf fiel den Schätzergebnissen zufolge das Lohnwachstum schwächer aus, als es die tatsächliche Arbeitsmarktknappheit für sich genommen nahelegte (vgl. Erläuterungen auf S. 20).¹⁶⁾

Analyse im Rahmen des Lohn-Phillips-Kurven-Zusammenhangs

Das vermutlich prominenteste modellgestützte Werkzeug zur Analyse der zyklischen Lohn- und Preisentwicklung aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist das Konzept der Phillips-Kurve.¹⁷⁾ Im Rahmen eines Lohn-Phillips-Kurven-Ansatzes, der in makroökonomischen Modellen den Zusammenhang zwischen dem Arbeitsmarkt auf der realwirtschaftlichen Seite und dem nominalen Lohnwachstum darstellt, lässt sich die Lohnentwicklung im Verhältnis zu wesentlichen Einflussgrößen analysieren. Zu den Kernbestandteilen zählen ein Maß für die Anspannung am Arbeitsmarkt und eine Annahme über die Art und Weise, wie die Partner in Lohnverhandlungen ihre Inflationserwartungen bilden. Hinzu kommen das Wachstum der Arbeitsproduktivität sowie teilweise institutionell bedingte Pfadabhängigkeiten im Lohnsetzungsprozess. Zudem können Auswirkungen historisch außerordentlicher Faktoren, beispielsweise der deutschen Wiedervereinigung oder der aktuellen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten, eine Rolle spielen.

Beveridge-Kurve für Deutschland



1 Zahl der gemeldeten ungeforderten offenen Stellen im Verhältnis zur Zahl der Erwerbspersonen. **2** Saisonbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Mithilfe ökonometrischer Schätzungen lassen sich die unterstellten Zusammenhänge beziffern (vgl. Erläuterungen auf S. 23).

Gemäß dem Lohn-Phillips-Kurven-Ansatz besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Lohndynamik und der aktuellen Anspannung am Arbeitsmarkt. Dies lässt sich unter anderem damit begründen, dass in Zeiten hoher Beschäftigung die Suche nach einer geeigneten Arbeitsstelle erheblich leichter ist als in Zeiten hoher Unterbeschäftigung. Es kann dazu kommen, dass die Unternehmen ihre Lohnangebote erhöhen, um neue Beschäftigte anzuwerben oder bereits Beschäftigte zu halten. In Lohnverhandlungen dürfte eine hohe Arbeitsnachfrage die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer gegenüber der Arbeitgeberseite stärken. Derzeit deuten verfügbare Indikatoren darauf hin, dass die Nachfrage am Arbeitsmarkt ausgesprochen hoch ist. So befindet sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf ihrem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Außerdem erreichte

Arbeitsnachfrage auf Rekordniveau

16 Auch auf Basis von Umfragen wurde mit Blick auf das makroökonomische Gesamtbild vielfach ein kräftigeres Lohnwachstum erwartet. Vgl.: Europäische Zentralbank, Welche Erkenntnisse lassen sich aus dem Survey of Professional Forecasters der EZB bezüglich der Wahrnehmung der Arbeitsmarktentwicklung im Euro-Währungsgebiet ziehen?, Monatsbericht, 2017 (8), S. 54–57.

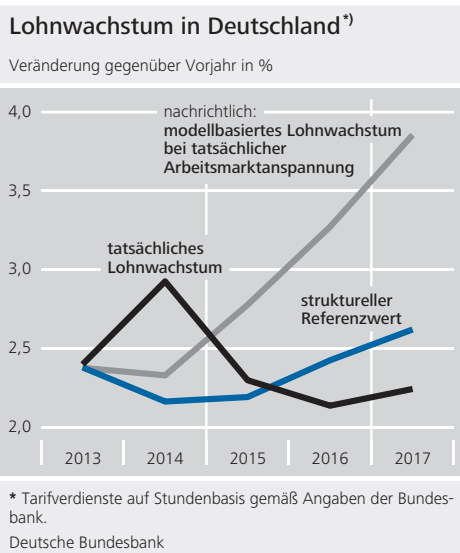
17 Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland, Monatsbericht, April 2016, S. 31–46.

Die Lohnentwicklung und Knappheiten am Arbeitsmarkt aus Sicht der Beveridge-Kurve

Zur Einschätzung der aktuellen Lohnentwicklung in Deutschland kann in Ergänzung zu rein statistischen Vergleichsmaßstäben diejenige Lohndynamik herangezogen werden, die sich auf Basis starker modellgestützter Analysekonzepte ergäbe. Dies kann in einem zweistufigen Verfahren erfolgen. In einem ersten Schritt dient das herkömmliche Suchmodell des Arbeitsmarktes, in dem es auch im Gleichgewicht zu Arbeitslosigkeit kommen kann, als ein möglicher konzeptioneller Rahmen, in dem ein Trendmaß für die Anspannung am Arbeitsmarkt abgeleitet werden kann.¹⁾ Die gleichgewichtige Arbeitsmarktknappheit, also das gesamtwirtschaftliche Verhältnis von offenen Stellen und Arbeitslosigkeit, ergibt sich darin aus dem Zusammenspiel von Lohnsetzung und Stellenangebot. Dabei wird unterstellt, dass die Arbeitnehmer tendenziell umso höhere Löhne durchsetzen können, je größer das Verhältnis der offenen Stellen zur Arbeitslosenzahl ist. Das Stellenangebot der Unternehmen dürfte hingegen für sich genommen mit niedrigeren Löhnen zunehmen. Im Bestandsgleichgewicht (Steady

State) steht das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitslosen demnach in Verbindung mit einem gleichgewichtigen Lohn. Aus empirischer Sicht spiegeln die Trendkomponenten der Arbeitsmarktgrößen näherungsweise das Bestandsgleichgewicht wider. In einem zweiten Schritt wird als Referenzmaß diejenige Lohnzuwachsrate ermittelt, die laut den Schätzergebnissen eines herkömmlichen vektor-autoregressiven Modells mit der Entwicklung der trendmäßigen Arbeitsmarktanspannung einhergeht.²⁾

Ausgangspunkt zur Berechnung der trendmäßigen Arbeitsmarktanspannung ist die sogenannte Beveridge-Kurve, die die Kombinationen von offenen Stellen und Arbeitslosigkeit darstellt. Ihr fallender Verlauf beruht darauf, dass wirtschaftliche Aufschwungphasen typischerweise mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer Zunahme des Stellenangebots einhergehen. Mithilfe von Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu Arbeitslosigkeit, gemeldeten offenen Stellen sowie den Stromgrößen am Arbeitsmarkt kann diese gesamtwirtschaftliche Relation für Deutsch-



¹ Vgl.: C. Pissarides (2000), Equilibrium Unemployment Theory, 2nd edition, MIT Press.

² Vgl.: F. Kajuth (2018), A benchmark for wage growth through the lens of the Beveridge curve, Applied Economics Letters 25 (7), S. 487–492.

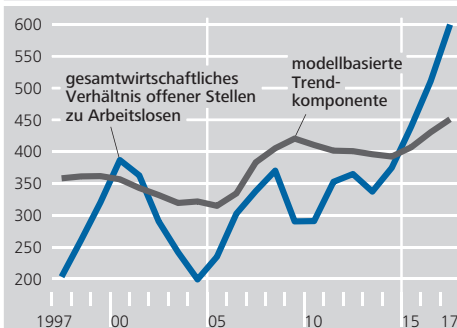
land ermittelt werden.³⁾ Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der empirischen Umsetzung ergibt sich daraus, dass sich die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt mit den weitreichenden Reformen in Deutschland in der ersten Hälfte der 2000er Jahre teilweise substantiell geändert haben. Laut den Schätzergebnissen hat sich die Beveridge-Kurve nach den Arbeitsmarktreformen deutlich verändert.⁴⁾ Darin dürften sich im Einklang mit den Wirkungsmechanismen auf Basis des Modellansatzes vorwiegend die seitdem verbesserten Beschäftigungschancen Arbeitsloser widerspiegeln, die unter anderem mit der intensivierten Beschäftigungsvermittlung sowie erhöhten Anstrengungen bei der Stellensuche zusammenhängen.⁵⁾

Auf Basis des ermittelten Beveridge-Kurven-Zusammenhangs kann unter Verwendung von weiteren Angaben zur im Zeitverlauf variierenden strukturellen Arbeitslosenquote die Trendkomponente der Zahl der offenen Stellen berechnet werden.⁶⁾ Das trendmäßige Verhältnis von offenen Stellen und Arbeitslosen, der strukturelle Anspannungsgrad am Arbeitsmarkt, hat sich den Ergebnissen zufolge im Zeitraum seit den Arbeitsmarktreformen deutlich erhöht. Zuletzt könnte es zudem noch etwas zugenommen haben. Vergleicht man diese Trendgröße als ein strukturelles Referenzmaß mit der tatsächlichen Relation des Verhältnisses von offenen Stellen zu Arbeitslosigkeit, übertraf die tatsächliche Arbeitsmarktanspannung in den vergangenen Jahren ihre Trendkomponente deutlich.

Die aus der Beveridge-Kurve gewonnene trendmäßige Anspannung am Arbeitsmarkt wird nun in eine ökonometrische Schätzung als eine erklärende Variable für die Lohnentwicklung eingebaut. Weitere erklärende Größen sind die Arbeitsproduktivität und

Arbeitsmarktanspannung in Deutschland

Zahl offener Stellen je 1 000 Arbeitslose¹⁾



1 Gesamtwirtschaftliche Zahl der offenen Stellen hochgerechnet von der Zahl der registrierten ungeforderten offenen Stellen auf Basis von Angaben zur Meldequote des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Arbeitslose im weiteren Sinne gemäß BA-Konzept.

Deutsche Bundesbank

3 Im Modellansatz spiegelt die Beveridge-Kurve Kombinationen von offenen Stellen und Arbeitslosen wider, bei denen die zugehörige Arbeitslosenquote im Zeitverlauf ohne Weiteres unverändert bleibt. Demnach entspricht die Veränderungsrate der Zahl der Erwerbspersonen derjenigen der Erwerbstätigen; diese setzt sich aus den Abgangsquoten Arbeitsloser sowie Inaktiver in Erwerbstätigkeit und den Abgangsquoten aus Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit und in Nichterwerbstätigkeit zusammen. Vgl.: M. Daly, B. Hobijn, A. Sahin und R. Valletta (2012), A search and matching approach to labor markets: Did the natural rate of unemployment rise?, *Journal of Economic Perspectives* 26 (3), S. 3–26; und R. Barnichon, M. Elsby, B. Hobijn und A. Sahin (2010), Which Industries are Shifting the Beveridge Curve?, *Federal Reserve Bank of San Francisco Working Paper* 2010–32.

4 Mögliche Strukturbrüche aufgrund der Arbeitsmarktreformen werden in den hier zugrunde liegenden Rechnungen im Einklang mit bestehenden wissenschaftlichen Untersuchungen mithilfe von Dummy-Variablen berücksichtigt. Vgl.: R. Fahr und U. Sunde (2009), Did the Hartz reforms speed up the matching process? A macro-evaluation using empirical matching functions, *German Economic Review* 10 (3), S. 284–316; S. Klinger und T. Rothe (2012), The impact of labour market reforms and economic performance on the matching of the short-term and the long-term unemployed, *Scottish Journal of Political Economy* 59 (1), S. 90–114.

5 Dafür spricht, dass sich die Übergangsquoten Arbeitsloser in Beschäftigung etwa ab dem Jahr 2007 anhaltend erhöht haben. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Makroökonomische Auswirkungen von Arbeitsmarktreformen in Deutschland, *Monatsbericht*, Januar 2014, S. 37–39.

6 Als Maß für die strukturelle Arbeitslosenquote dient die im Rahmen eines Phillips-Kurven-Ansatzes geschätzte inflationsstabile Arbeitslosenquote (NAIRU). Vgl.: F. Kajuth (2016), NAIRU estimates for Germany: New evidence on the inflation-unemployment trade-off, *German Economic Review* 17 (1), S. 104–125. Sie bezieht sich im Einklang mit den übrigen Daten zu den Stromgrößen am Arbeitsmarkt in den Rechnungen auf Angaben zur Arbeitslosenquote gemäß dem Konzept der Bundesagentur für Arbeit. Die Verwendung der trendmäßigen Arbeitslosenquote auf Basis des Hodrick-Prescott-Filters liefert mehr oder weniger identische Ergebnisse.

die Preisentwicklung.⁷⁾ Diejenige Lohnentwicklung, die in den vergangenen Jahren gemäß den Modellrechnungen mit Blick auf die strukturelle Arbeitsmarktknappheit zu erwarten war, stellt das Referenzmaß für Lohnsteigerungen dar. Den Ergebnissen zufolge stand die tatsächliche Lohndynamik der vergangenen Jahre mehr oder weniger im Einklang mit der anziehenden Trendkomponente der Arbeitsmarktanspannung.⁸⁾ Mit Blick auf die zyklische Komponente der Arbeitsmarktknappheit waren für sich genommen gleichwohl höhere Lohnzuwächse zu erwarten. Legt man im Rahmen der Simulationsrechnungen das tatsächliche Knappheitsverhältnis zugrunde, wären die Lohnsteigerungen im Zeitraum etwa ab dem Jahr 2015 im Vergleich mit der modellbasierten Dynamik als eher gering einzustufen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass in den vergangenen Jahren zusätzliche dämpfende Faktoren auf die

konjunkturelle Komponente der Löhne gewirkt haben.

7 Den Angaben zur Lohndynamik liegen die Tarifverdienste auf Stundenbasis zugrunde. Das Arbeitsproduktivitätswachstum bezieht sich auf die reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde; als Inflationsmaß dient die Veränderungsrate des Deflators der privaten Konsumausgaben. Der Beurteilungszeitraum ab dem Jahr 2013 floss nicht in den Stützzeitraum der Schätzergebnisse ein.

8 Die vergleichsweise hohe Zuwachsrate bei den Tarifverdiensten im Jahr 2014 hängt auch mit verzögerten Zahlungen von im Jahr zuvor vereinbarten Entgeltanhebungen im Einzelhandel zusammen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht, Februar 2014, S. 62. Die Dynamik der Effektivverdienste insgesamt schwankt im Beurteilungszeitraum in geringerem Maß um den Referenzwert. Die Beurteilung der Lohndynamik ändert sich für den Fall der Effektivverdienste je Stunde kaum.

das Verhältnis der offenen Stellen zur Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2017 einen Rekordwert. Auch die Vakanzquote nahm seit Beginn des jüngsten Beschäftigungsaufschwungs im Jahr 2013 mehr oder weniger ununterbrochen zu. Darüber hinaus deuten umfragebasierte Indikatoren, wie der ifo Indikator für Arbeitskräftemangel oder das IAB-Arbeitsmarktbarometer, auf eine derzeit überaus hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland hin. Schätzungen der Arbeitslosigkeitslücke, also der Abweichung der Arbeitslosenquote von ihrer strukturellen Quote, stehen im Einklang mit diesem Befund. Mit Blick auf die aktuellen Ergebnisse der verfügbaren Indikatoren dürfte die ausgezeichnete Lage am deutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren für sich genommen einen Aufwärtsdruck auf die Lohndynamik ausgeübt haben.

gefassten Begriff der Unterbeschäftigung beruhen. Beispielsweise umfassen die Rechnungen zur Unterbeschäftigung der Bundesagentur für Arbeit (BA) zusätzlich Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsförderung oder kurzfristig erkrankte Personen.¹⁸⁾ Da Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsförderung nicht den registrierten Arbeitslosen zugerechnet werden, diese aber bei Nichtteilnahme häufig arbeitslos wären, dürfte das Unterbeschäftigungskonzept der BA das für die Lohndynamik relevante Maß der Unterauslastung des Arbeitsangebots adäquater abbilden.¹⁹⁾ Die BA-Angaben zur Unterbeschäftigung bestätigen die Befunde der enger gefassten Indikatoren eines momentan

Breiter gefasste Unterbeschäftigung ebenfalls sehr niedrig

Über das Konzept der registrierten Arbeitslosigkeit hinaus liegen weitere Ansätze zur Messung der Arbeitslosigkeit vor, die auf einem breiter

18 Vgl.: BA (2009), Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Methodenbericht, Statistik; und BA (2011), Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäftigung, Methodenbericht, Statistik.

19 Der Informationsgewinn ergibt sich insbesondere dadurch, dass die Teilnahme an Maßnahmen häufig administrativen Ursachen folgt – bspw. die Erprobung neuer oder das Auslaufen schlecht evaluierter Programme – und daher anderen Trends folgt als die registrierte Arbeitslosigkeit.

Die Lohnentwicklung in Deutschland in einem verallgemeinerten Lohn-Phillips-Kurven-Zusammenhang

Ein verbreitetes modellgestütztes Analysekonzept der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung ist dasjenige der Phillips-Kurve. Dies wird hier an einem Beispiel illustriert, das sich an der Lohngleichung des makroökonomischen Modells der Bundesbank orientiert. Sie kombiniert die gängigen Erklärungsansätze für das Lohnwachstum in der langen und in der kurzen Frist.¹⁾ Ausgehend von einem langfristigen Gleichgewicht am Arbeitsmarkt wird unterstellt, dass sich der Nominallohnanstieg an der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus und der Arbeitsproduktivität orientiert. Zusätzlich können in der kurzen bis mittleren Frist weitere konjunkturelle Faktoren, beispielsweise die zyklisch schwankende Auslastung des Arbeitskräfteangebots, eine Rolle spielen:

$$\begin{aligned} \Delta \log(w_t) = & c_1 + c_2 \{ \log(w_{t-1}) - \log(p_{t-1}) - \log(a_{t-1}) \} \\ & + \sum_{i=0}^m c_i^\theta \theta_{t-i} + \sum_{i=0}^n c_i^a \Delta \log(a_{t-i}) \\ & + \sum_{i=0}^q c_i^\pi \pi_{t-i} + \sum_{i=0}^r c_i^e \pi_{t-i}^e \\ & + \sum_{i=0}^s c_i^{EUI} EUI_{t-i} + \sum_{i=1}^u c_i^w \Delta \log(w_{t-i}) \\ & + \sum_{i=0}^v c_i^T T_{t-i} + \varepsilon_t \end{aligned}$$

Die Spezifikation der Schätzgleichung bringt die Wachstumsrate der Bruttolöhne und -gehälter, w_t , in Verbindung mit der Abweichung der Bruttolöhne und -gehälter von ihrem Niveau auf Basis einer Langfristbeziehung mit der Arbeitsproduktivität, a_t , und dem Preisniveau gemäß dem Verbraucherpreisindex (ohne Nahrungsmittel und Energie), p_t , (jeweils in logarithmierter Form).²⁾ Die Spezifikation unterstellt, dass die Lohnentwicklung langfristig in Einklang mit dem verteilungsneutralen Spielraum steht, der sich aus der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der gesamtwirtschaftlichen Teuerung ergibt; ihr liegt die

Annahme zugrunde, dass die gesamtwirtschaftliche Lohnquote in der langen Frist um einen konstanten Wert schwankt.³⁾

In der kurzen bis mittleren Frist spielt annahmegemäß neben dem Grad der Arbeitsmarkttension θ_t auch das Wachstum der Arbeitsproduktivität eine Rolle. Zudem fließen in die Schätzgleichung sowohl die tatsächlichen Inflationsraten, π_t , als auch umfragebasierte Inflationserwartungen, π_t^e , ein, die dem vorausschauenden Verhalten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Rechnung tragen.⁴⁾ Die erwartete künftige Inflationsrate dient ihnen zur Einschätzung der antizipierten realen Kaufkraft sowie Arbeitskosten.⁵⁾ Zusätzlich wird die Nettozuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland relativ zur ansässigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren, EUI_t ,

1 Vgl.: O. Blanchard und L. Katz (1999), Wage Dynamics: Reconciling Theory and Evidence, *American Economic Review* 89 (2), S. 69–74.

2 Die Lohn- und Produktivitätsgrößen fließen in die Rechnungen auf Stundenbasis ein.

3 Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass die Lohnquote auf Basis der Effektivverdienste in Deutschland im Stichprobenzeitraum zwar zeitweise – insbesondere im Zeitraum bis etwa zum Jahr 2007 – einen fallenden Trend aufwies. Seit dem Jahr 2007 ist jedoch ein positiver Trend zu beobachten, sodass sich die Lohnquote aktuell wieder auf ähnlichem Niveau wie Mitte der 1990er Jahre befindet.

4 Als Maß der Arbeitsmarkttension dient die Zahl offener Stellen relativ zur Unterbeschäftigung gemäß dem Konzept der Bundesagentur für Arbeit, teilweise auf Basis von Angaben des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die umfragebasierten Inflationserwartungen laut Consensus Economics beziehen sich auf den Horizont von fünf Jahren.

5 Weitere Sonderfaktoren, T_t , mit einem Einfluss auf das Wachstum der Effektivverdienste pro Arbeitsstunde gehen auch aus von irregulären Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeit, die u. a. von Krankheitswellen oder Witterungseinflüssen (insbesondere in der Bauwirtschaft) abhängt.

Schätzergebnisse der Lohngleichung *)

in % bzw. %-Punkten

Einflussgröße	Veränderungsrate der Effektivverdienste auf Stundenbasis gegenüber dem Vorquartal		
	Partieller Effekt ⁵⁾	t-Wert bzw. F-Statistik	Lag(s) Nr. ⁶⁾
Fehlerkorrekturterm ¹⁾	-0,032**	-2,29	1
Arbeitsproduktivitätswachstum ²⁾	0,105***	10,4	0 bis 2
Arbeitsmarktanspannung ³⁾	0,377***	6,05	1 bis 3
Zuwanderung ⁴⁾	-0,002*	-1,8	10
Inflationserwartungen	0,004*	1,89	1
Vergangene Preissteigerungsraten	0,247**	2,97	1 bis 4
R ²	0,73		

* Schätzzeitraum 2 Vj. 1996 bis 4. Vj. 2017. Schätzungen einschl. Konstante und Sondereffekten (nicht dargestellt). **1** Prozentuale Abweichung der Löhne von der modellbasierten Langfristbeziehung. **2** Bruttowertschöpfung im Verhältnis zum Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen. **3** Verhältnis offener Stellen zur Unterbeschäftigung (BA-Konzept). **4** Nettozuwanderung aus EU-Staaten im Verhältnis zur ansässigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. **5** */**/** bezeichnet Signifikanz auf dem 10%-, 5%- bzw. 1%-Niveau. **6** Bezeichnet individuelle vergangene Werte.

Deutsche Bundesbank

berücksichtigt.⁶⁾ Diese Größe spiegelt das in den vergangenen Jahren hinzugekommene Arbeitsangebot aus anderen EU-Mitgliedsländern wider und ergänzt somit das herkömmliche Maß der Arbeitsmarktanspannung.

Laut den Schätzergebnissen weisen alle Koeffizienten ein ökonomisch plausibles Vorzeichen auf und sind weitgehend statistisch signifikant.⁷⁾ In der kurzen bis mittleren Frist hängt das Wachstum der Effektivverdienste den Ergebnissen zufolge positiv von Zuwächsen bei der Arbeitsproduktivität, dem Grad der Arbeitsmarktanspannung und der tatsächlichen sowie der erwarteten Inflationsrate ab. Dämpfende Effekte gehen den Ergebnissen zufolge indes von der Nettozuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten aus. Zudem deuten die Ergeb-

nisse darauf hin, dass die Effektivverdienste in der Vergangenheit umso stärker anzogen, je größer zuvor deren Abweichung von dem Niveau ausfiel, das die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Verbraucherpreise nahelegte.

Auf Basis der Schätzergebnisse können die Beiträge der Einflussfaktoren zur vergangenen Lohndynamik errechnet werden. Zwei wichtige Faktoren der Lohnentwicklung insgesamt waren der Verlauf der Verbraucherpreise und der Arbeitsproduktivität. Darüber hinaus lieferte unter den zyklischen Faktoren die Arbeitsmarktanspannung in den vergangenen Jahren zunehmend positive Wachstumsbeiträge. Dies spiegelt auch die ausgezeichnete Lage am deutschen Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund eines intakten Lohn-Phillips-Kurven-Zusammenhangs wider.⁸⁾ Mit Blick auf die fallende Unterbeschäftigung in den zurückliegenden Jahren waren die Unternehmen offensichtlich geneigt, ihre Lohnangebote tendenziell zu erhöhen, um neue Beschäftigte anzuwerben oder bereits beschäftigte Arbeitnehmer zu halten. Von der erwarteten Inflationsrate ging im Zeitraum von etwa dem Jahr 2012 bis 2014 ein überdurchschnittlicher Beitrag zum Lohnwachstum aus, der seitdem mehr oder weniger neutral war.

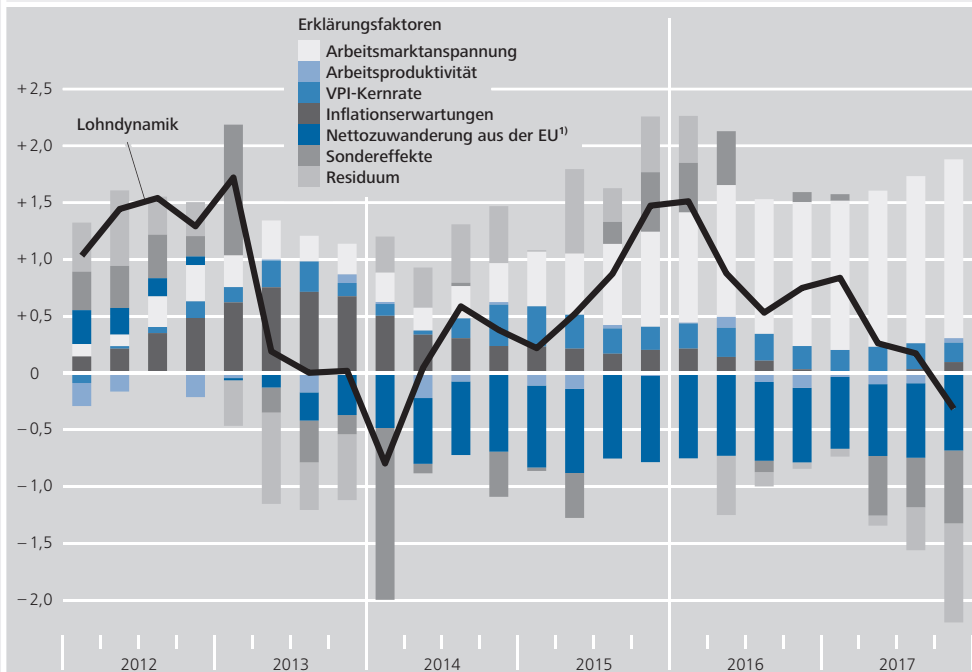
⁶ Bei der Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten handelt es sich in der Regel um arbeitsmarktorientierte Zuwanderung. Dafür sprechen u. a. die hohen Beschäftigungsraten von Staatsangehörigen dieser Länder in Deutschland.

⁷ Die Schätzungen beruhen auf vierteljährlichen Angaben für den Zeitraum der Jahre von 1996 bis 2017. Die Anzahl vergangener Ausprägungen der Einflussgrößen wurde auf Basis der statistischen Signifikanz einzelner Lags bestimmt.

⁸ Dieser Befund ergibt sich auch unter Verwendung alternativer Maße der Arbeitsmarktanspannung, wie der Arbeitslosenquote, ihrer Abweichung von der strukturellen Quote oder den Angaben des ifo Indikators für Arbeitskräftemangel im Verarbeitenden Gewerbe.

Beiträge zum Lohnwachstum in Deutschland⁹⁾

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %-Punkten



* Abweichungen vom geschätzten Mittelwert. Lohnwachstum gemäß Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter (Stundenbasis). Schätzzeitraum 2. Vj. 1996 bis 4. Vj. 2017. ¹¹ Nettozuwanderung aus EU-Staaten (jeweiliger Gebietsstand) nach Deutschland. Deutsche Bundesbank

Wachstumsdämpfende Beiträge kamen in den vergangenen Jahren von der kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Allerdings übertraf zuletzt den Rechnungen zufolge der von der heimischen Arbeitskräftenachfrage ausgehende Lohndruck den lohn-dämpfenden Beitrag der arbeitsmarkt-orientierten Zuwanderung deutlich. Laut den Schätzergebnissen entfaltete sich der Lohneffekt der Zuwanderung mit einer Verzögerung von bis zu drei Jahren. Diese – auf den ersten Blick relativ große – Verzögerung deckt sich mit den Erkenntnissen weiterer Studien zur Dauer des Integrationsprozesses von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt. Demzufolge erreichte beispielsweise die Beschäftigungsquote von Zuwanderern, die nicht im Rahmen der Fluchtmigration zugewandert waren, Berechnungen auf Basis der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe zufolge im Durchschnitt nach fünf Jahren das Niveau der ansässigen Bevölkerung.⁹⁾ Zu möglichen

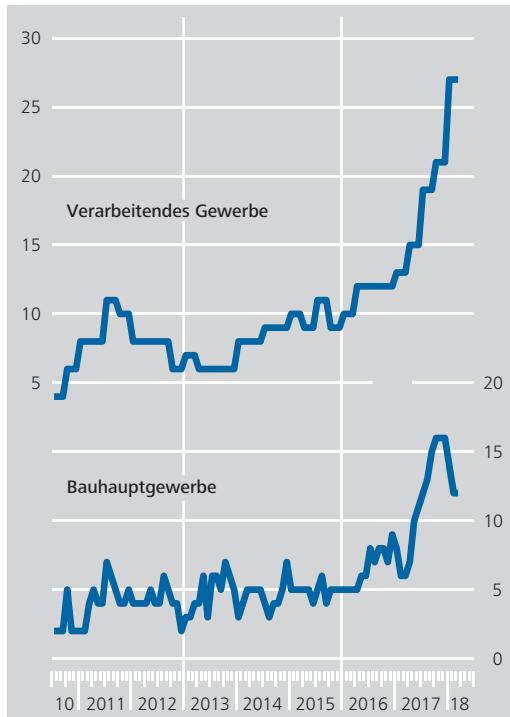
Gründen für diese Zeitspanne zählen der zeitintensive Erwerb heimischer Sprachkenntnisse, der Kenntnis der institutionellen Gegebenheiten in Deutschland sowie die graduelle Überwindung kultureller Hürden.¹⁰⁾

⁹ Vgl.: H. Brücker, H. Hauptmann und E. Vallizadeh (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, IAB Aktueller Bericht, Nr.14/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

¹⁰ Vgl.: A. Romiti, P. Trübswetter und E. Vallizadeh (2015), Lohnanpassung von Migranten: Das soziale Umfeld gibt die Richtung vor, IAB Kurzbericht, Nr. 25/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Behinderung der Produktion durch Arbeitskräftemangel

Anteil der Betriebe in %, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: ifo Institut,
 Deutsche Bundesbank

hohen Auslastungsgrades am Arbeitsmarkt. Weitere, alternative Maße der Arbeitslosigkeit – beispielsweise die standardisierte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) oder das breite Unterbeschäftigungsmaß auf Basis von Eurostat-Indikatoren – weisen im Großen und Ganzen ähnliche Verläufe wie die registrierte Arbeitslosigkeit beziehungsweise die Unterbeschäftigung gemäß BA-Konzept auf und bieten daher keinen nennenswerten zusätzlichen Erklärungsgehalt für die Lohnentwicklung.²⁰⁾

Seit einigen Jahren kräftige arbeitsmarkt-orientierte Zuwanderung

Mit Blick auf die seit etwa dem Jahr 2011 hohen Zuwanderungsraten – insbesondere aus den seit dem Jahr 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten sowie den südeuropäischen Ländern – könnten herkömmliche Maße, wie die Quote der offenen Stellen in Deutschland relativ zur Unterbeschäftigung, die tatsächliche Arbeitsmarktanspannung nur unzureichend wiedergeben.²¹⁾ Unter anderem vergrößerte sich mit der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU

seit dem Jahr 2011 das potenzielle Arbeitsangebot in Deutschland deutlich.²²⁾ Bis Mitte des Jahres 2017 (bis dahin reichen entsprechende Angaben) wanderten insgesamt rund 1,8 Millionen Personen per saldo aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland ein.

Zuwanderung kann die Lohndynamik in Deutschland über verschiedene Wirkungskanäle beeinflussen. Hierbei muss unter anderem unterschieden werden, ob das Qualifikationsprofil der Zuwanderer demjenigen der einheimischen Beschäftigten relativ ähnlich ist oder ob es dasjenige der einheimischen Beschäftigten – über ein sogenanntes Komplementärverhältnis – eher ergänzt.²³⁾ Im ersten Fall träten die Zuwanderer mit den einheimischen Beschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Wettbewerb. Die Ausweitung des relevanten Arbeitsangebots dürfte dann die Lohndynamik dämpfen – sowohl gesamtwirtschaftlich als auch die Einheimischen betreffend. Im zweiten Fall würden die Löhne der ansässigen Bevölkerung tendenziell ansteigen, da deren Qualifikationsprofil durch die Zuwanderung relativ knapper geworden ist. Gleichwohl kann es auch in diesem Fall zu einem gedämpften Lohnwachstum auf gesamtwirtschaftlicher Ebene kommen – falls die Zuwanderer selbst überwiegend in relativ niedrig entlohnten Arbeitsverhältnissen tätig sind und dieser Effekt gesamtwirtschaftlich überwiegt.

Verschiedene Wirkungskanäle der Zuwanderung auf die Lohndynamik

²⁰ Das breite Unterbeschäftigungsmaß auf Basis von Eurostat-Indikatoren umfasst die standardisierte Erwerbslosigkeit (ILO-Konzept) und berücksichtigt zusätzlich Personen, die entweder unfreiwillig lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen oder eine Beschäftigung suchen, dem Arbeitsmarkt aber aktuell nicht zur Verfügung stehen, oder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aktuell aber keine Beschäftigung suchen. Dieses Maß ähnelt der U6-Arbeitslosenquote des US-amerikanischen Bureau of Labor Statistics.

²¹ Die Zahl offener Stellen in Deutschland wendet sich prinzipiell an alle Arbeitssuchenden im In- und EU-Ausland, während die Unterbeschäftigung einem rein inländischen Konzept folgt.

²² Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Monatsbericht, April 2017, S. 37–50.

²³ Zu Lohn- und Beschäftigungseffekten arbeitsmarkt-orientierter Zuwanderung aus konzeptioneller Sicht vgl.: A. Chassamboulli und T. Pavlios (2014), A search-equilibrium approach to the effects of immigration on labor market outcomes, *International Economic Review* 55 (1), S. 111–129.

Zuwanderer vorwiegend in Branchen und Tätigkeitsbereichen mit unterdurchschnittlichen Löhnen beschäftigt

Zuwanderer nahmen in den vergangenen Jahren – auch begünstigt durch vorangegangene Liberalisierungen der institutionellen Gegebenheiten am deutschen Arbeitsmarkt – vorwiegend eine Beschäftigung in Branchen und Tätigkeitsbereichen mit einem eher unterdurchschnittlichen Lohnniveau auf.²⁴⁾ In den 1990er Jahren, der vorherigen Phase mit kräftiger Nettozuwanderung nach Deutschland, hingegen waren die Möglichkeiten zur Aufnahme derartiger Beschäftigungsverhältnisse, die häufig dem Einstieg in den Arbeitsmarkt dienen, stärker begrenzt; die sektoralen Verschiebungen hin zu gering vergüteten Beschäftigungsverhältnissen waren damals deutlich kleiner.²⁵⁾

Zuwanderungsbedingt lohn-dämpfender Effekt zum Gutteil aufgrund der Beschäftigungskomposition

Insgesamt spricht auf Basis aktuell zur Verfügung stehender Daten einiges dafür, dass der auf die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung zurückgehende dämpfende Effekt auf das Lohnwachstum zu einem Gutteil auf die relativ niedrige Entlohnung unter den Zuwanderern selbst – und weniger auf einen von den Zuwanderern ausgehenden dämpfenden Effekt auf die Löhne der Einheimischen – zurückzuführen ist.²⁶⁾ Darüber hinaus lässt der Vergleich mit früheren Zuwanderergruppen erwarten, dass sich das bislang vergleichsweise niedrige durchschnittliche Lohnniveau von Zuwanderern im Zuge der fortschreitenden Integration in den deutschen Arbeitsmarkt deutlich erhöht. Insofern ist in den kommenden Jahren mit daraus resultierenden lohnsteigernden Effekten zu rechnen.

■ Institutionelle Faktoren

Stufenanhebungen in Tarifverträgen

Laut Schätzungen der Lohn-Phillips-Kurve spielen im Fall der Tarifverdienste auch die Wachstumsraten der Tarifverdienste in vorangegangenen Perioden eine Rolle für die aktuelle Entwicklung. Ein Grund dieser vergangenheitsorientierten Komponente dürfte in den inzwischen recht häufigen zweistufigen Tarifvereinbarungen bei Verträgen mit längerer Laufzeit liegen. In der Regel erfolgt im Rahmen eines für zwei Jahre abgeschlossenen Tarifvertrages eine erste Anhebung zu Beginn der Laufzeit und eine

weitere Anhebung nach Ablauf des ersten Jahres. Die zweite Stufenanhebung fällt in vielen Fällen etwas schwächer aus, orientiert sich der Höhe nach gleichwohl an der ersten Stufenanhebung.²⁷⁾

In Ergänzung zu den modellbasierten Ergebnissen liegen noch weitere Bestimmungsgründe für die Lohnentwicklung in jüngerer Vergangenheit vor. So nahm in den vergangenen Jahren die Bedeutung von nichtlohnbezogenen Bestandteilen in den Tarifvereinbarungen zu.²⁸⁾ Beispielsweise spielten in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen im Jahr 2016 Fragen der Nachhaltigkeit der betrieblichen Altersvorsorge und in der jüngsten Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie eine flexiblere Gestaltung der individuellen Arbeitszeiten kombiniert mit mehr Wahlmöglichkeiten und Selbstbestimmung hinsichtlich verfügbarer Zeit für Familie, die Pflege Angehöriger sowie Erholung im Fall besonders beanspruchter Beschäftigtengruppen eine hervorgehobene Rolle.²⁹⁾ Die Effekte solcher Kom-

Zunehmende Bedeutung nichtlohnbezogener Tarifbestandteile

²⁴ Zuwanderer aus diesen Ländern waren im Jahr 2017 zum Großteil als Helfer bzw. Fachkräfte in Wirtschaftszweigen mit eher niedrigem Lohnniveau (Landwirtschaft, Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ), Gastgewerbe, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ohne ANÜ, Baugewerbe sowie Verkehr und Lagerei) tätig.

²⁵ Zu den Lohnwirkungen der Zuwanderungsphase in den 1990er Jahren in Deutschland vgl.: C. Dustmann, U. Schönberg und J. Stuhler (2017), Labor supply shocks, native wages, and the adjustment of local employment, *The Quarterly Journal of Economics* 132(1), S. 435–483; sowie F. D'Amuri, G. Ottaviano und G. Peri (2010), The labor market impact of immigration in Western Germany in the 1990s, *European Economic Review* 54, S. 550–570.

²⁶ Diese Einschätzung steht im Einklang mit den Ergebnissen von Fallstudien zu Phasen arbeitsmarktorientierter Migration innerhalb der EU in den 2000er Jahren. Vgl.: B. Galgoczi, J. Leschke und A. Watt (2009), *EU labour migration since enlargement. Trends, impacts, and policies*, Ashgate Publishing, Farnham (GB).

²⁷ Bspw. ist das eher moderate Wachstum der Tarifverdienste im Jahr 2017 u. a. auf Stufenanhebungen zurückzuführen, die mehr als ein Jahr zuvor unter dem Eindruck damals sehr niedriger Preissteigerungsraten vereinbart wurden. Eine Reihe größerer Wirtschaftszweige wie die Metall- und Elektroindustrie verhandelte planmäßig im Jahr 2018, nach der jüngsten Runde im Jahr 2016.

²⁸ Zu den qualitativen Komponenten in den Tarifverhandlungen vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank, *Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht*, August 2017, S. 58.

²⁹ Auch die jüngsten Tarifabschlüsse der Deutschen Bahn, von Volkswagen und der Deutschen Post bieten den Tarifbeschäftigten die Option, entweder das vereinbarte Lohnplus oder mehr Freizeit zu wählen.

ponenten auf die vereinbarten Tarifverdienstzuwächse sind schwer zu quantifizieren. Unter Umständen könnten sie beispielsweise im Fall höheren Verwaltungsaufwands aufgrund aufwendigeren Personalmanagements aus Unternehmenssicht mittel- oder unmittelbar kostensteigernd wirken. Zudem erhöhen vereinbarte Altersvorsorgeleistungen die Arbeitnehmerentgelte. Generell ist davon auszugehen, dass das Verhandlungsergebnis für den Tariflohn nicht unabhängig von weiteren Vereinbarungen zu anderen nicht direkt lohnbezogenen Bestandteilen ist. Da dabei in den vergangenen Jahren vermehrt die Interessen der Arbeitnehmerseite befriedigt wurden, dürfte dadurch das tarifliche Lohnplus geschmälert worden sein.³⁰⁾

■ Fazit und Ausblick

Vergleiche mit früheren Expansionsphasen, mit der Entwicklung in anderen Ländern und anhand des Verteilungsspielraums geben keine Hinweise darauf, dass der nominale Lohnanstieg in Deutschland in den vergangenen Jahren ungewöhnlich schwach war. Mit Blick auf den überaus hohen Beschäftigungsstand und den zunehmenden Engpass an qualifizierten Arbeitskräften wären in den vergangenen Jahren auf Basis historischer Regelmäßigkeiten für sich genommen spürbar höhere Lohnzuwächse zu erwarten gewesen. Eine Reihe von Faktoren wirkte dieser Tendenz allerdings entgegen. Zum einen dämpfte das gestiegene Angebot an verfügbaren Arbeitskräften aus der EU die gesamtwirtschaftlichen Lohnzuwächse. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, dass sich die zuwanderungsbedingte Ausweitung des Arbeitsangebots häufig auf Branchen und Tätigkeiten mit unterdurchschnittlichem Lohnniveau konzentrierte. Darüber hinaus übten die niedrigen Inflationsraten in den Jahren 2015 und 2016 und die vergleichsweise geringen Produk-

tivitätszuwächse in vergangenen Jahren lohn-dämpfende Effekte aus. Zudem nahm die Bedeutung qualitativer nichtlohnbezogener Bestandteile der Tarifabschlüsse zu, deren direkte und indirekte Lohneffekte jedoch schwierig zu quantifizieren sind. Eine Rolle spielte auch, dass die Tarifbindung der Beschäftigten über lange Phasen der vergangenen 20 Jahre deutlich abgenommen hat. Dieser Prozess ist erst in den letzten Jahren abgemildert worden, dürfte aber noch Wirkungen entfaltet haben.

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind zukünftig höhere nominale Tarifverdienststeigerungen als in den vergangenen Jahren aus heutiger Sicht als wahrscheinlich einzuschätzen. Zwar könnte der dämpfende Einfluss der arbeitsmarktorientierten Nettomigration auf die durchschnittlichen Verdienste, der Schätzergebnisse zufolge mit zeitlicher Verzögerung wirkt, noch eine Weile bemerkbar sein. Dem steht aber gegenüber, dass das allmähliche Anziehen der Inflationsrate für sich genommen das Lohnwachstum in näherer Zukunft unterstützen dürfte, die bereits ausgeprägte Arbeitsmarktknappheit den verfügbaren Indikatoren zufolge vermutlich noch weiter zunimmt und die Konjunkturperspektiven weiterhin günstig sind. Insofern spricht viel dafür, dass sich in den kommenden Jahren die zunehmenden Knappheiten am Arbeitsmarkt stärker in der tatsächlichen Lohnentwicklung niederschlagen werden.³¹⁾

Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage begünstigt künftig höhere Nominallohnzuwächse

Lohnaufwärtsdruck aufgrund inländischer Arbeitsmarktknappheit durch Nettozuwanderung gedämpft

³⁰ In den hier vorgelegten empirischen Untersuchungen auf Basis der Beveridge-Kurve und der Lohn-Phillips-Kurve wird dieser Effekt nicht direkt erfasst; vielmehr spiegelt er sich in den Residuen der jeweiligen Schätzgleichungen wider, oder er wird implizit berücksichtigt über andere Bestimmungsfaktoren, die mit diesem Effekt eine statistische Korrelation aufweisen.

³¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft – gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2018 und 2019 mit einem Ausblick auf das Jahr 2020, Monatsbericht, Dezember 2017, S. 29 f.

Das deutsche Auslandsvermögen: neue statistische Konzepte und Ergebnisse seit der Finanzkrise

Der deutsche Auslandsvermögensstatus (AVS) stellt die zu Marktpreisen bewerteten finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten von Inländern gegenüber Ausländern dar. Er dokumentiert und veranschaulicht damit die Vermögensposition Deutschlands gegenüber der übrigen Welt. Als makroökonomisches Rechenwerk hat er seit der Finanzkrise an Bedeutung gewonnen, weil er außenwirtschaftliche Verflechtungen und damit mögliche Ansteckungskanäle aufzeigt. So ist der AVS auch Teil der G20-Initiative, Datenlücken zu identifizieren und zu schließen. Das deutsche Netto-Auslandsvermögen – also die Forderungen abzüglich der Verbindlichkeiten von Inländern gegenüber Ausländern – ist gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Anfang 2007 bis Ende 2017 von knapp 20% auf rund 60% angewachsen. Den Auslandsforderungen in Höhe von 8 346 Mrd € stehen dabei Verbindlichkeiten in Höhe von 6 417 Mrd € gegenüber. Das Netto-Auslandsvermögen in Relation zum BIP ist ein Indikator im Verfahren der Europäischen Union (EU) zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.

Der Aufsatz stellt ein dreidimensionales Darstellungskonzept vor, das die Veränderungen des deutschen Netto-Auslandsvermögens in einer Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Entstehungsseitig waren die erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands die treibende Kraft, der allerdings negative Bewertungseffekte und statistische Anpassungen gegenüberstanden. Deshalb blieb der Zuwachs des deutschen Netto-Auslandsvermögens in den Jahren 2007 bis 2017 hinter der Entwicklung der kumulierten Leistungsbilanzüberschüsse zurück; er war aber mit einem Plus von 1 457 Mrd € oder rund 40 Prozentpunkten in Relation zum BIP durchaus beachtlich.

Mit Blick auf die Kategorien der Finanzanlagen zeigt die Verwendungsrechnung die hohe Bedeutung der Wertpapierinvestments im deutschen AVS. Erstmals seit über 30 Jahren halten Inländer mehr ausländische Wertpapiere in ihren Depots als Ausländer Wertpapiere deutscher Emittenten. Zum einen haben hiesige Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen kräftig in diese Anlagekategorie investiert. Zum anderen gaben ausländische Investoren deutsche Staatsanleihen seit 2015 per saldo ab, sodass ihr Bestand in ausländischen Portfolios um gut ein Viertel zurückgegangen ist. Vor allem der Start des geldpolitischen Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme: APP) dürfte zu dem Umschwung beigetragen haben. In der Verteilungsrechnung nach Sektoren verzeichneten die Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen den höchsten Vermögenszuwachs; sie bleiben damit größter Netto-Gläubigersektor gegenüber dem Ausland. Es folgt die Bundesbank, die sich durch den Anstieg ihrer TARGET2-Forderungen zum derzeit zweitgrößten Netto-Gläubigersektor entwickelt hat. Dagegen ist die Netto-Forderungsposition der Monetären Finanzinstitute zurückgegangen. Einziger Nettoschuldner bleibt der Sektor Staat.

Schließlich stellt der Aufsatz mit den Indizes der Wechselkurseffekte im Auslandsvermögensstatus noch ein neu entwickeltes Konzept vor, das den Datenfundus AVS mit Wechselkursinformationen verknüpft, um den Einfluss von Wechselkurseffekten besser erklären und modellieren zu können.

Der AVS als außenwirtschaftliches Rechenwerk im europäischen und internationalen Kontext

Das Netto-Auslandsvermögen der deutschen Volkswirtschaft hat stark zugenommen

Der AVS bildet alle finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Inländern und Ausländern ab, bewertet mit den Marktpreisen und Wechselkursen am jeweiligen Stichtag. Damit ist der AVS eine zeitpunktbezogene Bestandsstatistik, zu der die Kapitalbilanz – als Teilbilanz der Zahlungsbilanz – die korrespondierenden Finanzströme erfasst.¹⁾ Veränderungen des AVS setzen sich zusammen aus Finanztransaktionen mit dem Ausland, die in der Kapitalbilanz ausgewiesen werden, sowie Bewertungseffekten, wenn sich Marktpreise oder Wechselkurse verändern.²⁾ Die Bestände grenzüberschreitend gehaltener Finanzvermögen haben in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, und zwar die Auslandsforderungen deutlich stärker als die Verbindlichkeiten: Im Ergebnis hat das deutsche Netto-Auslandsvermögen in dem Zeitraum von Anfang 2007 bis Ende 2017 von knapp 20% auf rund 60% in Relation zum BIP zugelegt. Zu Beginn der Europäischen Währungsunion Anfang 1999 hatte Deutschland eine Netto-Schuldnerposition gegenüber dem Ausland ausgewiesen.³⁾

In absoluten Zahlen lag das deutsche Netto-Auslandsvermögen Ende 2017 bei 1 929 Mrd €. Ein Blick auf die Bruttogrößen zeigt, dass inländische Gläubiger ausländische Vermögenswerte in Höhe von 8 346 Mrd € halten, während die deutschen Auslandsverbindlichkeiten bei 6 417 Mrd € liegen. Somit addieren sich die Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten aktuell auf das Viereinhalbfache des deutschen BIP. Diese Kennziffer, die auch herangezogen wird, um den finanziellen Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft zu beschreiben, nahm bis 2012 recht stetig zu; seitdem verharrt sie auf hohem Niveau.

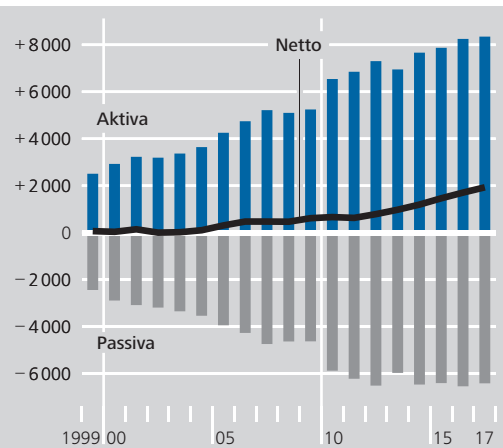
Finanzieller Offenheitsgrad auf hohem Niveau

In dem hohen finanziellen Offenheitsgrad spiegelt sich auch der Wunsch der Akteure nach international diversifizierten Anlagen. Aus Anlegersicht verringern höhere Auslandsanlagen die Anfälligkeit eines Portfolios gegenüber nationalen Schocks und verstetigen so die Ertragsperspektiven. Wenn in den Portfolios inländischer Anleger ein immer größerer Teil auf ausländische Investments entfällt oder auf Fremdwährungen lautet, verringert sich der sogenannte Home Bias bei Wertpapieranlagen, der dadurch gekennzeichnet ist, dass Wertpapierbestände einzelner Länder meist deutlich zugunsten der jeweiligen inländischen Instrumente ausgerichtet sind.⁴⁾

Geringere Anfälligkeit gegenüber nationalen Schocks durch internationale Diversifizierung

Das deutsche Auslandsvermögen

Mrd €, Stand am Jahresende



Deutsche Bundesbank

1 Für weiterführende Informationen und Daten zum deutschen AVS vgl.: <http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Auslandsvermoegenstatus/auslandsvermoegenstatus.html>. Zum methodischen Konzept vgl.: Internationaler Währungsfonds (IWF) (2009), Balance of Payments and International Investment Position Manual, Sixth Edition (BPM6); und Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59–70.

2 Änderungen im AVS ergeben sich schließlich noch durch die sog. anderen Anpassungen. Sie umfassen im Wesentlichen konzeptionelle und methodische Abweichungen zur Zahlungsbilanz und können erhebliche Größenordnungen annehmen. Darüber hinaus werden hier Umschichtungen dokumentiert, die sich bspw. durch die Neuordnung einer Investition in eine andere Funktionalategorie oder eines Unternehmens in einen anderen Sektor ergeben.

3 Zum deutschen AVS von 1999 bis 2007 vgl.: Deutsche Bundesbank, Das deutsche Auslandsvermögen seit Beginn der Währungsunion: Entwicklung und Struktur, Monatsbericht, Oktober 2008, S. 15–33.

4 Vgl. für die Entwicklung seit Beginn der Währungsunion: Deutsche Bundesbank, Entwicklung des Home Bias bei Wertpapieren, Monatsbericht, Oktober 2008, S. 24.

Einfluss externer Entwicklungen steigt mit finanziellen Verflechtungen

Gleichzeitig gewinnen aber auch die Kapitalmarktentwicklungen in anderen Ländern oder Wechselkursbewegungen mehr Einfluss auf die nationale Wirtschaft: Konjunkturelle Impulse übertragen sich zusätzlich zu den traditionellen Kanälen – wie den internationalen Handelsbeziehungen – verstärkt auch über Einkommens- und Vermögenseffekte, die durch Niveau- und Strukturverschiebungen im Auslandsvermögen bestimmt werden.⁵⁾ Das zeigte sich auch während der internationalen Finanz- und Staatsschuldenkrise.⁶⁾ Da der AVS nicht nur Aggregate und Nettogrößen abbildet, sondern auch die Struktur der Aktiv- und der Passivseite, lassen sich für die unterschiedlichen Sektoren, beispielsweise anhand von Kapitalstruktur, Laufzeitenprofil und Währungszusammensetzung, Risikoanalysen und Sensitivitätsuntersuchungen durchführen.⁷⁾ So können erste Hinweise auf potenzielle Vermögensveränderungen infolge von Marktpreis- oder Wechselkursbewegungen gewonnen werden.⁸⁾

G20 Data Gaps Initiative fordert tiefere Währungs- und Sektorengliederung

Der gewachsenen Bedeutung des AVS als makroökonomisches Rechenwerk tragen auch die Beschlüsse der Finanzminister und Notenbank-Gouverneure der G20-Länder aus den Jahren 2009 und 2015 zur Data Gaps Initiative Rechnung.⁹⁾ Ziel dieser Initiative ist es, Lücken in den Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu schließen, die im Verlauf der globalen Finanzkrise offensichtlich geworden sind. Für den AVS wird von allen G20-Ländern eine Aufgliederung ihrer Vermögens- und Schuldpositionen nach den wichtigsten Währungen gefordert. Zudem sollen die inländischen Sektoren tiefer als bisher untergliedert werden.

Der AVS als Bestandsstatistik ergänzt die Analyse der Zahlungsbilanzströme

Die Persistenz makroökonomischer Fehlentwicklungen kann mithilfe der Bestandsgrößen umfassender und zuverlässiger beurteilt werden als bei ausschließlicher Betrachtung der zugrunde liegenden Stromgrößen.¹⁰⁾ So ist es beispielsweise möglich, dass ein Leistungsbilanzüberschuss und der damit einhergehende transaktionsbedingte Anstieg der Nettoforderungen von negativen Bewertungseffekten übertroffen werden. Vor allem bei starken Neubewertun-

gen an den Finanzmärkten kann dies der Fall sein.

Das Makroökonomische Überwachungsverfahren (MIP)¹¹⁾ der EU enthält daher nicht nur für den Leistungsbilanzsaldo als außenwirtschaftlichen Indikator einen Grenzwert, sondern auch für die Netto-Auslandsposition: Wenn die Netto-Auslandsverbindlichkeiten eines Mitgliedstaates 35% des BIP überschreiten, ist eine vertiefte Analyse durch die Europäische Kommission vorgesehen. In der Vergangenheit haben sich vor allem hohe Netto-Verbindlichkeiten als nicht nachhaltig erwiesen. Für ein Netto-Auslandsvermögen wurde deshalb kein Grenzwert festgelegt, weil eine hohe Gläubigerposition nicht als grundsätzlich problematisch für ein

Die Netto-Auslandsposition ist ein Indikator im MIP-Verfahren der EU

5 Vgl.: J. Kearns und N. Patel, Does the financial channel of exchange rates offset the trade channel?, in: BIS Quarterly Review, December 2016, S. 95–113. Die Autoren weisen darauf hin, dass Wechselkurseffekte über eine hohe in Fremdwährung denominierte Auslandsverschuldung unter Umständen gegenläufige Effekte des Handelskanals überkompensieren können.

6 Für einen Überblick vgl.: P.-O. Gourinchas und H. Rey (2014), External Adjustment, Global Imbalances, Valuation Effects, in: Handbook of International Economics, Volume 4, S. 585–645; sowie P.R. Lane und G.M. Milesi-Ferretti (2014), Global Imbalances and External Adjustment after the Crisis, IMF Working Paper, 14/151.

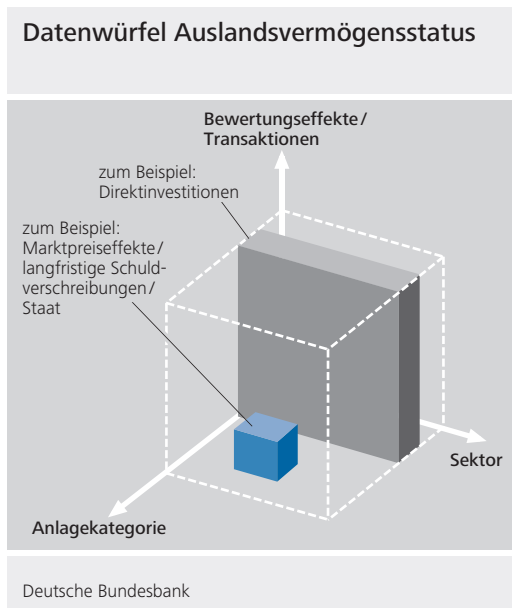
7 Vgl.: G. Bruneau., M. Leboeuf und G. Nolin (2017), Canada's International Investment Position: Benefits and Potential Vulnerabilities, in: Bank of Canada, Financial System Review, June 2017, S. 43–57; sowie L. Berger-Thompson und B. Chapman (2017), Foreign Currency Exposure and Hedging in Australia, in: Reserve Bank of Australia, Bulletin, December Quarter 2017, S. 67–75.

8 Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Investoren Marktpreis- oder Wechselkursrisiken möglicherweise ganz oder teilweise absichern.

9 Vgl.: IWF und Finanzstabilitätsrat (FSB) (2009), The Financial Crisis and Information Gaps, Report to the G-20 Finance Ministers and Central Bank Governors, Empfehlung Nr. 12; sowie IWF und FSB (2015), The Financial Crisis and Information Gaps, Sixth Progress Report on the Implementation of the G-20 Data Gaps Initiative, Empfehlung Nr. II.10.

10 Vgl.: IWF (2014), Are Global Imbalances at a Turning Point?, World Economic Outlook, October 2014, Chapter 4, S. 115–154.

11 Macroeconomic Imbalance Procedure, Verordnung (EU) 1176/2011 vom 16. November 2011 und Europäische Kommission (2012), Macroeconomic Imbalance Procedure, Scoreboard for the surveillance of macroeconomic imbalances, European Economy, Occasional papers 92.



Sollen mehrere Merkmalsausprägungen kombiniert werden, können „Scheiben“ des Würfels gebildet werden. So ist es möglich, die „Scheibe“ Direktinvestitionen herauszuschneiden und zu untersuchen, wie sich bei dieser Anlagekategorie das Wachstum des Netto-Auslandsvermögens auf die heimischen Sektoren verteilt oder wie groß der Anteil von Bewertungseffekten an der Gesamtveränderung der Netto-Direktinvestitionen ist. Werden Merkmale aus allen drei Dimensionen gewählt, liegt der Fokus auf einem einzelnen kleinen Quader oder Datenpunkt, zum Beispiel wenn geprüft wird, in welcher Höhe Marktpreiseffekte auf die langfristigen Schuldverschreibungen des Staates Einfluss genommen haben.

Die Kombination der drei Dimensionen ergibt einen analytischen Datenwürfel

Mitgliedsland oder das Funktionieren der Währungsunion eingeschätzt wird.¹²⁾

Dreidimensionales Darstellungskonzept für die Veränderung des Netto-AVS

Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung beleuchten unterschiedliche Aspekte des AVS

In den Jahren 2007 bis 2017 hat das deutsche Netto-Auslandsvermögen um 1 457 Mrd € oder knapp 40 Prozentpunkte in Relation zum BIP zugelegt. Um einerseits die Bestimmungsfaktoren dieses Wachstums zu analysieren und andererseits dessen Niederschlag in den jeweiligen Anlagekategorien und in der Verteilung auf die inländischen Sektoren zu untersuchen, bietet der AVS ein dreidimensionales Darstellungskonzept an. In diesem einheitlichen Rahmen werden die Veränderungen des Netto-AVS in einer Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung erläutert. Die Entstehungsrechnung stellt den Zusammenhang zur Zahlungsbilanz her, die Verwendungsrechnung zeigt die unterschiedlichen Anlagekategorien, und die Verteilungsrechnung betrachtet die involvierten inländischen Sektoren.¹³⁾

In Kombination ergeben diese drei Dimensionen einen umfassenden „Datenwürfel“, von dem beliebige Ausschnitte für verschiedene analytische Zwecke untersucht werden können.

Dabei muss der Würfel nicht notwendigerweise Nettowerte enthalten. Auch eine getrennte Darstellung der Aktiv- oder Passivseite ist möglich. Grundsätzlich kann der vorgestellte Datenwürfel für den AVS mit zusätzlichen Merkmalen – zum Beispiel Währungsgliederung und Partnerländer – zu einem Hyper-Kubus erweitert werden. Wesentlich erleichtert wird die Auswertung der Daten in der Praxis durch die Bereitstellung des AVS-Datenwürfels in einem System international harmonisierter Zeitreihenschlüssel.¹⁴⁾

Datenwürfel kann erweitert werden

■ AVS-Entstehungsrechnung

Die Entstehungsrechnung trägt dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang Rechnung,

¹² Mit Blick auf das wachsende Netto-Auslandsvermögen in einigen EU-Ländern hat die Europäische Kommission allerdings darauf hingewiesen, dass mit diesen hohen Nettopositionen Risiken, vor allem Bewertungsverluste, einhergehen könnten. Vgl. bspw.: Europäische Kommission (2016), Alert Mechanism Report 2017.

¹³ Zur ausführlichen Darstellung dieses Konzepts vgl.: U. Schipper und C. Jäcker (2016), Transaktions- und Bewertungseffekte im deutschen Auslandsvermögen, WiSt 45/2, S. 87–95.

¹⁴ Beim Statistical Data and Metadata Exchange (SDMX) ist jeweils an einer festgelegten Stelle eine bestimmte Information über die zugrunde liegende Zeitreihe in der Kodierung zu finden. Hierdurch wird die Zuordnung entsprechender Ströme und Bestände, aber auch der Vergleich von Datenreihen aus unterschiedlichen nationalen und internationalen Quellen für den Nutzer wesentlich erleichtert.

Bewertungseffekte bremsen Wachstum des Netto-Auslandsvermögens

dass dem Aufbau von Auslandsvermögen mehrere Komponenten zugrunde liegen. Das Schaubild auf Seite 34 zeigt deutlich, dass der positive Saldo der Leistungsbilanz im Zeitraum 2007 bis 2017 die treibende Kraft für das Wachstum des deutschen Netto-Auslandsvermögens war. Jedoch blieb dieses hinter den Überschüssen der Leistungsbilanz zurück, die sich in der Gesamtperiode auf 2 173 Mrd € kumulierten.¹⁵⁾ Die Differenz zwischen den kumulierten Leistungsbilanzüberschüssen und dem Anstieg des Netto-Auslandsvermögens in Höhe von 716 Mrd € geht auf Bewertungseffekte¹⁶⁾, den Einfluss der Finanzderivate¹⁷⁾ und auf die anderen Anpassungen, welche alle ein negatives Vorzeichen aufwiesen, zurück.¹⁸⁾ Besonders stehen die Krisenjahre 2007, 2008 und 2011 hervor, in denen das deutsche Netto-Auslandsvermögen – trotz Überschüssen in der Leistungsbilanz – rückläufig war. In diesen Jahren übertraf die Summe der negativen Einflüsse jeweils die positiven Zahlungsbilanztransaktionen.

Unterschiedliche Marktpreis- effekte vor und nach 2012 – Wechselkurs- effekte spielen in kumulierter Betrachtung kaum eine Rolle

Im Betrachtungszeitraum glichen sich Bewertungseffekte,¹⁹⁾ die sich aus Marktpreis- und Wechselkurseinflüssen zusammensetzen, weitgehend aus (–75 Mrd €). Den Rückschlägen aus den Krisenjahren folgte eine Gegenbewegung: In der Phase unmittelbar nach dem Beginn der Finanzkrise Anfang 2007 bis Ende 2011 war es im Netto-Auslandsvermögen zu Bewertungsverlusten in Höhe von 208 Mrd € gekommen. Seit Anfang 2012 – im Zuge der langsamen Stabilisierung der Finanzmärkte – drehte das Vorzeichen und das deutsche Auslandsvermögen verbuchte Bewertungsgewinne in Höhe von 133 Mrd €. Diese unterschiedliche Entwicklung in den beiden Phasen ist vor allem den Marktpreiseffekten geschuldet. Die Wechselkurseffekte spielten per saldo nur eine untergeordnete Rolle, weil die durchaus hohen Bewegungen der einzelnen Jahre gegenläufig waren und sich so in den beiden Phasen weitgehend aufgehoben.

Die hier beschriebenen Netto-Bewertungseffekte errechnen sich aus der Differenz der Einflüsse von Marktpreisen und Wechselkursen auf

die Auslandsforderungen und Auslandsverbindlichkeiten. Ein bewertungsbedingter Zuwachs bei den Passiva verringert das Netto-Auslandsvermögen. Kommt es zu einer breit angelegten Aufwertung des Euro, vermindern sich auf beiden Bilanzseiten wechselkursbedingt die Fremdwährungsanlagen, die in der Bilanz in Euro umgerechnet ausgewiesen werden. Der Nettoeffekt einer Auf- oder Abwertung hängt damit letztlich von der Währungsstruktur der Auslandsaktiva und -passiva ab. Da im deutschen AVS die Fremdwährungsanlagen auf der Aktivseite jene auf der Passivseite übersteigen, führt eine Aufwertung der heimischen Währung für sich genommen zu Netto-Bewertungsverlusten und zu einem Rückgang des Netto-Auslandsvermögens. Der Nettoeffekt von Marktpreisänderungen auf die jeweiligen Vermögens- und Schuldpositionen muss ebenso differenziert unter Berücksichtigung der Instrumentenstruktur betrachtet werden.

Ein Beispiel liefert das Jahr 2017, in dem erstmalig eine dreistellige währungsbedingte Wertanpassung auftrat, und zwar in Höhe von –123 Mrd €. Im letzten Jahr verzeichnete der Euro vor allem durch die guten Konjunkturdaten im Währungsraum deutliche Gewinne, nachdem

Struktur der Aktiva und Passiva entscheidet über den Nettoeffekt von Bewertungsänderungen

Der starke Euro führt 2017 zu Währungsverlusten in Rekordhöhe

¹⁵ Einschl. Saldo der Vermögensänderungsbilanz.

¹⁶ Ohne Bewertungseffekte auf Finanzderivate.

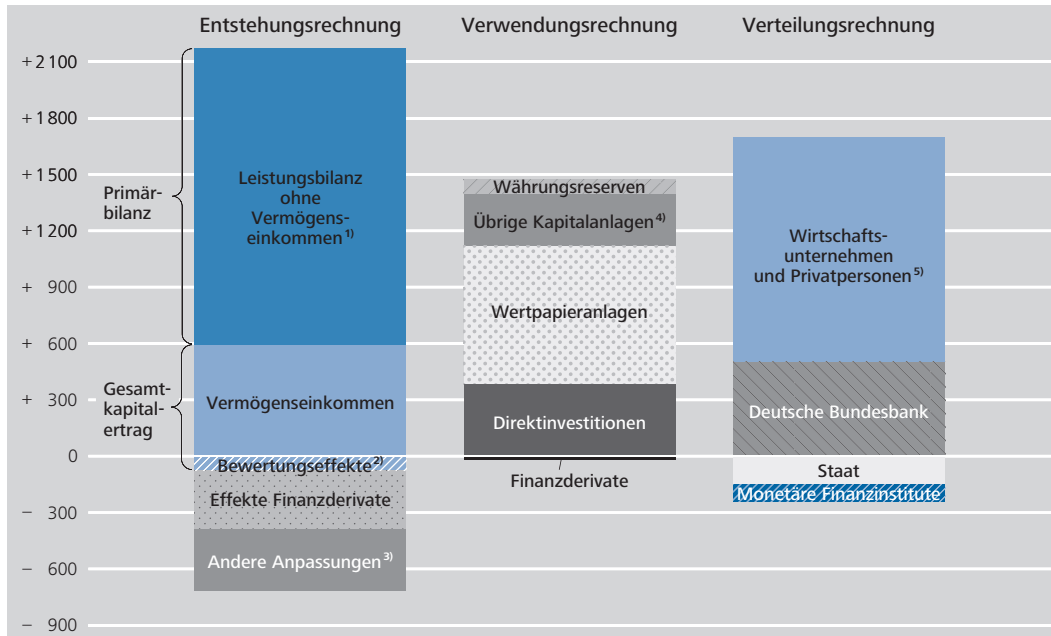
¹⁷ Die Finanzderivate nehmen erhebungstechnisch und konzeptionell eine Sonderrolle ein und werden hier deshalb getrennt dargestellt. Von 2007 bis 2017 addiert sich ihr negativer Einfluss auf 312 Mrd €. Rund die Hälfte fiel in den Jahren 2007 bis 2011 an und war hauptsächlich auf die Geschäftsaktivitäten inländischer Zweckgesellschaften zurückzuführen. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zertifikate und Optionsscheine in der Zahlungsbilanz, Monatsbericht, März 2008, S. 26 f. Seit 2012 wirken sich hingegen per saldo die mehrheitlich negativen grenzüberschreitenden Zahlungsströme aus, die zu einem großen Teil im Zusammenhang mit Zinsswaps stehen, die inländische Kreditinstitute zur Absicherung festverzinslicher Wertpapiere gegen Zinsrisiken abschließen.

¹⁸ Diese Diskrepanz wurde unter der Schlagzeile „Sind die deutschen schlechte Investoren?“ thematisiert und kontrovers diskutiert. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Diskrepanz zwischen der Veränderung des Auslandsvermögens und des kumulierten Saldos der Kapitalbilanz: kein geeigneter Indikator für Vermögensverluste, Monatsbericht, Mai 2014, S. 52–54; sowie R. Frey, U. Grosch und A. Lipponer (2014), Fallstricke bei der Bestimmung von Vermögensverlusten deutscher Anleger im Ausland, Wirtschaftsdienst, 94 (2014) 11, S. 806–812.

¹⁹ Ohne Bewertungseffekte auf Finanzderivate.

Dreidimensionales Darstellungskonzept für die Veränderung des Netto-Auslandsvermögens

kumuliert, Anfang 2007 bis Ende 2017^{pl}, insgesamt: 1 457 Mrd €



1 Einschl. Vermögensänderungsbilanz. **2** Ohne Finanzderivate. **3** Einschl. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen der Zahlungsbilanz. Die anderen Anpassungen umfassen im Wesentlichen konzeptionelle und methodische Abweichungen zur Zahlungsbilanz, daneben auch Abschreibungen und statistisch bedingte Veränderungen. **4** Enthält Finanz- und Handelskredite, Bargeld und Einlagen sowie sonstige Kapitalanlagen. **5** Enthält sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

er zum Jahresende 2016 zunächst auf den tiefsten Stand seit 14 Jahren gefallen war. Der Euro schloss das Jahr 2017 mit einem Plus von rund 14% gegenüber dem US-Dollar, der mit Abstand wichtigsten Fremdwährung im deutschen AVS.²⁰⁾ Während die Euro-Aufwertung auf der Aktivseite zu geringeren Wertansätzen in Höhe von 207 Mrd € führte, betrug die Abwärtskorrekturen auf die Passivbestände nur 84 Mrd €, sodass sich per saldo die oben genannten negativen Wechselkurseffekte ergeben, die das deutsche Netto-Auslandsvermögen 2017 um über 6% reduzierten.

Durch den großen Euro-Wirtschaftsraum geringe Fremdwährungsanteile

Hier spiegelt sich das in absoluter Rechnung hohe Fremdwährungs-Exposure wider, das definiert ist als die Differenz aus Fremdwährungsforderungen und Fremdwährungsverbindlichkeiten. Im Betrachtungszeitraum hat es sich verdoppelt und betrug Ende 2017 mit rund 1,5 Billionen € fast die Hälfte des deutschen BIP. Dabei ist der Fremdwährungsanteil im deutschen AVS in der langfristigen Betrachtung tendenziell

rückläufig, nicht zuletzt weil mit der Europäischen Währungsunion ein einheitlicher Währungsraum entstanden ist, der Investitionspotenziale außerhalb der heimischen Volkswirtschaft eröffnete, ohne dass Fremdwährungspositionen eingegangen werden müssen. Auf der Aktivseite ist seit Beginn der Währungsunion bis zum Jahresende 2017 der in fremden Währungen denominierte Anteil von 45% auf 33% gefallen; auf der Passivseite fiel diese Kennzahl von 21% auf 19%.

Um den Einfluss von Wechselkurseffekten besser erklären zu können, hat die Bundesbank die Indizes der Wechselkurseffekte im AVS (IWA) entwickelt, die auf Seite 36 f. näher erläutert werden. Diese auf der Währungsstruktur des

Indizes der Wechselkurseffekte auf den AVS

²⁰ Die Bundesbank veröffentlicht für den deutschen AVS eine Währungsaufteilung in Euro und Fremdwährung ab dem Berichtszeitraum 1984. Den Anforderungen von BPM6 und der Data Gaps Initiative folgend hat sie Ende 2016 begonnen, eine differenziertere Währungsuntergliederung vorzunehmen und ab dem Berichtszeitraum 2012 gesondert USD, GBP, JPY, CHF, CNY und CAD auszuweisen.

AVS basierenden Indizes zeigen den Einfluss der Wechselkurse auf die Gesamtpositionen sowie auf einzelne Anlagekategorien und Sektoren. Sie können darüber hinaus für Sensitivitätsanalysen eingesetzt werden. Die Daten sind jeweils unmittelbar nach Quartalsende verfügbar und haben somit im Vergleich zur AVS-Statistik einen dreimonatigen zeitlichen Vorlauf. So weisen die Indizes für das erste Quartal 2018 im Vergleich zum Vorquartal auf der Aktivseite auf Wechselkursverluste in Höhe 0,35% hin (rd. – 29 Mrd €) und bei den Verbindlichkeiten in Höhe von 0,20% (rd. – 13 Mrd €). Somit ist bereits jetzt absehbar, dass die Wechselkurseffekte das Netto-Auslandsvermögen im Vergleich zum Jahresende 2017 reduzieren werden.

Exkurs: Interpretation der Bewertungseffekte

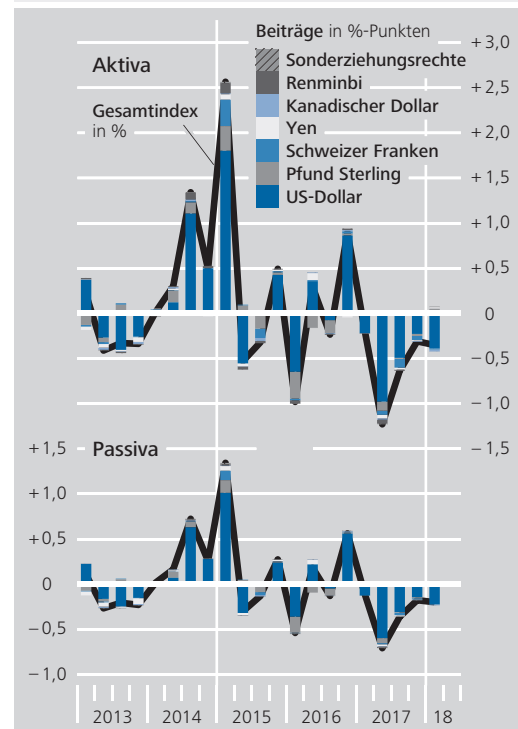
Bei der Interpretation von Bewertungseffekten ist Vorsicht geboten

Grundsätzlich ist bei der Interpretation der Bewertungseffekte eine gewisse Vorsicht geboten. Die Korrektur der Wertansätze entspricht zunächst lediglich der Buchungskonvention, die AVS-Bestände möglichst marktnah bewertet abzubilden. Es handelt sich hier also zunächst nur um Buchwerte und nicht um realisierte Gewinne oder Verluste. Vor allem bei der sektoralen Betrachtung ist zudem zu berücksichtigen, dass die Auslandsposition nur einen Teil der sektoralen Finanzvermögen abbildet. Auch bleiben eventuelle Absicherungsgeschäfte (Hedging-Aktivitäten) unberücksichtigt, mit denen Investoren Bewertungsrisiken möglicherweise ganz oder teilweise ausgeschaltet haben, sodass andere inländische oder aber ausländische Sektoren die offenen Positionen halten. Dies sind Informationen, die der AVS entweder konzeptionell nicht erfasst oder erhebungsbedingt nicht liefern kann. Die im AVS ausgewiesenen Bewertungseffekte dürfen deshalb nicht ohne Weiteres mit realisierten Verlusten und Gewinnen gleichgesetzt werden.

Eine besondere Problematik kann sich durch die Marktpreisbewertung von Staatsanleihen ergeben: In den Krisen Jahren zwischen 2007 und

Indizes der Wechselkurseffekte im Auslandsvermögensstatus

Veränderung gegenüber Vorquartal



Deutsche Bundesbank

2011 stiegen die Kurse von Bundesanleihen, so dass die Bestände bei ausländischen Investoren kumuliert um 133 Mrd € höher bewertet wurden. Allein durch diese höher bewerteten Staatsschulden auf der Passivseite fiel das zum Jahresende 2011 ausgewiesene Netto-Auslandsvermögen in Relation zum BIP um 5 Prozentpunkte. Dabei blieben die Zahlungsverpflichtungen des deutschen Staats unverändert, weil bei Fälligkeit der Nominalbetrag auszugleichen ist. Diese Wirkungskette – nur mit umgekehrten Vorzeichen – kann bei Krisenländern zu dem folgenden Bewertungsparadoxon führen: Je weiter sich ein Staat Richtung Zahlungsunfähigkeit bewegt, desto mehr verbessert sich die ausgewiesene Netto-Auslandsposition. Weil die Kurse für die ausfallgefährdeten Staatsanleihen fallen, werden diese Verbindlichkeiten auch im AVS niedriger bewertet, obwohl die Zah-

Bewertungsparadoxon: Gerät ein Land in Zahlungsschwierigkeiten, steigt die Netto-Auslandsposition

Neue Indizes der Wechselkurseffekte im Auslandsvermögensstatus

Ein nennenswerter Teil der Forderungen und Verbindlichkeiten im deutschen Auslandsvermögensstatus (AVS) ist in Fremdwährung denominated (siehe Haupttext S. 34). Daher spielen Wechselkursänderungen für dessen Entwicklung eine wesentliche Rolle. Ein neu entwickeltes Indexkonzept ermöglicht nunmehr tiefergehende Analysen. Die Indizes der Wechselkurseffekte im Auslandsvermögensstatus (IWA) zeigen, wie sich der Wert des Auslandsvermögens allein aufgrund von Wechselkursbewegungen verändert.

Die IWA liegen in tiefer Gliederung vor und erlauben Aussagen über die Auswirkungen von Kursänderungen einzelner Währungen auf die Vermögensbestände der Aktiv- und Passivseite in sektoraler und instrumentaler Hinsicht. Das Konzept beruht auf einem System von gewogenen Wechselkursen. Die Gewichte des Indexsystems basieren auf den nach Währungen, Sektoren und Anlagekategorien gegliederten Beständen des AVS, getrennt nach Aktiv- und Passivpositionen.¹⁾ Die Wahl disaggregierter Gewichtungseinheiten ermöglicht eine Aggregation auf beliebiger Ebene entlang den Dimensionen Währung, Sektor und Anlagekategorie.

In der Berechnung der AVS-gewogenen Indizes der Wechselkurseffekte werden US-Dollar, Pfund Sterling, Yen, Schweizer Franken, kanadischer Dollar und Renminbi berücksichtigt. Zudem ist in der Gewichtsmatrix dem hohen Anteil des Euro auf der Aktiv- und Passivseite Rechnung zu tragen, der den Effekt der Wechselkursveränderungen auf den aggregierten Marktwert des Auslandsvermögens dämpft.

Die Gewichtungsmatrix enthält ferner die Anlagekategorien, über die im AVS (vgl. S. 39) berichtet wird. In sektoraler Gliederung legt die Gewichtsmatrix die im AVS dargestellten Kernsektoren (vgl. S. 39) zu-

grunde. Dabei werden die finanziellen Kapitalgesellschaften in die Teilsektoren Zentralbank, Kreditinstitute, Geldmarktfonds und sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften aufgliedert.

Die Gewichtung der IWA basiert auf möglichst aktuellen Daten, da abrupte transaktionsbedingte Anpassungen von Vermögens- oder Schuldenpositionen im AVS nicht ausgeschlossen werden können. Ausgehend von den vierteljährlichen Daten zum AVS, der seit dem Ende des Jahres 2012 nach Währungen aufgeschlüsselt verfügbar ist, wird ein verketteter Laspeyres-Index für die Wechselkurse konstruiert. Die Kettenglieder ergeben sich als:

$$(1) IW_t = \sum_k \sum_i \sum_s \frac{E_t^k}{E_{t-1}^k} g_{t-1}^{k,i,s},$$

wobei

$$g_{t-1}^{k,i,s} = \frac{E_{t-1}^k A_{t-1}^{k,i,s}}{\sum_k \sum_i \sum_s E_{t-1}^k A_{t-1}^{k,i,s}}$$

mit

IW_t dem Glied des Laspeyres-Wechselkursindex am Ende des Quartals t .

E_t^k dem Wechselkurs der Währung k ($k = 1, \dots, K$) gegenüber dem Euro zum Ende des Quartals t . Die Wechselkurse sind in Preisnotierung (z. B. 1 US-\$ =

¹ Im Unterschied dazu verdichten die bereits seit Anfang der 1970er Jahre von der Bundesbank berechneten handelsgewichteten nominalen effektiven Wechselkurse die Entwicklung bilateraler Wechselkurse zu einem gemeinsamen Index, mit dem sich bspw. die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes oder Währungsraumes messen lassen (vgl.: Deutsche Bundesbank, Anpassung der Berechnung von effektiven Wechselkursen und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im August 2013, Monatsbericht, August 2013, S. 51–53; sowie Deutsche Bundesbank, Neuberechnung der Gewichte für die Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Monatsbericht, August 2017, S. 43–45.)

0,88 €) dargestellt. Für alle in Euro denominierten Anlagen erfolgt keine Wechselkursumrechnung, das heißt $E=1$.

$A_{t-1}^{k,i,s}$ dem Bestand in der Anlagekategorie i , der dem Sektor s zugeordnet ist, denominiert in der Währung k am Ende des Vorquartals $t-1$.

$g_{t-1}^{k,i,s}$ dem Gewicht am Ende des Vorquartals $t-1$, wobei die in Euro denominierten Auslandsvermögen für die jeweilige Währung-Sektor-Anlagekategorie-Kombination in Relation zum gesamten Auslandsvermögen stehen.

Um einen Index (auch für die Entwicklungen über mehrere Perioden) zu gewinnen, werden die vierteljährlichen Glieder durch fortlaufende Multiplikation verkettet:

$$(2) IWA_t = 100 \cdot IW_1 \cdot IW_2 \cdot \dots \cdot IW_t \\ = IWA_{t-1} \cdot IW_t$$

IWA_t bezeichnet den Indexwert zum Zeitpunkt t , wobei der Wert für das vierte Quartal des Anfangsjahres als Referenzperiode gleich 100 gesetzt wird (also 4. Quartal 2012 = 100). Der Ausdruck in Gleichung (2) nach dem zweiten Gleichheitszeichen zeigt, dass ein aktueller Indexwert durch die Multiplikation des vorangegangenen Wertes mit dem aktuellen Kettenglied entsteht. Ein Anstieg der IWA repräsentiert eine bestandsgewichtete Abwertung des Euro und damit einen Anstieg des in Euro umgerechneten Vermögens- oder Schuldenstands.

Die IWA zeigen ähnliche Eigenschaften wie die bekannteren Kettenindizes vom Typ Annual-Overlap oder Monthly-Overlap, die beispielsweise bei der Berechnung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise der harmonisierten Verbraucherpreise verwendet werden. Durch die verkettete Verwendung von Gewichten können statistische Verzerrungen in Form von „Pfadabhängigkeiten“²⁾ in der längerfristigen Betrachtung entstehen, sodass die Trennung von Wechselkurs- und Struktureffek-

ten im Auslandsvermögen dann nicht mehr vollständig trennscharf erfolgt.

Analog zur Analyse anderer Kettenindizes stehen für die IWA Programme zur Verfügung³⁾, um die Wachstumsbeiträge zur prozentualen wechselkursbedingten Veränderung eines Aggregats berechnen zu können. Beispielsweise lassen sich so die rechnerischen Wachstumsbeiträge der Sektoren zur prozentualen Veränderung der Wertpapieranlagen insgesamt ermitteln.

Mithilfe der IWA können auf Basis aktueller Wechselkurse zeitnah die wechselkursbedingten Vermögenseffekte näherungsweise ermittelt werden, die der AVS erst mit einer Verzögerung von drei Monaten ausweist. Darüber hinaus lassen sich auch methodisch weiterführende Risikoanalysen durchführen. Zudem können im Rahmen von Sensitivitätsanalysen einzelne Sektoren identifiziert werden, die in bestimmten Szenarien in größerem Umfang von (unterstellten) Kursänderungen einzelner Währungen betroffen wären. Ferner lassen sich zeitreihenanalytische Methoden auf die Indizes anwenden, beispielsweise zur Messung der wechselkursabhängigen Volatilität des Marktwerts einzelner Vermögensbestände.

Bei der Interpretation der IWA als Risikomaß für wechselkursbedingte Vermögensveränderungen einzelner inländischer Sektoren ist allerdings zu beachten, dass die von Finanzmarktakteuren zur Reduktion des Währungsrisikos getätigten Hedging-Operationen nicht erfasst werden. Auch bleiben die Möglichkeiten einzelner Unternehmen unbeachtet, ihre Währungsrisiken innerhalb eines internationalen Konzerns auszugleichen.

² Vgl.: United Nations u.a., System of National Accounts 2008 (2008 SNA), Ziffer 15.43, S. 300.

³ Das für vierteljährliche Verkettung entwickelte Programm KIXCC wird auch für externe Nutzer bereitgestellt.

lungsverpflichtungen des Krisenlandes unverändert bleiben.²¹⁾

Vermögenseinkommen in der AVS-Entstehungsrechnung

Differenzierung zwischen Gesamtertrag und Primärsaldo

Die Entstehungsrechnung nimmt außerdem die Zerlegung der Veränderung des Netto-Auslandsvermögens in die Leistungsbilanz ohne Vermögenseinkommen (außenwirtschaftlicher Primärbilanzsaldo) einerseits und den Gesamtkapitalertrag andererseits vor. Letzterer ist definiert als die Bewertungseffekte zuzüglich des Saldos der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen. Um die Vermögenseinkommen als einen Bestandteil der Veränderung des Netto-Auslandsvermögens darstellen zu können, greift die Entstehungsrechnung auf die Zusammenhänge der Zahlungsbilanz zurück. Anstatt die Veränderungen des Netto-Auslandsvermögens wie üblich als Summe des Kapitalbilanzsaldos, der Bewertungseffekte und der anderen Anpassungen zu beschreiben, wird der Bezug zum Leistungsbilanzsaldo hergestellt und der darin enthaltene Saldo der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen gesondert dargestellt.²²⁾

Rückkopplungseffekt zwischen Auslandsvermögen und Vermögenseinkommen

Der separate Ausweis der Vermögenseinkommen erfolgt, weil diese ebenso wie die Bewertungseffekte durch die Höhe und die Struktur der ausstehenden Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten determiniert werden. Zusammengefasst können die Vermögenseinkommen und die Bewertungseffekte als Gesamtertrag auf die einzelnen AVS-Positionen oder das Netto-Auslandsvermögen interpretiert werden. Die Entstehungsrechnung zeigt so den Rückkopplungseffekt zwischen den finanziellen Bestandsgrößen und den daraus resultierenden, einkommensrelevanten Einnahmen oder Ausgaben. Hiervon abgegrenzt wird der – von der Höhe und Struktur des aktuellen AVS unabhängige – außenwirtschaftliche Primärbilanzsaldo. Er besteht aus dem Saldo der Leistungsbilanz ohne Vermögenseinkommen plus dem quanti-

tativ kaum ins Gewicht fallenden Saldo der Vermögensänderungsbilanz.²³⁾

Der Saldo der Vermögenseinkommen kumuliert sich im Berichtszeitraum von 2007 bis 2017 auf 595 Mrd €. Ein nennenswerter Teil des gesamten Netto-Vermögenszuwachses in Höhe von 1 457 Mrd € geht damit auf die Verzinsung vergangener Leistungsbilanzüberschüsse zurück. Überschüsse enthalten insofern ein sich selbst verstärkendes Element, da sie in der Regel mit der Akkumulation renditetragender Anlagen verbunden sind und die daraus resultierenden Kapitalerträge wiederum positiv auf die Leistungsbilanz wirken. Seit 2012 hält das Wachstum der Netto-Vermögenseinkommen jedoch nicht mehr Schritt mit dem des Netto-Auslandsvermögens, weil bei ersteren den unverändert positiven Akkumulationseffekten nunmehr negative Renditeeffekte entgegenwirken.²⁴⁾ So

Saldo der Vermögenseinkommen

21 Für Schuldverschreibungen wird der Ausweis von Nominalwerten als Zusatzinformation bereits empfohlen. Vgl.: IWF (2009), Balance of Payments and International Investment Position Manual, Sixth Edition (BPM 6), S. 125.

22 Diese Umformung ist möglich, weil für die Teilbilanzen der Zahlungsbilanz folgender Zusammenhang gilt: Saldo der Kapitalbilanz = Saldo der Leistungsbilanz + Saldo der Vermögensänderungsbilanz + Saldo der statistisch nicht aufliegbaren Transaktionen. Vgl. Schaubild auf S. 34 und die dort gegebenen Erläuterungen.

23 Bei der Analyse öffentlicher Budgetdefizite wird ebenfalls die Unterscheidung zwischen Zinszahlungen auf die ausstehenden Schulden einerseits und Primärsaldo andererseits vorgenommen, u. a. um für Sustainability-Berechnungen zu ermitteln, wie hoch bei gegebener Zinslast der Primärüberschuss sein muss, um die Schuldenstandsquote zu stabilisieren. Die Europäische Kommission führt für AVS und Leistungsbilanzsaldo vergleichbare Sustainability-Analysen durch, bei denen als nächster Schritt der als Benchmark definierte Leistungsbilanzsaldo weiter aufgeteilt werden könnte in den Saldo der Vermögenseinkommen und den außenwirtschaftlichen Primärsaldo. Vgl.: Europäische Kommission (2017), Alert Mechanism Report 2018, S. 7; sowie Europäische Kommission (2016), Macroeconomic Imbalance Procedure, Rationale, Process, Application: A Compendium, European Economy, Institutional Paper 039, November, S. 86.

24 Zur Zerlegung der Veränderung der Vermögenseinkommen in einen Akkumulations- und einen Renditeeffekt sowie zur Analyse der Vermögenseinkommen für den Zeitraum 1999 bis 2014 vgl.: Deutsche Bundesbank, Effekte auf den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommenssaldo: Vermögensakkumulation, Portfolioumschichtungen und Renditeveränderungen, Monatsbericht, März 2015, S. 86–90; sowie T.A. Knetsch und A.J. Nagengast (2016), On the dynamics of the investment income balance, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 21/2016. Für die Entwicklung am aktuellen Rand vgl.: Deutsche Bundesbank, Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2017, Monatsbericht, März 2018, S. 25.

erklären sich die im Trend rückläufigen Einkommensrenditen einerseits durch den Rendite-niveau-Effekt, der das weltweit gesunkene Zins-niveau widerspiegelt. Andererseits hat sich das weiterhin bestehende positive Renditedifferenzial ein wenig vermindert, da die Einkommensrenditen auf die deutschen Auslandsforderungen stärker gefallen sind als diejenigen auf die Auslandsverbindlichkeiten. Diese Entwicklung war besonders ausgeprägt bei den langfristigen Schuldverschreibungen, bei denen die Gegenbewegung auf die zuvor krisenbedingt hohen Aufschläge an den Anleihemärkten eine Rolle gespielt haben dürfte.

■ AVS-Verwendungsrechnung

Wertpapier-anlagen zeigen den höchsten Zuwachs ...

Die AVS-Verwendungsrechnung zeigt, auf welche Anlage- und Finanzierungsinstrumente sich der Nettozuwachs verteilt, und zwar differenziert nach den fünf Funktional-kategorien Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, Finanz-derivate, übrige Kapitalanlagen und Währungs-reserven, die ihrerseits jeweils weiter untergliedert sind. Mit den einzelnen Anlagekategorien können unterschiedliche Investitionsziele, Zahlungsverpflichtungen, Ertragschancen, aber auch Verlustrisiken verbunden sein. Für den Gesamtzeitraum 2007 bis 2017 ergab sich der kräftigste Zuwachs bei den Wertpapierinvestitionen (+738 Mrd €), gefolgt von den Direktinvestitionen (+382 Mrd €) und den übrigen Kapitalanlagen (+273 Mrd €). Der Zuwachs bei den Währungsreserven (+82 Mrd €) war überwiegend durch eine höhere Bewertung der Goldbestände bedingt. Der Nettobestand der Finanzderivate ging leicht zurück (-18 Mrd €).

... und sind für die ungleiche zeitliche Verteilung des AVS-Zuwachses verantwortlich

Das Wachstum der Wertpapieranlagen verlief sehr ungleichmäßig: In der Phase von 2007 bis 2011 ging ihr Nettobestand zunächst um 330 Mrd € zurück, vor allem bewertungsbedingt. In dem darauf folgenden Zeitabschnitt erhöhte er sich dann sehr deutlich. Mit einem hauptsächlich transaktionsbedingten Plus in Höhe von 1 068 Mrd € entfielen auf die Portfolioinvestitionen über 80% des Wachstums des Netto-Aus-

landsvermögens dieser Periode. Der Saldo im Bereich der Wertpapieranlagen drehte vor diesem Hintergrund im Verlauf des Jahres 2015 erstmals seit über 30 Jahren ins Positive.

Die Entwicklung bei den Wertpapieranlagen ist nicht zuletzt auf die Veränderungen in der Halterstruktur bei langfristigen Schuldverschreibungen des deutschen Staates zurückzuführen: Aufgrund ihrer ausgezeichneten Bonität und ihrer herausragenden Liquidität nehmen gebietsfremde Investoren in der Regel Jahr für Jahr per saldo Bundesanleihen in ihre Portfolios auf. Seit 2015 weist die Statistik allerdings aus, dass sich ausländische Anleger per saldo von Bundeswertpapieren trennten. Im Ergebnis ist in den letzten drei Jahren die ausgewiesene Auslandsverschuldung des Staates über dieses Instrument um 312 Mrd € oder rund ein Viertel gesunken. Hierzu hat seit März 2015 der Sondereffekt des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors durch das Eurosystem maßgeblich beigetragen.

Trendwende: Ausländer verkaufen per saldo deutsche Staatsanleihen

■ AVS-Verteilungsrechnung

In der AVS-Verteilungsrechnung wird das sektorale Gläubiger-Schuldner-Bild zwischen Inländern und Ausländern nach den inländischen Kernsektoren Staat, Zentralbank, Monetäre Finanzinstitute (MFIs)²⁵, sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften sowie dem Sektor nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck aufgegliedert.²⁶ Auf dieser Basis können die strukturellen Veränderungen in den Vermögenspositionen der einzelnen Sektoren sowie sektorale Verschiebungen aufgezeigt werden. Auch hier hat die Finanzkrise deutliche Spuren hinterlassen.

AVS-Verteilungsrechnung betrachtet inländische Sektoren

²⁵ Ohne Zentralbank.

²⁶ Die Unterteilung in „sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften“ und „nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck“ erfolgt erst seit dem Berichtszeitpunkt Jahresende 2012. Davor waren diese beiden Sektoren unter „Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen“ zusammengefasst.

MFIs reduzieren ihr Engagement

Die MFIs haben seit Anfang 2007 ihre Netto-Position gegenüber Gebietsfremden um 95 Mrd € zurückgeführt; insgesamt ist ihr Netto-Auslandsvermögen Ende 2017 auf 294 Mrd € geschrumpft. Stärker noch als die Nettoposition sind zunächst durch das Deleveraging im Nachgang zur Finanzkrise die Bruttogrößen gefallen, und zwar um 359 Mrd € auf der Aktiv- und um 253 Mrd € auf der Passivseite.²⁷⁾ In den letzten Jahren hängt der Rückgang des Netto-Auslandsvermögens der MFI mit den Auswirkungen des APP zusammen. Rückläufig war vor allem die Nettoposition der MFI bei den übrigen Kapitalanlagen, in denen sich Einlagen von ausländischen Geschäftsbanken mit Sitz innerhalb und außerhalb des Euroraums bei in Deutschland ansässigen Kreditinstituten niederschlagen. Diese stiegen unter anderem durch Wertpapierverkäufe gebietsfremder Anleger an das Eurosystem – also nicht nur an die Bundesbank, sondern auch an andere nationale Zentralbanken und die EZB –, die über in Deutschland ansässige Geschäftsbanken abgewickelt werden.²⁸⁾

Bundesbank wird zum zweitgrößten Nettogläubiger gegenüber dem Ausland

In diesen Fällen stellen die Einlagen der ausländischen Geschäftsbanken einen Gegenposten zu den gestiegenen TARGET2-Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB dar. Insgesamt hat die Netto-Auslandsposition der Bundesbank von 2007 bis 2017 um 502 Mrd € zugelegt – insbesondere durch den Anstieg der TARGET2-Forderungen. Mit einem Netto-Auslandsvermögen in Höhe von 471 Mrd € zum Jahresende 2017 ist die Bundesbank zweitgrößter inländischer Netto-Gläubigersektor, nachdem sie zu Beginn der Berichtsperiode noch Nettoschuldner gewesen war.

Der Sektor Wirtschaftsunternehmen und Private mit Abstand der größte Nettogläubiger

Mit Abstand der größte Nettogläubiger ist jedoch der Sektor Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen, der allein seit Anfang 2007 sein Netto-Auslandsvermögen um 1 197 Mrd € ausgedehnt hat auf nunmehr 1 981 Mrd € zum Jahresende 2017. Mit 1 845 Mrd € entfällt das Gros dieser Position auf den Teilssektor sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften, zu dem unter anderem Investmentfonds, Versicherungsunternehmen und Altersvorsorgeeinrichtungen zäh-

len. Angesichts der absehbaren Alterung der Bevölkerung in Deutschland kann diese Position vor allem darauf zurückgeführt werden, dass Anleger Vorsorge für ihren künftigen Finanzierungsbedarf treffen.

Diese Kapitalgesellschaften engagieren sich vor allem als Käufer ausländischer Wertpapiere. Rund 80% ihres Netto-Auslandsvermögens entfällt auf diese von Marktpreisänderungen an den Aktien- und Anleihemärkten besonders betroffene Kategorie. Demgegenüber tritt der zweite Teilssektor, die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, vor allem als Direktinvestor auf oder bildet die Destination für ausländisches Beteiligungskapital. Aus den hohen Werten auf beiden Bilanzseiten (1 980 Mrd € und 1 844 Mrd €) ergibt sich allerdings nur ein vergleichsweise geringes Netto-Auslandsvermögen in Höhe von 137 Mrd €.

Finanzielle Kapitalgesellschaften kaufen kräftig ausländische Wertpapieranlagen

Einzig Nettoschuldner gegenüber dem Ausland ist der Sektor Staat. Zwar hat er seine Verbindlichkeiten im gesamten Berichtszeitraum seit 2007 um weitere 146 Mrd € auf 818 Mrd € zum Jahresende 2017 erhöht. Allerdings hat sich in den letzten drei Jahren das Bild gewendet: Die Kombination aus steigenden Haushaltsüberschüssen und den APP-Wertpapierkäufen des Eurosystems hat dazu geführt, dass die deutschen Staatsschulden gegenüber dem Ausland deutlich gesunken sind.

Der Sektor Staat hat in den letzten Jahren seine Nettoschulden gegenüber dem Ausland reduziert

■ Fazit

Mit der Umsetzung des Methodenhandbuchs BPM6 ist die deutsche AVS-Statistik zu einem umfassenden Datenkubus angewachsen, aus dem die Bundesbank die Lieferanforderungen der europäischen und internationalen Organisa-

²⁷ Ohne Finanzderivate, weil diese erst ab dem Jahresende 2010 im AVS erfasst werden.

²⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Anstieg der deutschen TARGET2-Forderungen, Monatsbericht, März 2017, S. 33; und Deutsche Bundesbank, Zu den Auswirkungen der Wertpapierkäufe des Eurosystems auf die TARGET2-Salden, Monatsbericht, März 2016, S. 56–58.

tionen für den AVS erfüllt. Der AVS bietet nunmehr detaillierte Daten entlang der Dimensionen Art der Bestandsveränderung, Anlagekategorie, Sektor, Währung sowie Partnerland und eröffnet damit ein weites Analysespektrum zu den unterschiedlichsten Fragestellungen. Das hier vorgestellte – und exemplarisch angewandte – dreidimensionale Darstellungskonzept erweitert den Analyserahmen für die Be-

standsgrößen des AVS, indem es eine konsistente und umfassende Sicht auf die Veränderung der Auslandsaktiva und -passiva hinsichtlich ihrer Bestimmungsgrößen, Anlagestruktur und Verteilung auf die inländischen Sektoren ermöglicht. Die Indizes der Wechselkurseffekte auf das Auslandsvermögen bieten darüber hinaus Möglichkeiten der Datenanalyse, auch als Teil von Sensitivitätsbetrachtungen.

Aktuelle regulatorische Entwicklungen im Zahlungsverkehr sowie in der Wertpapier- und Derivateabwicklung

Der Zahlungsverkehr und die Finanzmarktinfrastuktur haben sich in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt. Das Eurosystem hat dazu mit TARGET2 und TARGET2-Securities wichtige Beiträge geleistet, über die im Monatsbericht Dezember 2017 umfassend berichtet wurde. Gleichzeitig hat aber auch die Regulierung einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklungen. Ausgangspunkt ist dabei, dass widerstandsfähige Finanzmarktinfrastrukturen aufgrund ihrer zentralen Funktionen für das Finanzsystem und die Realwirtschaft erhebliche Bedeutung haben. Zur Gewährleistung einer sicheren Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Wertpapier- und Derivategeschäfte wurden bereits im Jahr 2012 von den G20-Ländern die Prinzipien für Finanzmarktinfrastrukturen (PFMI) verabschiedet. Entsprechend lag der Schwerpunkt in den letzten Jahren darauf, diese Prinzipien für Zahlungssysteme, Zentralverwahrer und zentrale Gegenparteien verbindlich zu verankern. Gegenstand der aktuellen Diskussion ist insbesondere die Überarbeitung des seit 2012 existierenden Aufsichts- und Regulierungsrahmens für zentrale Gegenparteien. Der aktuell diskutierte Rahmen in der Europäischen Union sieht eine stärkere Rolle der Notenbanken und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority: ESMA) vor sowie insbesondere ein strafferes Regime für die Beaufsichtigung von zentralen Gegenparteien in Drittstaaten. Dieser Aspekt hat durch den bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union eine besondere Bedeutung erlangt. Für die Bewertung möglicher Handlungsoptionen steht dabei für die Bundesbank vor allem die Sicherheit des Zahlungsverkehrs und der Abwicklung von Wertpapier- und Derivategeschäften im Vordergrund. Zudem soll künftig die Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien durch die Umsetzung internationaler Vereinbarungen europaweit vereinheitlicht werden. Die Anforderungen an die Überwachung systemrelevanter Zahlungsverkehrssysteme wurden verschärft, um unter anderem der gestiegenen Bedrohung aus dem Cyber-Raum zu begegnen und den überwachenden Notenbanken neue Prüfungskompetenzen einzuräumen. Gerade im Hinblick auf die gestiegene Bedrohungslage sind im Bereich der Finanzmarktinfrastrukturen, aber auch im Finanzsektor insgesamt, nachhaltige Anstrengungen erforderlich, um die Cyber-Widerstandsfähigkeit zu verbessern. Im EU-Zahlungsverkehr werden mit der zweiten Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Services Directive 2: PSD2) die Regelungen deutlich geändert. Zielsetzung ist dabei vor allem die Vertiefung der Marktintegration innerhalb der Europäischen Union und die Stärkung des Wettbewerbs. Insbesondere die Möglichkeit von Kontoinhabern, Drittparteien einen Zugang zum Konto zu gewähren, was auch unter dem Stichwort „open banking“ diskutiert wird, kann erhebliche Strukturveränderungen im Markt für Zahlungsdienste herbeiführen.

Finanzmarktinfrastrukturen und Zahlungsdienste

Als Lektion aus der Finanzkrise wurde die Regulierung der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren maßgeblich verschärft. Neben einer Fortentwicklung der Bankenregulierung wurden auch die Regeln zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Wertpapier- und Derivategeschäfte überarbeitet und strenger gefasst. Als Grundlage hierzu dienen die im Jahr 2012 von den G20-Ländern international vereinbarten Prinzipien für Finanzmarktinfrastrukturen¹⁾ (PFMI), die auch weit über diese Länder hinaus Beachtung finden. Diese stellen einheitliche Anforderungen an das Risikomanagement, die Verwaltungsstrukturen und die Transparenz von Finanzmarktinfrastrukturen. Letztere nehmen eine wichtige Stellung im Finanzsystem ein, denn sie dienen unter anderem der Abwicklung von Finanztransaktionen. Sie konzentrieren Risiken und können aufgrund ihrer zentralen Funktion im eng geflochtenen Netzwerk der Finanzwirtschaft zu einem erheblichen Ansteckungskanal in Krisensituationen werden. Zu den Finanzmarktinfrastrukturen (vgl. Schaubild auf S. 45) zählen unter anderem:

– Zahlungsverkehrssysteme

Über diese wickeln die Teilnehmer ihre Zahlungen ab. In einigen Fällen werden die Zahlungsverkehrssysteme auch von anderen Finanzmarktinfrastrukturen zur geldlichen Verrechnung genutzt.

– Zentralverwahrer

(Central Securities Depositories: CSDs)

Wertpapiere werden heute fast ausnahmslos bei Zentralverwahrern hinterlegt. Anleger erhalten die damit verbundenen Eigentumsrechte über ein Depot, welches ihre Bank bei einem Zentralverwahrer unterhält.

– Wertpapierabwicklungssysteme

Diese werden von Zentralverwahrern betrieben, um Wertpapiere beispielsweise beim Kauf buchmäßig von einem Depot zu einem anderen zu übertragen und die Transaktion endgültig durchzuführen.

– Zentrale Gegenparteien

(Central Counterparties: CCPs)

Sie übernehmen das Clearing – also die Übermittlung, Abstimmung und Aufrechnung sowie das Risikomanagement – von noch schwebenden Wertpapier- und Derivategeschäften bis zu deren Fälligkeit und schalten sich dabei zwischen zwei Handelspartner. Die mit dem Clearing verbundenen Risikopositionen werden durch die zentrale Gegenpartei zeitnah und fortlaufend berechnet und durch die Einforderung von Sicherheiten von den Vertragsparteien besichert.

– Transaktionsregister²⁾

Sie erlauben eine zentralisierte und standardisierte Erfassung der Transaktions- und Positionsdaten von Derivategeschäften.

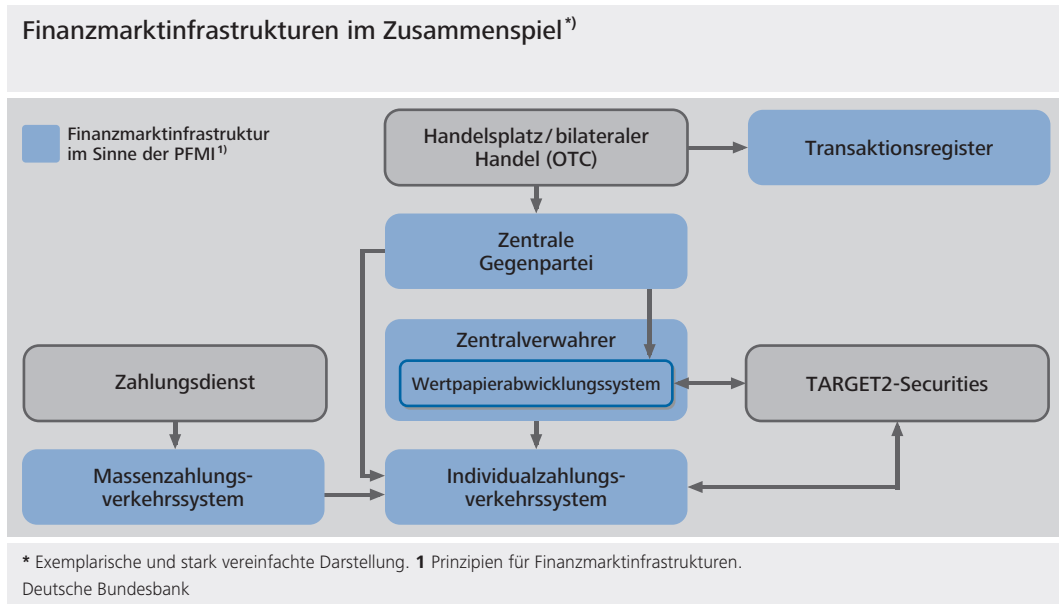
Innerhalb der EU haben die PFMI durch konsequente Umsetzung in Form europäischer Rechtsakte für bestimmte Finanzmarktinfrastrukturen (z. B. für CCPs, CSDs und systemrelevante Zahlungsverkehrssysteme) bindende Wirkung erlangt. Der so geschaffene Rechtsrahmen wird laufend weiterentwickelt, um aktuellen Entwicklungen und Erkenntnissen Rechnung zu tragen.

Neben der Stärkung der Sicherheit und Effizienz der Finanzmarktinfrastrukturen zum Schutz vor Krisen wird auch das gesetzliche Rahmenwerk

*Zahlungsdienste
im Binnenmarkt*

¹ Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Die neuen CPSS-IOSCO-Prinzipien für Finanzmarktinfrastrukturen, Monatsbericht, Juli 2012, S. 39–51 und <https://www.bis.org/cpmi/publ/d101a.pdf>

² Transaktionsregister sind nicht Gegenstand dieses Aufsatzes.



für das Angebot von Zahlungsdiensten grundlegend zur Förderung von Innovationen und Verbraucherrechten mit dem Ziel überarbeitet, die Konvergenz im europäischen Binnenmarkt für Zahlungsverkehr zu unterstützen.

■ Zentrale Gegenparteien

Funktion und Bedeutung von zentralen Gegenparteien

CCPs sind ein zentraler Bestandteil der Finanzmarktinfrastruktur und dienen unter anderem dazu, Risiken im Finanzsystem abzumildern und die Abwicklung von Geschäften zu erleichtern. Als zentrale Gegenpartei schalten sie sich zwischen die Parteien von Finanzgeschäften, die an einem Handelsplatz (z. B. einer Börse) oder auch außerhalb (sog. Over-the-Counter-Geschäfte: OTC-Geschäfte) gehandelt werden. Eine zentrale Gegenpartei tritt für den Käufer an die Stelle des Verkäufers und für den Verkäufer an die Stelle des Käufers und übernimmt somit gegenüber beiden die Vertragserfüllung. CCPs haben deshalb im normalen Geschäftsbetrieb immer ein ausgeglichenes Buch, das heißt, für jede Position, die von einer CCP gegenüber einem Marktteilnehmer übernommen wird, gibt es eine entsprechende gegenläufige Position bei einem anderen Marktteilnehmer. In diesem Sinne sind sie Risikomanager für ihre Clearingmitglieder und nur nachrangig Risikoträger.³⁾ Beim Risikomanagement bedient sich die CCP

nur in geringerem Umfang ihres Eigenkapitals, sondern nutzt vor allem die Mittel ihrer Clearingmitglieder. Diese müssen für die jeweils getätigten Geschäfte Sicherheiten hinterlegen (sog. Initial Margins) und zum Schutz des Gesamtsystems als ergänzende Solidarhaftung in einen sogenannten Ausfallfonds einzahlen. Die Nutzung einer CCP dient den Marktteilnehmern nicht nur zur Reduktion ihrer Kreditrisiken gegenüber ihren Geschäftspartnern, sondern erlaubt ihnen, über sogenannte Nettingeffekte bei gegenläufigen Transaktionen in ihrem Gesamtportfolio ihre Finanzierungs- und Kapitalkosten zu senken.

CCPs verfügen üblicherweise über Quasi-Monopolstellungen in Teilmärkten und sind als systemrelevante Finanzmarktinfrastrukturen nicht leicht ersetzbar. Seit die G20-Länder im Jahr 2009 in Pittsburgh vereinbart haben, alle standardisierten OTC-Derivate-Geschäfte über CCPs abzuwickeln, ist die Bedeutung der CCPs für die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems weiter gestiegen.⁴⁾ Deshalb wird auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und auch

³ Diese Feststellung gilt zumindest für Verluste, die sich im Zusammenhang mit dem Ausfall eines Clearingmitglieds ergeben können.

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Bedeutung zentraler Gegenparteien gestiegen, Finanzstabilitätsbericht 2016, S. 83–94.

seitens der Bundesbank ein besonderes Augenmerk auf CCPs gelegt.

Überarbeitung des regulatorischen Rahmenwerks

EMIR

Für CCPs wurden die internationalen Anforderungen mit der am 16. August 2012 in Kraft getretenen Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (European Market Infrastructure Regulation: EMIR⁵⁾) sowie mit ergänzenden technischen Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards: RTS) auf EU-Ebene in ein rechtlich bindendes Regime überführt. Mit EMIR wurden die CCPs in der EU erstmals einem einheitlichen Aufsichts- und Überwachungsrahmen unterworfen. So wurden die deutschen CCPs Eurex Clearing AG und European Commodity Clearing AG im April beziehungsweise Juni 2014 nach EMIR zugelassen. Neben aufsichtlichen Anforderungen an CCPs werden in EMIR unter anderem auch die Aufgaben und Zusammenarbeit der Behörden bei der Aufsicht und Zulassung von CCPs, die Pflicht zur Abwicklung bestimmter OTC-Derivate über CCPs (sog. Clearing-Pflicht), sowie Meldepflichten zu Derivatekontrakten gesetzlich verankert. EMIR sieht ferner Anerkennungsregelungen für CCPs mit Sitz in Drittstaaten vor, die Dienstleistungen in der EU anbieten möchten. Voraussetzung für die Anerkennung solcher CCPs ist unter anderem die Gleichwertigkeit des Aufsichts- und Regulierungsrahmens des Drittstaates mit EMIR.

EMIR-Review
und REFIT

Bereits im Jahr 2015 begann die Europäische Kommission – wie in EMIR vorgesehen – mit einer Überprüfung des Regulierungsrahmens. Diese Überprüfung ist auch Bestandteil des regulatorischen Eignungs- und Leistungsprogramms der Europäischen Kommission (Regulatory Fitness and Performance Programme: REFIT), mit welchem eine Vereinfachung europäischer Rechtsakte, insbesondere zur Reduzierung von Bürokratie und zur Senkung gesamtgesellschaftlicher Kosten, erzielt werden soll.

Nach dem Abschluss dieser Überprüfung legte die Europäische Kommission im Mai 2017 einen entsprechenden Verordnungsvorschlag zur Änderung von EMIR vor.⁶⁾ Im Ergebnis sieht dieser Verordnungsvorschlag lediglich kleinere Änderungen vor. So sollen zum Beispiel die bisherigen Regelungen zur Aussetzung der Clearingpflicht vereinfacht werden und deren Anwendung im Bedarfsfall schneller als bisher möglich sein. Außerdem sollen Anreize zum zentralen Clearing geschaffen und der Zugang zu CCPs verbessert werden. Der Vorschlag verfolgt zudem das Ziel, eine größere Transparenz hinsichtlich der Berechnung der Sicherheitsanforderungen durch CCPs sicherzustellen.

Vorschläge zur Aufsicht über Drittstaaten-CCPs und zur Änderung des CCP-Aufsichtsregimes über EU-CCPs

Des Weiteren hat sich die Bedeutung des CCP-Geschäftes – unter anderem aufgrund der Clearingpflicht von standardisierten OTC-Geschäften über CCPs – stark erhöht. Aufgrund der globalen Marktstruktur ist dabei eine Konzentration bei CCPs in Drittstaaten, das heißt außerhalb der EU, nicht ausgeschlossen. Dem trägt das bisherige Anerkennungsverfahren nicht mehr genügend Rechnung. Die Problematik der Beaufsichtigung und Überwachung von Drittstaaten-CCPs in Europa wird vor allem durch den bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU („Brexit“) akzentuiert, da derzeit ein Großteil der außerbörslich gehandelten Zins- und Kreditderivate über CCPs in London geclart wird.

EMIR II

⁵ Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister.

⁶ Vorschlag vom 4. Mai 2017 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 in Bezug auf die Clearingpflicht, die Aussetzung der Clearingpflicht, die Meldepflichten, die Risikominderungstechniken für nicht durch eine zentrale Gegenpartei geclarte OTC-Derivatekontrakte, die Registrierung und Beaufsichtigung von Transaktionsregistern und die Anforderungen an Transaktionsregister.

Noch unterliegen die britischen CCPs dem Aufsichts- und Regulierungsrahmen, der durch EMIR vorgegeben wird. Nach dem wirksamen Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Binnenmarkt könnte eine Situation entstehen, in der britische CCPs automatisch zu Drittstaaten-CCPs erklärt werden, sofern es keine Anschlussregelungen gibt. Die dort getätigten Geschäfte würden dann außerhalb des gemeinsamen europäischen Aufsichts- und Regulierungsrahmens stattfinden. Dies war einer der Gründe, weshalb die Europäische Kommission im Juni 2017 einen weiteren Vorschlag zur Überarbeitung von EMIR (EMIR II) vorlegte.⁷⁾

Drittstaaten- CCPs

Als Maßstab für die künftige Aufsicht über Drittstaaten-CCPs durch EU-Behörden schlägt die Europäische Kommission die Systemrelevanz einer CCP vor. So sollen zukünftig die Anforderungen an eine Drittstaaten-CCP je nach Grad ihrer systemischen Relevanz für die Finanzstabilität der EU insgesamt oder eines oder mehrerer Mitgliedstaaten unterschiedlich hoch sein. Bei nicht systemrelevanten CCPs („Tier 1“-CCPs) soll das gegenwärtig gültige Verfahren der Prüfung der Gleichwertigkeit des Aufsichts- und Regulierungsrahmens mit EMIR weiterhin Anwendung finden. Systemrelevante CCPs („Tier 2“-CCPs) müssten jedoch wesentliche Anforderungen von EMIR erfüllen und sich weitgehenden Informations- und Kontrollrechten der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Market Authority: ESMA) unterwerfen. Dabei ist durch Rechtsgutachten zu belegen, dass diese Einräumung rechtswirksam erfolgt. Bei sogenannten substanziiell systemrelevanten CCPs könnte die Europäische Kommission zudem auf Empfehlung der ESMA einen Durchführungsrechtsakt erlassen, wonach eine solche CCP ihre Dienstleistungen innerhalb der EU nur dann anbieten dürfte, wenn sie innerhalb der EU zugelassen und damit auch niedergelassen ist („Lokationserfordernis“). Dies kann vor allem dann erforderlich sein, wenn die Risiken einer substanziiell systemrelevanten Drittstaaten-CCP für die Finanzstabilität in der EU oder einem EU-Mit-

gliedstaat selbst durch Einhaltung strenger aufsichtlicher Vorschriften nicht hinreichend gemindert würden. Aus Sicht der Bundesbank bietet der dreistufige Ansatz der Europäischen Kommission grundsätzlich einen zweckmäßigen Rahmen, um der unterschiedlichen systemischen Bedeutung von CCPs Rechnung zu tragen.

Auch hinsichtlich der Organisation der inner-europäischen Aufsicht schlägt die Europäische Kommission zwei wesentliche Änderungen vor: die Stärkung der ESMA bei der Aufsicht über EU-CCPs und die stärkere Einbindung der betroffenen währungsemittierenden Zentralbank (Central Bank of Issue: CBI). So müssten die national zuständigen Behörden für CCPs – in Deutschland die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – für wesentliche Entscheidungen im Zusammenhang mit der Aufsicht über CCPs künftig die Zustimmung der ESMA einholen. Zudem wird vorgeschlagen, innerhalb der ESMA einen sogenannten CCP-Exekutivausschuss zu schaffen, der für allgemeine Aufgaben im Zusammenhang mit CCPs sowie die Aufsicht über EU-CCPs und Drittstaaten-CCPs zuständig sein soll. Aus Sicht der Bundesbank sind diese Vorschläge kritisch einzustufen, weil sich der bisherige Ansatz, zumal erst seit kurzer Zeit in Kraft, im Großen und Ganzen bewährt hat und die Neuerungen nicht zu einer Vereinfachung, sondern zu einer Verkomplizierung des Aufsichtsregimes führen dürften.

Anders ist der Vorschlag der Europäischen Kommission zu bewerten, der währungsemittierenden Zentralbank künftig bei der Autorisierung und laufenden Aufsicht einen größeren Stellenwert einzuräumen. Da negative Auswirkungen auf das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme, auf das Liquiditätsmanagement

*Stärkung von
ESMA kritisch zu
sehen*

⁷ Vorschlag vom 13. Juni 2017 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) sowie der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 hinsichtlich der für die Zulassung von zentralen Gegenparteien anwendbaren Verfahren und zuständigen Behörden und der Anforderungen für die Anerkennung zentraler Gegenparteien aus Drittstaaten.

der Clearingteilnehmer und auf die allgemeine Liquiditätslage am Geldmarkt verhindert werden sollten, wäre durch das so erweiterte Mitspracherecht der CBI ein stärkerer Einfluss auf das Risikomanagement der CCP gegeben. Das Eurosystem nimmt schon jetzt die Rolle der CBI für den Euro wahr, und zwar im Wesentlichen durch die Teilnahme an den bestehenden EMIR-Aufsichtskollegien für CCPs. Bei CCPs mit Sitz innerhalb des Euroraums wird das Eurosystem in der Regel durch die nationale Zentralbank im Sitzland der CCP vertreten; außerhalb des Euroraums übernimmt die Europäische Zentralbank (EZB) diese Aufgabe. Die Willensbildung der CBI für den Euro wird in beiden Fällen über die Beschlussorgane des Eurosystems vollzogen, an deren Votum der jeweilige Vertreter gebunden ist. Die Bundesbank vertritt dementsprechend das Eurosystem als CBI gegenüber den deutschen CCPs Eurex Clearing AG und European Commodity Clearing AG.

Rechte des Eurosystems und der EZB

Damit das Eurosystem seine Rolle als währungs-emittierende Zentralbank gemäß der vorgeschlagenen Überarbeitung von EMIR rechtsicher wahrnehmen kann, hat der EZB-Rat beschlossen, dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union eine Änderung der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der EZB zu empfehlen,⁸⁾ um eine klare Rechtsgrundlage für Regulierungsbefugnisse im Bereich des zentralen Clearings für Finanzinstrumente zu schaffen.

Sanierung und Abwicklung von CCPs

Sanierung und Abwicklung von CCPs

Aufgrund der gestiegenen Bedeutung von CCPs ist es umso wichtiger, dass CCPs sicher und in Krisensituationen widerstandsfähig sind. Die in EMIR vorgegebenen Mindeststandards für das CCP-Risikomanagement sollen grundsätzlich dafür sorgen, dass eine CCP die Verluste aus dem gleichzeitigen Ausfall der beiden Clearingmitglieder mit den größten Risikopositionen unter extremen, aber plausiblen Marktbedingungen abdecken kann. Hierfür halten CCPs

vorfinanzierte Mittel in Form von Einschusszahlungen (Margins) und einem Ausfallfonds bereit. Für darüber hinausgehende Stresssituationen gibt es bisher nur internationale Standards und Leitlinien, nach denen solche Verluste abgedeckt, aber nicht vorfinanziert werden müssen. Gesetzliche EU-Vorgaben gibt es jedoch nicht. Eine EU-Verordnung über ein Sanierungs- und Abwicklungsregime soll diese Regelungslücke schließen.⁹⁾ Sowohl Sanierung als auch Abwicklung einer CCP dienen der Sicherung der Finanzstabilität und der Fortführung der kritischen Funktionen der CCP, wobei der Rückgriff auf staatliche Mittel zum Schutz der Steuerzahler möglichst vermieden werden soll. Ein reguläres Insolvenzverfahren könnte dagegen diese Ziele gefährden, da es vorrangig der Befriedigung der Insolvenzgläubiger dienen würde.

Die Risiken für den Bestand einer CCP können zwei Ursachen haben, nämlich zum einen Verluste aus dem Ausfall von Clearingmitgliedern, die ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen (sog. Default Losses), zum anderen sonstige Verluste zum Beispiel aufgrund von operationellen Risiken oder Investitionsrisiken (sog. Non-Default Losses).

Bei einem Ausfall eines Clearingmitglieds würde ein Ungleichgewicht in dem unter normalen Umständen ausgeglichenen Buch der CCP entstehen.¹⁰⁾ Grundsätzlich sind deshalb Instrumente zur Glattstellung des Buches (Position Allocation Tools) sowie Instrumente zur Ver-

Bestandsbedrohende Risiken für CCPs

⁸ Empfehlung für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Art. 22 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (EZB/2017/18).

⁹ Vorschlag vom 28. November 2016 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012 und (EU) Nr. 2015/2365. Am 19. Dezember 2017 wurde ein Kompromissvorschlag des Europäischen Rates veröffentlicht: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15432-2017-INIT/en/pdf>

Am 31. Januar 2018 wurde ein Bericht des Europäischen Parlaments veröffentlicht: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2018-0015+0+DOC+XML+V0//DE>

¹⁰ Für Verluste, die nicht Folge des Ausfalls eines Clearingmitglieds sind, können CCPs häufig nur auf ihr Eigenkapital zurückgreifen.

Wasserfallprinzip und beispielhafte Sanierungsmaßnahmen einer zentralen Gegenpartei (CCP)

Wasserfallprinzip (vorgegeben durch EMIR)	Instrumente zum Glattstellen des Buchs einer CCP: – Hedging von Positionen – Auktionen und freihändiger Verkauf von Positionen Instrumente zur Verlustallokation: – Einschusszahlungen des ausgefallenen Clearingmitglieds – Beitrag des ausgefallenen Clearingmitglieds zum Ausfallfonds – Zugeordnete Eigenmittel der CCP – Beiträge der nicht ausgefallenen Clearingmitglieder zum Ausfallfonds
Darüber hinausgehende Maßnahmen aus dem Sanierungsplan (von einer CCP mit den Clearingmitgliedern vereinbart)	Instrumente zum Glattstellen des Buchs einer CCP: – Beendigung von Positionen (Termination, full/partial Tear-up) Instrumente zur Verlustallokation: – Nachschusszahlungen der Clearingmitglieder – Beschneidung von Zahlungsverpflichtungen der CCP (Haircut)

Deutsche Bundesbank

lustallokation (Loss Allocation Tools) erforderlich. Zu den Instrumenten der Glattstellung können Auktionen oder bilaterale Verkäufe der Positionen des ausgefallenen Clearingmitglieds gehören. Als weiteres, zwangsweises Glattstellungsinstrument ist zum Beispiel das Fälligstellen von Positionen nicht ausgefallener Clearingmitglieder, die Gegenpositionen zu dem ausgefallenen Clearingmitglied halten (Tear-up, Termination), möglich. Bei diesen Glattstellungsoperationen können Verluste entstehen, die nicht durch die vom ausgefallenen Clearingmitglied gestellten Sicherheiten¹¹⁾ beziehungsweise zusätzliche Eigenmittel der CCP gedeckt sind. Bereits heute sind im Rahmen des regulären Ausfallmanagements bestimmte Instrumente zur Glattstellung sowie zur Verlustallokation vorgesehen, insbesondere die Nutzung der Mittel aus dem vorfinanzierten Ausfallfonds.¹²⁾ Im Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission werden weitere Instrumente vorgeschlagen. So können zur Verlustallokation zum Beispiel auch Barnachschüsse (Cash Calls, Assignments) durch die verbliebenen Clearingmitglieder oder die Kürzung der laufend zu berechnenden und auszugleichenden Bewertungsgewinne derjenigen Clearingteilnehmer, die von der CCP Ausgleichszahlungen erhalten (Variation Margin Gains Haircutting, Gains Based Haircutting), zur Anwendung kommen.

Die oben stehende Übersicht gibt einen Überblick über die Mittel, die einer CCP für die Deckung der mit einem Teilnehmerausfall verbundenen Verluste gemäß EMIR zur Verfügung stehen, sowie mögliche Maßnahmen zur Sanierung, falls sich diese Mittel als unzureichend erweisen.

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass die europäischen CCPs künftig Sanierungspläne vorlegen müssen, die insbesondere die Identifizierung kritischer Funktionen, die Stressszenarien, die Beschreibung der Sanierungsinstrumente sowie die Voraussetzungen für ihren Einsatz enthalten sollen.

Während das normale Management des Ausfalls eines Clearingmitglieds noch in weitgehender Selbstverantwortung als Teil des Risikomanagements einer CCP erfolgen kann, erfordern die zwar weiterhin in Eigenverantwortung durchgeführten weitergehenden Maßnahmen einer Sanierung eine stärkere behördliche Begleitung. Für die Sanierungsplanung ist die Einbindung der CCP-Aufsichtsbehörde und eines Kollegiums vorgesehen, in welchem unter anderem die Beteiligung von Aufsichts- und Ab-

Sanierungspläne und Rolle der Behörden

¹¹ Initial Margin und Beitrag des Clearingmitglieds zum Ausfallfonds.

¹² Sog. Wasserfallprinzip nach der EMIR-VO.

wicklungsbehörden wichtiger Clearingmitglieder avisiert ist. Damit sollen einerseits die Interessen und die Leistungsfähigkeit der Clearingmitglieder berücksichtigt und andererseits die Verantwortung der Clearingmitglieder und der jeweils zuständigen Behörden für eine adäquate eigene Risikovorsorge betont werden.

Abwicklung einer CCP

Die Abwicklung einer CCP würde demgegenüber durch die zuständige Abwicklungsbehörde durchgeführt. Die entsprechenden Instrumente sind dabei teilweise mit denen im Sanierungsfall identisch. Den Abwicklungsbehörden sollen ergänzend noch weitere Instrumente, wie etwa die Veräußerung der CCP in Teilen oder als Ganzes sowie die Etablierung einer Brücken-CCP, zur Verfügung stehen.

■ Zentralverwahrer

Central Securities Depositories Regulation

Zentralverwahrer (Central Securities Depositories: CSDs) erbringen wichtige Dienstleistungen für Banken bei der Verwahrung, Abwicklung und Verwaltung von Wertpapieren, die mittelbar den Kunden der Banken zugute kommen. In der Europäischen Union gibt es 28 nationale und zwei internationale Zentralverwahrer. Der durch die internationalen Anforderungen vorgegebene Überwachungsrahmen für Zentralverwahrer befindet sich aufgrund der im September 2014 in wesentlichen Teilen in Kraft getretenen Verordnung über Zentralverwahrer (Central Securities Depositories Regulation: CSDR¹³) sowie ergänzender Rechtsakte auf europäischer Ebene aktuell in einem tief greifenden Umbruchprozess. Vergleichbar mit EMIR dient die CSDR der Überführung der Prinzipien für Finanzmarktinfrastrukturen in ein einheitliches europäisches Aufsichts- und Überwachungsregime für Zentralverwahrer. In einigen Punkten, insbesondere im Bereich der Abwicklungsdisziplin, geht die CSDR inhaltlich sogar über die internationalen Vorgaben hinaus.

Zulassungen nach CSDR

Wie bereits für zentrale Gegenparteien unter EMIR sieht nun auch die CSDR einen einheitlichen europäischen Zulassungsprozess für Zen-

tralverwahrer vor, bei dem die in der CSDR definierten Dienstleistungen der Zentralverwahrer unter Risikogesichtspunkten geprüft und bewertet werden. Nachdem die entsprechenden europäischen Sekundärrechtsakte am 30. März 2017 in Kraft getreten sind, waren Zulassungsanträge der Zentralverwahrer bis zum 30. September 2017 zu stellen. In Deutschland hat die Clearstream Banking AG Frankfurt (CBF) die Zulassung fristgemäß bei der BaFin als zuständiger nationaler (Wertpapier-)Aufsichtsbehörde beantragt. Formal hat die BaFin sämtliche Unterlagen nach Abschluss der Prüfung auf Vollständigkeit an die Überwachungsfunktion der Bundesbank weiterzuleiten, die dann innerhalb von drei Monaten ihren Standpunkt dazu mitteilen kann. Dabei besteht in der Praxis ein enges Kooperationsverhältnis zwischen der BaFin und der Bundesbank, das sich auf Vorbereitung, Vollständigkeitsprüfung und inhaltliche Prüfung des Zulassungsantrags erstreckt. Da die CBF auch über eine Banklizenz verfügt, ist die Bundesbank zusätzlich in ihrer Bankenaufsichtsfunktion in dieses kooperative nationale Aufsichts- und Überwachungsregime eingebunden.

Da der Euro für die im Euroraum angesiedelten nationalen Zentralverwahrer eine der wichtigsten Währungen darstellt, in denen Abwicklungen vollzogen werden, ist im Fall der CBF neben der Bundesbank auch das Eurosystem als CBI in die Zulassungs- und Genehmigungsverfahren einzubeziehen. Analog zur Handhabung der CBI-Rolle bei der CCP-Aufsicht wird die Bundesbank das Eurosystem als CBI im Außenverhältnis gegenüber der CBF vertreten. Im Innenverhältnis wird die Bundesbank insoweit jedoch an die Vorgaben der Beschlussorgane des Eurosystems gebunden sein. Die Stellung des Eurosystems als CBI hat eine über den Zulassungsprozess hinausgehende Bedeutung. Da alle geldpolitischen Geschäfte zwischen Banken und

Eurosystem als CBI

¹³ Verordnung Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012.

dem Eurosystem besichert werden müssen und die marktfähigen Sicherheiten bei einem Zentralverwahrer gelagert oder umgebucht werden, ist das Eurosystem ein wichtiger Nutzer der von Zentralverwahrern angebotenen Abwicklungsdienstleistungen. Bisher führte das Eurosystem aus der Nutzersicht heraus eigenständige Prüfungen und Bewertungen der von Zentralverwahrern betriebenen Wertpapierabwicklungssysteme durch. Diese sollen in absehbarer Zeit aufgegeben werden, da sie sich inhaltlich in weiten Teilen mit den Vorgaben der CSDR überschneiden. Zukünftig sollen dann die aus der CBI-Rolle des Eurosystems heraus gewonnenen Erkenntnisse über die Risikolage genutzt werden, um die Eignung der betreffenden Zentralverwahrer für die geldpolitischen Geschäfte des Eurosystems sicherzustellen.¹⁴⁾

end hat das EPTF vom 23. August bis zum 15. November 2017 eine öffentliche Marktkonultation durchgeführt, um Trends im Nachhandelsbereich zu identifizieren, Marktbarrieren aufzubrechen und bestehende Risiken besser beherrschen zu können. Alle diese Anstrengungen verfolgen letztlich das übergeordnete Ziel, die europäische Nachhandelslandschaft in Zukunft noch effizienter, wettbewerbsorientierter und vor allem sicherer zu machen. Das EPTF beschäftigt sich darüber hinaus auch mit der Frage, wie sich neue Technologien (z. B. Blockchain) und Angebote von innovativen FinTechs auf die Wertpapierabwicklung auswirken.

Systemrelevante Zahlungsverkehrssysteme

CSDR und T2S

Die durch das Eurosystem betriebene Plattform TARGET2-Securities (T2S)¹⁵⁾ ist bei rechtlicher Betrachtung weder als Zentralverwahrer noch als Wertpapierabwicklungssystem einzuordnen und fällt daher nicht in den unmittelbaren Anwendungsbereich der CSDR. Als technische Plattform für die Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld erbringt T2S jedoch zentrale Dienstleistungen für die teilnehmenden Zentralverwahrer. Daraus ergibt sich eine mittelbare Betroffenheit in der Form, dass T2S den teilnehmenden Zentralverwahrern eine vollständige Einhaltung der Vorgaben der CSDR ermöglichen muss.

EPTF

Eine wichtige Rolle bei der Beseitigung von im Nachhandelsbereich verbliebenen Hindernissen bei der Integration der europäischen Finanzmärkte sowie der vollumfänglichen Realisierung einer europäischen Kapitalmarktunion soll dem im Jahr 2016 von der Europäischen Kommission etablierten europäischen Forum für den nachbörslichen Handel (European Post-Trade Forum: EPTF) zukommen.¹⁶⁾ In einem Bericht vom 15. Mai 2017 setzt sich diese Expertengruppe näher mit den sogenannten Giovannini-Barrieren¹⁷⁾ auseinander und gibt einen Überblick zu weiterhin bestehenden und neu identifizierten Hürden. Auf diesem Bericht aufbau-

Im Juli 2014 machte die EZB erstmalig von ihrer Verordnungsermächtigung im Bereich der Zahlungsverkehrsüberwachung¹⁸⁾ Gebrauch. Die Verordnung zu den Anforderungen an die Überwachung systemrelevanter Zahlungsverkehrssysteme (Regulation on the oversight requirements for systemically important payment sys-

SIPS-Verordnung

¹⁴ In diesem Zusammenhang waren auch Aktualisierungen der Leitlinien über die Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems erforderlich, die seit dem 18. April 2018 zur Anwendung kommen, vgl. Art. 2 der Leitlinie EZB/2018/3 vom 7. Februar 2018.

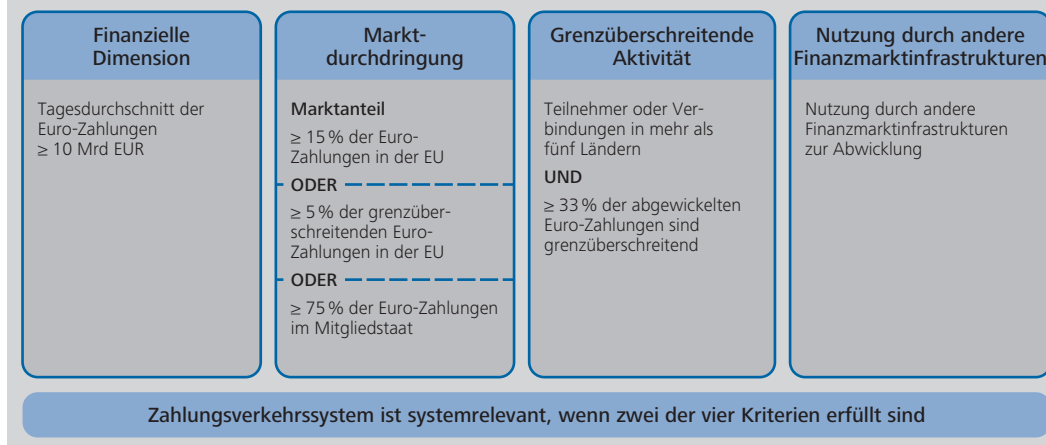
¹⁵ Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Die Finanzmarktinfrastruktur des Eurosystems – Rückblick und zukünftige Ausrichtung des Leistungsangebots, Monatsbericht, Dezember 2017, S. 69–88.

¹⁶ Dem ESZB kommt beim EPTF lediglich eine Beobachterrolle zu. Teilnehmer am EPTF sind insbesondere Vertreter aus Interessenverbänden und unabhängige Experten.

¹⁷ Der Begriff geht auf die nach ihrem Vorsitzenden Alberto Giovannini benannte Giovannini-Gruppe zurück, die in den Jahren 2001 und 2003 Berichte zu grenzüberschreitenden Clearing- und Abwicklungsvereinbarungen an den EU-Wertpapiermärkten veröffentlichte und verschiedene Barrieren identifizierte (https://ec.europa.eu/info/publications/giovannini-reports_en).

¹⁸ Die Überwachung (Oversight) von Zahlungsverkehr und Abwicklungssystemen ist eine Zentralbankaufgabe zur Förderung der Sicherheit und Effizienz. Dabei werden bestehende und geplante Systeme beobachtet, in Hinblick auf ihre Sicherheit und Effizienz überprüft und ggf. Veränderungen herbeigeführt. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zahlungsverkehrsüberwachung – ein Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems und zur Effizienz des Zahlungsverkehrs, Monatsbericht, Januar 2004, S. 29–46.

Kriterien zur Bestimmung der Systemrelevanz eines Zahlungsverkehrssystems



Deutsche Bundesbank

tems: SIPS-Verordnung¹⁹⁾) regelt Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten bei der Überwachung systemrelevanter Zahlungsverkehrssysteme. Die SIPS-Verordnung geht in ihren Anforderungen – wie auch die CSDR – über die internationalen Anforderungen hinaus. So sind systemrelevante Zahlungsverkehrssysteme dazu verpflichtet, den finalen Zahlungsausgleich am Tagesende in Zentralbankgeld vorzunehmen.

Systemrelevanz wird dabei bemessen an einer Kombination aus unterschiedlichen Kriterien, nämlich der Höhe der abgewickelten Beträge, der Marktdurchdringung, dem Umfang der grenzüberschreitenden Aktivitäten sowie der Nutzung durch andere Finanzmarktinfrastrukturen (vgl. oben stehendes Schaubild). Einmal jährlich überprüft das Eurosystem, welche Zahlungsverkehrssysteme systemrelevant im Sinne der SIPS-Verordnung sind und benennt für jedes System, welches die Voraussetzungen erfüllt, eine zuständige Überwachungsbehörde aus dem Kreis des Eurosystems. Diese ist für die Überprüfung des Zahlungsverkehrssystems in Bezug auf die Einhaltung der SIPS-Verordnung zuständig und hat dann das Recht, Auskünfte vom Systembetreiber einzuholen und bei Notwendigkeit Korrekturmaßnahmen anzuordnen. Sollten Verstöße gegen die Verordnung festgestellt werden, so darf die EZB Sanktionen gegen den Systembetreiber verhängen.

Im August 2014 identifizierte das Eurosystem vier Zahlungsverkehrssysteme als systemrelevant (vgl. Tabelle auf S. 53): das vom Eurosystem betriebene Zahlungsverkehrssystem TARGET2 sowie die kommerziellen Systeme EURO1, STEP2-T und CORE(FR). Als zuständige Behörde wurde für das letztgenannte System die Banque de France, für die übrigen Systeme die EZB benannt. Die Bundesbank beteiligt sich an diesen Überwachungsaktivitäten der EZB im Eurosystem. Das von der Bundesbank betriebene Massenzahlungsverkehrssystem Elektronischer Massenzahlungsverkehr erfüllt demgegenüber nicht die oben genannten Kriterien und gilt somit als sonstiges Massenzahlungsverkehrssystem, das nur in Teilbereichen ausgewählten Prinzipien Rechnung tragen muss.

Im November 2017 verabschiedete der EZB-Rat Änderungen an der SIPS-Verordnung.²⁰⁾ Diese umfassen im Wesentlichen eine strengere Würdigung von Kredit- und Liquiditätsrisiken, neue Anforderungen an die Cyber-Widerstandsfähig-

Überarbeitung der SIPS-Verordnung

Systemrelevanz und Aufgaben der Überwachungsbehörden

¹⁹ Verordnung (EU) Nr. 795/2014 der Europäischen Zentralbank vom 3. Juli 2014 zu den Anforderungen an die Überwachung systemrelevanter Zahlungsverkehrssysteme (EZB/2014/28).

²⁰ Verordnung (EU) 2017/2094 der Europäischen Zentralbank vom 3. November 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 795/2014 zu den Anforderungen an die Überwachung systemrelevanter Zahlungsverkehrssysteme (EZB/2017/32).

keit und neue Kompetenzen der für die Überwachung zuständigen Behörden. So kann der Überwacher künftig eine unabhängige Überprüfung des Systems anordnen. Einzelne Aspekte des Systems können dann im Detail von Experten geprüft werden, zum Beispiel wenn die zuständige Behörde selbst nicht über die hierzu notwendige Expertise verfügt. Zum anderen kann die zuständige Behörde auch Vor-Ort-Prüfungen durchführen.

Cyber-Widerstandsfähigkeit

Mit der Überarbeitung trägt das Eurosystem auch insbesondere der gestiegenen Bedrohung durch Cyber-Risiken in den letzten Jahren Rechnung. Dabei wird jedoch auf genaue Vorgaben, wie die Cyber-Widerstandsfähigkeit im Einzelnen zu erreichen ist, verzichtet. Allerdings wurde hierzu bereits im Juni 2016 vom Committee on Payments and Market Infrastructures (CPMI) und der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) eine „Guidance on cyber resilience for financial market infrastructures“²¹⁾ veröffentlicht. Hierin werden allgemein gehaltene Ziele für die Stärkung der Cyber-Widerstandsfähigkeit formuliert, wobei die Wege zum Erreichen dieser Ziele individuell von der jeweiligen Finanzmarktinfrastruktur bestimmt werden können. Die wichtigsten Aspekte der Guidance sind dabei:

- Der Cyber-Widerstandsfähigkeit soll auch auf Vorstandsebene Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Der Fähigkeit, nach einem erfolgreichen Cyber-Angriff den Betrieb schnell und sicher wieder aufnehmen zu können, soll oberste Priorität eingeräumt werden.
- Die Cyber-Widerstandsfähigkeit soll regelmäßig getestet und Informationen zur Bedrohungslage ausgewertet werden.
- Die Bedeutung der Cyber-Widerstandsfähigkeit soll sich in der Unternehmenskultur widerspiegeln.

Zahlungsvolumen in systemrelevanten Zahlungsverkehrssystemen²⁾

2016, insgesamt

SIPS	Stückzahlen (in Millionen)	Umsatz (in Mrd €)
TARGET2	89,0	485 811,8
EURO1	53,3	41 103,6
STEP2-T	10 419,0	13 169,3
CORE(FR)	14 432,2	5 513,0
Gesamt	24 993,5	545 597,7

* Quelle: Statistical Data Warehouse der EZB.

Deutsche Bundesbank

- Die Stärkung der Cyber-Widerstandsfähigkeit bedarf gemeinschaftlicher Anstrengungen der gesamten Industrie.

Zwischenzeitlich hat das Eurosystem konkrete Überwachungsanforderungen erarbeitet, um die Guidance im Euroraum anzuwenden. Diese Anforderungen werden derzeit mit dem Markt²²⁾ konsultiert. Dabei sollen sie nicht nur die Überprüfung der Finanzmarktinfrastrukturen durch die Überwachungsbehörden erleichtern, sondern den Infrastrukturbetreibern detaillierte Schritte zur Verbesserung der Cyber-Widerstandsfähigkeit aufzeigen und den Dialog zwischen Betreibern und Überwachungsbehörden zum Erreichen dieses Zieles in enger Zusammenarbeit fördern.

Zahlungsdienste

Mit der sogenannten Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Services Directive: PSD) aus dem Jahr 2009 wurde ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Abwicklung von Zahlungen in der EU geschaffen. Ihre Überarbeitung zur sogenannten PSD2 ...

²¹ Siehe auch: <https://www.bis.org/cpmi/publ/d146.htm>

²² Siehe: Pressenotiz der EZB vom 10. April 2018, ECB launches public consultation on cyber resilience oversight expectations.

PSD 2²³⁾ dürfte nunmehr zu tief greifenden Veränderungen am Markt für Zahlungsdienste führen.

Mit ihrer Neufassung soll die PSD2 zum einen die Marktintegration innerhalb der Europäischen Union weiter vertiefen und zu einer Stärkung des Wettbewerbs und der Verbraucherrechte beitragen. Zum anderen sollen neue Regelungen die Sicherheit im Massenzahlungsverkehr insbesondere bei der Nutzung innovativer Bezahlförmlichkeiten, wie zum Beispiel beim Bezahlen mittels Mobiltelefon, weiter erhöhen.

... seit Januar 2018 in nationales Recht umgesetzt

Die PSD2 war bis zum 13. Januar 2018 in nationales Recht umzusetzen. In Deutschland geschah dies unter anderem durch Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG) durch das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterrichtlinie vom 17. Juli 2017, das am 13. Januar 2018 in Kraft trat.

Neue Zahlungsdienstleister ...

Eine wesentliche Neuerung der PSD2 ist die Aufnahme von Zahlungsauslösediensten (ZAD) und Kontoinformationsdiensten (KID) in die Liste der Zahlungsdienste. Während die Anbieter von ZAD insbesondere im Zusammenhang mit der Bezahlung von Käufen im „e-commerce“ den Überweisungsauftrag eines Kunden bei dessen Institut auslösen, stellen Anbieter von KID konsolidierte Informationen über ein oder mehrere Zahlungskonten ihrer Kunden bereit, die bei anderen Zahlungsdienstleistern geführt werden. Mit der PSD2 wird das Zusammenspiel von kontoführenden Kreditinstituten und diesen sogenannten Drittanbietern, die sich bereits seit Mitte der 2000er Jahre am Markt befinden, nunmehr gesetzlich geregelt.

... erfordern neue Regelungen

Da bei der Erbringung von ZAD und KID ein zusätzlicher Dienstleister tätig wird, der sich in der Prozesskette zwischen Kunde und kontoführendem Institut einfügt, waren sowohl bestehende Regelungen anzupassen als auch neue Vorgaben einzuführen. Die hieraus resultierenden Änderungen betreffen sowohl spezifische Rechte und Pflichten der neuen Anbieter ihren

Kunden gegenüber, wie etwa beim Umgang mit vertraulichen Kundendaten, als auch Regelungen, die ihr Verhältnis zu den kontoführenden Instituten betreffen, vor allem im Hinblick auf die Identifizierungspflicht und sichere Kommunikation. Die bislang geltenden Transparenzanforderungen und Informationspflichten für Zahlungsdienstleister bleiben hingegen weitestgehend unverändert.

Schließlich enthält die PSD2 neben einer Stärkung von Verbraucherrechten auch eine Reihe von Neuregelungen, um die Sicherheit im Massenzahlungsverkehr zu erhöhen und einen besseren Schutz der Finanzdaten von Kunden zu erreichen. Die vielleicht wichtigste Neuerung regelt die Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters zur Nutzung der sogenannten starken Kundenauthentifizierung.²⁴⁾ Diese ist immer dann erforderlich, wenn erstens, ein Kunde online, das heißt per Internet oder mobil, auf sein Konto zugreift, zweitens, er einen elektronischen Zahlungsvorgang auslöst oder, drittens, über einen Fernzugang eine Handlung vornimmt, die das Risiko eines Betrugs oder anderen Missbrauchs birgt. Für elektronische Fernzahlungen muss die starke Kundenauthentifizierung außerdem Elemente umfassen, die die Zahlung dynamisch mit dem jeweiligen Betrag und Empfänger verknüpfen.

In wichtigen Bereichen enthält die PSD2 nur allgemeine Regelungen, die der Konkretisierung bedürfen. Hierzu wurden der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority: EBA) in Zusammenarbeit mit der EZB in der PSD2 drei Mandate für die Erarbeitung von technischen Regulierungsstandards (Regu-

Mehr Sicherheit im Massenzahlungsverkehr

Mandate für die Europäische Bankenaufsichtsbehörde

²³ Siehe auch: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG.

²⁴ Gemäß Art. 4 (30) PSD2 bzw. § 1 (24) ZAG erfordert starke Authentifizierung die Nutzung von mindestens zwei voneinander unabhängigen Faktoren aus zwei der drei Kategorien Wissen (= etwas, das nur der Nutzer weiß, wie z. B. ein Passwort), Besitz (= etwas, das nur der Nutzer besitzt, wie z. B. eine Zahlungskarte) oder Inhärenz (= etwas, das der Nutzer ist, wie z. B. ein Fingerabdruck).

latory Technical Standards, RTS) und Leitlinien erteilt.²⁵⁾

*Technische
Regulierungs-
standards zur
starken Kunden-
authentifizierung
und sicheren
Kommunikation*

Besondere Aufmerksamkeit erlangte die Diskussion um die RTS der EBA zur starken Kundenauthentifizierung und sicheren Kommunikation. Diese RTS entwickelte die EBA in Zusammenarbeit mit der EZB und mehreren Zentralbanken aus dem Europäischen Wirtschaftsraum, darunter auch der Bundesbank. Am 13. März 2018 wurden sie von der Europäischen Kommission als delegierter Rechtsakt veröffentlicht. Sie konkretisieren unabhängig von der jeweils genutzten Technologie und dem jeweiligen Geschäftsmodell die Anforderungen an die Form der Authentifizierung, die Zahlungsdienstleister von ihren Kunden fordern müssen, sowie mögliche Ausnahmen von der starken Authentifizierung (vgl. nebenstehende Übersicht). Darüber hinaus enthalten sie Regelungen zum Schutz personalisierter Sicherheitsmerkmale und zur Ausgestaltung von gemeinsamen und sicheren Standards für die Kommunikation zwischen den verschiedenen Anbietern von Zahlungsdiensten sowie zwischen Zahlungsdienstleistern und ihren Kunden.

Kern dieses zweiten Teils der Standards ist die Verpflichtung für die kontoführenden Institute, für Anbieter von ZAD und KID mindestens eine Schnittstelle zum Kundenkonto bereitzustellen. Diese Öffnung des Bankkontos für andere Anbieter von Zahlungsdiensten kann über die bestehende Online-Banking-Schnittstelle des Kunden oder über eine neue dedizierte Schnittstelle, ein sogenanntes Application Programming Interface (API), erfolgen und erfordert jeweils eine Identifizierung des Drittanbieters gegenüber dem kontoführenden Institut. Wenn sich kontoführende Institute für das Angebot einer dedizierten Schnittstelle entscheiden, muss diese die gleiche Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit aufweisen wie der direkte Zugang der Kunden zu ihrem Konto. Weiterhin haben die kontoführenden Institute bei Vorhal-

²⁵ Weitere acht Mandate sind rein bankaufsichtlicher Natur und ausschließlich an die EBA gerichtet.

Starke Kundenauthentifizierung

Anforderungen an eine starke Authentifizierung

- Generierung eines Authentifizierungscodes aus mindestens zwei voneinander unabhängigen Elementen unterschiedlicher Kategorien (Wissen, Besitz, Inhärenz)
- Bei Fernzahlungen dynamische Bindung des Authentifizierungscodes an Betrag und Zahlungsempfänger

Ausnahmen von der starken Authentifizierung

- Kontozugang ohne Zugriff auf sensitive Zahlungsdaten
- Kontaktlose Transaktionen am Point of Sale bis 50 €
- Beförderungsentgelte und Parkgebühren an unbedienten Terminals
- Elektronische Fernzahlungen an vertrauenswürdige Empfänger/als wiederkehrende Zahlungen (gleicher Zahlungsempfänger und Betrag)/an den Zahler selbst/bis zu 30 €
- Unternehmenszahlungen auf Basis sicherer Prozesse und Protokolle
- Zahlung mit niedrigem Risiko gemäß Echtzeit-Transaktionsrisikoanalyse

Maßnahmen zum Schutz der persönlichen Sicherheitsmerkmale

- Sicherstellung von Vertraulichkeit und Integrität der Authentifizierungscodes während des gesamten Authentifizierungsvorgangs
- Sicherstellung von Vertraulichkeit und Integrität der Sicherheitsmerkmale über ihren gesamten Lebenszyklus

ten einer API eine Rückfalllösung für Notfälle bereitzustellen, über welche die Anbieter von ZAD und KID, ebenfalls nach vorheriger Identifikation gegenüber dem kontoführenden Institut, auf das Kundenkonto zugreifen können. Von dieser Verpflichtung können kontoführende Institute allerdings unter bestimmten Voraussetzungen von ihrer nationalen Aufsichtsbehörde entbunden werden. Die RTS treten 18 Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Damit wird dann auch die aktuelle Praxis von ZAD- und KID-Anbietern, ohne vorherige Identifizierung auf Kundenkonten zuzugreifen, für alle der PSD2 unterliegenden Zahlungskonten verboten.

Leitlinien zum Management von operationellen und sicherheitsrelevanten Risiken

Bereits im Dezember 2017 verabschiedete die EBA Leitlinien über Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollmechanismen zur Eindämmung von operationellen und sicherheitsrelevanten Risiken, die sich aus dem Angebot von Zahlungsdiensten ergeben. Unter Beachtung des Grundsatzes der Proportionalität entwickelten EBA und EZB – in Anlehnung an die bereits bestehenden EBA-Leitlinien zur Sicherheit von Internetzahlungen und andere Standards und Rahmenwerke – Anforderungen unter anderem zu Governance, Risikobewertung, dem Schutz von Daten und Systemen, Business Continuity und der Durchführung von Tests. Die neuen Regelungen haben einen weiteren Anwendungsbereich als die bisherigen EBA-Leitlinien, da sie für alle der PSD2 unterliegenden Anbieter und Zahlungsdienste gelten. Sie sind von den nationalen Aufsichtsbehörden in ihre jeweilige Aufsichtspraxis umzusetzen.

Leitlinien für die Meldung von schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen

Die Leitlinien für die Meldung von schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen sind seit dem 13. Januar 2018 in Kraft. Sie verpflichten Anbieter von Zahlungsdiensten, relevante Zwischenfälle an die für sie zuständige Aufsichtsbehörde zu melden. In Deutschland ist dies die BaFin. Diese leitet die Meldungen an Bundesbank, EBA und EZB weiter, sowie bei entsprechender Relevanz des Vorfalls auch anonymisiert an andere nationale Behörden.

Neben der PSD2 und ihren nachgeordneten Rechtsakten üben weitere europäische Regelungen und Vorhaben erheblichen Einfluss auf die Erbringung von Zahlungsdiensten aus. Hierzu gehören zum Beispiel die sogenannte Vierte Geldwäscherichtlinie sowie die neue Geldtransferverordnung, die im Einklang mit derzeit geltenden internationalen Standards und Empfehlungen den Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung modernisieren.²⁶⁾

Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ...

Daraus resultieren unter anderem Neuerungen bei der Kundenidentifizierung, beispielsweise zur Eröffnung eines Zahlungskontos durch Verbraucher auf elektronischem Wege. So werden im deutschen Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie zur Authentifizierung bei Online-Diensten unter bestimmten Voraussetzungen auch elektronische Identifizierungsmittel im Sinne der Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen²⁷⁾ anerkannt. Dies kann zum Beispiel ein elektronischer Personalausweis oder eine Chipkarte sein, auf denen Daten gespeichert sind, die zur Identifizierung einer Person genutzt werden. Darüber hinaus wird auch die Nutzungsmöglichkeit von sogenannten Video-Ident-Verfahren erwähnt, welche die BaFin für in Deutschland tätige Institute bereits geregelt hat. Diese Entwicklungen können zur besseren Etablierung vollständig

... fördert Unterstützung digitaler Geschäftsprozesse durch elektronische Identifizierung

²⁶ Siehe auch: Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission sowie Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG. Laut Art. 3 Ziffer 12 der Verordnung ist ein elektronisches Identifizierungsmittel „eine materielle und/oder immaterielle Einheit, die Personenidentifizierungsdaten enthält und zur Authentifizierung bei Online-Diensten verwendet wird“.

digitaler Geschäftsprozesse beitragen und damit helfen, das Potenzial der Digitalisierung noch besser auszuschöpfen.

*„Aktionsplan
Finanzdienst-
leistungen für
Verbraucher:
bessere Pro-
dukte, mehr
Auswahl“*

Im März 2017 schließlich hat die Europäische Kommission den „Aktionsplan Finanzdienstleistungen für Verbraucher: bessere Produkte, mehr Auswahl“ veröffentlicht. Konkret hat die Europäische Kommission am 28. März 2018 einen Vorschlag vorgelegt, mit dem künftig in der gesamten EU die Gebühren für grenzüberschreitende Euro-Zahlungen auf das Niveau für inländische Zahlungen angeglichen würden. Bislang gilt diese Regelung nur für den Euro-Raum. Zudem soll die Transparenz im Hinblick auf die Währungsumrechnung bei Zahlungen in Fremdwährung verbessert und damit der Wettbewerb gestärkt werden.²⁸⁾

■ Fazit

Widerstandsfähige Finanzmarktinfrastrukturen sind aufgrund ihrer zentralen Funktion für die Abwicklung von Finanztransaktionen sowohl für das Finanzsystem als auch für die Realwirtschaft von überragender Bedeutung. Störungen in diesen kritischen Komponenten können erhebliche Implikationen für die teilnehmenden Banken, für die Finanzmärkte sowie für die Aufgabenerfüllung durch das Eurosystem entfalten. Denn Zentralbanken sind zum Beispiel in starkem Maße auf die Dienste von Zentralverwahrern angewiesen, um Sicherheiten für geldpolitische Kredite an Geschäftspartner entgegenzunehmen oder Wertpapiere im Rahmen der derzeitigen Ankaufprogramme zu verwahren. Neben einer wirkungsvollen Aufsicht und Überwachung ist auch das Angebot von Abwicklungsleistungen in hochliquidem und hochsicherem Zentralbankgeld aus Gründen der Risikoreduktion und der Finanzstabilität von großer Bedeutung.

Angesichts der gestiegenen Bedrohungslage hat die Stärkung der Cyber-Widerstandsfähigkeit der Finanzmarktinfrastrukturen für die Aufsicht und die Überwachung eine besonders

hohe Priorität. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die fortschreitende Digitalisierung neben Effizienzgewinnen neue Angriffsflächen bietet und die Risikolage für die Betreiber von Marktinfrastrukturen verändert. Dabei ist es in erster Linie in der Verantwortung der Systembetreiber und Marktteilnehmer, selbst Maßnahmen zu ergreifen, um das Schutzniveau zu erhöhen. Dies ist nicht nur eine Frage von technischen Vorrichtungen, sondern auch der Unternehmenskultur. Angesichts der hohen Dynamik kommt dabei vonseiten der Überwachung ein neuer Ansatz zur Anwendung, bei dem nicht die Erfüllung von konkreten Vorgaben überprüft wird, sondern der Reifegrad der Abwehrmaßnahmen analysiert und auf dessen Steigerung hingearbeitet wird. Einen wichtigen Beitrag hat das Eurosystem zudem mit der Errichtung des European Cyber Resilience Boards (ECRB) geleistet. Hierdurch soll der Dialog zwischen europäischen Finanzmarktinfrastrukturen und Notenbanken sowie weiteren Regulatoren auf dem Gebiet der Cyber-Widerstandsfähigkeit gefördert werden.

Weitere wichtige Weichenstellungen stehen im Bereich der zentralen Gegenparteien an. Nachdem das zentrale Clearing in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, kommt es nunmehr darauf an, die Arbeiten am europäischen Sanierungs- und Abwicklungsregime für CCPs bald zu vollenden. Ziel muss sein, ein glaubwürdiges Regime zu etablieren, das die Finanzstabilität gewährleistet und im Ernstfall möglichst ohne Rückgriff auf staatliche Mittel auskommt. Mit Blick auf das zukünftige Aufsichtsregime für zentrale Gegenparteien in Drittstaaten kommt aus Sicht der Bundesbank einer funktionierenden Aufsicht durch die Behörden der EU-Mitgliedstaaten unter Einhaltung der in der EU geltenden Regulierung entscheidende Bedeutung zu. Entsprechend muss sich die Bewertung konkreter Handlungsoptionen

²⁸ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 in Bezug auf Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsumrechnungen SWD (2018)84.

vor allem an der Sicherheit des Zahlungsverkehrs und der Abwicklung von Wertpapier- und Derivategeschäften und weniger an den Kosten orientieren. In jedem Fall sollte das Eurosystem wegen der vielfältigen Wechselwirkungen mit seinen Aufgaben in angemessener Weise an der Aufsicht beteiligt werden.

Durch die PSD2 werden die Regeln im EU-Zahlungsverkehr deutlich geändert. Insbesondere durch die Möglichkeit für Drittparteien, Kunden innovative Dienste auf Basis eines Zugangs zu ihren Konten anzubieten (sog. „open banking“), wird erwartet, dass etablierte Strukturen im Markt für Zahlungsdienste aufgebrochen werden. Die Regelungen der PSD2 sowie der zugehörigen RTS bieten aus Sicht der Bundesbank eine gute Ausgangsbasis für die weitere Digitalisierung des Zahlungsverkehrs, insbesondere durch mehr Wettbewerb bei einem gleichzeitig erhöhten Sicherheitsniveau. Um flächendeckend für eine zunehmende Wettbewerbs-

intensität in der EU zu sorgen und die Fragmentierung in nationale Märkte zu überwinden, ist die konsistente Umsetzung der PSD2 und die Anwendung der RTS in allen Mitgliedstaaten eine wichtige Voraussetzung. Zudem muss darauf geachtet werden, dass die Bereitstellung von kreditwirtschaftlichen dedizierten Schnittstellen (APIs), auf die sowohl Drittdienstleister als auch andere Kreditinstitute zugreifen können, ausreichend standardisiert erfolgt. Nur dann können sich neue für den Verbraucher attraktive Angebote im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum entwickeln. Ob diese neuen Produkte stärker von traditionellen Kreditinstituten, Start-ups oder bereits bestehenden Internetplattformen auf den Markt gebracht werden, ist derzeit nur schwer abzuschätzen. Allerdings scheinen die marktführenden Kreditinstitute erkannt zu haben, dass die PSD2 durchaus Chancen bietet, das Serviceniveau des Zahlungskontos für die eigenen Kunden und damit auch die eigene Attraktivität zu erhöhen.

Die Maastricht-Schulden: methodische Grundlagen sowie die Ermittlung und Entwicklung in Deutschland

Im Maastricht-Vertrag wurden das staatliche Defizit und der staatliche (Brutto-)Schuldenstand als zentrale Anknüpfungspunkte der europäischen Fiskalregeln bestimmt. Als reguläre Obergrenzen sind 3% und 60% des Bruttoinlandsprodukts festgelegt. In Deutschland ermittelt das Statistische Bundesamt das „Maastricht-Defizit“ und die Bundesbank den „Maastricht-Schuldenstand“.

Die Maastricht-Schulden umfassen Kredite, begebene Schuldverschreibungen und empfangene Einlagen sowie die Verbindlichkeiten aus dem Münzumsatz. Zum Zwecke der europäischen Vergleichbarkeit wird als einheitliche statistische Ermittlungsgrundlage das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen verwendet. Die geforderten Angaben stammen in Deutschland aus sehr unterschiedlichen Rechnungssystemen. So sind etwa nicht nur Kernhaushalte, sondern auch ausgegliederte Einheiten einzubeziehen. Für die Rechnungslegung der Gemeinden gelten landesspezifische Regeln, die teilweise ein Wahlrecht zwischen einem doppelten und einem kameralen Buchführungssystem einräumen. Zur Ermittlung des Maastricht-Schuldenstands müssen zudem Zu- und Umsetzungen gegenüber den Ausgangsdaten der nationalen Finanzstatistiken vorgenommen und dabei auf etliche andere Datenquellen, Sondererhebungen und Modellrechnungen zurückgegriffen werden.

Auf der europäischen Ebene wurden in den vergangenen Jahren deutlich höhere Anforderungen an Umfang und Qualität der zu meldenden Statistiken vereinbart und die Überwachung durch Eurostat ausgeweitet. Dies stellt auch Deutschland vor zunehmende Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wäre ein gesamtstaatlich stärker harmonisiertes Rechnungswesen, das Einnahmen- und Ausgabenströme mit Bilanzbeständen in integrierter Weise abbildet, ein naheliegendes Ziel. Zumindest sind aber die bestehenden Rechnungslegungssysteme so anzupassen, dass der europäische und internationale Datenbedarf erfüllt werden kann.

Zum Maastricht-Schuldenstand liegen für Deutschland Ergebnisse ab dem Jahr 1991 vor. Die Schuldenquote nahm, getrieben insbesondere durch Lasten im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, von 39% auf 81% im Jahr 2010 zu. Dabei spielten auch die Stützung der Finanzmärkte mit der Übernahme von Bankenportfolios durch staatliche Bad Banks und später auch die Hilfskredite an andere Mitgliedstaaten des Euroraums eine Rolle. In den letzten Jahren konnte die Schuldenquote aufgrund der sehr günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und guten Haushaltssituation sowie des Portfolio-Abbaus bei den Bad Banks deutlich zurückgeführt werden. Ende 2017 lag sie bei 64,1%, und der Schuldenstand betrug 2,09 Billionen €. Es zeichnet sich ab, dass Deutschland die 60%-Grenze spätestens im kommenden Jahr wieder unterschreiten wird.

Die Maastricht-Kriterien als Eckpfeiler der europäischen Fiskalregeln

*Solide Staatsfinanzen
Eckpfeiler der
Europäischen
Währungsunion*

Solide Staatsfinanzen sind eine wesentliche Grundlage für eine stabilitätsorientierte Währungsunion. Deswegen haben sich die EU-Mitgliedstaaten mit dem Maastricht-Vertrag Fiskalregeln gegeben und diese im weiteren Verlauf durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt ergänzt. Der Maastricht-Vertrag legt für den Gesamtstaat Referenzwerte für das Defizit in Höhe von 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und den Schuldenstand in Höhe von 60% des BIP fest (Maastricht-Kriterien). Diese sollen im Regelfall nicht überschritten werden.¹⁾ Die Kennzahlen (und umfassende ergänzende Daten) sind von den Mitgliedstaaten nach europaweit einheitlichen Regeln zu ermitteln und zweimal jährlich an die europäische Statistikbehörde Eurostat zu melden. Diese überprüft sie, macht gegebenenfalls Vorbehalte geltend und kann Anpassungen einfordern oder selbst vornehmen. Insbesondere nachdem es in Griechenland zu folgenreichen Fehlmeldungen gekommen war, wurden die statistischen Meldepflichten und die Kontrollen erheblich ausgeweitet. Zudem wurden konkrete Anforderungen an die staatlichen Rechnungswesen gestellt, die den Statistiken zugrunde liegen, sowie Sanktionsmöglichkeiten für Täuschungsversuche und grob fahrlässige Fehlmeldungen eingeräumt. Sanktionen kann der Rat auf Empfehlung der Europäischen Kommission verhängen.²⁾ Schließlich rückte im fiskalischen Regelwerk (Stabilitäts- und Wachstumspakt) auch das Schuldenstandskriterium stärker in den Fokus und wurde konkretisiert.

*Methodik sowie
Ermittlung und
Entwicklung in
Deutschland*

In Deutschland ist die Bundesbank für die Ermittlung des Maastricht-Schuldenstands und das Statistische Bundesamt für die Berechnung des Maastricht-Defizits sowie für die maßgebliche Abgrenzung des Staatssektors verantwortlich. Dieser Aufsatz beschreibt die methodischen Grundlagen sowie die konkrete Ermittlung des Maastricht-Schuldenstands durch die Bundesbank und erläutert die Unterschiede zu den

Ergebnissen der nationalen Schuldenstatistik. Darüber hinaus werden die ab dem Jahr 1991 vorliegenden Daten zum Maastricht-Schuldenstand erläutert.

Die methodischen Grundlagen

Der Maastricht-Schuldenstand wird auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) ermittelt. Dessen Regeln folgen im Wesentlichen den Vorgaben des weltweiten „System of National Accounts“ (SNA)³⁾, das unter Beteiligung internationaler Organisationen und nationaler Statistikämter fortentwickelt wird. Die aktuell gültige Version des europäischen Regelwerks (ESVG 2010),⁴⁾ das vor allem von Eurostat und den nationalen Statistikämtern auf den europäischen Bedarf hin ausgearbeitet wurde, legt fest, wie die Wirtschaftsabläufe in der EU in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) statistisch zu erfassen sind. Auslegungsfragen in Bezug auf die Ermittlung der Maastricht-Kennzahlen beantwortet zudem ein umfassendes und regelmäßig aktualisiertes Handbuch (MGDD)⁵⁾. Weitere verbindliche Regelungen ergeben sich aus den von Eurostat erlassenen Leitlinien, Klarstellungen und Buchungsanweisungen in Spezialfällen. Die konkrete Umsetzung der europäischen Anforderungen auf Basis der jeweils verfügbaren nationalen Datengrundlagen erläutert jeder Mitgliedstaat in einer umfangreichen Verfahrens- und Quellenbeschreibung.⁶⁾ Ange-

*Maastricht-Schuldenstand
basiert auf
ESVG 2010 und
ergänzenden
Vorgaben*

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Fiskalregeln, Monatsbericht, Juni 2017, S. 29–45.

2 Deren Umfang hängt neben dem zur Last gelegten Fehlverhalten vom Ausmaß des Meldefehlers ab und kann eine Höhe von bis zu 0,2% des BIP erreichen. In Deutschland entsprechen 0,2% des BIP derzeit 6½ Mrd €.

3 Herausgeber des aktuellen SNA 2008 sind die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Vereinten Nationen und die Weltbank.

4 Verordnung (EU) Nr. 549/2013.

5 Manual on Government Deficit and Debt, letzte Version 2016, abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-manuals-and-guidelines/-/KS-GQ-16-001>

6 Abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/government-finance-statistics/excessive-deficit-procedure/edp-inventories>

sichts der Fülle an Detailregelungen und Besonderheiten bei der Umsetzung konzentriert sich der vorliegende Aufsatz auf die wichtigsten Faktoren und Zusammenhänge.

Die Abgrenzung des Staatssektors

Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen bilden Staatssektor

Gemäß ESVG umfasst der Staatssektor Einheiten, die nicht primär für den wettbewerblichen Markt produzieren und sich zumeist durch Zwangsabgaben finanzieren, sowie solche, die hauptsächlich Einkommen und Vermögen umverteilen. In Deutschland werden dabei die Ebenen des Bundes, der Länder, der Gemeinden (einschl. ihrer Verbände wie etwa Kreise) und der Sozialversicherungen unterschieden, die wiederum in Kern- und Extrahaushalte eingeteilt werden. Die Extrahaushalte enthalten alle aus den Budgets der Kernhaushalte ausgegliederten oder neu gegründeten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die in wesentlichem Ausmaß staatliche Aufgaben wahrnehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.⁷⁾

Extrahaushalte sind staatlich kontrollierte Einheiten mit überwiegender Nicht-Marktproduktion

Häufig sind staatliches und unternehmerisches Handeln ökonomisch nur schwer voneinander abzugrenzen. Neben den staatlichen Kernhaushalten steht eine Vielzahl von Einheiten, die betriebswirtschaftlich organisiert sind und in unterschiedlichem Maß staatlich beeinflusst sowie finanziert werden. Gemäß ESVG zählen davon aber nur jene Einheiten zum Staatssektor, die sowohl direkter oder indirekter staatlicher Kontrolle bei der Ausgestaltung ihres Kerngeschäfts unterliegen als auch überwiegend Nicht-Marktproduzenten sind.⁸⁾ Letzteres wird zumeist daran festgemacht, dass die Einheit nicht mehr als die Hälfte ihrer Produktionskosten (einschl. Zinsen und Abschreibungen auf Sachanlagen) durch Umsätze am Markt deckt.⁹⁾ Überwiegt der Anteil der Marktaktivität, wird die Einheit nicht dem Staat zugerechnet. Der Staat kann somit durchaus Mehrheitseigner unternehmerisch agierender Einheiten sein, die selbst nicht zum Staatssektor zählen, weil ihnen wesentliche Kennzeichen staatlichen Handelns feh-

len.¹⁰⁾ Die Maastricht-Verschuldung bildet Verbindlichkeiten des so abgegrenzten Staatssektors ab.¹¹⁾

Die Abgrenzung der Maastricht-Verschuldung

Die Maastricht-Verschuldung bildet den konsolidierten Brutto-Schuldenstand des Staates ab. „Brutto“ bedeutet, dass bei der Ermittlung des Schuldenstands keine staatlichen Vermögenswerte gegengerechnet werden. „Konsolidiert“ heißt, dass staatliche Verbindlichkeiten herausgerechnet werden, wenn diese gegenüber anderen staatlichen Einheiten bestehen. Der Maastricht-Schuldenstand stellt somit die Verschuldung des Staates gegenüber anderen inländischen Sektoren und dem Ausland dar.

Maastricht-Verschuldung stellt konsolidierte Bruttogröße dar und ...

7 Grundsätzlich können Extrahaushalte auch aufgrund von Beteiligungserwerben entstehen, sofern die erworbene Einheit im Wesentlichen staatliche Aktivitäten übernimmt. Die derzeit gültige Liste der Extrahaushalte wird vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht, abrufbar unter: https://destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Methoden/Downloads/ListeExtrahaushalte2017_.pdf?__blob=publicationFile

8 Der weiter als der Staatssektor abgegrenzte „Öffentliche Bereich“ enthält darüber hinaus mehrheitlich in Staatseigentum befindliche Einheiten, die überwiegend Marktproduzenten sind. Dazu zählen z. B. Förder- und Entwicklungsbanken, Sparkassen und Landesbanken, aber häufig auch Einheiten wie Stadtwerke und Entsorgungsbetriebe.

9 Diese Prüfung gilt für nichtfinanzielle Unternehmen. Im Fall von finanziellen Unternehmen (etwa Banken) ist wesentlich, ob sie als Finanzintermediär agieren und dabei selbst den Risiken ihres Geschäfts ausgesetzt sind oder ob diese vielmehr beim Staat liegen.

10 Eine ausführlichere Darstellung findet sich in: P. Schmidt et al., Die Abgrenzung des Staatssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Wirtschaft und Statistik, 1/2017, S. 35 ff.

11 In einem auf dem Öffentlichen Bereich aufbauenden Schuldenindikator wären auch die Verbindlichkeiten sämtlicher in mehrheitlichem Staatsbesitz befindlichen Unternehmen enthalten. Allerdings würden damit auch Marktproduzenten einbezogen, auf deren Verbindlichkeiten die politisch Verantwortlichen keinen unmittelbaren Einfluss ausüben können. Ungeachtet dessen sieht das ESVG vor, einzelne Aktivitäten nicht staatlicher Einheiten für statistische Zwecke in den Staatssektor umzubuchen (Rerouting), wenn es sich dabei um eindeutig abgrenzbare Vorgänge staatlichen Handelns innerhalb einer grundsätzlich einem anderen Sektor zugeordneten Einheit handelt. Ein typisches Beispiel hierfür sind die sog. Zuweisungsgeschäfte der nicht im Staat erfassten Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Diese werden bei Übernahme der jeweiligen Kosten und Risiken durch den Bundeshaushalt für diesen durchgeführt.

... umfasst Verbindlichkeiten aus Bargeld und Einlagen, Krediten sowie Wertpapieren

Die Maastricht-Verschuldung umfasst dabei nicht alle finanziellen Verbindlichkeiten des Staates. Von den acht Instrumentenkategorien (ESVG-Code: AF¹²), die das ESVG unterscheidet, bilden nur drei den Maastricht-Schuldenstand (die Passivpositionen AF.2, AF.3 und AF.4).¹³ Diese Beschränkung liegt teils daran, dass nicht alle staatlichen Passiva im Kontext der EU-Haushaltsüberwachung als relevant angesehen werden, teils sind auch messpraktische Aspekte sowie Probleme bei der Datenverfügbarkeit ausschlaggebend. Im Einzelnen unterscheidet das ESVG folgende Positionen:

- „Währungsgold und Sonderziehungsrechte (AF.1)“ werden in der Regel lediglich in der Bilanz von Notenbanken verzeichnet. Notenbanken gehören gemäß ESVG nicht zum Staatssektor.
- „Bargeld und Einlagen (AF.2)“ sind Teil der Maastricht-Verschuldung. Hierzu zählen beispielsweise Einlagen Dritter auf Verwahrkonten beim Bund und Verbindlichkeiten aufgrund des Münzumschlags, die dem Bund als Emittent deutscher Euro-Münzen zugerechnet werden. Banknoten stellen dagegen allein Verbindlichkeiten der Notenbank dar.
- „Schuldverschreibungen (AF.3)“ sind Teil der Maastricht-Verschuldung. Dabei wird zwischen „kurzfristigen Schuldverschreibungen (AF.31)“ (Geldmarktpapieren), die eine Ursprungslaufzeit von höchstens einem Jahr aufweisen, und „langfristigen Schuldverschreibungen (AF.32)“ (Kapitalmarktpapieren) mit einer Ursprungslaufzeit von über einem Jahr unterschieden. Darunter fallen beispielsweise Anleihen des Bundes oder auch verbrieftete Verbindlichkeiten staatlicher Abwicklungsgesellschaften (Bad Banks).
- „Kredite (AF.4)“ sind Teil der Maastricht-Verschuldung. Darunter fallen etwa auch Bankkredite kommunaler Unternehmen, die als Nicht-Marktproduzenten zu den staatlichen Extrahaushalten zählen. Kredite werden analog den Schuldverschreibungen ent-

sprechend ihrer Ursprungslaufzeit in „kurzfristige Kredite (AF.41)“ und „langfristige Kredite (AF.42)“ unterschieden. Die Kassenkredite öffentlicher Haushalte werden als kurzfristige Kredite eingestuft, auch wenn sie in einigen Fällen auf kommunaler Ebene offenbar mit längeren Laufzeiten abgeschlossen werden. Des Weiteren zählen auch empfangene Barsicherheiten im Rahmen von Derivategeschäften zu den Kreditverbindlichkeiten.

- „Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds (AF.5)“ sind Eigenkapitalinstrumente und deshalb nicht Teil der als Fremdkapital definierten Maastricht-Verschuldung.
- Ansprüche gegen „Versicherungs-, Alterssicherungs- und Standardgarantiesysteme (AF.6)“ zählen nicht zur Maastricht-Verschuldung. Sie umfassen wirtschaftlich bereits entstandene, aber noch nicht fällige und der Höhe nach zum Teil noch unbestimmte voraussichtliche Verbindlichkeiten aus kapitalgedeckten staatlichen Alterssicherungssystemen sowie aus Standardgarantiesystemen. Beide spielen derzeit für Deutschland keine Rolle, da die für Deutschland besonders relevanten Ansprüche gegenüber nicht kapitalgedeckten Alterssicherungssystemen staatlicher Arbeitgeber (Pensionen) und gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung nicht unter AF.6 ausgewiesen werden.¹⁴ Sie fallen auch unter keines der anderen ESVG-

¹² Die Kürzel für Finanzvermögen (AF: Actif Financier) sind für Aktiv- und Passivpositionen identisch.

¹³ Gleichwohl werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 grundsätzlich alle im ESVG genannten Kategorien, insbesondere die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, benötigt.

¹⁴ Beamtenrechtliche Versorgungsansprüche, für die in Fonds oder Rücklagen ein Kapitalstock aufgebaut wird, werden ebenfalls nicht in AF.6 erfasst, da das Gesamtsystem insgesamt nicht als kapitalgedeckt anzusehen ist. Das Statistische Bundesamt hat umfangreiche Berechnungen zu den Ansprüchen der privaten Haushalte gegenüber Alterssicherungssystemen durchgeführt. Erste Ergebnisse finden sich in: T. Haug, Berechnung der Pensions- und Rentenerwartungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, *Wirtschaft und Statistik*, 2/2018, S. 77 ff.

Instrumente, sondern werden lediglich nachrichtlich erfasst.¹⁵⁾

- „Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen (AF.7)“ sind grundsätzlich nicht Teil der Maastricht-Verschuldung. Sie umfassen beispielsweise Zinstauschgeschäfte (Zinsswaps), welche im Schuldenmanagement insbesondere zur Steuerung von Zinsbindungsfristen und etwaigen Währungsrisiken eingesetzt werden. Allerdings können Derivategeschäfte auch so gestaltet sein, dass der staatliche Vertragspartner anfangs zusätzliche Finanzmittel erhält und hierfür während der Laufzeit einen Ausgleich leistet. Somit enthält das Derivategeschäft faktisch eine Kreditbeziehung. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, werden solche Kreditkomponenten mittlerweile aus den Derivaten herausgerechnet und der Maastricht-relevanten Kreditverschuldung (AF.4) zugesetzt.
- „Sonstige Verbindlichkeiten (AF.8)“ sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (sog. Handelskredite) sowie übrige Verbindlichkeiten und gehören nicht zum Maastricht-Schuldenstand. Erstere entstehen durch den zeitlichen Abstand zwischen dem Erbringen einer vereinbarten Leistung und ihrer Bezahlung. „Übrige Verbindlichkeiten“ resultieren aus einem zeitlichen Auseinanderfallen von Verteilungstransaktionen (etwa bei Gerichtsurteilen zu Steuererstattungen) oder finanziellen Transaktionen am Sekundärmarkt und ihrer tatsächlichen Zahlung. In der Regel sollte AF.8 lediglich kurzfristig bestehende, größtenteils unvermeidliche Posten von geringem Ausmaß enthalten.¹⁶⁾ Aus diesen Gründen und wegen der schlechten Datenverfügbarkeit wurde diese Position nicht in die Maastricht-Definition aufgenommen. Im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise hat sich allerdings gezeigt, dass etwa unbezahlte Rechnungen zu einem durchaus relevanten Ersatz für eine reguläre Finanzierung am Kapitalmarkt werden können.¹⁷⁾ Bereits seit 2012 werden unbezahlte staatliche Rechnungen daher in zwei Fällen als Maastricht-

relevante Kreditverschuldung (AF.4) gewertet: wenn wesentliche Vertragsbedingungen neu verhandelt wurden oder der Gläubiger seine Forderung regresslos an einen Dritten abgetreten hat.¹⁸⁾ Beide Umsetzungen spielen hierzulande allerdings bisher faktisch keine Rolle. Grundsätzlich bestehen in Deutschland aufgrund des immer noch weit verbreiteten kameralen Rechnungswesens Erhebungsprobleme bei den sonstigen Verbindlichkeiten (AF.8).

Eventualverbindlichkeiten wie Garantien oder Bürgschaften sowie Rückstellungen sind grundsätzlich keine in den ESVG-Konten erfassten Verbindlichkeiten und daher nicht Bestandteil der Maastricht-Verschuldung.¹⁹⁾ Allerdings kennt das ESVG Ausnahmen von dieser Regel. Beispielsweise werden neue staatliche Garantien auf Verbindlichkeiten nicht staatlicher Einheiten, deren Abruf als sehr wahrscheinlich angesehen wird, so verbucht, als seien sie bereits abgerufen.²⁰⁾ Insofern ist eine solche garantierte

Eventualverbindlichkeiten in Ausnahmefällen als Maastricht-Verschuldung zu erfassen

¹⁵ Gerade angesichts des demografischen Wandels ist es grundsätzlich wichtig, auch diese staatlichen Lasten bei der Analyse fiskalischer Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Die ausgewiesene Höhe der Verbindlichkeiten hängt jedoch stark von Annahmen etwa über Abzinsungsfaktoren sowie die langfristige Entwicklung der Demografie und des Arbeitsmarktes ab. Außerdem lassen sich die künftigen staatlichen Budgetlasten durch gesetzliche Änderungen (etwa eine Erhöhung des Rentenalters) beeinflussen.

¹⁶ So gelten langfristig vereinbarte Zahlungsziele beim Staat gemäß ESVG 2010 (Ziffer 20.132) als Kredite (AF.4). Das MGDD (VIII.21 3.) konkretisiert dies auf ursprünglich vereinbarte Laufzeiten von über einem Jahr.

¹⁷ So liefen z. B. in Italien in den Jahren 2010 bis 2012 unbezahlte Rechnungen des Staates in einer Größenordnung von 4% des BIP auf. Vgl.: Note on stock of liabilities of trade credits and advances (October 2014), <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/2022675/Note-on-AF-81L-Oct2014.pdf>

¹⁸ Vgl.: The statistical recording of some operations related to trade credits incurred by government units (July 2012), <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/2041337/Statist-record-of-some-operations-rel-to-trade-credits-i.pdf/f2238d11-9257-4a0e-bd9a-39dcf1fb2cfd>

¹⁹ Allerdings sind Angaben zu staatlichen Eventualverbindlichkeiten u. a. auf Grundlage der Richtlinie 2011/85/EU (EU-Haushaltsrahmenrichtlinie) bereitzustellen.

²⁰ Im Maastricht-Defizit wird eine entsprechende Ausgabenbelastung erfasst. In den Haushalten der Gebietskörperschaften sind für solche Garantien entsprechende Ausgabe- bzw. Verpflichtungsermächtigungen auszubringen.

Verbindlichkeit der Maastricht-Verschuldung zuzurechnen.²¹⁾

Die Bewertung der Verschuldungskomponenten

Maastricht-Verschuldung wird zum Nennwert erfasst

Neben der Frage, welche Kategorien in die Maastricht-Verschuldung einzubeziehen sind, ist zu klären, wie diese jeweils zu bewerten sind. Das ESVG sieht vor, dass Bargeld und Einlagen sowie Kredite zum Nominalwert²²⁾ und Wertpapiere zum Marktwert erfasst werden. Da es sich um ein gesamtwirtschaftliches Rechenwerk handelt, bei dem die Forderungen der Gläubiger den Verbindlichkeiten der Schuldner entsprechen müssen, sind diese Bewertungen sowohl für Aktiv- als auch für Passivpositionen vorgesehen. Für die Maastricht-Verschuldung gilt allerdings abweichend, dass die drei einzubeziehenden Passivpositionen AF.2 bis AF.4 zu Nennwerten anzusetzen sind.²³⁾

Nennwert entspricht in der Regel dem Rückzahlungsbetrag einer Schuld

Der Nennwert einer staatlichen Schuld entspricht grundsätzlich ihrem Kapitalbetrag, also der vom Staat eingegangenen Rückzahlungsverpflichtung abzüglich etwaiger bereits erfolgter Rückzahlungen (Tilgungen). Bei indexierten Verbindlichkeiten (z. B. inflationsindexierten Anleihen) umfasst er auch die durch vergangene Indexveränderungen eingetretene Veränderung des Rückzahlungsbetrages. Die auf den Kapitalbetrag zu leistenden Zinszahlungen gehören nur dann zum Nennwert, wenn sie ihm ausdrücklich gutgeschrieben wurden.²⁴⁾ Bei Wertpapierschulden weicht der Emissionspreis aufgrund der Preisfindung im Bieterverfahren häufig vom Nennwert ab.²⁵⁾ Aus der Emission resultierende Ab- oder Aufschläge werden über die Restlaufzeit des Wertpapiers verteilt und im Finanzierungssaldo zusätzlich zu den Zinskupons als Zinskosten beziehungsweise -ersparnisse erfasst.²⁶⁾ Da der Nennwert keiner laufenden Marktbewertung unterliegt, bleibt er von Markteinflüssen unberührt. Eine Ausnahme bilden in Fremdwährungen begebene Schuldtitel. Diese werden zum jeweiligen Stichtagswechsellkurs umgerechnet und verändern den Maas-

tricht-Schuldenstand entsprechend, sofern keine kompensierenden Kurssicherungsgeschäfte (Währungsswaps) abgeschlossen wurden (andernfalls ist der abgesicherte Kurs anzusetzen).

Ermittlung des deutschen Maastricht-Schuldenstands

Im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung ist der Maastricht-Schuldenstand an die Europäische Kommission (Eurostat) zu übermitteln. Dafür werden zweimal im Jahr – Ende März in der Frühjahrs-Notifikation und Ende September in der Herbst-Notifikation – aktuelle Werte für die vier vorangegangenen Jahresend-

Zweimal im Jahr Notifikation des Maastricht-Schuldenstands im Rahmen der Haushaltsüberwachung

21 Der andere Fall einer gemäß ESVG zu erfassenden Eventualverbindlichkeit sind standardisierte Garantien (wie sie z. B. in der Exportfinanzierung auftreten können), bei denen sich aufgrund der Masse an Daten der voraussichtliche Garantieabruf solide abschätzen lässt, sodass die versicherungstechnischen Rückstellungen gut erfasst werden könnten. Diese Garantien sind jedoch als AF.6-Position nicht im Maastricht-Schuldenstand enthalten.

22 Der Nominalwert ergibt sich aus dem Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen und (zu amortisierender) Emissionsauf- und -abschlägen.

23 Art. 1 (5) Satz 3 Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates. Diese vom ESVG abweichenden Bewertungsansätze sind der Grund, weshalb die Maastricht-Verschuldung nicht der Summe der in den VGR (Finanzierungsrechnung) ausgewiesenen drei Passivpositionen entspricht.

24 Bei Zinssammlern, wie den Bundesschatzbrieffen vom Typ B, bei denen alle Zinsansprüche dem Kapitalbetrag während der fest vereinbarten Laufzeit zugeschlagen werden, entspricht der Nennwert abweichend nur dem bei Emission vereinbarten Kapitalbetrag.

25 Ab- oder Aufschläge sind grundsätzlich auch bei Krediten möglich.

26 Ab- oder Aufschläge fallen an, wenn der Zinskupon eines Wertpapiers von dem bei Ausgabe herrschenden Marktzins abweicht. Dies ist insbesondere bei Aufstockungen von Emissionen häufig der Fall. Der Emittent hat aber auch bei der Erstemission die Möglichkeit, Aufschläge zu vereinnahmen, indem er Zinskupons oberhalb des Marktzins anbietet. Dies entspricht faktisch einer entsprechend höheren Verbindlichkeit, die sich nicht in der Maastricht-Verschuldung niederschlägt. Auch im Zeitablauf ergeben sich gewisse Gestaltungsspielräume, wenn zwischen einer marktnahen Neuemission oder der Aufstockung höher verzinsten Altemissionen gewählt werden kann. Zudem verzeichnen bei negativen Effektivzinsen auch Wertpapiere ohne Kupon Aufschläge. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der staatlichen Zinsausgaben in Deutschland und anderen Ländern des Euroraums, Monatsbericht, Juli 2017, S. 35 ff.

stände gemeldet.²⁷⁾ Darüber hinaus bestehen europäische Verpflichtungen, viermal jährlich Quartalsendstände zu liefern.²⁸⁾

Neben amtlicher Finanzstatistik weitere Quellen erforderlich, ...

Das wesentliche Grundgerüst für die zu übermittelnden Daten bilden die jährlichen finanzstatistischen Schulden²⁹⁾ und Finanzvermögenstatistiken³⁰⁾. Diese amtlichen Statistiken werden auf Grundlage des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.³¹⁾ Die europäischen Statistikanforderungen sind in Deutschland nicht vollständig im Rechnungswesen und in den kassenbezogenen Finanzstatistiken umgesetzt. Daher wird der Maastricht-Schuldenstand mithilfe zusätzlicher Quellen ermittelt.

... um alle Verbindlichkeiten zu erfassen, sowie für Konsolidierung und Bad Banks

Zum Ersten sind Verbindlichkeiten zu erfassen, die nicht in der Schuldenstatistik enthalten sind, aber gemäß ESVG der Staatsverschuldung zuzurechnen sind. Zum Zweiten stellen die Finanzstatistiken nur einen Teil der zur Konsolidierung innerstaatlicher Verschuldungsbeziehungen erforderlichen Daten bereit. Zum Dritten werden speziell für die staatlichen Bad Banks aufgrund ihres signifikanten Finanzvermögens Finanzaktiva und -passiva im Bilanzzusammenhang benötigt. Diese Informationsbedarfe werden nach Möglichkeit durch zusätzliche Statistiken über die Gläubiger (Gegenparteien), statistische Sondererhebungen und Sonderauswertungen sowie verschiedene Einzelquellen abgedeckt. In Einzelfällen werden aufgrund von Informationslücken auch Schätzungen vorgenommen.

Überleitung von der Finanzstatistik zum Maastricht-Schuldenstand

In der Tabelle auf Seite 73 ist die Ermittlung des Maastricht-Schuldenstands schematisch dargestellt. Ausgehend von der finanzstatistischen Verschuldung der Kern- und Extrahaushalte gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich³²⁾ werden vor allem die oben genannten Ergänzungen³³⁾ abgebildet. Diese Überleitung zwischen dem finanzstatistischen und dem Maastricht-Schuldenstand wird nachfolgend ausführlicher erläutert.

Anpassungen aufgrund abweichender Methodik und Abgrenzung sowie fehlender Erfassung

Um den Maastricht-Schuldenstand zu ermitteln, sind Zusetzungen gegenüber den amtlichen kassenbezogenen Finanzstatistiken notwendig, weil das ESVG dem Staat weitere Verbindlichkeiten zurechnet, um die ökonomische Realität

Zusetzungen aufgrund von Umleitungsgeschäften

27 Im Rahmen der Notifikation prüft Eurostat die Daten, und es wird ein in der Regel umfangreicher Fragenkatalog beantwortet. Mit dem gleichen Ziel führt Eurostat zudem in den EU-Mitgliedstaaten sog. Dialogbesuche durch, die im Abstand von zwei Jahren erfolgen. Dabei werden mit den verantwortlichen Statistikstellen insbesondere methodische Probleme diskutiert. Eurostat formuliert daraufhin sog. Aktionspunkte, um offene Sachverhalte zu klären. Zusammenfassungen der Besuchsergebnisse und Auflistungen der Aktionspunkte veröffentlicht Eurostat auf der Internetseite: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/government-finance-statistics/excessive-deficit-procedure/eurostat-edp-visits-to-member-states>

28 Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich, sofern nicht anders ausgeführt, auf die Herbst-Notifikation.

29 Jährliche Schuldenstatistik: Fachserie 14 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes. Im Rahmen der Frühjahrs-Notifikation steht diese für das aktuelle Berichtsjahr noch nicht zur Verfügung. Deshalb wird zu diesem Zeitpunkt auf die (vorläufige) vierteljährliche Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 14 Reihe 5.2) zurückgegriffen.

30 Jährliche Finanzvermögenstatistik: Fachserie 14 Reihe 5.1 des Statistischen Bundesamtes. Die Finanzvermögenstatistik steht im Rahmen der Frühjahrs-Notifikation für das aktuelle Berichtsjahr noch nicht zur Verfügung, weshalb zu meist die Vorjahreswerte vorläufig unverändert angesetzt werden.

31 Für den Kernhaushalt des Bundes und seine Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) sowie Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS), deren Schuldenmanagement die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH (Finanzagentur) übernimmt, werden zur Schuldenstatistik konsistente Auswertungen der Finanzagentur verwendet, die früher verfügbar sind.

32 Siehe: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5, Tabellenblatt 2.1. Unter „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ fallen hier auch Schulden bei öffentlichen Kreditinstituten, etwa Sparkassen oder Förderbanken, sowie die gesamte staatliche Wertpapierschuldung, da den Meldepflichtigen nicht bekannt ist, ob die Halter staatliche oder nicht staatliche Gläubiger sind. Hinzuzuzählen sind die ebenfalls in der Schuldenstatistik ausgewiesenen kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, wie z. B. das Finanzierungsleasing. Da diese in der (vorläufigen) vierteljährlichen Schuldenstatistik nicht erhoben werden, werden die Vorjahreswerte im Rahmen der Frühjahrs-Notifikation für das aktuelle Berichtsjahr verwendet.

33 Neben den im Folgenden aufgeführten sind noch weitere weniger gewichtige Zusetzungen und Anpassungen notwendig, die hier nicht weiter erläutert werden. Eine umfassende Methodenbeschreibung ist im Internet abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/government-finance-statistics/excessive-deficit-procedure/edp-inventories>

besser abzubilden.³⁴⁾ Den derzeit wichtigsten Zurechnungsposten stellen die Verbindlichkeiten aus der Kreditvergabe der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility: EFSF) an Mitgliedstaaten der Währungsunion im Zuge der Staatsschuldenkrise dar. Darüber hinaus werden den Staatskonten bestimmte Verbindlichkeiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zugesetzt, die auf direkt dem Bund zuzurechnende Geschäfte zurückgehen. So wurde die KfW angewiesen, Kredite an Griechenland zu vergeben, Aktien von Post und Telekom im Rahmen ihrer Privatisierung vom Bund zu übernehmen (sog. Platzhaltergeschäfte) und EADS-Anteile zu erwerben, wobei die Risiken und Nettoerträge dieser Geschäfte beim Bund liegen. Solche in den Staatssektor umzuleitende Geschäfte (Rerouting) bestehen auch bei etlichen Landesförderbanken, wobei das Volumen im Vergleich zu den KfW-Transaktionen deutlich geringer ausfällt.³⁵⁾

*Zusetzung der
BAföG-Finanzierung*

Die Vergabe von Studentendarlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird seit dem Jahr 2000 nicht mehr im Bundeshaushalt erfasst.³⁶⁾ Die dem Bund von der KfW in diesem Zusammenhang bereitgestellte Finanzierung ist bis einschließlich zum Berichtsjahr 2012 gesondert dem Maastricht-Schuldenstand zuzusetzen. Seit 2013 werden diese Transaktionen im Rahmen der amtlichen Schuldenstatistik berücksichtigt und fließen hierüber in den Maastricht-Schuldenstand ein.³⁷⁾

*Vom Bund
emittierte
Euro-Münzen*

Eine bedeutende Verbindlichkeit, die nicht in der Schuldenstatistik erfasst wird und daher zuzusetzen ist, stellen die als gesetzliche Zahlungsmittel im Umlauf befindlichen Euro-Münzen dar. Rechtlich erfolgt die Emission der deutschen Euro-Münzen durch den Bund (und nicht durch das Eurosystem, wobei die Europäische Zentralbank das Volumen genehmigen muss). Der Bund finanziert sich somit teilweise über die Ausgabe von Münzen, die – wie Bundeswertpapiere – eine Forderung gegen ihn darstellen.³⁸⁾ Die Münzverbindlichkeit wird im Maas-

tricht-Schuldenstand als „Bargeld und Einlagen“ erfasst.

In die Kategorie „Bargeld und Einlagen“ gehören auch Verbindlichkeiten aus Geldmitteln oder vergleichbaren Forderungen Dritter, die grundsätzlich abrufbar sind und auf rein buchhalterischen Konten des Bundes, den sogenannten Verwahr- und Vorschusskonten, gegen-

Separate Erfassung bestimmter Verwahr- und Vorschusskonten

34 Siehe auch Fußnote 11 auf S. 61.

35 Seit 2016 werden Rerouting-Geschäfte vom Statistischen Bundesamt systematisch über eine Sondererhebung bei Förderbanken erfasst. Die Verbindlichkeiten aus diesen Geschäften gehen per Annahme als langfristige Kredite in den Maastricht-Schuldenstand ein.

36 Der Bundeshaushalt zeigt lediglich Zinszuschüsse an die KfW und Erstattungen für Darlehensausfälle, nicht aber die Darlehensvergaben und die damit verbundene Kreditaufnahme des Bundes, was eigentlich naheliegend wäre. In der Vermögensrechnung des Bundes werden diese dagegen erfasst, wenn auch nicht explizit ausgewiesen.

37 Um potenziell ähnlich gelagerte Fälle zu identifizieren, wurde zuletzt eine systematische Abfrage auch für andere Haushaltsebenen durchgeführt. Dabei wurde in einigen Ländern Korrekturbedarf identifiziert, was zum einen empfangene Barsicherheiten aus Finanzderivategeschäften betrifft, die als kurzfristige Kreditverbindlichkeiten zu erfassen sind, zum anderen – wenngleich in geringerem Umfang – wiederum Verbindlichkeiten aus der Vorfinanzierung von BAföG-Darlehen durch die KfW. Diese Positionen werden nunmehr dem Maastricht-Schuldenstand auf Basis von Einzeldatenmeldungen für die Berichtsjahre ab 2013 zugesetzt. Hier zeigen sich exemplarisch die Schwierigkeiten, die insbesondere bei nicht integrierten staatlichen Rechnungslegungssystemen auftreten können, welche das Bruttoprinzip nicht durchweg gewährleisten und keinen Bezug von Aktiva und Passiva zueinander sicherstellen.

38 Die Bundesbank ist für Ausgabe und Rücknahme zuständig und in den VGR gleichzeitig Gläubigerin gegenüber dem Bund sowie Schuldnerin gegenüber den Haltern der Euro-Münzen. Der Bund erhält für jede in Umlauf gebrachte Euro-Münze den Nennwert von der Bundesbank gutgeschrieben (Anstieg Münzumsatz) und wird für zurückgeführte Euro-Münzen mit ihrem Nennwert belastet (Abnahme Münzumsatz). Außerdem schreibt die Bundesbank dem Bund auch den bei ihr ruhenden Münzbestand in Höhe von bis zu 10% des Münzumsatzes gut (Art. 6 Rats-Verordnung (EG) Nr. 3603/93). Bei Rückfluss oder Wiederausgabe von Euro-Münzen wird nicht zwischen deutschen Euro-Münzen und denen anderer Mitgliedstaaten unterschieden. Vom Bund ausgegebene Sammlermünzen, die gewöhnlich nicht für Zahlungen genutzt werden, sind gemäß ESVG nicht im Euro-Münzumsatz erfasst.

gebucht werden.³⁹⁾ Zum Beispiel schreibt der Bund den deutschen Anteil an den EU-Eigenmitteln auf einem Verwahrkonto buchhalterisch gut, bis die EU die Mittel per Zahlungsanweisung abrufen. Mitunter überweist die EU auch Geldmittel zurück. Diese werden dann auf dem Verwahrkonto gegengebucht, das so gleichsam als eine Art Geldmarktkonto der EU beim Bund fungiert und somit in den Maastricht-Schuldenstand einzurechnen ist. Mit Ausnahme des Kontos für erhaltene Barsicherheiten aus Derivategeschäften werden Verwah- und Vorschusskonten in der Schuldenstatistik nicht erfasst. Da diese Konten in der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte in der Regel nicht ausgewiesen werden, müssen sie erforderlichenfalls auf Basis separater Meldungen zugesetzt werden. Aufgrund der nicht integrierten Rechnungslegung können nicht alle Aktiva und Passiva im Bilanzzusammenhang aus einer zentralen Rechnung entnommen werden, was wünschenswert wäre.⁴⁰⁾

land eine untergeordnete Rolle spielen. Hierzu werden jährliche Einzelangaben der Finanz-

39 In der Regel handelt es sich hier um Verwahrkonten. Es kommen aber auch Verwahrungen auf Vorschusskonten des Bundes vor, so z. B. für erhaltene Barsicherheiten aus Derivategeschäften. Gegenbuchungen auf Verwahrkonten werden bei von Dritten erhaltenen Zahlungen vorgenommen, wenn diese keinem Haushaltstitel zuzuordnen oder noch keinem Haushaltstitel zugeordnet sind. Sie sind nicht für den Maastricht-Schuldenstand relevant, soweit es sich bspw. gemäß ESVG um sonstige Verbindlichkeiten (AF.8) handelt, die in der Abgrenzung des Maastricht-Schuldenstands nicht enthalten sind. Das gleiche gilt, wenn eine im Haushalt gebuchte Ausgabe als Verbindlichkeit in einem Verwahrkonto erfasst wird, solange noch keine Auszahlung erfolgt ist. Zu den Verwah- und Vorschusskonten sind keine zentralen systematischen Übersichten verfügbar. Stattdessen basiert die Erfassung für den Maastricht-Schuldenstand auf einer Zusammenstellung von dezentral von den einzelnen Mittelbewirtschaftern geführten Konten.

40 Der Bundesrechnungshof (BRH) hat in seiner Prüfung zur Schuldenstatistik die uneinheitliche Behandlung von Verwah- und Vorschusskonten bemängelt (siehe BRH, Prüfungsmittteilung – Statistik der Schulden der öffentlichen Haushalte, vom 10. Dezember 2015).

41 Die Angaben der Projektdatenbank stammen von der „PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH“. Diese Gesellschaft wurde 2008 vom Bundesministerium der Finanzen und dem damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für die Beratung öffentlicher Auftraggeber zur Förderung von ÖPP gegründet. Zusätzlich erfolgt für die Bundes- und Länderebene ein Abgleich mit den Haushaltsplänen. Ebenso werden weitere Informationen aufgrund von Pressemitteilungen und Internetrecherchen einbezogen. Zwar zeigt auch die Schuldenstatistik Verbindlichkeiten aus ÖPP. Dort werden allerdings lediglich die Projektsummen und nicht die der jeweiligen Periode zuzuordnenden Investitionsvolumina erhoben. Letztere sind erforderlich, um den Schuldeneffekt der ÖPP in der Bauphase erfassen zu können. Zudem fehlen Laufzeitangaben für die Bau- und Nutzungsphase, um den Schuldenaufbau und seine allmähliche Tilgung modellieren zu können. Neben ÖPP erhebt die Schuldenstatistik seit dem Berichtsjahr 2016 Investitionsvolumina zu Energieleistungsverträgen (EPC), für die das Statistische Bundesamt wie bei ÖPP den Einfluss auf den Maastricht-Schuldenstand modelliert.

42 Beim kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen löste die landeseigene Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) Verbindlichkeiten ab, wobei das Land anstelle der jeweiligen Kommune Tilgungen leistet. Der Entschuldungsfonds des Landes Niedersachsen bietet Schuldendiensthilfen für finanzschwache Kommunen an, die die hieraus resultierenden Ansprüche an die Norddeutsche Landesbank (NordLB) weiterverkaufen und mit den Erlösen ihre Kassenkredite tilgen. Dieser Verkauf der Ansprüche begründet letztlich Verbindlichkeiten des Landes gegenüber der NordLB.

43 Standardmäßige Finanzderivate zu Marktkonditionen (AF.7) sind nicht Teil des Maastricht-Schuldenstands. Wenn sie aber nicht standardmäßig oder nicht zu Marktkonditionen ausgestaltet sind, sodass der Staat zunächst vom Kontrahenten Zahlungen erhält, die er während der Laufzeit des Derivats de facto zurückzahlen muss, beinhaltet das Finanzderivat eine Kreditkomponente. Diese ist entsprechend herauszulösen und als Kreditverschuldung im Maastricht-Schuldenstand zu erfassen.

*Modellhafte
Erfassung
von ÖPP*

Auch Schulden aus öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) sind im Schuldenstand auszuweisen, soweit die maßgeblichen Risiken beim Staat liegen. In diesem Zusammenhang greift das Statistische Bundesamt im Rahmen der VGR auf Daten einer speziellen Projektdatenbank zurück.⁴¹⁾ Im Ergebnis werden alle dort aufgeführten ÖPP-Projekte mit ihren modellhaft ermittelten Verbindlichkeiten im Maastricht-Schuldenstand erfasst.

*Kommunale
Entschuldungs-
programme*

Seit Anfang des Jahrzehnts haben verschiedene deutsche Länder größere Entschuldungsprogramme für ihre Kommunen aufgelegt. Diese Programme sind unterschiedlich ausgestaltet. In Hessen und Niedersachsen werden die umgeschuldeten, aber noch nicht endgültig getilgten Verbindlichkeiten nicht mehr in der Schuldenstatistik gemeldet.⁴²⁾ Dem Maastricht-Schuldenstand werden sie als annahmegemäß langfristige Kreditverschuldung zugesetzt.

*Kredit-
komponenten
aus Derivate-
geschäften*

Zudem werden Kreditkomponenten aus Finanzderivategeschäften sowie aus deren Restrukturierungen⁴³⁾ eingerechnet, die jedoch in Deutsch-

Zu den Unterschieden zwischen dem Defizit und der Veränderung des Schuldenstands (Deficit-Debt-Adjustments)

Grundsätzlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Maastricht-Finanzierungssaldo (dem Defizit oder dem Überschuss des Staates) und der Veränderung des Maastricht-Schuldenstands. So werden Defizite üblicherweise mit zusätzlichen Schulden finanziert beziehungsweise Überschüsse zur Schuldentilgung verwendet. Dennoch weicht die Änderung des Schuldenstands regelmäßig vom Finanzierungssaldo ab. Diese Differenz wird als Deficit-Debt-Adjustment (DDA) bezeichnet.¹⁾ Während ein Großteil der DDA erklärt werden kann, weisen verbleibende statistische Diskrepanzen auf Inkonsistenzen im zugrunde liegenden Datenmaterial hin.

Staatlicher Finanzierungssaldo: sowohl im Staatskonto als auch im Finanzierungskonto ablesbar

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wird wie bei der in Unternehmen üblichen doppelten Buchführung jede Transaktion bei einer statistischen Einheit zweifach gebucht. Die meisten staatlichen Transaktionen betreffen dabei sowohl das Staatskonto als auch das staatliche Finanzierungskonto.

Im Staatskonto werden die Einnahmen und Ausgaben des Staates gemäß der Art ihres Aufkommens (z. B. Steuereinnahmen) beziehungsweise ihrer Verwendung (z. B. Personalausgaben) als sogenannte nichtfinanzielle Transaktionen erfasst.²⁾ Im Finanzierungskonto des Staates werden finanzielle Transaktionen, also Transaktionen in Finanzaktiva oder -passiva erfasst. Diese stehen dabei häufig im Zusammenhang mit den Einnahmen und Ausgaben im Staatskonto. So können zum Beispiel im Staatskonto erfassten Steuereinnahmen höhere Finanzaktiva (z. B. ein Anstieg der Bankguthaben des Staates) im Finanzierungskonto gegenüber stehen, wohingegen Personalausgaben mit Auszahlungen verbunden sind, die das (Netto-)Finanzvermögen verrin-

gern. Der Finanzierungssaldo lässt sich sowohl in der Differenz von Einnahmen und Ausgaben im Staatskonto als auch im Ergebnis der finanziellen Transaktionen im Finanzierungskonto ablesen.³⁾ Umschichtungen innerhalb des Netto-Finanzvermögens (rein finanzielle Transaktionen) schlagen sich nur im Finanzierungskonto nieder, wiegen sich dort auf und haben daher keinen Einfluss auf die Höhe des Finanzierungssaldos. Der marktmäßige Ankauf von Aktien mit Bezahlung über Bankguthaben stellt beispielsweise einen bloßen Tausch von Finanzaktiva dar, und die Tilgung eines Kredits durch Abbau von Bankguthaben ist eine ebenfalls finanzierungssaldoneutrale Bilanzverkürzung.

Erklärte Deficit-Debt-Adjustments

Je nach Finanzierung eines Defizits beziehungsweise Verwendung eines Überschusses oder bei Verschiebungen innerhalb des Netto-Finanzvermögens kann die Veränderung des Maastricht-Schuldenstands vom Finanzierungssaldo abweichen (DDA). Führt beispielsweise ein Überschuss zu einem Anstieg der Bankeinlagen, erhöhen sich die Finanzaktiva, während der Brutto-Schuldenstand, auf den Vermögenswerte nicht angerechnet werden, unverändert bleibt. Defizit und Schuldenstandsänderung entwickeln sich in diesem Fall

¹ Die Differenz wird mitunter auch als „Stock-Flow-Adjustment“ bezeichnet.

² Einnahmen und Ausgaben umfassen dabei weder die Veräußerung noch den Erwerb von Finanzvermögen, welche als rein finanzielle Transaktionen nur Umschichtungen im Finanzierungskonto darstellen. Die Höhe und der Zeitpunkt der Buchung von Transaktionen im Staatskonto folgen nicht unbedingt dem entsprechenden Zahlungsstrom. Stattdessen reicht regelmäßig bereits das Entstehen eines Anspruchs oder einer Verbindlichkeit für eine Erfassung in der Berichtsperiode.

³ Der Finanzierungssaldo entspricht somit der transaktionsbedingten Veränderung der Netto-Finanzvermögensbestände. Das Netto-Finanzvermögen kann sich darüber hinaus – nicht transaktionsbedingt – etwa aufgrund von Umbewertungen (bspw. Wertsteigerungen von Aktien) verändern.

nicht synchron (positives DDA).⁴⁾ Auch kann ein Defizit über Finanzpassiva finanziert werden, die nicht in die Maastricht-Verschuldung eingehen. Werden etwa für Waren- oder Dienstleistungskäufe kurzfristige Zahlungsziele in Anspruch genommen, entstehen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (AF.8), die nicht zur Maastricht-Verschuldung zählen (negative DDA). Darüber hinaus können Umschichtungen im Netto-Finanzvermögen (rein finanzielle Transaktionen) DDA bewirken, etwa wenn vorhandene Kassenguthaben zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Dann kommt es zu einer Bilanzverkürzung, und der Schuldenstand sinkt, ohne dass sich durch die Umschichtung der Finanzierungssaldo verändert (negatives DDA).⁵⁾ Eine Verlängerung der Bilanz erfolgt dagegen beispielsweise, wenn Zahlungen vorab geleistet (Vorschüsse) und hierzu Kredite aufgenommen werden, die Ausgabe wirtschaftlich aber erst dem Haushalt des Folgejahres zuzurechnen ist. Am Jahresende bereits finanzierte Vorauszahlungen führen an diesem Stichtag zu einem höheren Schuldenstand des Staates, dem eine sonstige Forderung (AF.8) gegenübersteht (positives DDA). Wenn dann im Folgejahr die Ausgabe im Staatskonto gebucht wird, reduziert sich (bei unverändertem Maastricht-Schuldenstand) die am Vorjahresende aufgebauete sonstige Forderung (negatives DDA).⁶⁾

Neben solchen transaktionsbedingten Ursachen können sich DDA auch aufgrund von Reklassifizierungen oder Bewertungseffekten ergeben. Diese schlagen sich nicht im Finanzierungssaldo nieder, da dieser gemäß ESGV nur Transaktionen erfasst, die im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beteiligten Parteien durchgeführt werden oder auf einer vom Staat begründeten Rechtsverpflichtung beruhen. Werden statistische Einheiten dem Staatssektor neu zugesetzt oder aus diesem herausgenommen (Reklassifizierung), ändert sich damit zwar in der Regel der Schuldenstand, nicht jedoch der Finanzierungssaldo. DDA aus Bewertungseffekten entstehen zum Beispiel aufgrund von Wechselkursschwankungen bei nicht kursgesicherter Fremdwährungsverschuldung, da sich der in Euro umgerechnete Schuldenstand verändert, ohne dass

eine Transaktion den Finanzierungssaldo berührt.

Unerklärte statistische Diskrepanzen

Darüber hinaus können Unterschiede zwischen dem Finanzierungssaldo und der Änderung des Schuldenstands auftreten, die sich nicht auf konkret identifizierte DDA zurückführen lassen. In diesem Fall spricht man von „unerklärten statistischen Diskrepanzen“. Diese resultieren daraus, dass dem Staatskonto und dem Finanzierungskonto kein vollständig integriertes Rechnungslegungssystem als einheitliche statistische Basis zugrunde liegt. Zur Ermittlung von Beständen und Strömen muss stattdessen auf verschiedene Basisstatistiken zurückgegriffen werden, welche nicht immer mit dem ESGV kompatibel und untereinander konsistent sind. Bei der Umsetzung dieser Daten in die finanzielle und nichtfinanzielle VGR (Finanzierungs- bzw. Staatskonto) können daher Fehlausweise bei den nichtfinanziellen Transaktionen, den finanziellen Transaktionen oder den Bestandsgrößen (wie etwa dem Schuldenstand) auftreten. Diskrepanzen können etwa daraus resultieren, dass die Abdeckung in einer Basisstatistik unvollständig ist (Datenlücken), verschiedene Statistiken von-

⁴ DDA sind positiv, wenn die Schuldenzunahme das Defizit übersteigt bzw. der Schuldenabbau hinter dem Überschuss zurückbleibt. Bei negativen DDA verhält es sich umgekehrt. Ursache für positive DDA ist im Regelfall ein Aufbau, Ursache für negative DDA ein Abbau von Finanzvermögen.

⁵ Dies gilt auch, wenn Privatisierungserlöse aus einem Aktienverkauf zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Der kreditfinanzierte Erwerb von Finanzaktiva zum Marktpreis, etwa im Rahmen einer Abwicklungsanstalt (Bad Bank), bewirkt hingegen ein positives DDA. Zwar steigt der Brutto-Schuldenstand, aber zugleich erhöht sich auch das Finanzvermögen, sodass der Finanzierungssaldo unbeeinflusst bleibt. Der Finanzierungssaldo sinkt allerdings, wenn Finanzaktiva zu einem Preis oberhalb ihres Marktwerts oder hilfsweise eines diesbezüglichen unabhängigen Schätzwertes erworben werden. Dann erhöhen sich die Schulden stärker als das Finanzvermögen. Diese Lücke beschreibt einen Vermögens-transfer des Staates an den Voreigentümer, welcher (defizitwirksam) im nichtfinanziellen Staatskonto gebucht wird. Insoweit tritt kein DDA auf.

⁶ Der Maastricht-Schuldenstand wird stichtagsbezogen ermittelt, während das Haushaltsjahr bei vielen Titeln noch nicht zu diesem Zeitpunkt endet. Dadurch sind Abweichungen des Finanzierungssaldos von der Veränderung des Schuldenstands angelegt.

einander abweichende Abgrenzungen verwenden oder sich verschiedene Datenquellen überschneiden und es so zu Doppelzählungen kommt. Ebenso können Meldepflichtige eine falsche Sektorklassifizierung von Geschäftspartnern oder Fehleingaben in ihren statistischen Meldungen vorgenommen haben. Insofern können bei statistischen Diskrepanzen der Finanzierungssaldo, die Änderung des Schuldenstands und/oder die identifizierten DDA fehlerhaft sein. Da DDA die Brücke zwischen Defizit und Schuldenstand schlagen, werden sie von Eurostat als Instrument zur Qualitätskontrolle verwendet. Dauerhaft hohe unerklärte statistische Diskrepanzen können auf Datenqualitätsprobleme, potenziell auch mit Blick auf die Maastricht-Kriterien, hinweisen. Ihre Untersuchung ist im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung von besonderer Bedeutung. So deuteten zum Beispiel im Jahr 2004 hohe Diskrepanzen in Griechenland bei einerseits stark steigenden Staatsschulden und andererseits vergleichsweise niedrig ausgewiesenen Defiziten auf Qualitätsprobleme bei den Staatsfinanzstatistiken hin, deren ganzes Ausmaß dann im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ersichtlich wurde.

Deficit-Debt-Adjustments in Deutschland

In Deutschland bestehen besondere Herausforderungen aufgrund des föderalen Aufbaus, einer Vielzahl aus den Haushaltsplänen ausgegliederter staatlicher Einheiten sowie etlicher heterogener und zum Großteil nicht integrierter öffentlicher Rechnungslegungssysteme. Gemessen an den europäischen Anforderungen können notwendige Angaben nicht immer ohne Weiteres aus den vorhandenen Systemen entnommen werden. Zwar weisen die Statistiken der staatlichen Einnahmen und Ausgaben (relevant für die Defizitberechnung) sowie die Schuldenstatistik grundsätzlich eine lange Tradition auf und sind insofern gut bei den meldenden staatlichen Stellen verankert. Allerdings weichen die europäischen Verpflichtungen, die im Zeitverlauf ausgeweitet und weiterentwickelt wurden, teils vom herkömmlichen nationalen Lieferprogramm ab.

In der Folge ist beispielsweise die Konsolidierung der Finanzbeziehungen innerhalb des Staatssektors mit Problemen verbunden. Es wäre hier erforderlich, Transaktionen im Rechnungswesen und damit in der Statistik eindeutig dahingehend zu unterscheiden, ob sie mit Einheiten des staatlichen Sektors, öffentlichen Unternehmen oder privaten Einheiten durchgeführt wurden.⁷⁾ Zwar ist gesetzlich festgelegt (§ 49a Haushaltsgrundsätzegesetz), dass die Rechnungslegungsstandards von Bund und Ländern auch die Anforderungen der VGR berücksichtigen sollen. Die bestehenden staatlichen (und kommunalen) Gruppierungspläne und Kontenrahmen gewährleisten dies aber nur teilweise.⁸⁾ Auch müssen bestimmte Transaktionen in Finanzaktiva aus sekundären Datenquellen wie der Bankenstatistik und damit indirekt aus statistischen Meldungen der Transaktionspartner des Staates abgeleitet werden, weil das vorherrschende kamerale Rechnungswesen auf eine vollständige und integrierte Erfassung des Finanzvermögens verzichtet. Dabei kann es zu Inkonsistenzen kommen, deren Ursachen letztlich nur eingeschränkt identifiziert werden können.

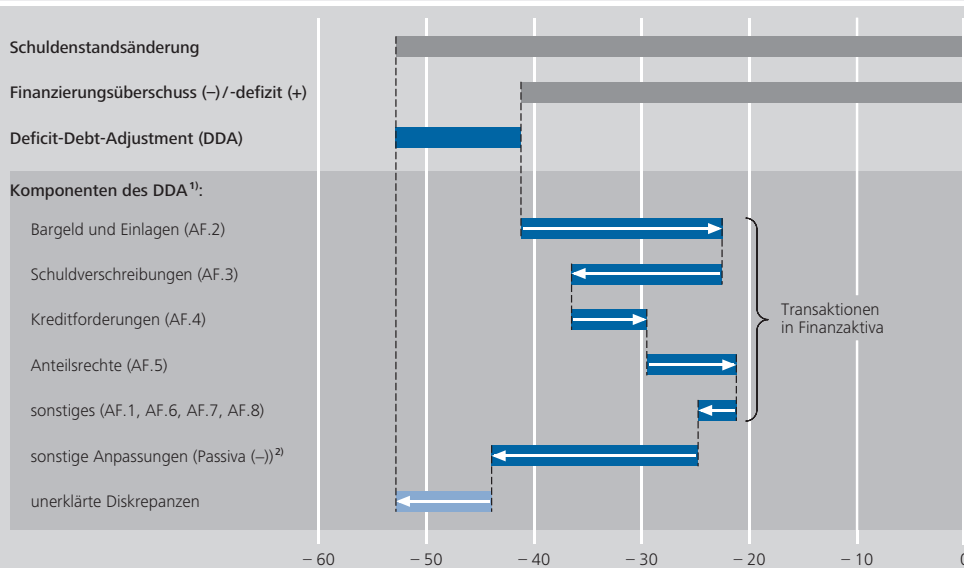
Mit dem Vorschlag zur Einführung harmonisierter Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (EPSAS) strebt die Europäische Kommission eine Qualitätsverbesserung und Harmonisierung der Datenbasis für die europäische Haushaltsüberwachung an. In einem Sondergutachten hierzu weist der Bun-

⁷ Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Sektorzuordnung staatlicher Einheiten jährlich neu zu überprüfen ist und sich damit die Zuordnung von Transaktionen auf staatliche und nicht staatliche Transaktionspartner im öffentlichen Rechnungswesen ändern kann. Mitunter wechseln in einem Jahr mehrere hundert Einheiten den Sektor. Um eine jederzeit korrekte Erfassung in der Statistik zu gewährleisten, müsste es ermöglicht werden, die Sektorzuordnung von Transaktionspartnern automatisiert über einen einheitlichen Identifikationsschlüssel nachzuhalten. Zur Konsolidierung des deutschen Maastricht-Schuldenstands siehe S. 72 f.

⁸ Auch Eurostat hatte in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass eine Berücksichtigung der vonseiten der Statistik vorgebrachten Bedarfe nicht immer effektiv sichergestellt sein könnte, siehe: Final Findings – EDP Dialogue Visit to Germany – 25–26 February 2016, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/7756561/Final-findings-EDP-dialogue-visit-DE-25-26-Feb-2016.pdf>

Erklärung der Schuldenstandsänderung durch Finanzierungsüberschuss und Deficit-Debt-Adjustments im Jahr 2017

Mrd €, Datenstand: 23. April 2018



1 Positive DDA-Komponenten markiert ein Pfeil nach rechts, negative ein Pfeil nach links. Somit kam es 2017 zu einem Aufbau von Finanzaktiva in AF.2, zu einem Abbau in AF.3 usw. **2** Hierunter fallen v. a. Transaktionen in Finanzpassiva sowie Anpassungen aufgrund der Bewertung der Schuldenstandsänderung zum Nennwert. Die 24 Mrd €, welche der Bund 2017 von den Kernkraftwerksbetreibern dafür erhielt, dass er künftig kerntechnische Entsorgungsleistungen übernimmt, erhöhten gleichermaßen seine Einlagen (Aktiva) und sonstigen Verbindlichkeiten (Passiva). Dieser Vorgang wirkte unmittelbar weder auf den Schuldenstand noch auf den Finanzierungssaldo, sondern schlug sich allein in den genannten DDA-Komponenten nieder.

Deutsche Bundesbank

desrechnungshof darauf hin, dass die VGR-Finanzdaten grundsätzlich aus dem öffentlichen Rechnungswesen stammen.⁹ Falls die benötigten Informationen dort nicht enthalten seien, könnten sie aus seiner Sicht aber aus anderen Datenquellen abgeleitet werden.¹⁰ Gerade dies erweist sich in der Praxis allerdings häufig als sehr schwierig, und der Kommissionsvorschlag versucht, unter anderem dem Umstand Rechnung zu tragen, dass andere Quellen nicht immer vollständig und in geeigneter Qualität vorliegen. Unabhängig von der Frage, ob EPSAS oder ein anderes integriertes System eingeführt würde, gilt, dass die Qualität der Statistiken wohl wesentlich davon abhängt, ob die benötigten Daten dem zugrunde liegenden Rechnungswesen direkt entnommen werden können. Übergangsphasen bei einer etwaigen Systemumstellung sind dabei mit Kosten verbunden, und die Rechnungserstellung dürfte vorübergehend aufwendig sowie auch fehleranfällig sein. Allerdings steht die Statistik bei der Ermittlung von Finanzierungssaldo, Schuldenstand und DDA unter

den gegebenen Bedingungen dauerhaft vor vergleichbaren Problemen.

In Deutschland lagen die DDA für den Gesamtstaat in den vergangenen vier Jahren zwischen -0,2% und +0,6% des BIP, die unerklärten statistischen Diskrepanzen zwischen -0,1% und -0,3% des BIP. Insgesamt gesehen dürften letztere überwiegend aus Unschärfen in der Abbildung der Transaktionen in staatlichen Finanzaktiva auf Basis heterogener und teils inkohärenter Datenquellen resultieren.

⁹ Vgl. auch: Richtlinie 2011/ 85/ EU, Art. 3.

¹⁰ Vgl.: Bundesrechnungshof (2017), Bericht nach § 99 BHO über die angestrebte Einführung harmonisierter Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (EPSAS) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, S. 4.

Modellhafte Rückrechnung bei Reklassifizierungen

ministerien des Bundes und der Länder verwendet.⁴⁴⁾

Schließlich sind neben den genannten zuzusetzenden Verbindlichkeiten auch methodische und bewertungstechnische Anpassungen vorzunehmen. Die nicht geringe Zahl an Reklassifizierungen von Einheiten in den und aus dem Staatssektor erfordert Umsetzungen und Rückrechnungen für vergangene Jahre.⁴⁵⁾ Da die Finanzstatistiken im Regelfall nicht revidiert werden, basieren Rückrechnungen zumeist auf Schätzungen.⁴⁶⁾

Kapitalindexierung bei inflationsindexierten Wertpapieren und Nominalwertkorrektur bei Diskontpapieren

Bei inflationsindexierten Wertpapieren verlangen die Bestimmungen zur Maastricht-Schuldenstandsrechnung, dass die Zunahme der Verbindlichkeit, die aus der bereits aufgelaufenen Inflation resultiert, in die Maastricht-Verschuldung aufgenommen wird. Zudem erfolgt eine Korrektur für die in der Schuldenstatistik zum Ausgabekurs gemeldeten Diskontpapiere, da der Maastricht-Schuldenstand einen Ansatz zum Nennwert vorschreibt (Nominalwertkorrektur).

Schulden gegenüber dem öffentlichen Bereich und Konsolidierung

Kreditverschuldung gegenüber öffentlichen, aber nicht staatlichen Einheiten

Die Finanzstatistiken weisen neben den Verbindlichkeiten gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich auch „Schulden beim öffentlichen Bereich“⁴⁷⁾ aus. Diese Angaben umfassen nur die Kreditverschuldung gegenüber einerseits Kernhaushalten und andererseits „Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“. Diese zweite Gläubigergruppe wiederum umfasst neben den staatlichen Extrahaushalten auch die nicht staatlichen sogenannten „sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ (sFEU⁴⁸⁾). Während die Kreditverschuldung gegenüber Kern- und Extrahaushalten aufgrund der Konsolidierung kein Bestandteil des Maastricht-Schuldenstands ist, gehören die Kreditverbindlichkeiten gegenüber nicht staatlichen sFEU dazu. Da aber die Schuldenstatistik Extrahaus-

halte und sFEU nicht trennt, wird hilfsweise auf die Finanzvermögenstatistik zurückgegriffen, in der die Kreditverschuldung der Kernhaushalte gegenüber Extrahaushalten bei deren Forderungsbestand ausgewiesen wird.⁴⁹⁾ Beide Statistiken sind allerdings nur eingeschränkt kompatibel, sodass Einzelkorrekturen und Schätzungen erforderlich sind. Mit Blick auf die europäischen Anforderungen wäre es hier angezeigt, die Abgrenzung des Staatssektors im staatlichen Rechnungswesen vollständig umzusetzen.

Die „Schulden beim nicht öffentlichen Bereich“ der Schuldenstatistik sind zudem noch um die Wertpapierverschuldung zwischen staatlichen Einheiten zu konsolidieren.⁵⁰⁾ Auch hierfür wird die Finanzvermögenstatistik genutzt, welche die Wertpapierverschuldung der Kernhaushalte bei anderen staatlichen Einheiten als deren Wert-

Konsolidierung der Wertpapierverschuldung

⁴⁴ Für Kommunen liegen keine Informationen vor, und es werden keine Zurechnungen vorgenommen. Zumindest in der Vergangenheit wurden aber komplexe Finanzderivate abgeschlossen, um Zinsausgaben zu senken (u. a. mit Bezug auf den Wechselkurs zum Schweizer Franken).

⁴⁵ Reklassifizierungen von öffentlichen Einheiten erfolgen, wenn der sog. quantitative Markttest (Kostendeckungsgrad durch Entgelte über 50%) in drei aufeinanderfolgenden Jahren eingehalten (Reklassifizierung aus dem Staatssektor heraus) oder nicht erfüllt wurde (Reklassifizierung in den Staatssektor hinein).

⁴⁶ Die Schuldenstände nichtfinanzieller Einheiten werden in der Regel für die letzten vier Berichtsjahre anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten VGR-Defizite dieser Einheiten unter der Annahme zurückgeschätzt, dass keine Deficit-Debt-Adjustments vorlagen (vgl. auch Ausführungen auf S. 68 ff.). Rückrechnungen bei staatlichen Holdings greifen dagegen mittlerweile auf die Entwicklung des Finanzvermögens gemäß den Jahresabschlussdaten zurück.

⁴⁷ Siehe: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5, Tabellenblatt 2.1. Die Schulden bei öffentlichen Kreditinstituten, etwa Sparkassen oder Förderbanken, sind allerdings bei den „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ enthalten.

⁴⁸ Bei den sFEU handelt es sich um öffentliche Marktproduzenten, siehe Fußnote 8 auf S. 61.

⁴⁹ Die Kreditverschuldung der Extrahaushalte bei anderen Extrahaushalten kann anhand der Finanzvermögenstatistik nicht von derjenigen gegenüber sFEU getrennt werden. Deshalb wird sie annahmegemäß vollständig als Kreditverschuldung gegenüber sFEU behandelt und somit nicht konsolidiert.

⁵⁰ Da die Meldepflichtigen die Inhaber ihrer Wertpapierverschuldung nicht angeben können, weist die Schuldenstatistik diese Verbindlichkeiten vereinfachend vollständig als Bestand gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich aus.

Überleitung von der Schuldenstatistik zum Maastricht-Schuldenstand						
in Mio €						
Position	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Schulden beim nicht öffentlichen Bereich gemäß Finanzstatistik¹⁾	2 070 268	2 045 466	2 046 010	2 022 602	2 007 487	1 967 329
Davon kreditähnliche Rechtsgeschäfte ²⁾	1 978	2 122	2 092	1 898	1 846	1 846
Zusetzungen	110 121	122 844	128 384	127 416	129 112	124 416
EFSF-Rerouting	40 802	51 748	54 539	51 361	51 361	51 361
Rerouting KfW-Transaktionen	38 841	38 197	37 260	37 159	36 892	35 771
Rerouting Transaktionen Landesförderbanken	10 685	12 579	12 286	11 535	10 305	10 183
BAföG (Bund/individuelle Länder) und Barsicherheiten (einzelne Länder), soweit nicht in der Schuldenstatistik erfasst ³⁾	5 333	1 820	3 212	3 496	3 961	1 713
Münzumlauf ⁴⁾	7 686	7 998	8 335	8 732	9 071	9 418
Verwahrkonten des Bundes	332	1 197	2 628	4 501	5 763	4 267
Öffentlich-private Partnerschaften und Energieleistungsverträge	6 083	6 233	6 308	6 488	6 637	6 926
Kommunale Entschuldungsprogramme Hessen und Niedersachsen ab 2013	.	2 566	3 166	3 499	3 889	3 745
Kreditkomponenten Derivate	360	507	650	644	1 233	1 032
Methodische Anpassungen	18 451	18 281	13 092	3 402	3 866	4 683
Rückrechnungen für Reklassifizierungen ⁵⁾	13 068	13 525	7 717	- 2 168	373	-
Kapitalindexierung Inflationspapiere und Nominalwertkorrektur Diskontpapiere	5 384	4 755	5 375	5 570	3 493	4 683
Konsolidierungsanpassungen	- 5 757	- 4 012	- 5 716	- 4 381	- 3 460	- 5 670
Schulden gegenüber nichtfinanziellen öffentlichen, aber nicht staatlichen Einheiten	4 164	5 884	5 788	7 304	8 715	7 691
Zu konsolidierende Wertpapierverschuldung	- 9 922	- 9 896	- 11 504	- 11 685	- 12 175	- 13 360
Anpassungen bei staatlichen Bad Banks	8 352	7 322	8 835	10 118	6 946	1 425
Sonstige Zusetzungen und Korrekturen	873	594	1 399	2 618	1 522	460
Maastricht-Schuldenstand	2 202 307	2 190 496	2 192 004	2 161 775	2 145 473	2 092 643

1 Jährliche Schuldenstatistik, Fachserie 14 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes bis 2016. Vierteljährliche Schuldenstatistik, Fachserie 14 Reihe 5.2 des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2017. Inklusive kreditähnlicher Rechtsgeschäfte der jährlichen Schuldenstatistik. **2** Für 2017: Verwendung des Vorjahreswertes. **3** BAföG-Darlehen des Bundes bis 2012 zugesetzt, danach in Schuldenstatistik enthalten. Barsicherheiten verschiedener Länder ab 2013 zugesetzt, davor keine Daten verfügbar. **4** Ohne Sammlermünzen. **5** Reklassifizierungen in den (+) und aus dem (-) Staatssektor. Rückrechnung für Reklassifizierungen seit Mitte 2017 erfolgt erst im Rahmen der Herbst-Notifikation 2018.
 Deutsche Bundesbank

papierbestand ausweist, und es sind mitunter Schätzungen erforderlich.⁵¹⁾

Anpassungen im Zusammenhang mit Stützungsmaßnahmen für Banken

Anpassungen im Hinblick auf Bad Banks

Der Maastricht-Schuldenstand enthält auch im Zusammenhang mit Finanzmarktstützungsmaßnahmen des Staates Zusetzungen und Anpassungen. Zum einen wird die Verschuldung der Sealink-Funding (Bad Bank der ehemaligen SachsenLB) und der Portigon (Rechtsnachfolgerin der ehemaligen WestLB) hinzugerechnet, da

diese als im Ausland beheimatete Einrichtung beziehungsweise als Inhaber einer Banklizenz finanzstatistisch nicht erhoben werden. Zum anderen erfolgen für alle staatlichen Bad Banks aufgrund ihrer signifikanten Finanzaktiva eigene Berechnungen auf Basis von Einzelangaben.

51 Die Wertpapierverschuldung zwischen Kern- und Extrahaushalten des Bundes wird anhand von Einzelangaben konsolidiert. Die Finanzvermögenstatistik erlaubt keine Konsolidierung um Wertpapierverschuldungsbeziehungen zwischen staatlichen Extrahaushalten, da das staatliche Rechnungswesen den Staatssektor nur unvollständig abgrenzt. Im Rahmen der Frühjahrs-Notifikation ist die Finanzvermögenstatistik für das aktuelle Berichtsjahr zudem noch nicht verfügbar. Für die meisten Positionen erfolgt daher eine Fortschätzung der Vorjahreswerte mithilfe der Wertpapierinvestmentstatistik der Bundesbank.

Diese sollen eine konsistente Ermittlung sowohl der Schulden als auch der Finanzaktiva im Bilanzzusammenhang ermöglichen und werden deshalb anstelle der in der Schuldenstatistik gemeldeten Volumina angesetzt.⁵²⁾

Entwicklung der deutschen Maastricht-Verschuldung seit 1991

Deutscher Maastricht-Schuldenstand ab 1991 verfügbar

Für Deutschland liegen Ergebnisse für die Maastricht-Verschuldung rückblickend bis zum Jahr 1991 vor.⁵³⁾ Die Schuldenquote (in % des BIP) stieg in diesem Zeitraum von zunächst 39% bis auf 81% im Jahr 2010, bevor sie in den letzten Jahren wieder merklich auf zuletzt 64% sank (genauer 64,1% oder 2 093 Mrd €).

Bis Ende der 1990er Jahre starke Belastung durch die Wiedervereinigung

Die Entwicklung in den 1990er Jahren war maßgeblich von Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung geprägt. Die gesamtdeutsche Maastricht-Verschuldung verdoppelte sich von Ende 1991 bis Ende 1999 von 618 Mrd € auf 1 239 Mrd €,⁵⁴⁾ wodurch die Schuldenquote auf 60% anstieg. Der Schuldenzuwachs betraf dabei primär den Bund und schlug sich zum guten Teil in seinen Sondervermögen (Extrahaushalten) nieder. Mit den im Jahr 1990 eingerichteten Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ und Kreditabwicklungsfonds wurden unter anderem die Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus Ostdeutschlands, die Übernahme der Verbindlichkeiten des DDR-Staatshaushalts und die Lasten im Zuge der Währungsumstellung im Beitrittsgebiet⁵⁵⁾ abgewickelt. Beide wurden von Anfang an dem Staatssektor zugeordnet (Schulden beider Einheiten Ende 1991: 40 Mrd €). Hingegen wurde die zur Privatisierung und Restrukturierung ostdeutscher Betriebe eingerichtete Treuhandanstalt dem Unternehmenssektor zugerechnet, da ihr Kerngeschäft als marktmäßige Tätigkeit angesehen wurde. Die ursprünglich nicht erwarteten, umfangreichen Fehlbeträge bei der Privatisierung der ehemaligen DDR-Staatsunternehmen führten dazu, dass hier in erheblichem Umfang Schulden zunächst außerhalb des

Staatssektors aufliefen. Im Jahr 1995 wurden die Schulden der Treuhandanstalt schließlich auf den Erblastentilgungsfonds übertragen, der als neu geschaffenes Sondervermögen des Bundes im Staatssektor erfasst wurde.⁵⁶⁾ Die in den VGR als Vermögenstransfer an den Unternehmenssektor defizitwirksam erfassten Schuldenübernahmen schlugen im Jahr 1995 mit insgesamt 122 Mrd € (6½% des BIP) zu Buche.⁵⁷⁾

Bis Mitte der 1990er Jahre ging der gesamtstaatliche Schuldenanstieg dabei deutlich über die bereits hohen Defizite hinaus. Ausschlaggebend für diese (positiven) Deficit-Debt-Adjustments (DDA)⁵⁸⁾ war unter anderem, dass die im Zusammenhang mit der Währungsumstel-

Ausgleichsforderungen und Bahnreform: schulden erhöhend ohne Defizitwirkung

52 Hierzu werden Geschäftsberichte und Meldungen im Format der Monatlichen Bilanzstatistik (Bista) der Bundesbank zugrunde gelegt. Die auf dieser Basis berechneten Schulden weichen geringfügig von den im Rahmen der Schuldenstatistik gemeldeten Verbindlichkeiten ab. Ursache hierfür können unterschiedliche Buchungsstände sein. Zudem beinhalten die Meldungen der Bad Banks im Rahmen der Schuldenstatistik aufgelaufene Zinsen, die im Maastricht-Schuldenstand nicht zu erfassen sind (Ansatz zum Nennwert, vgl. S. 64).

53 Für die Jahre 1950 bis einschl. 1990 liegen Daten für Westdeutschland lediglich in einer enger gefassten finanzstatistischen Abgrenzung vor. Die in diesem Abschnitt dargestellten Angaben berücksichtigen etwaige (z. B. methodenbedingte) Revisionen in den Zeitreihen der VGR. Daher können Kennzahlen von früheren Datenständen abweichen.

54 DM-Werte aus den Jahren vor der Euro-Einführung sind hier und im Folgenden zum offiziellen Umstellungskurs (1,95583 DM je Euro) umgerechnet in Euro angegeben.

55 Über den Ausgleichsfonds Währungsumstellung wurden Banken Ausgleichsforderungen gewährt, soweit deren Aktiva und Passiva ungleich von der Umstellung auf D-Mark betroffen waren. So wurden etwa Unternehmenskredite zu einem anderen Verhältnis umgestellt als ein Teil der Bankanlagen der privaten Haushalte. Zur Verlustabdeckung erhielt der Fonds Forderungen gegenüber dem DDR-Haushalt, dessen Rechtsnachfolger bei der Wiedervereinigung der Kreditabwicklungsfonds wurde.

56 Der Erblastentilgungsfonds übernahm zudem die Verschuldung des bereits im Staatssektor enthaltenen Kreditabwicklungsfonds, der damit aufgelöst wurde.

57 Die vom Erblastentilgungsfonds übernommenen Schulden der Treuhandanstalt beliefen sich Anfang 1995 auf 105 Mrd € (ohne aufgelaufene Zinsen). Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, Monatsbericht, März 1997, S. 22 ff. Weitere Vermögenstransfers resultierten aus der Übernahme von Schulden ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften. Dem standen in geringerem Umfang Entlastungen aus empfangenen Vermögenstransfers bei der Übernahme von Aktiva der Deutschen Kreditbank gegenüber. Im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit wurden die genannten Effekte jedoch nicht defiziterhöhend berücksichtigt. Damit fiel das Maastricht-Defizit 1995 per saldo um etwa 119 Mrd € geringer aus als das VGR-Defizit.

58 Zur Erläuterung von DDA siehe S. 68 ff.

lung und der nachfolgenden Entschuldung privatisierungsfähiger Unternehmen zugeteilten Ausgleichsforderungen im Betrachtungszeitraum keine Defizitwirkung hatten, aber den Schuldenstand erhöhten (33 Mrd € oder 2% des BIP).⁵⁹⁾ Zudem wurden im Rahmen der Bahnreform und Gründung der Deutschen Bahn AG im Jahr 1994 die Verbindlichkeiten der im Unternehmenssektor erfassten Bundesbahn und ostdeutschen Reichsbahn (34 Mrd € oder 2% des BIP) dem neu eingerichteten Bundes-eisenbahnvermögen, einem weiteren Extrahaushalt des Bundes, zugeschrieben. Dies schlug sich ebenfalls nicht im Defizit nieder, führte aber zu einem Schuldenanstieg.

*UMTS-Erlöse
bremsten Schul-
denanstieg*

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gingen die gesamtstaatlichen Defizite dann schrittweise zurück, und die Schulden stiegen langsamer. Im Jahr 2000 wurde aufgrund der Einmal Erlöse des Bundes aus der UMTS-Versteigerung in Höhe von 51 Mrd € (2½% des BIP) erstmals seit der Wiedervereinigung ein Überschuss erzielt. Die Erlöse schlugen sich allerdings zunächst nur teilweise im Schuldenstand nieder. Vielmehr wurde ein Teil vorübergehend angelegt und erst im Folgejahr zur Begrenzung des Schuldenzuwachses verwendet. Die Schuldenquote ging mit den Tilgungen aus den UMTS-Erlösen vorübergehend wieder auf 58% zum Jahresende 2001 zurück.⁶⁰⁾

*Hohe Defizite
trieben Schul-
denquote ab
2003 über 60%*

Bis Mitte der 2000er Jahre wurden dann weiter durchweg hohe gesamtstaatliche Defizite ausgewiesen (und die 3%-Grenze überschritten), womit ein beschleunigter Schuldenzuwachs und eine deutliche Überschreitung der 60%-Grenze ab dem Jahr 2003 einhergingen. Dabei wurde der Schuldenanstieg zum Teil noch durch den Abbau von Finanzaktiva gedämpft.⁶¹⁾

*Wirtschafts-
wachstum und
stark rückläufige
Defizite senkten
Schuldenquote
vor Finanzkrise*

Ab Mitte des letzten Jahrzehnts verlangsamten sich die absoluten Schuldenzuwächse wieder angesichts einer deutlich verbesserten gesamtwirtschaftlichen Lage und rückläufiger Defizite. Die Schuldenquote sank von 2005 bis 2007 aufgrund der nominalen BIP-Zunahme aus-

gehend von einem zwischenzeitlichen Höchststand von 67% auf 64%.

Ab dem Jahr 2008 prägten die Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie die dabei ergriffenen staatlichen Finanzmarktstützungsmaßnahmen und Hilfskredite an Euro-Staaten die Schuldenentwicklung. Zu den ersten Maßnahmen zählte die Verlagerung problembehafteter Finanzaktiva der angeschlagenen WestLB und SachsenLB in zwei eigens hierfür eingerichtete Zweckgesellschaften Phoenix und Sealink-Funding⁶²⁾. Aufgrund der Risikoabschirmung durch die Träger-Länder wurden diese Bad Banks und damit die von ihnen erworbenen Risikoaktiva und Verbindlichkeiten im Staatssektor (bei den Ländern) erfasst. Hierdurch erhöhte sich bereits im Jahr 2008 der Maastricht-Schuldenstand um 38 Mrd € (1½% des BIP).⁶³⁾ Des Weiteren wurde eine Reihe von Kreditinstituten durch Kapitalzuführungen gestützt. Bis Ende 2010 summierten sich diese zugunsten von Commerzbank AG, BayernLB, Hypo Real Estate AG (HRE), LBBW, WestLB, HSH Nordbank AG, IKB Deutsche Industriebank AG und Aareal Bank AG auf insgesamt 47 Mrd € (2% des BIP). Hiervon wurde lediglich ein kleiner Teil – Kapi-

*Krise führte ab
2008 zu starkem
Schulden-
anstieg, ...*

⁵⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Bedeutung von Nebenhaushalten im Zuge der deutschen Vereinigung, Monatsbericht, Mai 1993, S. 43 ff.; sowie Deutsche Bundesbank, Funktion und Bedeutung der Ausgleichsforderungen für die ostdeutschen Banken und Unternehmen, Monatsbericht, März 1996, S. 35 ff.

⁶⁰ Zuletzt wurden die Regeln zur Erfassung solcher Frequenzversteigerungserlöse angepasst. Mit der kommenden VGR-Generalrevision im Sommer 2019 werden die Erlöse über die Laufzeit der Frequenznutzungsrechte verteilt.

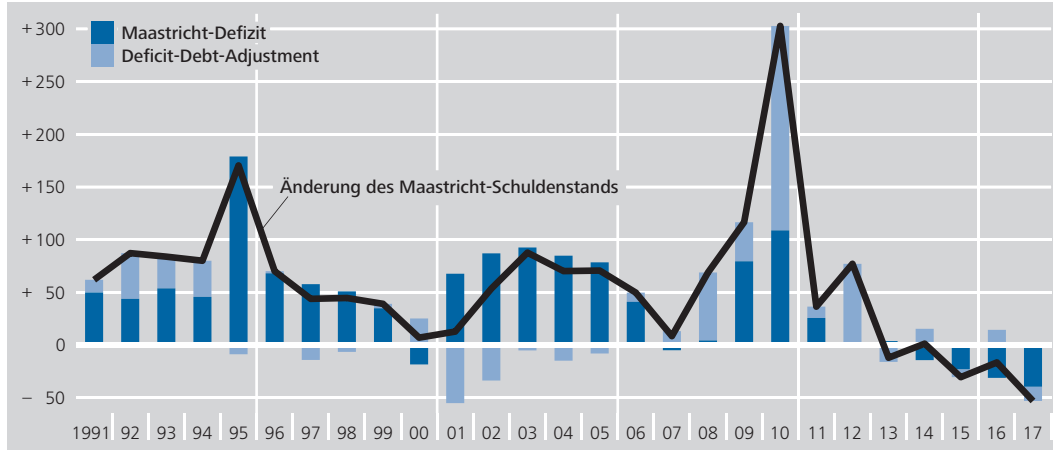
⁶¹ Teilweise wurden Aktien des Bundes im Rahmen von Platzhaltergeschäften an die KfW übertragen. In den Haushaltsplänen wurden in diesem Zusammenhang Privatisierungserlöse veranschlagt, wodurch Verstöße gegen die Neuverschuldungsgrenzen im Rahmen der Haushaltsaufstellung verhindert wurden. In den VGR werden diese Transaktionen seit der Herbst-Notifikation 2005 jedoch als Kreditaufnahme des Bundes bei der KfW gewertet, da aus ökonomischer Sicht kein Eigentumsübergang stattfand.

⁶² Ende 2017 wurden nahezu sämtliche restlichen Vermögenswerte der Sealink-Funding am Kapitalmarkt veräußert, sodass die korrespondierenden Verbindlichkeiten bald abgebaut sein dürften.

⁶³ Zudem gewährte im Jahr 2009 das Land Baden-Württemberg eine Garantie zur Risikoabschirmung eines Referenzportfolios der LBBW in Höhe von rd. 13 Mrd € (½% des BIP). Durch die Refinanzierung des zur Sicherung hinterlegten Bardepots erhöhte sich der Schuldenstand entsprechend.

Finanzierungssaldo und Schuldenstandsänderung im Zeitverlauf

Mrd €, Datenstand: 23. April 2018



Deutsche Bundesbank

taleinlagen bei der HRE, der IKB und der WestLB – als Vermögenstransfers und damit defizitwirksam erfasst.

über stand.⁶⁶⁾ Somit führte der Erwerb von Finanzvermögen bis Ende 2010 zu positiven DDA in kumulierter Höhe von 267 Mrd € (10½% des BIP).

... der im Jahr 2010 aufgrund der HRE-Stützung besonders hoch ausfiel

Der mit deutlichem Abstand umfangreichste Schuldenanstieg ist dabei auf die Übernahme von Risikoaktiva der HRE durch die staatliche Bad Bank FMS Wertmanagement (FMSW) zurückzuführen, die zum Jahresende 2010 mit 189 Mrd € (7½% des BIP) zum Maastricht-Schuldenstand beitrug. Die Auslagerung weiterer Risikoaktiva der WestLB in die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) ließ den Schuldenstand 2010 um weitere 21 Mrd € (1% des BIP) ansteigen.⁶⁴⁾

In den Folgejahren setzten dann die sukzessive Verwertung dieser im Zuge der Krise erworbenen Finanzaktiva und die Rückzahlung geleisteter Eigenkapitalhilfen ein. Das führte für sich genommen zu einem sinkenden Schuldenstand und spiegelbildlich zur vorangegangenen Entwicklung nunmehr zu negativen DDA. Dieser Schuldenabbau wurde jedoch vor allem durch die Gewährung von Hilfskrediten an einige

Hilfskredite an Euro-Staaten überlagern teilweise Schuldenabbau bei Bad Banks

Bankenrettung weniger im Defizit als im Schuldenstand sichtbar

Insgesamt erreichte die Schuldenquote zum Ende des Jahres 2010 mit 81% (2 088 Mrd €) ihren bis heute höchsten Stand. Davon entfielen 306 Mrd € (12% des BIP) auf die Stützung von Finanzinstituten.⁶⁵⁾ In diesem Zusammenhang entkoppelten sich Defizit- und Schuldenstandsentwicklung deutlich voneinander. So schlug sich in kumulierter Betrachtung mit 39 Mrd € (1½% des BIP) lediglich ein kleiner Teil der bis dahin geleisteten Finanzmarktstützungsmaßnahmen unmittelbar im Defizit nieder. Ausschlaggebend hierfür war, dass die erworbenen Risikoaktiva und das zugeführte Eigenkapital zum guten Teil als werthaltiges Vermögen angesehen wurden und der Schuldenausweitung damit ein Aufbau von Finanzvermögen gegen-

⁶⁴ Die EAA übernahm im Jahr 2010 außerdem die Aktiva und Passiva der Phoenix in Höhe von ursprünglich 23 Mrd €. Die Phoenix war aber bereits im Staatssektor und damit im Maastricht-Schuldenstand erfasst.

⁶⁵ Berücksichtigt sind dabei auch indirekte Effekte aus der Finanzmarktstützung wie bspw. unterstellte Refinanzierungskosten oder Einnahmen aus Garantiegebühren.

⁶⁶ Aus diesem Grund wurde der größte Teil der Staatsausgaben für den Erwerb als finanzielle Transaktion ohne Wirkung auf den Finanzierungssaldo gewertet. Etwaige nach einer Übernahme eintretende Umbewertungen von Aktiva bleiben grundsätzlich ohne Effekt auf den Finanzierungssaldo, da sie keine Transaktionen darstellen.

Euro-Länder im Zuge der Staatsschuldenkrise⁶⁷⁾ sowie durch die weiteren Risikoübernahmen seitens der EAA überkompensiert.⁶⁸⁾ Somit ergab sich per saldo eine Schuldenzunahme. Da grundsätzlich eine spätere volle Rückzahlung der Hilfskredite unterstellt wurde, schlugen diese ohne Defizitwirkung als Erwerb von Finanzaktiva und damit positive DDA zu Buche. Gleiches gilt für die von Deutschland eingezahlten Kapitalanteile am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), über den die ab Mitte 2012 gewährten europäischen Hilfskredite abgewickelt werden.⁶⁹⁾ Damit fielen die Schuldenzuwächse noch bis 2012 höher aus als die jeweiligen Defizite. Im Jahr 2012 verzeichnete der absolute Schuldenstand mit 2 202 Mrd € (Schuldenquote 80%) seinen bisherigen Höchststand. Zugleich erreichten auch die hierin enthaltenen Belastungen aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise mit insgesamt 360 Mrd € ihren Maximalwert.⁷⁰⁾

Schuldenrückgang seit 2013 dank Wirtschaftswachstum und Haushaltsüberschüssen

Ab dem Jahr 2013 ging der Schuldenstand in der Grundtendenz auch absolut zurück, und die Schuldenquote sank zudem aufgrund des nominalen BIP-Wachstums im Nenner der Quote deutlich. Dazu trug aber auch die sehr günstige Haushaltsentwicklung mit Überschüssen bei. Diese Überschüsse schlugen sich allerdings nur teilweise in einem Schuldenabbau nieder. Vor allem die Überschüsse der Gemeinden und der (weitgehend schuldenfreien) Sozialversicherungen führten dort nicht nur zu Schuldentilgungen, sondern auch zu einem Aufbau von Finanzvermögen.⁷¹⁾ Dem stand in gesamtstaatlicher Betrachtung allerdings ein Portfolioabbau bei den Bad Banks⁷²⁾ gegenüber, sodass im Ergebnis negative DDA zu verzeichnen waren.

Aus heutiger Sicht weiterer Rückgang des Maastricht-Schuldenstands angelegt

Zum Ende des Jahres 2017 belief sich der Schuldenstand auf 2 093 Mrd € (64,1% des BIP). Darin schlugen die zuvor genannten Effekte aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise noch mit 282 Mrd € beziehungsweise 8½% des BIP zu Buche. In dem Maße wie in Zukunft eine weitere Verwertung der Risikoaktiva durch die Bad Banks gelingt und die bilateral oder über die EFSF gewährten Hilfskredite zurückgezahlt wer-

den, wird auch der Maastricht-Schuldenstand zurückgehen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren auch angesichts der strengen Begrenzung der Nettoneuverschuldung durch die nationale Schuldenbremse bei einem weiterhin spürbaren Anstieg des nominalen BIP die Maastricht-Schuldenquote

67 Über die KfW wurden im Auftrag und auf Rechnung des Bundes bilaterale Kredite an Griechenland gewährt (seit 2011 Bestand von 15 Mrd € oder ½% des BIP). Daneben wurden die über die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vergebenen Hilfskredite an Irland, Portugal und Griechenland sowie die unterstellten Verbindlichkeiten aus deren Refinanzierung den garantiegebenden Euro-Ländern entsprechend ihrem Kapitalschlüssel an der EZB wirtschaftlich zugerechnet (für Deutschland in der Spitze 55 Mrd € oder fast 2% des BIP Ende 2014).

68 Durch „Nachbefüllung“ der EAA erhöhte sich der Schuldenstand 2012 um 24 Mrd €. Die Reklassifizierung der WestLB-Nachfolgerin Portigon in den Staatssektor erhöhte den Schuldenstand 2012 hingegen nur noch um 3½ Mrd €, da der Großteil der Aktiva und Passiva bereits zuvor auf die EAA übertragen worden war.

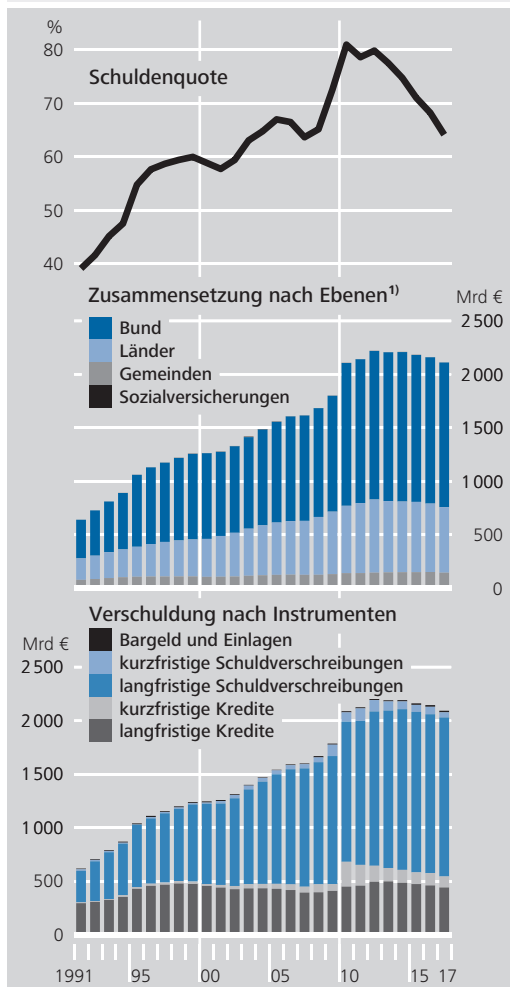
69 Im Unterschied zu den EFSF-Krediten erfolgt bei den Kreditvergaben des ESM keine Zurechnung korrespondierender Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Trägerstaaten. Im Gegensatz zur EFSF entschied Eurostat, den ESM als eigenständige Institution außerhalb des Staatssektors zu klassifizieren, da offensichtlich unterstellt wird, dass Kreditaufnahme und -vergabe überwiegend auf eigenes Risiko erfolgen. Ungeachtet dessen stehen die Trägerstaaten jedoch ökonomisch über weitere abrufbare Kapitalanteile nach wie vor im Risiko und entscheiden letztlich über die Kreditvergaben. In den ESM hat Deutschland von 2012 bis 2014 einen Kapitalanteil von insgesamt 22 Mrd € eingezahlt. Auch die von der EU aus eigenen Haushaltsmitteln über den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) ausgereichten Kredite schlagen sich nicht in den Schuldenständen der EU-Mitgliedstaaten nieder.

70 Der auf Deutschland entfallende Teil aller europäischen Hilfskredite und ESM-Kapitaleinzahlungen stieg bis Ende 2014 auf 91 Mrd € oder 3% des BIP und liegt seit 2015 bei 88 Mrd € (aktuell 2½% des BIP).

71 Dieses wurde überwiegend nicht in Schuldtiteln anderer Einheiten des Staatssektors angelegt. Andernfalls hätten daraus eine Konsolidierung und ein niedrigerer Maastricht-Schuldenstand resultiert.

72 Diese Entwicklung verlief keineswegs stetig. So bewirkten Marktinsänerungen erhebliche Marktwertänderungen in den Derivatepositionen der FMSW. Diese sind zwar nicht selbst Bestandteil des Maastricht-Schuldenstands. Allerdings sind für derivative Verbindlichkeiten üblicherweise Barsicherheiten zu stellen, die in der Regel eine Schuldenaufnahme nötig machen oder Tilgungen verhindern. Für Forderungen aus Derivatepositionen werden Barsicherheiten empfangen und zugleich (bilanzverlängernd) als rückzahlbare Kreditverbindlichkeit auf der Passivseite erfasst. Zudem führte der Ankauf von Verbindlichkeiten der irischen Tochtergesellschaft Depfa durch die FMSW zu einer zwischenzeitlichen Bilanzausweitung. Daneben übernahm die EAA 2015, wenngleich im geringeren Umfang, Finanzaktiva der EAA Covered Bond Bank. Auch trug die Gründung der HSH Portfoliomanagement als staatliche Bad Bank der HSH Nordbank im Jahr 2016 in geringem Umfang zu einem verzögerten Abbau der finanzmarktkrisenbedingten Verschuldung bei.

Niveau und Struktur der gesamtstaatlichen Verschuldung



¹ Die Verschuldung jeder Ebene ist hier abzüglich ihrer Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen konsolidiert dargestellt.

Deutsche Bundesbank

weiter deutlich abnehmen und spätestens 2019 unter den Referenzwert von 60% fallen wird.

Schuldnerstruktur

Mit Blick auf den Beitrag der einzelnen Haushaltsebenen zum Maastricht-Schuldenstand kletterte der Anteil des Bundes bis Mitte der 1990er Jahre aufgrund der fiskalischen Belastungen der Wiedervereinigung um 7 Prozentpunkte auf 63%, während der Länderanteil (trotz deutlicher absoluter Schuldenzuwächse) um 5 Prozentpunkte auf 26% fiel. Bis Anfang

der 2000er Jahre blieb der Anteil des Bundes in etwa konstant, sank dann jedoch im weiteren Verlauf wegen der zur Schuldentilgung eingesetzten UMTS-Versteigerungserlöse und stabilisierte sich bei etwa 60%. Mit Übernahme der Risikoaktiva der HRE durch die FMSW stieg der Anteil des Bundes im Jahr 2010 jedoch wieder sprunghaft um 3 Prozentpunkte an, obwohl auch auf Länderebene Finanzmarktstützungsmaßnahmen erfolgten. Der Anteil der Gemeindeebene ging seit Anfang der 1990er Jahre stetig von 13% im Jahr 1991 auf ein seit 2010 stabiles Niveau von 7% zurück. Den Sozialversicherungen ist eine Kreditfinanzierung grundsätzlich nicht gestattet. Zwar wurden in der ersten Hälfte der 2000er Jahre Defizite der gesetzlichen Krankenkassen auch über Bankkredite finanziert. Der Umfang war jedoch vergleichsweise gering. Da die Sozialversicherungen zugleich Gläubiger anderer staatlicher Ebenen sind (und diese innerstaatlichen Schulden konsolidiert werden), ist ihr Beitrag zum Maastricht-Schuldenstand – gemessen als Differenz der eigenen Schulden abzüglich der Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen – in den meisten Jahren negativ.⁷³⁾

Struktur der Schuldeninstrumente

Hinsichtlich der Schuldenarten zeigte sich für den Gesamtstaat während des Betrachtungszeitraums ein anhaltender Trend hin zu marktfähigen Verschuldungsformen wie Geld- und Kapitalmarktpapieren. Lag deren Anteil im Jahr 1991 noch bei 50%, stieg er bis 2009 auf 73%. Durch die Einrichtung der FMSW und die damit verbundene Übernahme von Verbindlichkeiten aus der HRE im Jahr 2010 nahm das Gewicht der Kreditverschuldung vorübergehend wieder deutlich zu. In den Folgejahren setzte sich aber der Trend zugunsten der marktfähigen Schuldtitel – von einem niedrigeren Niveau aus-

Anhaltender Trend zu marktfähiger Verschuldung ...

Bundesverschuldung hat stark an Gewicht gewonnen

⁷³ Siehe in diesem Bericht: Statistischer Teil, X. Öffentliche Finanzen in Deutschland, Tabelle 14.

gehend – fort und erreichte zuletzt wieder einen Anteil von annähernd drei Vierteln.

... bei traditionell hoher Kapitalmarkt-orientierung des Bundes

Betrachtet man die einzelnen Haushaltsebenen, zeigen sich deutliche Unterschiede in der Struktur und der Entwicklung. Während der Bund bereits Anfang der 1990er Jahre etwa 75% seiner Schulden über Kapitalmarktpapiere aufgenommen hatte, lag der Anteil bei den Ländern wegen stärkeren Rückgriffs auf Bankkredite bei lediglich 12%. Mit Ausnahme einer Phase stärkerer Kreditfinanzierung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kletterte der Anteil der Kapitalmarktinstrumente auf aggregierter Länderebene aber bis Ende 2017 kontinuierlich auf 58%.⁷⁴⁾ Beim Bund belief sich dieser Wert zuletzt auf 84%.

Gestiegene Bedeutung der Geldmarktverschuldung seit der Krise

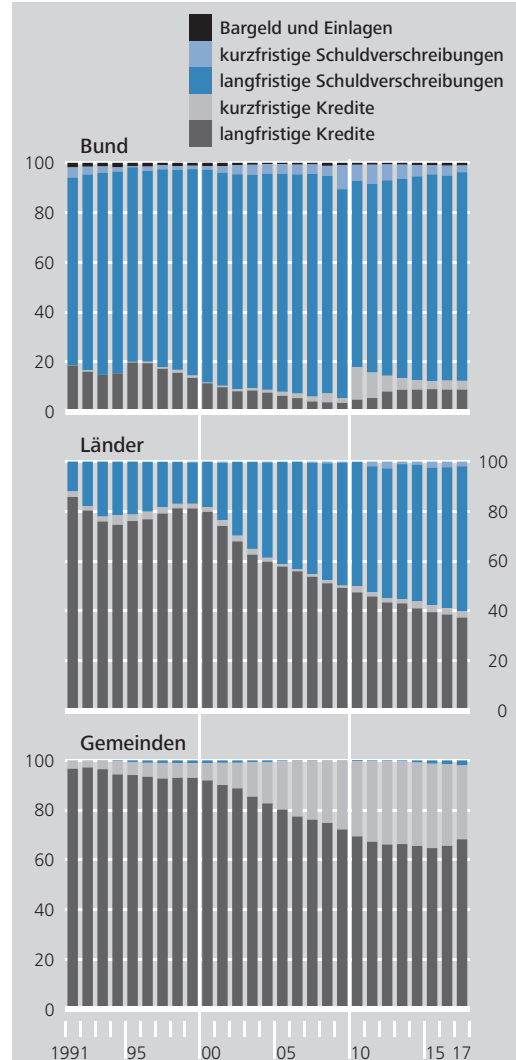
Bei den marktfähigen Instrumenten spielten Geldmarktpapiere über viele Jahre in erster Linie auf der Bundesebene eine nennenswerte Rolle. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise stockte der Bund in diesem Segment zeitweise deutlich auf. Das ausstehende Volumen wurde im Jahr 2009 auf einen Anteil von 10% mehr als verdoppelt und deckte so einen wesentlichen Teil des Finanzierungsbedarfs. Der allmähliche Rückgang der Geldmarktverschuldung des Bundes im Kernhaushalt wurde in den Folgejahren zum Teil durch Emissionen der FMSW aufgewogen. Auf Länderebene gewannen Geldmarktpapiere erst durch die Emissionen der EAA an Bedeutung. Sie trugen aber mit einem zwischenzeitlichen Höchststand von 3% im Jahr 2012 nur wenig zur Länderverschuldung bei.

Bankenrettung und Hilfskredite erhöhen Kreditverschuldung

Im Hinblick auf die Kreditverschuldung sank der Anteil der langfristigen Kredite des Bundes an dessen Gesamtverschuldung ab Mitte der 1990er Jahre von 20% auf unter 4% Ende 2009, stieg dann aber im weiteren Verlauf bis zum Jahr 2013 wieder auf 9% an. Hintergrund waren die dem Bund zugerechneten Hilfskredite an andere Mitgliedstaaten der Währungsunion über die KfW und die EFSF. Der Anteil der kurzfristigen Kredite des Bundes bewegte sich bis zum Jahr 2009 unter 4%. Mit Einrichtung

Schuldenstruktur nach Ebenen

Jahresendstände in %



Deutsche Bundesbank

der FMSW im Jahr 2010 ging die auf kurzfristige Kredite am Interbankenmarkt ausgerichtete Finanzierungsstruktur der HRE auf den Bund über. Der Anteil kurzfristiger Kredite stieg damit sprunghaft auf 13%, sank aber bis Ende 2017 wieder auf unter 4%. Auf Länderebene sank der Anteil der langfristigen Kredite von 86% Ende 1991 – spiegelbildlich zum Aufbau langfristiger Kapitalmarktpapiere – auf 37% Ende 2017. Bei den Gemeinden bewegte sich die langfristige Kreditverschuldung nach einem deutlichen Anstieg bis Mitte der 1990er Jahre

⁷⁴ Dabei nutzen die einzelnen Bundesländer marktfähige Verschuldungsformen in sehr unterschiedlichem Ausmaß.

auf einem nahezu unveränderten absoluten Niveau von etwa 100 Mrd €. Hingegen erhöhte sich insbesondere seit Anfang der 2000er Jahre der Bestand an kurzfristigen Krediten, vor allem an Kassenkrediten, deutlich auf über 50 Mrd € im Jahr 2015, sank jedoch nicht zuletzt aufgrund der günstigen Haushaltsentwicklung auf 44 Mrd € Ende 2017.⁷⁵⁾ Während der Anteil 1991 noch bei unter 4% lag, wird mittlerweile knapp ein Drittel der Gemeindeverschuldung über Kassen- und kurzfristige Kredite finanziert.⁷⁶⁾ Dabei bestehen jedoch ausgeprägte Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen, und es ist eine starke Konzentration der kommunalen Kassenkreditbestände in wenigen Ländern festzustellen.⁷⁷⁾

■ Ausblick

Der deutsche Maastricht-Schuldenstand wird im Wesentlichen auf Basis der amtlichen Schuldenstatistik ermittelt. Sie bezieht im Prinzip alle dem Staatssektor zugeordneten Einheiten ein. Die Erhebung hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Vor allem wegen der schlechten Erfahrungen mit der Datenqualität Griechenlands und der daraus resultierenden Beeinträchtigungen bei der Beurteilung der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sind die Anforderungen an die statistischen Daten auf europäischer Ebene allerdings im Zeitverlauf deutlich gestiegen. Damit steht die Statistikproduktion insgesamt, aber auch im Hinblick auf den Maastricht-Schuldenstand, in Deutschland vor Herausforderungen.

Der wachsende europäische Datenbedarf und die gestiegenen Qualitätsanforderungen sind bei einer Vielzahl ausgegliederter staatlicher Aktivitäten aus sehr unterschiedlichen und vielfach nicht integrierten, öffentlichen Rechnungslegungssystemen zu befriedigen, wobei der kamerale Systematik insgesamt das mit Abstand größte Gewicht zukommt. Dabei lassen sich die Anforderungen nicht immer ohne Weiteres aus den vorhandenen Systemen der staatlichen Stellen erfüllen. So muss teilweise auf indirekte Datenquellen zurückgegriffen werden,

die primär anderen Zielsetzungen dienen und potenziell nicht konsistent mit den Hauptrechnungen sind. Zu Unstimmigkeiten kann es aber auch kommen, weil die notwendige Konsolidierung der Finanzbeziehungen innerhalb des Staatssektors nicht vollständig aus dem vorliegenden Rechnungswesen abgeleitet werden kann.⁷⁸⁾

Insgesamt gesehen sind die vorhandenen Haushalts- und Finanzstatistiken in Deutschland zwar gut etabliert und bilden die kamerale Systematik weitgehend verlässlich ab. Die eingegangenen europäischen Verpflichtungen wurden aber nur teilweise von entsprechenden Anpassungen im nationalen staatlichen Rechnungswesen begleitet. Es ist zu begrüßen, dass mit dem Haushaltsgrundsatzgesetz ein Fachgremium eingesetzt wurde, das gewährleisten soll, dass die verschiedenen staatlichen Rechnungslegungsstandards auch die statistischen Anforderungen der VGR berücksichtigen. Hier besteht an einigen Stellen aber noch Nachholbedarf. So hängt die Qualität statistischer Meldungen entscheidend von einer Fundierung der benötigten Daten durch das Rechnungswesen ab. Vor diesem Hintergrund wäre grundsätzlich ein gesamtstaatlich deutlich stärker harmonisiertes Rechnungswesen naheliegend, das Einnahmen- und Ausgabenströme mit Bilanzbeständen in integrierter Weise erfasst. Wird dies nicht angestrebt, wäre es wichtig, dass insbesondere die

... mit der Folge potenzieller Inkonsistenzen

Europäischen Anforderungen stärker Rechnung tragen

Statistik aufgrund europäischer Verpflichtungen vor Herausforderungen

Gestiegene Anforderungen aus heterogenen Systemen zu bedienen ...

⁷⁵ Die Heterogenität in der finanziellen Lage der Kommunen zeigt sich bei einem Blick auf den zeitgleich erfolgten Aufbau von kommunalem Finanzvermögen von über 70 Mrd €, in dem sich insbesondere Anlagen finanzstarker Kommunen widerspiegeln dürften.

⁷⁶ Kassenkredite werden hier als kurzfristige Kredite geführt. In einigen Ländern sind die Regelungen für solche Kredite, die eigentlich nur zum Überbrücken von Liquiditätsengpässen vorgesehen waren, jedoch erheblich gelockert worden, sodass inzwischen Laufzeiten von bis zu zehn Jahren zulässig sind und offenbar auch ausgeschöpft werden.

⁷⁷ Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Gemeindefinanzen: Entwicklung und ausgewählte Aspekte, Monatsbericht, Oktober 2016, S. 13–36.

⁷⁸ Eine Reform zur klaren Abgrenzung etwa im Rahmen des besonders wichtigen staatlichen Gruppierungsplanes wurde inzwischen angestoßen. Da aber die Sektorzugehörigkeit einer Einheit auch revidiert werden kann, sollten letztlich bei allen Einheiten Angaben zu den jeweiligen Transaktionspartnern (automatisiert) nachgehalten werden.

für die Standardsetzung verantwortlichen Stellen beim Bund und den Ländern Anstrengungen unternehmen, um die gegenwärtigen Da-

tenlücken und Konsistenzprobleme durch gezielte Anpassungen der jeweiligen Rechnungslegungssysteme zu schließen.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Maastricht-Verschuldung nach Arten	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	67*
3. Auftragseingang in der Industrie	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	69*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	69*
6. Arbeitsmarkt.....	70*
7. Preise	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	74*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	77*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	79*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	80*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	81*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	82*
11. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	82*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2016 Juni	8,7	5,1	5,1	5,1	4,0	1,5	- 2,1	- 0,33	- 0,27	0,7	
Juli	8,7	5,1	5,2	5,1	3,9	1,3	- 2,4	- 0,33	- 0,29	0,6	
Aug.	8,6	5,0	5,0	5,1	3,9	1,6	- 2,3	- 0,34	- 0,30	0,5	
Sept.	8,3	5,0	5,0	4,8	4,0	1,9	- 2,2	- 0,34	- 0,30	0,6	
Okt.	8,0	4,6	4,5	4,7	4,3	2,2	- 1,6	- 0,35	- 0,31	0,7	
Nov.	8,5	4,8	4,7	4,7	4,4	2,2	- 1,5	- 0,35	- 0,31	1,0	
Dez.	8,8	4,8	5,0	4,8	4,7	2,4	- 1,6	- 0,35	- 0,32	1,0	
2017 Jan.	8,4	4,6	4,7	4,8	4,5	2,4	- 1,4	- 0,35	- 0,33	1,1	
Febr.	8,3	4,7	4,6	4,8	4,3	2,3	- 1,0	- 0,35	- 0,33	1,2	
März	9,0	5,0	5,1	4,8	4,8	2,8	- 1,1	- 0,35	- 0,33	1,2	
April	9,1	5,0	4,8	4,9	4,5	2,6	- 1,4	- 0,36	- 0,33	1,1	
Mai	9,2	5,1	4,9	4,8	4,3	2,6	- 1,2	- 0,36	- 0,33	1,1	
Juni	9,6	5,2	4,9	4,8	4,1	2,8	- 1,1	- 0,36	- 0,33	1,0	
Juli	9,2	5,0	4,5	4,8	3,8	2,6	- 0,9	- 0,36	- 0,33	1,2	
Aug.	9,6	5,4	5,0	4,9	3,8	2,3	- 0,8	- 0,36	- 0,33	1,0	
Sept.	9,8	5,4	5,2	5,1	3,9	2,4	- 0,8	- 0,36	- 0,33	1,0	
Okt.	9,5	5,4	5,0	5,0	3,8	2,5	- 1,3	- 0,36	- 0,33	1,1	
Nov.	9,2	5,3	4,9	4,8	3,9	2,9	- 1,3	- 0,35	- 0,33	0,9	
Dez.	8,7	5,1	4,6	4,7	3,6	2,6	- 1,2	- 0,34	- 0,33	0,9	
2018 Jan.	8,8	5,2	4,5	4,4	3,5	2,8	- 0,8	- 0,36	- 0,33	1,1	
Febr.	8,4	4,9	4,2	...	3,2	2,6	- 1,3	- 0,36	- 0,33	1,2	
März	- 0,36	- 0,33	1,1	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums *)								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz						Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2016 Juni	+ 38 001	+ 38 800	+ 31 760	- 2 564	+ 8 117	- 10 478	+ 36 063	+ 621	1,1229	94,4	89,7
Juli	+ 36 591	+ 33 851	+ 18 917	+ 14 599	+ 44 375	+ 13 286	- 52 402	- 941	1,1069	94,6	89,8
Aug.	+ 26 955	+ 25 238	+ 40 489	+ 37 483	+ 57 106	+ 6 526	- 62 598	+ 1 973	1,1212	94,9	90,0
Sept.	+ 38 079	+ 33 606	+ 50 627	+ 60 951	+ 28 222	+ 4 190	- 49 481	+ 6 745	1,1212	95,1	90,1
Okt.	+ 34 507	+ 28 476	+ 9 615	+ 23 846	+ 38 372	+ 5 447	- 54 100	- 3 950	1,1026	95,1	90,3
Nov.	+ 39 284	+ 34 333	+ 14 421	+ 11 880	- 30 097	+ 2 207	+ 27 886	+ 2 545	1,0799	94,6	89,6
Dez.	+ 47 674	+ 33 186	+ 98 106	+ 30 366	+ 53 214	+ 7 094	+ 1 385	+ 6 046	1,0543	93,7	88,9
2017 Jan.	- 2 071	+ 7 068	- 5 926	- 29 596	+ 18 304	+ 7 003	+ 3 406	- 5 043	1,0614	93,9	89,1
Febr.	+ 19 437	+ 18 911	+ 15 368	+ 10 879	+ 76 200	+ 7 481	- 81 236	+ 2 044	1,0643	93,4	88,9
März	+ 45 244	+ 37 942	+ 36 962	+ 8 569	+ 2 597	+ 8 971	+ 16 107	+ 719	1,0685	94,0	89,2
April	+ 19 559	+ 24 853	+ 14 776	+ 24 754	+ 15 081	+ 2 698	- 23 614	- 4 142	1,0723	93,7	89,0
Mai	+ 15 199	+ 29 746	+ 11 552	+ 20 157	- 19 706	+ 4 038	+ 5 931	+ 1 132	1,1058	95,6	90,5
Juni	+ 28 681	+ 34 446	+ 50 556	- 27 988	+ 26 068	- 7 284	+ 58 196	+ 1 565	1,1229	96,3	91,2
Juli	+ 42 908	+ 32 530	+ 41 389	- 1 881	+ 25 288	- 2 814	+ 25 990	- 5 194	1,1511	97,6	92,4
Aug.	+ 38 920	+ 25 696	+ 6 159	- 14 376	+ 30 842	- 5 623	- 44 002	- 682	1,1807	99,0	93,6
Sept.	+ 46 467	+ 34 892	+ 79 315	+ 9 488	+ 38 296	- 1 884	+ 26 995	+ 6 420	1,1915	99,0	93,6
Okt.	+ 40 289	+ 30 493	+ 47 797	+ 32 169	+ 53 761	+ 323	- 35 764	- 2 692	1,1756	98,6	93,1
Nov.	+ 42 680	+ 36 523	+ 42 381	+ 5 081	+ 8 434	+ 2 565	+ 20 120	+ 6 182	1,1738	98,5	93,0
Dez.	+ 50 244	+ 32 210	+ 88 817	+ 13 583	+ 13 028	+ 3 099	+ 60 730	- 1 624	1,1836	98,8	93,3
2018 Jan.	+ 12 827	+ 9 416	+ 9 391	+ 27 063	+ 14 754	+ 348	- 35 045	+ 2 270	1,2200	99,4	p) 93,9
Febr.	1,2348	99,6	p) 93,9
März	1,2336	99,7	p) 94,0

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 82*/ 83*. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ^{1) 2)}										
2015	2,1	1,4	1,7	1,7	0,1	1,1	- 0,3	25,6	1,0	3,0
2016	1,8	1,5	1,9	2,1	2,1	1,2	- 0,2	5,1	0,9	2,2
2017	2,4	1,7	2,2	4,9	2,6	1,8	1,3	7,8	1,5	4,6
2016 3.Vj.	1,7	1,6	1,7	2,0	2,5	0,7	1,1	2,7	0,6	0,7
4.Vj.	1,9	1,5	1,3	3,1	2,2	1,0	- 1,3	9,9	0,7	3,0
2017 1.Vj.	2,1	1,8	3,4	4,4	3,9	1,6	0,7	5,3	2,0	4,1
2.Vj.	2,4	1,5	1,0	5,7	2,6	1,2	1,4	6,3	1,2	4,0
3.Vj.	2,7	1,6	2,2	4,2	2,0	2,1	1,4	10,9	1,5	5,8
4.Vj.	2,8	1,8	2,3	5,0	2,2	2,5	1,8	8,4	1,3	4,2
Industrieproduktion ^{1) 3)}										
2015	2,6	- 1,2	0,8	0,1	- 1,1	1,5	1,0	36,9	1,1	3,4
2016	1,7	4,6	1,0	2,6	3,9	0,3	2,6	0,7	1,9	4,9
2017	3,0	3,0	p)	3,4	8,0	4,2	2,4	4,8	p) - 2,2	3,6
2016 3.Vj.	0,9	6,2	0,6	4,1	5,0	- 0,5	2,1	- 0,8	1,6	1,4
4.Vj.	3,2	5,3	1,4	9,0	5,2	0,9	3,9	3,2	3,9	9,8
2017 1.Vj.	1,2	1,4	1,0	10,7	5,7	1,0	9,9	- 6,0	2,1	8,6
2.Vj.	2,5	4,2	3,1	12,5	3,2	1,7	3,4	- 1,1	3,8	9,2
3.Vj.	4,0	4,7	4,3	4,4	2,8	3,2	4,5	- 3,4	4,6	11,4
4.Vj.	4,1	1,7	p)	5,0	4,9	5,1	4,0	p) 1,6	4,0	4,9
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
2015	81,3	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2016	81,8	80,0	85,0	73,6	78,0	83,2	67,6	-	76,3	72,6
2017	83,0	81,8	86,5	74,9	82,3	84,7	70,0	-	76,8	74,5
2016 4.Vj.	82,3	80,9	85,7	75,0	80,6	83,6	69,3	-	75,7	73,1
2017 1.Vj.	82,5	80,7	85,9	74,4	81,0	84,6	68,6	-	76,5	74,5
2.Vj.	82,6	81,4	86,0	76,4	82,1	84,3	68,1	-	76,0	74,8
3.Vj.	83,2	82,0	86,7	73,9	82,6	84,7	72,0	-	77,0	74,5
4.Vj.	83,8	82,9	87,2	74,8	83,6	85,2	71,2	-	77,6	74,2
2018 1.Vj.	84,5	82,1	88,0	75,5	83,1	86,2	70,4	-	78,3	75,8
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	10,0	11,9	9,9
2016	10,0	7,8	4,1	6,8	8,8	10,1	23,6	8,4	11,7	9,6
2017	9,1	7,1	3,8	5,8	8,6	9,4	21,5	6,7	...	8,7
2017 Okt.	8,8	6,6	3,7	5,5	8,5	9,2	20,9	6,5	11,1	8,3
Nov.	8,7	6,3	3,5	5,6	8,5	9,0	21,0	6,4	11,1	8,3
Dez.	8,6	6,2	3,6	5,7	8,5	9,0	20,8	6,3	10,9	8,2
2018 Jan.	8,6	6,3	3,5	6,5	8,5	9,0	...	6,2	11,1	8,3
Febr.	8,5	6,4	3,5	...	8,4	8,9	...	6,1	10,9	8,0
März	6,1
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2015	6) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2016	0,2	1,8	0,4	0,8	0,4	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	0,1
2017	1,5	2,2	1,7	3,7	0,8	1,2	1,1	0,3	1,3	2,9
2017 Okt.	1,4	1,8	1,5	4,0	0,5	1,2	0,5	0,5	1,1	2,7
Nov.	1,5	2,1	1,8	4,5	0,9	1,2	1,1	0,5	1,1	2,7
Dez.	1,4	2,1	1,6	3,8	0,5	1,2	1,0	0,5	1,0	2,2
2018 Jan.	1,3	1,8	1,4	3,6	0,8	1,5	0,2	0,3	1,2	2,0
Febr.	1,1	1,5	1,2	3,2	0,6	1,3	0,4	0,7	0,5	1,8
März	1,3	1,5	1,5	2,9	0,9	1,7	0,2	0,5	0,9	2,3
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁷⁾										
2015	- 2,1	- 2,5	0,6	0,1	- 2,7	- 3,6	- 5,7	- 1,9	- 2,6	- 1,2
2016	- 1,5	- 2,5	0,8	- 0,3	- 1,7	- 3,4	0,5	- 0,7	- 2,5	0,0
2017	1,1
Staatliche Verschuldung ⁷⁾										
2015	89,9	106,0	71,0	10,0	63,6	95,8	176,8	76,9	131,5	36,9
2016	88,9	105,7	68,2	9,4	63,1	96,5	180,8	72,8	132,0	40,6
2017	64,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des Euroraums aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe,

Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ^{1) 2)}										
2,0	2,9	9,9	2,3	1,1	1,8	3,9	2,3	3,4	2,0	2015
2,3	3,1	5,5	2,2	1,4	1,6	3,3	3,1	3,3	3,4	2016
3,8	2,3	6,6	3,2	2,9	2,7	3,4	5,0	3,0	3,9	2017
1,8	5,0	4,9	2,4	1,0	1,8	2,7	3,4	3,3	3,4	2016 3. Vj.
3,6	4,3	5,7	2,4	1,1	2,0	3,2	3,5	2,5	3,9	4. Vj.
4,2	3,1	6,8	3,3	3,1	3,2	3,0	5,0	2,8	3,8	2017 1. Vj.
4,1	1,5	7,6	3,4	2,6	2,7	3,7	4,5	3,4	4,0	2. Vj.
3,2	3,0	7,6	3,0	3,1	2,5	3,4	4,5	2,9	3,8	3. Vj.
3,9	1,7	4,3	2,9	2,9	2,3	3,5	6,0	3,0	3,9	4. Vj.
Industrieproduktion ^{1) 3)}										
4,2	1,2	6,3	3,3	2,2	2,1	6,0	5,1	3,4	3,5	2015
2,8	0,5	4,7	2,2	2,8	2,4	3,7	7,7	1,7	7,9	2016
6,8	1,6	4,1	2,0	4,6	3,5	3,0	8,6	3,3	7,9	2017
3,5	0,9	4,8	3,4	1,8	1,6	2,3	7,9	0,3	6,1	2016 3. Vj.
2,9	0,8	2,5	5,5	4,5	1,6	2,8	9,2	1,8	7,0	4. Vj.
5,1	1,2	6,8	2,3	2,0	3,4	5,3	6,6	1,9	9,1	2017 1. Vj.
6,2	0,9	3,5	1,4	4,0	2,4	0,3	7,8	2,7	5,3	2. Vj.
8,7	4,1	5,3	2,2	6,3	5,7	2,8	8,8	3,1	7,6	3. Vj.
7,0	2,7	0,9	2,1	5,8	2,6	3,7	11,3	5,3	9,9	4. Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	80,4	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
75,9	76,9	79,1	81,7	84,3	80,2	84,5	83,5	78,6	59,8	2016
77,2	81,5	80,3	82,5	86,7	80,4	85,3	85,1	78,7	59,1	2017
76,0	81,3	79,9	82,1	85,1	80,3	85,4	84,1	79,1	59,6	2016 4. Vj.
76,5	82,6	79,3	81,4	85,1	79,8	87,1	84,5	78,8	58,1	2017 1. Vj.
77,4	82,1	79,1	82,5	86,6	79,1	86,5	85,4	78,1	57,6	2. Vj.
77,6	80,1	80,0	83,1	86,9	80,9	84,4	85,1	78,7	61,5	3. Vj.
77,4	81,1	82,8	83,1	88,0	81,7	83,0	85,2	79,1	59,1	4. Vj.
77,8	83,1	81,1	83,9	88,8	81,6	83,7	85,0	79,7	60,4	2018 1. Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
9,1	6,5	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,0	2015
7,9	6,3	4,7	6,0	6,0	11,2	9,7	8,0	19,6	13,0	2016
7,1	5,6	4,0	4,9	5,5	9,0	8,1	6,6	17,2	11,1	2017
6,7	5,4	3,8	4,5	5,4	8,4	7,8	6,0	16,7	10,1	2017 Okt.
6,7	5,4	3,8	4,4	5,5	8,1	7,7	5,7	16,6	10,4	Nov.
6,8	5,4	3,8	4,4	5,4	8,0	7,6	5,6	16,4	10,5	Dez.
7,3	5,3	3,6	4,2	5,3	7,9	7,6	5,4	16,2	10,0	2018 Jan.
7,3	5,4	3,5	4,1	5,2	7,8	7,5	5,3	16,1	9,6	Febr.
...	März
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
- 0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 1,5	2015
0,7	0,0	0,9	0,1	1,0	0,6	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,2	2016
3,7	2,1	1,3	1,3	2,2	1,6	1,4	1,6	2,0	0,7	2017
4,2	2,0	1,5	1,3	2,4	1,9	1,8	1,3	1,7	0,4	2017 Okt.
4,2	2,0	1,5	1,5	2,4	1,8	2,1	1,4	1,8	0,2	Nov.
3,8	1,6	1,3	1,2	2,3	1,6	2,0	1,9	1,2	- 0,4	Dez.
3,6	1,3	1,2	1,5	1,9	1,1	2,6	1,7	0,7	- 1,5	2018 Jan.
3,2	1,1	1,3	1,3	1,9	0,7	2,2	1,4	1,2	- 0,4	Febr.
2,5	1,1	1,3	1,0	2,1	0,8	2,5	1,5	1,3	- 0,4	März
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁷⁾										
- 0,2	1,4	- 1,1	- 2,1	- 1,0	- 4,4	- 2,7	- 2,9	- 5,3	- 1,2	2015
0,3	1,6	1,1	0,4	- 1,6	- 2,0	- 2,2	- 1,9	- 4,5	0,5	2016
...	2017
Staatliche Verschuldung ⁷⁾										
42,6	22,0	60,3	64,6	84,3	128,8	52,3	82,6	99,4	107,5	2015
40,1	20,8	57,6	61,8	83,6	130,1	51,8	78,5	99,0	107,1	2016
...	2017

werten des Statistischen Bundesamtes. **6** Ab 2015 einschl. Litauen. **7** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). Euroraum: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mitgliedstaaten außer Deutschland: letzte Daten-

veröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Euroraum¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2016 Juli	54,5	29,5	14,7	25,0	24,1	- 84,9	56,9	141,8	- 25,4	- 7,1	- 0,5	- 23,8	6,0
Aug.	17,3	16,9	27,1	0,4	9,0	- 39,7	7,8	47,5	2,0	- 4,9	- 0,6	- 0,3	7,9
Sept.	41,8	26,6	- 7,3	15,2	19,4	- 16,9	- 69,0	- 52,0	- 22,9	- 12,2	- 0,5	- 19,6	9,4
Okt.	84,9	37,3	5,6	47,6	45,1	- 45,5	153,8	199,3	4,7	- 5,6	- 0,6	- 2,6	13,5
Nov.	105,8	55,8	16,1	50,0	61,9	7,3	- 21,5	- 28,7	0,3	- 7,9	- 0,8	- 1,1	10,0
Dez.	- 57,7	- 50,3	- 8,3	- 7,3	- 0,6	36,3	- 154,3	- 190,6	- 12,3	0,7	- 1,0	- 13,7	1,8
2017 Jan.	131,5	43,9	31,3	87,6	69,7	- 12,8	233,5	246,4	- 14,1	- 10,0	- 0,2	- 3,7	- 0,2
Febr.	46,0	30,8	4,0	15,2	35,3	- 45,6	53,4	99,0	13,6	- 6,0	- 0,5	- 3,3	23,3
März	151,5	92,7	25,3	58,8	62,6	- 8,8	- 51,7	- 43,0	- 13,9	1,6	- 0,5	- 22,2	7,2
April	54,8	24,7	20,2	30,1	27,6	- 39,3	77,6	116,9	- 22,6	- 12,2	- 0,3	- 1,1	- 9,0
Mai	48,4	23,8	16,3	24,6	35,1	- 0,5	- 4,2	- 3,7	15,8	- 7,7	- 2,4	16,6	9,3
Juni	24,1	29,4	0,4	- 5,3	- 5,3	58,2	- 108,5	- 166,6	- 4,5	- 13,6	- 0,1	- 6,7	15,9
Juli	7,2	0,1	15,3	7,0	9,4	6,2	105,0	98,8	- 5,6	- 7,8	- 0,9	- 1,5	4,6
Aug.	11,9	- 20,5	- 15,0	32,4	38,4	- 28,0	- 2,6	25,4	6,3	- 5,9	- 0,8	- 2,7	15,8
Sept.	55,1	43,4	- 13,8	11,7	17,1	6,4	- 35,3	- 41,7	- 23,9	- 12,0	- 0,9	- 30,6	19,6
Okt.	64,8	53,2	- 9,4	11,7	11,4	- 71,0	88,5	159,5	- 31,2	- 27,2	- 0,6	- 7,9	4,6
Nov.	127,1	98,7	22,1	28,4	34,7	18,5	- 1,1	- 19,6	3,5	4,5	- 0,8	- 2,5	2,3
Dez.	- 106,8	- 88,4	- 8,7	- 18,4	- 8,8	13,9	- 153,3	- 167,2	- 2,4	11,5	- 0,6	- 5,7	- 7,6
2018 Jan.	120,4	79,3	22,4	41,0	27,8	- 44,1	152,7	196,8	11,1	- 9,0	- 0,1	20,4	- 0,1
Febr.	- 2,1	- 3,4	- 5,4	1,3	17,5	- 6,8	47,0	53,7	- 23,9	- 2,2	- 0,9	- 12,6	- 8,2

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2016 Juli	30,2	13,3	1,6	16,9	13,8	- 18,4	7,1	25,5	- 6,0	- 0,8	- 0,9	- 5,4	1,1
Aug.	11,1	8,9	1,5	2,2	4,0	- 16,5	2,5	19,0	2,0	- 1,8	- 0,8	3,9	0,6
Sept.	24,6	13,2	3,4	11,4	12,6	- 37,2	- 11,1	26,1	- 7,2	- 1,1	- 0,7	- 6,2	0,9
Okt.	21,5	11,8	2,6	9,6	6,5	- 3,2	42,4	45,7	7,1	2,2	- 0,8	5,8	- 0,2
Nov.	28,1	18,4	4,4	9,7	14,4	- 22,4	- 25,7	- 3,3	9,2	- 0,6	- 0,5	9,6	0,8
Dez.	- 10,1	- 8,1	0,4	- 2,1	8,4	19,6	- 9,5	- 29,1	- 2,6	- 2,0	- 0,4	- 2,9	2,7
2017 Jan.	23,6	15,0	2,3	8,6	8,5	- 24,4	31,8	56,2	9,8	- 3,1	- 0,7	15,9	- 2,3
Febr.	17,3	12,5	3,9	4,9	5,5	- 30,2	7,5	37,8	- 1,4	- 1,4	- 0,6	- 0,1	0,8
März	18,2	12,7	1,8	5,5	9,5	- 3,6	6,3	9,9	2,7	- 1,0	- 0,5	- 1,3	5,5
April	14,9	7,8	- 1,5	7,1	5,4	- 19,0	- 7,3	11,6	9,3	- 3,5	- 0,5	1,3	11,9
Mai	13,8	13,3	3,5	0,6	7,9	7,1	- 13,0	- 20,1	2,7	- 0,1	- 0,4	1,8	1,4
Juni	11,8	11,5	6,2	0,4	2,6	22,7	16,2	- 6,4	6,0	- 2,0	- 0,4	2,8	5,6
Juli	18,1	12,8	1,8	5,3	3,5	- 10,3	- 23,0	- 12,7	- 4,0	- 1,3	- 0,8	- 1,4	- 0,5
Aug.	13,6	10,2	- 0,6	3,4	8,3	14,7	- 13,8	- 28,5	4,5	0,1	- 0,8	3,5	1,7
Sept.	17,8	14,1	- 1,8	3,7	8,0	- 22,3	9,2	31,5	- 5,9	- 0,2	- 0,6	- 7,3	2,3
Okt.	15,9	8,6	0,4	7,3	6,5	6,1	- 11,4	- 17,5	- 11,4	- 1,0	- 0,8	- 9,5	- 0,1
Nov.	27,2	16,7	6,4	10,5	11,2	23,1	- 2,6	- 25,7	2,6	3,3	- 0,6	0,1	- 0,1
Dez.	- 5,4	- 3,5	4,3	- 1,8	1,0	- 48,9	- 8,1	40,8	2,6	- 0,3	- 0,6	- 1,9	5,3
2018 Jan.	19,1	21,3	2,0	- 2,2	- 1,3	10,1	28,1	18,0	4,9	- 3,0	- 0,7	14,2	- 5,6
Febr.	5,0	10,6	- 1,7	- 5,6	- 0,2	- 21,0	11,7	32,7	- 5,8	- 0,9	- 0,9	- 1,0	- 3,1

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.)(netto) 2) 7)		
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 29,0	- 72,4	-	96,5	73,5	66,9	10,1	56,9	6,1	0,5	- 22,7	15,6	5,0	2016 Juli	
- 54,7	41,2	-	10,9	8,9	5,1	3,5	1,6	4,5	0,7	2,4	0,6	2,5	Aug.	
2,7	42,7	-	2,4	18,3	23,7	2,2	21,5	1,4	6,7	4,8	1,8	5,9	Sept.	
- 3,0	7,0	-	30,7	14,4	50,2	3,2	47,0	29,6	6,2	16,9	18,0	2,1	Okt.	
5,1	20,3	-	87,4	82,7	95,0	1,2	93,7	10,3	1,9	2,2	7,0	1,2	Nov.	
- 48,3	- 12,4	-	51,6	72,1	89,8	16,1	73,7	24,1	6,4	4,4	6,0	7,3	Dez.	
62,7	41,8	-	28,3	6,7	6,5	11,9	5,5	3,5	9,7	17,4	11,6	0,9	2017 Jan.	
- 17,4	- 25,6	-	29,8	30,9	31,3	3,0	28,3	2,0	1,6	8,6	4,2	6,5	Febr.	
24,2	25,6	-	106,8	92,4	92,8	4,3	88,5	5,6	5,2	14,8	12,0	0,6	März	
- 5,4	- 9,5	-	53,0	72,3	101,8	6,8	95,1	31,2	1,7	5,9	4,3	16,8	April	
13,4	- 13,1	-	31,9	30,2	42,0	0,5	41,6	20,9	9,1	11,7	4,7	5,1	Mai	
20,4	21,5	-	44,8	74,0	82,1	9,5	72,7	10,5	2,3	16,6	20,6	0,2	Juni	
- 7,7	- 17,4	-	44,1	31,7	36,0	5,7	30,4	6,2	1,8	24,1	13,6	3,1	Juli	
- 18,3	- 59,9	-	55,8	45,9	31,3	2,0	33,3	8,1	6,4	2,6	9,1	5,5	Aug.	
41,2	23,9	-	20,3	23,3	47,6	0,6	47,0	21,3	3,0	7,0	4,1	10,3	Sept.	
- 43,5	54,8	-	13,7	13,3	23,6	2,9	20,7	7,6	2,8	19,8	8,9	10,6	Okt.	
- 8,8	72,5	-	78,4	73,1	81,7	0,9	80,8	7,7	0,9	17,2	3,8	1,2	Nov.	
- 21,5	- 88,4	-	19,3	60,9	63,6	16,1	47,5	6,7	4,1	31,6	26,5	7,2	Dez.	
41,3	20,1	-	3,8	2,7	20,0	15,2	4,8	5,6	11,7	7,5	19,0	15,7	2018 Jan.	
13,1	8,8	-	6,9	4,8	8,0	0,3	7,7	15,9	3,1	4,8	13,9	8,3	Febr.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)				
- 31,8	25,0	3,7	2,1	24,5	12,3	4,0	0,1	0,9	0,2	0,2	7,6	2016 Juli	
8,8	- 22,3	2,3	0,8	6,2	11,3	1,6	0,1	0,2	0,1	0,1	3,4	Aug.	
8,6	- 21,2	4,7	0,6	7,2	3,0	5,5	0,6	0,3	0,0	0,0	0,5	Sept.	
- 8,8	18,6	3,2	0,5	1,4	12,0	10,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,8	Okt.	
6,9	- 48,2	1,9	0,3	37,8	36,2	3,3	0,1	0,2	0,0	0,0	1,7	Nov.	
- 13,6	30,4	3,3	2,4	4,8	4,9	1,5	2,7	0,9	0,0	0,0	0,1	Dez.	
- 12,6	- 27,2	1,1	2,7	29,2	16,9	8,9	0,7	2,6	0,1	0,1	0,2	2017 Jan.	
- 4,2	- 18,9	1,7	1,2	11,6	13,6	2,4	0,7	0,3	0,0	0,0	0,0	Febr.	
14,2	- 2,7	1,8	1,1	0,5	2,4	3,5	- 1,4	1,9	0,1	0,1	2,0	März	
- 6,7	- 8,9	3,3	1,6	2,3	10,3	7,1	0,0	0,9	0,0	0,0	1,8	April	
7,7	- 8,7	2,9	0,7	19,2	18,3	1,3	0,1	1,1	0,0	0,0	0,8	Mai	
7,1	0,7	4,7	0,9	20,7	20,6	0,7	0,7	0,6	0,1	0,1	0,6	Juni	
2,5	14,8	2,1	2,1	5,6	3,0	3,0	0,4	1,4	0,1	0,1	0,6	Juli	
7,4	5,1	3,7	1,3	11,2	14,7	2,9	0,3	0,1	0,2	0,2	0,5	Aug.	
9,6	- 14,2	3,5	0,3	5,9	5,6	0,8	0,0	0,8	0,0	0,0	0,3	Sept.	
- 14,2	43,1	2,1	0,8	4,5	14,3	9,3	0,5	0,3	0,3	0,3	0,5	Okt.	
6,2	8,7	1,2	0,0	32,7	33,8	1,7	0,2	0,3	0,0	0,0	0,2	Nov.	
10,0	- 58,0	3,8	2,0	8,8	10,1	0,4	2,4	0,7	0,3	0,3	1,8	Dez.	
- 24,3	35,5	0,0	2,8	13,1	11,5	2,4	0,2	1,0	0,0	0,0	2,0	2018 Jan.	
9,2	- 21,0	2,0	0,3	1,7	5,2	4,4	0,7	0,5	0,3	0,3	0,4	Febr.	

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Euroraum (Mrd €) 1)											
2016 Jan.	26 414,7	16 689,5	12 731,3	10 656,8	1 307,0	767,5	3 958,2	1 127,1	2 831,2	5 149,6	4 575,6
Febr.	26 749,7	16 774,6	12 771,6	10 700,6	1 313,1	757,8	4 003,0	1 118,6	2 884,4	5 228,2	4 746,9
März	26 407,2	16 825,5	12 776,4	10 709,9	1 312,1	754,4	4 049,1	1 117,9	2 931,3	5 030,7	4 551,1
April	26 557,8	16 909,0	12 815,8	10 721,4	1 325,7	768,7	4 093,2	1 127,9	2 965,3	5 173,9	4 474,8
Mai	26 807,3	16 993,9	12 842,6	10 733,4	1 341,4	767,8	4 151,4	1 121,7	3 029,6	5 270,0	4 543,4
Juni	27 073,1	17 041,4	12 829,3	10 732,4	1 344,2	752,7	4 212,1	1 110,6	3 101,4	5 278,2	4 753,5
Juli	27 135,2	17 093,7	12 852,6	10 737,7	1 359,7	755,3	4 241,1	1 111,6	3 129,5	5 326,7	4 714,8
Aug.	27 038,0	17 105,7	12 866,5	10 723,2	1 365,1	778,2	4 239,1	1 102,9	3 136,2	5 321,4	4 610,8
Sept.	26 973,5	17 147,5	12 892,6	10 756,8	1 359,3	776,5	4 255,0	1 098,8	3 156,2	5 266,4	4 559,5
Okt.	27 051,8	17 202,6	12 923,2	10 785,2	1 363,1	775,0	4 279,4	1 101,0	3 178,4	5 422,4	4 426,7
Nov.	27 160,7	17 295,1	12 983,5	10 830,2	1 383,3	770,0	4 311,6	1 088,9	3 222,7	5 451,6	4 414,0
Dez.	26 716,3	17 273,4	12 964,2	10 810,8	1 372,2	781,2	4 309,2	1 079,4	3 229,7	5 208,1	4 234,9
2017 Jan.	26 797,3	17 356,6	12 995,7	10 815,8	1 393,4	786,4	4 360,9	1 097,4	3 263,6	5 377,4	4 063,4
Febr.	27 059,3	17 417,6	13 033,6	10 846,1	1 398,4	789,0	4 384,1	1 076,2	3 307,8	5 497,8	4 143,9
März	27 011,4	17 549,9	13 115,9	10 902,3	1 423,7	789,9	4 434,0	1 072,8	3 361,2	5 418,0	4 043,5
April	27 100,4	17 595,0	13 130,7	10 897,8	1 429,8	803,0	4 464,3	1 075,4	3 388,9	5 450,3	4 055,1
Mai	27 016,5	17 632,5	13 145,4	10 895,9	1 451,1	798,3	4 487,1	1 062,4	3 424,7	5 360,7	4 023,3
Juni	26 697,1	17 611,1	13 132,8	10 895,2	1 441,3	796,3	4 478,3	1 063,0	3 415,2	5 195,9	3 890,1
Juli	26 650,2	17 604,1	13 118,8	10 866,0	1 460,1	792,6	4 485,3	1 060,3	3 425,1	5 228,0	3 818,1
Aug.	26 683,3	17 610,3	13 087,2	10 853,1	1 444,2	789,9	4 523,2	1 054,5	3 468,6	5 198,8	3 874,1
Sept.	26 561,5	17 655,1	13 130,0	10 905,6	1 433,2	791,2	4 525,1	1 045,9	3 479,2	5 170,9	3 735,5
Okt.	26 761,0	17 733,1	13 189,5	10 968,4	1 422,8	798,3	4 543,6	1 046,1	3 497,5	5 292,8	3 735,2
Nov.	26 791,1	17 846,3	13 272,2	11 037,6	1 430,8	803,8	4 574,1	1 038,2	3 535,9	5 247,3	3 697,5
Dez.	26 331,5	17 711,7	13 170,9	10 946,5	1 425,5	798,9	4 540,8	1 028,5	3 512,3	5 064,7	3 555,1
2018 Jan.	26 337,3	17 819,1	13 241,0	10 994,4	1 445,1	801,5	4 578,0	1 041,1	3 536,9	5 252,8	3 265,4
Febr.	26 300,9	17 815,5	13 236,9	10 998,7	1 454,8	783,4	4 578,6	1 024,8	3 553,8	5 342,1	3 143,4
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2016 Jan.	6 057,8	3 858,2	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,4	362,0	491,4	1 191,2	1 008,3
Febr.	6 155,3	3 874,9	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,9	362,0	498,9	1 209,7	1 070,8
März	6 060,6	3 885,5	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,9	361,6	508,3	1 163,7	1 011,4
April	6 050,2	3 908,3	3 026,3	2 617,8	152,2	256,3	882,1	366,1	515,9	1 181,7	960,2
Mai	6 091,2	3 934,7	3 043,0	2 629,7	153,3	260,0	891,7	362,8	528,9	1 187,1	969,4
Juni	6 221,2	3 939,7	3 042,5	2 629,1	152,9	260,5	897,2	357,3	540,0	1 221,3	1 060,1
Juli	6 245,6	3 968,5	3 054,3	2 639,3	155,3	259,7	914,2	360,3	553,8	1 228,3	1 048,8
Aug.	6 218,9	3 977,8	3 062,7	2 646,2	155,3	261,2	915,1	358,5	556,6	1 226,9	1 014,2
Sept.	6 202,1	4 001,8	3 075,1	2 655,3	157,6	262,1	926,8	357,2	569,5	1 215,0	985,4
Okt.	6 208,1	4 019,0	3 087,3	2 664,9	161,9	260,5	931,7	360,3	571,4	1 260,2	928,9
Nov.	6 186,1	4 046,1	3 107,1	2 680,4	165,0	261,7	939,0	355,5	583,5	1 243,2	896,8
Dez.	6 131,1	4 037,0	3 099,2	2 671,7	164,0	263,6	937,8	345,2	592,6	1 234,7	859,4
2017 Jan.	6 131,6	4 054,1	3 112,0	2 682,7	165,0	264,3	942,1	345,2	596,8	1 260,2	817,4
Febr.	6 196,5	4 075,7	3 124,9	2 691,3	168,1	265,5	950,8	344,6	606,2	1 281,9	839,0
März	6 176,3	4 089,6	3 136,8	2 701,2	169,6	266,0	952,8	340,6	612,3	1 281,0	805,7
April	6 174,4	4 103,1	3 143,3	2 709,1	170,4	263,9	959,8	342,3	617,5	1 264,2	807,1
Mai	6 160,2	4 114,5	3 157,3	2 719,6	172,6	265,0	957,2	332,2	624,9	1 234,6	811,2
Juni	6 106,3	4 120,6	3 165,9	2 722,5	173,2	270,2	954,7	330,8	623,9	1 238,6	747,1
Juli	6 069,0	4 135,9	3 176,7	2 731,5	175,2	269,9	959,2	332,6	626,7	1 201,4	731,7
Aug.	6 084,5	4 152,3	3 186,3	2 741,6	174,3	270,3	966,1	327,8	638,3	1 185,1	747,2
Sept.	6 076,7	4 167,7	3 200,9	2 757,6	174,3	269,1	966,8	323,2	643,6	1 194,6	714,3
Okt.	6 082,0	4 185,9	3 210,4	2 766,1	174,6	269,8	975,4	324,0	651,4	1 188,5	707,7
Nov.	6 088,7	4 211,0	3 227,4	2 777,0	178,7	271,6	983,6	321,5	662,1	1 177,2	700,5
Dez.	6 051,1	4 202,2	3 222,8	2 768,6	180,4	273,8	979,4	318,5	660,9	1 163,4	685,4
2018 Jan.	6 074,8	4 214,9	3 242,3	2 786,5	181,6	274,2	972,5	317,0	655,6	1 176,4	683,5
Febr.	6 051,9	4 220,1	3 253,3	2 799,4	183,1	270,8	966,8	311,4	655,4	1 195,1	636,7

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
Bargeld- umlauf 4)			Unternehmen und Privatpersonen							
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Euroraum (Mrd €) 1)										
1 037,7	11 611,8	10 852,4	10 953,3	5 365,2	973,3	344,1	2 074,6	2 121,8	74,3	2016 Jan.
1 038,9	11 621,1	10 871,9	10 976,1	5 385,2	967,8	340,6	2 085,3	2 124,1	73,1	Febr.
1 042,5	11 686,5	10 916,7	11 007,2	5 418,9	973,3	339,8	2 076,3	2 126,7	72,3	März
1 047,1	11 715,7	10 978,1	11 072,9	5 504,4	963,0	337,5	2 071,0	2 126,5	70,5	April
1 049,3	11 766,9	11 005,9	11 092,6	5 545,2	945,2	331,9	2 066,3	2 134,0	70,0	Mai
1 057,7	11 829,3	11 001,4	11 089,4	5 565,3	944,9	330,2	2 046,5	2 133,1	69,3	Juni
1 067,8	11 849,6	11 053,7	11 133,7	5 615,1	952,1	325,6	2 039,3	2 132,9	68,8	Juli
1 064,3	11 783,5	11 037,8	11 120,8	5 611,4	952,6	320,7	2 034,0	2 134,1	68,1	Aug.
1 066,5	11 788,9	11 032,4	11 130,6	5 637,1	960,1	315,0	2 021,8	2 129,2	67,4	Sept.
1 069,7	11 797,5	11 047,9	11 134,7	5 680,7	936,8	307,6	2 018,8	2 123,8	67,2	Okt.
1 071,0	11 882,2	11 107,7	11 212,3	5 780,1	926,7	303,3	2 013,9	2 121,8	66,4	Nov.
1 087,1	11 929,4	11 211,4	11 321,3	5 826,7	911,5	294,0	2 050,9	2 172,7	65,6	Dez.
1 075,1	11 985,2	11 191,6	11 306,4	5 824,0	914,4	286,6	2 034,3	2 182,1	65,0	2017 Jan.
1 078,1	11 994,1	11 210,5	11 330,1	5 849,1	919,5	284,5	2 028,8	2 183,6	64,6	Febr.
1 082,4	12 103,6	11 279,9	11 422,6	5 945,0	911,0	285,3	2 029,0	2 188,3	64,1	März
1 089,2	12 141,4	11 323,4	11 456,5	6 022,2	886,9	278,6	2 015,2	2 190,1	63,7	April
1 089,7	12 151,7	11 338,9	11 444,1	6 044,4	861,0	273,0	2 004,8	2 199,0	62,0	Mai
1 099,1	12 213,6	11 383,5	11 483,1	6 113,1	854,2	265,6	1 986,8	2 201,6	61,9	Juni
1 104,7	12 209,8	11 393,0	11 476,5	6 123,8	848,8	262,8	1 976,5	2 206,2	58,4	Juli
1 102,7	12 226,8	11 422,8	11 505,1	6 146,9	857,8	260,6	1 969,6	2 212,6	57,7	Aug.
1 103,3	12 271,6	11 432,3	11 519,7	6 196,9	843,3	256,3	1 956,5	2 210,0	56,8	Sept.
1 106,2	12 217,2	11 420,3	11 507,4	6 217,3	846,5	250,8	1 929,3	2 207,3	56,2	Okt.
1 107,1	12 249,3	11 471,5	11 544,7	6 291,5	832,2	246,3	1 912,4	2 206,7	55,5	Nov.
1 123,2	12 284,3	11 541,7	11 616,4	6 347,9	834,7	242,5	1 925,2	2 211,3	54,9	Dez.
1 108,0	12 315,3	11 525,3	11 607,3	6 339,4	840,5	237,0	1 913,5	2 221,0	55,8	2018 Jan.
1 108,3	12 327,1	11 522,5	11 600,9	6 344,7	832,1	232,6	1 912,9	2 223,5	55,1	Febr.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
242,2	3 398,2	3 312,7	3 191,1	1 739,2	172,6	35,6	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.
242,7	3 412,8	3 319,7	3 197,4	1 747,9	172,1	35,8	645,5	536,7	59,4	Febr.
243,3	3 428,4	3 315,7	3 188,8	1 735,7	176,5	37,5	644,9	535,9	58,3	März
244,2	3 429,1	3 334,3	3 208,5	1 759,1	178,5	38,3	640,3	535,1	57,2	April
243,7	3 469,8	3 356,2	3 222,9	1 779,2	175,2	37,3	640,6	534,4	56,2	Mai
245,2	3 481,5	3 352,9	3 218,7	1 779,1	173,1	38,3	638,8	533,9	55,4	Juni
247,4	3 464,1	3 368,1	3 233,1	1 793,5	174,7	38,2	638,3	533,8	54,6	Juli
246,5	3 480,0	3 376,0	3 238,3	1 803,0	173,4	38,2	636,2	533,8	53,8	Aug.
245,9	3 494,5	3 380,7	3 247,0	1 807,9	179,4	38,3	635,0	533,3	53,1	Sept.
245,4	3 489,6	3 386,4	3 254,0	1 821,1	172,1	37,8	637,3	533,5	52,3	Okt.
245,7	3 536,5	3 424,0	3 288,1	1 857,7	171,0	37,4	636,6	533,7	51,7	Nov.
248,1	3 517,1	3 419,8	3 284,1	1 851,0	171,5	38,4	635,6	536,3	51,3	Dez.
245,4	3 526,3	3 439,3	3 306,3	1 873,8	174,0	38,7	632,1	537,1	50,6	2017 Jan.
246,6	3 532,6	3 448,3	3 313,4	1 881,5	175,3	38,8	630,0	537,9	50,0	Febr.
247,7	3 549,3	3 449,2	3 318,1	1 886,4	177,4	39,9	628,4	536,5	49,5	März
249,3	3 540,9	3 447,5	3 317,0	1 895,9	170,7	40,0	624,7	536,6	49,0	April
248,6	3 566,1	3 465,8	3 327,4	1 910,5	167,5	40,2	624,1	536,4	48,7	Mai
249,5	3 590,5	3 482,0	3 339,9	1 928,7	165,5	40,3	621,4	535,7	48,3	Juni
251,6	3 583,1	3 472,8	3 333,0	1 927,8	162,6	40,3	619,5	537,9	44,9	Juli
250,4	3 600,7	3 483,1	3 338,6	1 938,3	159,0	40,3	619,3	537,5	44,1	Aug.
250,1	3 616,3	3 486,8	3 345,9	1 945,0	162,3	39,6	617,9	537,5	43,5	Sept.
250,9	3 606,4	3 490,8	3 352,9	1 958,5	158,8	38,6	616,2	538,0	42,7	Okt.
250,9	3 646,8	3 521,5	3 383,7	1 990,6	157,1	37,4	618,2	538,3	42,1	Nov.
252,9	3 647,9	3 515,8	3 378,5	1 976,2	162,0	37,7	620,4	540,7	41,5	Dez.
250,1	3 632,5	3 522,3	3 390,7	1 994,6	161,5	36,4	616,5	539,5	42,2	2018 Jan.
249,8	3 642,4	3 523,0	3 388,4	1 995,9	160,2	35,3	615,5	540,0	41,5	Febr.

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte												
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte					Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt						
		bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten							
Euroraum (Mrd €) 1)													
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	294,5	292,9	485,5	2 301,4	1 615,0
Febr.	301,0	344,0	162,6	98,1	14,4	39,9	24,0	5,1	339,1	335,1	484,2	2 288,0	1 597,6
März	333,3	345,9	159,5	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	332,3	329,1	471,7	2 271,4	1 590,3
April	297,6	345,2	161,9	97,2	15,4	42,2	23,5	4,9	327,9	323,1	489,1	2 275,8	1 586,3
Mai	317,7	356,6	167,0	102,1	15,5	43,1	24,0	4,9	318,7	312,8	489,2	2 284,5	1 575,9
Juni	378,3	361,6	171,3	102,4	15,9	43,7	23,5	4,8	321,3	318,0	479,7	2 281,8	1 569,3
Juli	349,2	366,7	174,1	101,6	18,2	43,8	24,2	4,8	298,6	297,4	494,8	2 258,2	1 543,7
Aug.	294,6	368,1	175,7	100,8	18,7	44,3	23,8	4,9	301,0	299,9	495,5	2 253,2	1 534,5
Sept.	297,4	361,0	170,5	99,5	19,4	44,4	22,3	5,0	286,5	285,7	493,7	2 227,1	1 517,1
Okt.	295,3	367,4	182,2	94,3	19,9	44,5	21,3	5,3	266,4	265,7	511,7	2 226,0	1 503,3
Nov.	300,4	369,6	178,7	98,8	21,1	44,2	21,6	5,2	264,5	263,8	518,8	2 244,1	1 506,1
Dez.	253,0	355,1	168,6	93,9	21,5	43,3	22,6	5,1	268,9	268,2	512,8	2 230,4	1 502,6
2017 Jan.	316,7	362,0	169,5	99,5	21,3	43,4	22,9	5,5	250,1	249,5	524,3	2 209,7	1 487,5
Febr.	299,9	364,1	175,0	96,2	20,2	44,1	23,1	5,4	241,7	241,0	520,1	2 221,0	1 493,4
März	324,0	357,0	165,4	96,5	21,5	44,6	23,6	5,4	256,5	255,8	532,1	2 194,0	1 480,5
April	318,6	366,2	176,4	92,4	23,7	44,7	23,5	5,5	250,4	249,7	527,8	2 164,9	1 466,2
Mai	332,1	375,5	181,6	94,5	25,3	45,2	24,2	4,7	238,4	237,7	523,0	2 171,8	1 490,1
Juni	352,5	378,0	181,2	95,7	26,6	45,8	24,0	4,7	221,7	221,0	502,3	2 154,7	1 478,3
Juli	345,0	388,3	191,0	95,2	26,7	46,2	24,4	4,8	197,4	196,8	516,0	2 134,2	1 471,5
Aug.	326,7	395,0	197,1	94,8	27,8	46,2	24,4	4,7	199,6	198,9	525,1	2 119,1	1 465,2
Sept.	362,5	389,5	193,2	91,9	28,1	47,5	24,1	4,7	206,6	205,9	520,9	2 098,6	1 448,2
Okt.	318,9	390,9	197,9	87,6	28,3	48,3	24,1	4,7	226,5	225,8	529,8	2 086,3	1 431,2
Nov.	310,2	394,4	197,6	89,5	29,8	49,0	23,8	4,6	243,4	242,8	526,1	2 099,7	1 446,4
Dez.	288,8	379,1	191,1	81,5	31,5	46,8	23,5	4,6	211,7	211,2	499,7	2 081,4	1 437,3
2018 Jan.	330,0	378,1	186,2	84,3	31,1	47,5	24,1	5,0	203,8	203,3	518,7	2 071,3	1 440,2
Febr.	343,1	383,2	191,4	83,5	30,9	47,8	24,7	4,8	199,3	198,8	504,8	2 077,8	1 436,6
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0
Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2
März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,5
April	31,9	188,7	58,2	80,3	10,9	35,6	3,2	0,5	3,7	2,4	3,0	521,8	249,1
Mai	50,6	196,3	60,4	84,9	11,1	36,2	3,3	0,5	3,5	2,4	2,5	530,9	244,9
Juni	63,6	199,2	62,2	85,0	11,5	36,6	3,3	0,5	2,5	2,3	2,6	523,0	241,2
Juli	31,9	199,1	59,9	85,2	13,3	36,8	3,3	0,5	3,4	3,2	2,4	524,2	241,2
Aug.	40,6	201,0	61,7	84,6	13,6	37,2	3,4	0,5	3,2	3,2	2,3	524,4	241,5
Sept.	49,3	198,3	59,7	83,5	14,0	37,2	3,4	0,5	2,9	2,9	2,4	516,7	240,8
Okt.	40,5	195,1	58,8	80,4	14,9	37,2	3,4	0,5	3,2	3,2	2,3	526,0	242,2
Nov.	47,4	201,0	59,5	84,2	16,1	37,3	3,3	0,6	3,0	3,0	2,3	542,1	251,4
Dez.	33,8	199,1	61,6	80,5	16,6	36,6	3,3	0,6	2,2	2,2	2,3	541,3	250,6
2017 Jan.	21,2	198,8	55,1	86,6	16,4	36,9	3,2	0,6	4,8	4,8	2,2	553,4	261,4
Febr.	17,5	201,8	61,5	83,2	15,7	37,7	3,1	0,6	4,5	4,5	2,2	556,7	262,6
März	31,6	199,5	58,7	82,5	16,5	38,2	3,1	0,6	2,6	2,6	2,1	551,8	263,6
April	25,0	198,9	59,0	79,4	18,8	38,2	3,0	0,6	3,5	3,5	2,1	546,7	264,9
Mai	32,7	206,1	61,6	81,6	20,6	38,7	3,1	0,6	2,4	2,4	2,1	542,6	263,2
Juni	39,8	210,9	63,4	82,6	22,0	39,3	3,0	0,6	1,8	1,8	2,1	542,7	266,0
Juli	42,3	207,8	60,3	81,5	22,6	39,8	3,0	0,7	3,3	3,3	2,1	534,5	264,9
Aug.	49,7	212,4	64,0	81,0	23,6	40,1	3,0	0,7	3,4	3,4	2,3	534,4	267,8
Sept.	59,5	210,9	63,2	78,5	24,3	41,2	3,0	0,7	2,6	2,6	2,3	529,1	264,0
Okt.	45,3	208,2	64,4	73,5	24,7	41,9	3,0	0,7	2,3	2,3	2,0	521,8	252,3
Nov.	51,7	211,4	65,5	73,0	26,2	43,1	2,9	0,7	2,6	2,6	2,0	518,3	251,1
Dez.	61,7	207,7	69,3	66,3	27,8	40,6	2,9	0,7	3,3	3,3	1,7	512,7	256,4
2018 Jan.	37,4	204,4	61,6	70,3	27,5	41,4	2,8	0,8	4,3	4,3	1,7	518,8	262,8
Febr.	46,7	207,4	66,3	69,2	26,8	41,5	3,0	0,6	3,8	3,8	2,0	522,3	263,8

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einsch. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) ³⁾										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾				
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾		Geldkapitalbildung ¹³⁾			
Euroraum (Mrd €) ¹⁾															
28,9	50,6	2 221,8	3 800,3	2 573,0	- 77,1	4 387,7	-	6 666,0	10 264,2	10 908,5	6 988,6	123,6	2016 Jan.		
33,4	54,2	2 200,4	3 912,2	2 609,9	- 98,5	4 554,8	-	6 688,4	10 278,4	10 942,5	7 013,7	122,8	Febr.		
37,2	51,9	2 182,3	3 724,8	2 592,4	- 94,3	4 379,8	-	6 721,6	10 322,7	10 968,4	6 969,1	121,3	März		
41,7	50,0	2 184,2	3 912,4	2 604,3	- 99,6	4 285,0	-	6 815,4	10 399,2	11 070,5	6 977,2	122,7	April		
39,9	49,2	2 195,4	4 018,4	2 600,8	- 84,0	4 363,4	-	6 867,6	10 440,8	11 110,7	6 980,5	126,6	Mai		
49,8	47,2	2 184,8	3 941,0	2 664,9	- 62,8	4 560,2	-	6 901,6	10 472,1	11 131,7	7 014,0	127,7	Juni		
54,6	47,8	2 155,8	4 071,9	2 678,7	- 105,4	4 521,1	-	6 967,7	10 543,0	11 225,5	6 991,1	131,5	Juli		
53,9	46,2	2 153,1	4 113,9	2 676,2	- 85,1	4 435,5	-	6 962,0	10 533,4	11 214,3	6 980,4	131,4	Aug.		
48,7	46,1	2 132,3	4 069,0	2 698,3	- 45,1	4 388,5	-	6 984,6	10 550,9	11 216,3	6 969,1	131,3	Sept.		
53,5	43,6	2 129,0	4 278,6	2 683,3	- 28,3	4 246,7	-	7 043,6	10 568,0	11 250,0	6 948,0	131,8	Okt.		
54,6	42,9	2 146,6	4 317,8	2 662,6	- 55,5	4 255,3	-	7 145,6	10 659,4	11 345,5	6 939,0	136,4	Nov.		
48,1	42,0	2 140,3	4 039,0	2 654,2	- 41,8	4 036,3	-	7 193,7	10 734,0	11 399,6	6 959,3	135,4	Dez.		
44,2	45,8	2 119,7	4 244,7	2 646,4	- 14,7	3 876,6	-	7 183,2	10 734,5	11 422,2	6 914,3	139,1	2017 Jan.		
49,4	47,2	2 124,4	4 375,4	2 696,5	- 20,4	3 952,7	-	7 218,0	10 769,6	11 456,5	6 963,9	140,1	Febr.		
48,5	47,2	2 098,3	4 315,5	2 676,9	- 3,3	3 853,7	-	7 308,6	10 859,0	11 560,0	6 918,3	140,0	März		
35,2	43,8	2 085,9	4 398,8	2 663,1	1,0	3 863,7	-	7 405,9	10 925,1	11 606,7	6 878,0	142,1	April		
42,2	42,8	2 086,9	4 332,9	2 659,5	3,1	3 846,3	-	7 436,8	10 937,6	11 621,5	6 863,1	145,0	Mai		
42,5	42,1	2 070,2	4 134,0	2 631,3	10,0	3 730,3	-	7 515,0	11 006,5	11 660,7	6 800,7	145,5	Juni		
39,6	40,5	2 054,1	4 179,2	2 616,3	9,6	3 683,0	-	7 543,6	11 031,6	11 696,8	6 756,4	148,0	Juli		
35,2	40,2	2 043,8	4 177,2	2 647,5	- 0,7	3 685,9	-	7 571,5	11 073,1	11 748,6	6 769,5	148,5	Aug.		
43,6	39,9	2 015,0	4 154,7	2 651,1	17,2	3 537,5	-	7 619,9	11 097,3	11 767,6	6 731,7	150,4	Sept.		
36,0	37,1	2 013,2	4 339,4	2 666,0	13,3	3 576,3	-	7 646,5	11 114,8	11 785,8	6 717,7	148,7	Okt.		
40,8	37,4	2 021,5	4 289,3	2 658,2	45,6	3 572,4	-	7 724,4	11 175,9	11 855,9	6 701,2	151,3	Nov.		
35,8	35,4	2 010,1	4 099,1	2 709,5	30,2	3 292,5	-	7 785,4	11 233,2	11 871,8	6 751,1	146,0	Dez.		
24,5	29,9	2 016,9	4 417,1	2 694,4	- 42,0	3 050,5	-	7 758,9	11 219,7	11 863,3	6 733,2	148,1	2018 Jan.		
35,7	27,9	2 014,2	4 503,8	2 684,8	- 22,3	2 917,2	-	7 771,0	11 220,7	11 863,2	6 719,8	149,0	Febr.		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
25,2	11,2	498,4	702,8	560,8	- 766,0	1 620,7	297,1	1 793,6	2 633,8	2 676,6	1 801,7	-	2016 Jan.		
25,5	11,8	490,7	739,6	574,8	- 790,7	1 683,0	297,7	1 807,0	2 644,8	2 689,9	1 804,6	-	Febr.		
24,0	10,9	483,8	699,0	569,9	- 784,5	1 622,4	299,8	1 793,1	2 641,1	2 682,7	1 791,6	-	März		
23,9	11,7	486,1	753,1	575,6	- 803,0	1 566,8	300,9	1 817,3	2 663,6	2 705,9	1 795,3	-	April		
22,8	12,3	495,8	758,5	571,4	- 823,1	1 577,5	303,9	1 839,6	2 685,7	2 726,9	1 800,7	-	Mai		
23,8	11,8	487,5	783,3	592,6	- 834,3	1 670,0	308,0	1 841,3	2 686,4	2 727,1	1 811,5	-	Juni		
30,5	12,6	481,1	807,8	595,1	- 824,9	1 673,4	311,7	1 853,4	2 702,0	2 750,9	1 806,5	-	Juli		
27,4	12,5	484,5	826,1	589,2	- 846,9	1 640,6	314,1	1 864,6	2 711,7	2 757,1	1 801,3	-	Aug.		
26,4	12,9	477,4	851,2	594,2	- 876,5	1 616,7	318,8	1 867,6	2 719,5	2 764,2	1 797,3	-	Sept.		
25,3	13,4	487,3	899,9	585,7	- 863,2	1 564,6	322,0	1 879,9	2 721,9	2 766,1	1 800,2	-	Okt.		
22,7	14,6	504,7	905,9	578,4	- 918,6	1 536,5	323,9	1 917,2	2 762,9	2 805,6	1 809,3	-	Nov.		
23,1	14,2	504,0	878,8	580,3	- 897,1	1 506,3	327,3	1 912,6	2 759,2	2 801,0	1 808,4	-	Dez.		
22,8	14,4	516,2	930,2	575,5	- 926,5	1 465,7	328,3	1 928,9	2 784,9	2 829,2	1 811,9	-	2017 Jan.		
22,2	15,2	519,2	972,2	587,9	- 944,3	1 484,8	330,1	1 943,0	2 797,0	2 841,1	1 825,3	-	Febr.		
19,5	15,9	516,4	979,6	586,5	- 957,7	1 462,2	331,9	1 945,1	2 801,0	2 841,1	1 819,5	-	März		
17,7	16,9	512,1	985,8	597,9	- 965,5	1 463,1	335,2	1 954,8	2 803,4	2 843,5	1 822,6	-	April		
18,4	16,8	507,4	957,7	595,0	- 967,6	1 461,9	338,1	1 972,1	2 821,5	2 861,2	1 814,4	-	Mai		
19,3	16,4	507,0	946,6	591,5	- 981,1	1 412,1	342,8	1 992,1	2 841,2	2 880,9	1 808,1	-	Juni		
18,8	16,2	499,5	926,1	589,1	- 975,5	1 406,4	345,0	1 988,1	2 835,9	2 876,2	1 793,6	-	Juli		
18,5	15,8	500,0	894,5	597,2	- 970,2	1 422,2	348,6	2 002,3	2 846,8	2 886,8	1 801,4	-	Aug.		
19,3	15,4	494,4	927,7	594,2	- 982,9	1 387,5	352,1	2 008,2	2 853,5	2 893,0	1 792,0	-	Sept.		
18,6	15,7	487,5	913,6	596,3	- 946,7	1 386,3	354,2	2 023,0	2 859,6	2 898,2	1 785,4	-	Okt.		
18,5	15,8	484,0	883,4	593,7	- 940,3	1 382,0	355,5	2 056,1	2 890,9	2 929,9	1 781,9	-	Nov.		
17,7	14,8	480,2	921,3	668,6	- 999,6	1 295,2	359,3	2 045,5	2 882,9	2 920,4	1 852,1	-	Dez.		
16,0	14,2	488,5	931,6	656,8	- 974,7	1 303,7	359,3	2 056,2	2 894,2	2 930,5	1 846,2	-	2018 Jan.		
17,1	13,7	491,6	968,7	653,2	- 1 003,8	1 263,3	361,3	2 062,1	2 896,6	2 933,2	1 843,9	-	Febr.		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zusätzlich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zusätzlich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)				
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)		
Eurosystem 2)												
2015 Okt.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Nov.
Dez.	612,2	66,1	459,3	0,0	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
2016 Jan.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Febr.
März	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4
April	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3
Mai
Juni	640,3	53,9	456,3	0,2	1 105,3	309,0	0,0	1 076,6	123,9	122,8	623,8	2 009,4
Juli	666,1	47,6	471,6	0,1	1 227,1	323,1	0,0	1 087,1	175,5	169,4	657,5	2 067,7
Aug.
Sept.	685,0	43,5	483,7	0,0	1 339,7	355,1	0,0	1 096,2	137,8	214,0	748,8	2 200,2
Okt.	687,8	37,4	503,5	0,1	1 447,0	387,3	0,0	1 094,7	168,3	248,0	777,4	2 259,4
Nov.
Dez.	687,4	34,0	511,8	0,2	1 570,2	439,4	0,0	1 103,1	159,7	277,6	823,9	2 366,3
2017 Jan.	674,7	34,6	548,9	0,2	1 670,8	434,4	0,0	1 119,1	143,1	313,6	919,0	2 472,6
Febr.
März	662,4	29,0	554,3	0,3	1 787,5	479,2	0,0	1 110,8	160,3	322,2	960,9	2 550,9
April
Mai	678,6	18,5	707,4	0,3	1 905,3	550,0	0,0	1 118,4	182,0	378,8	1 081,1	2 749,4
Juni	683,1	13,7	767,4	0,2	1 995,0	593,7	0,0	1 126,0	163,6	397,4	1 178,7	2 898,5
Juli	656,9	9,4	767,4	0,2	2 076,1	595,3	0,0	1 136,3	229,8	379,4	1 169,2	2 900,8
Aug.
Sept.	639,0	5,5	768,6	0,3	2 150,2	611,4	0,0	1 142,5	181,8	385,1	1 242,7	2 996,7
Okt.	635,0	6,7	765,3	0,2	2 239,2	648,1	0,0	1 142,8	218,3	383,9	1 253,3	3 044,2
Nov.
Dez.	634,5	3,0	763,7	0,2	2 333,5	682,5	0,0	1 146,6	188,5	407,6	1 309,7	3 138,8
2018 Jan.	635,7	2,9	760,6	0,2	2 398,2	689,2	0,0	1 158,2	188,1	487,0	1 275,2	3 122,5
Febr.
März	630,9	1,5	760,5	0,0	2 435,5	686,3	0,0	1 148,2	203,6	474,9	1 315,6	3 150,1
Deutsche Bundesbank												
2015 Okt.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Nov.
Dez.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
2016 Jan.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Febr.
März	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1
April	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1
Mai
Juni	156,4	3,3	45,3	0,0	237,2	87,3	0,0	254,7	41,1	- 127,2	186,5	528,4
Juli	163,3	2,7	44,7	0,0	263,4	89,8	0,0	257,4	47,2	- 117,0	196,6	543,9
Aug.
Sept.	168,3	1,9	44,0	0,0	288,2	90,8	0,0	258,7	36,2	- 112,6	229,3	578,9
Okt.	168,7	1,5	50,6	0,0	311,9	105,2	0,0	258,6	50,5	- 125,2	243,6	607,4
Nov.
Dez.	167,7	0,9	54,0	0,0	339,2	129,7	0,0	260,3	43,7	- 141,9	270,0	660,0
2017 Jan.	163,8	0,9	62,0	0,0	361,5	132,7	0,0	264,2	35,4	- 146,1	302,0	698,9
Febr.
März	159,4	0,8	63,5	0,0	386,6	153,7	0,0	262,3	23,1	- 169,8	341,0	757,0
April
Mai	164,4	1,0	86,0	0,1	412,4	181,4	0,0	264,1	29,7	- 185,3	374,0	819,5
Juni	165,8	0,3	95,0	0,0	431,8	181,2	0,0	266,2	32,4	- 204,9	418,0	865,4
Juli	159,6	0,5	95,0	0,0	447,9	170,1	0,0	269,0	52,7	- 201,6	412,7	851,9
Aug.
Sept.	155,2	0,3	94,9	0,0	463,2	165,5	0,0	269,9	52,4	- 192,6	418,5	853,9
Okt.	154,8	0,3	94,9	0,0	481,5	171,0	0,0	269,4	65,9	- 197,6	422,7	863,2
Nov.
Dez.	154,2	0,5	94,8	0,0	501,4	187,5	0,0	270,3	56,0	- 218,6	455,8	913,6
2018 Jan.	155,5	0,9	93,3	0,0	514,7	204,4	0,0	272,8	54,9	- 192,2	424,5	901,7
Febr.
März	151,5	0,6	93,4	0,0	522,9	207,9	0,0	271,0	56,8	- 221,3	453,9	932,8

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

füllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	2015 Okt.
- 6,9	- 4,1	- 2,8	± 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Nov.
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Dez.
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9	2016 Jan.
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 23,8	+ 13,5	+ 50,9	Febr.
+ 13,0	- 4,2	- 4,5	± 0,0	+ 105,2	+ 47,0	± 0,0	+ 7,3	- 23,5	+ 25,1	+ 53,8	+ 108,1	März
+ 25,8	- 6,3	+ 15,3	- 0,1	+ 121,8	+ 14,1	± 0,0	+ 10,5	+ 51,6	+ 46,6	+ 33,7	+ 58,3	April
+ 18,9	- 4,1	+ 12,1	- 0,1	+ 112,6	+ 32,0	± 0,0	+ 9,1	- 37,7	+ 44,6	+ 91,3	+ 132,5	Mai
+ 2,8	- 6,1	+ 19,8	+ 0,1	+ 107,3	+ 32,2	± 0,0	- 1,5	+ 30,5	+ 34,0	+ 28,6	+ 59,2	Juni
- 0,4	- 3,4	+ 8,3	+ 0,1	+ 123,2	+ 52,1	± 0,0	+ 8,4	- 8,6	+ 29,6	+ 46,5	+ 106,9	Juli
- 12,7	+ 0,6	+ 37,1	± 0,0	+ 100,6	- 5,0	± 0,0	+ 16,0	- 16,6	+ 36,0	+ 95,1	+ 106,3	Aug.
- 12,3	- 5,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 116,7	+ 44,8	± 0,0	- 8,3	+ 17,2	+ 8,6	+ 41,9	+ 78,3	Sept.
+ 16,2	- 10,5	+ 153,1	± 0,0	+ 117,8	+ 70,8	± 0,0	+ 7,6	+ 21,7	+ 56,6	+ 120,2	+ 198,5	2017 Jan.
+ 4,5	- 4,8	+ 60,0	- 0,1	+ 89,7	+ 43,7	± 0,0	+ 7,6	- 18,4	+ 18,6	+ 97,6	+ 149,1	Febr.
- 26,2	- 4,3	± 0,0	± 0,0	+ 81,1	+ 1,6	± 0,0	+ 10,3	+ 66,2	- 18,0	- 9,5	+ 2,3	März
- 17,9	- 3,9	+ 1,2	+ 0,1	+ 74,1	+ 16,1	± 0,0	+ 6,2	- 48,0	+ 5,7	+ 73,5	+ 95,9	April
- 4,0	+ 1,2	- 3,3	- 0,1	+ 89,0	+ 36,7	± 0,0	+ 0,3	+ 36,5	- 1,2	+ 10,6	+ 47,5	Mai
- 0,5	- 3,7	- 1,6	± 0,0	+ 94,3	+ 34,4	± 0,0	+ 3,8	- 29,8	+ 23,7	+ 56,4	+ 94,6	Juni
+ 1,2	- 0,1	- 3,1	± 0,0	+ 64,7	+ 6,7	± 0,0	+ 11,6	- 0,4	+ 79,4	- 34,5	- 16,3	2018 Jan.
- 4,8	- 1,4	- 0,1	- 0,2	+ 37,3	- 2,9	± 0,0	- 10,0	+ 15,5	- 12,1	+ 40,4	+ 27,6	Febr.
Deutsche Bundesbank												
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	2015 Okt.
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Nov.
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Dez.
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8	2016 Jan.
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0	Febr.
+ 4,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 23,1	+ 19,7	± 0,0	+ 2,6	+ 3,8	- 22,1	+ 24,1	+ 46,3	März
+ 6,9	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 26,2	+ 2,6	± 0,0	+ 2,8	+ 6,1	+ 10,2	+ 10,1	+ 15,4	April
+ 5,1	- 0,8	- 0,7	- 0,0	+ 24,8	+ 1,0	± 0,0	+ 1,3	- 11,0	+ 4,4	+ 32,7	+ 35,0	Mai
+ 0,4	- 0,5	+ 6,6	+ 0,0	+ 23,7	+ 14,4	± 0,0	- 0,1	+ 14,3	- 12,6	+ 14,2	+ 28,5	Juni
- 0,9	- 0,5	+ 3,3	+ 0,0	+ 27,3	+ 24,4	± 0,0	+ 1,7	- 6,8	- 16,7	+ 26,5	+ 52,6	Juli
- 4,0	- 0,1	+ 8,1	- 0,0	+ 22,3	+ 3,0	± 0,0	+ 3,9	- 8,3	- 4,3	+ 31,9	+ 38,8	Aug.
- 4,4	- 0,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 25,1	+ 21,0	± 0,0	- 1,9	- 12,2	- 23,6	+ 39,0	+ 58,1	Sept.
+ 4,9	+ 0,1	+ 22,6	+ 0,0	+ 25,9	+ 27,7	± 0,0	+ 1,8	+ 6,6	- 15,6	+ 33,0	+ 62,5	2017 Jan.
+ 1,5	- 0,7	+ 9,0	- 0,1	+ 19,4	- 0,2	± 0,0	+ 2,1	+ 2,6	- 19,6	+ 44,0	+ 45,9	Febr.
- 6,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 16,1	- 11,1	± 0,0	+ 2,8	+ 20,3	+ 3,3	- 5,3	- 13,6	März
- 4,4	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 15,4	- 4,6	± 0,0	+ 0,9	- 0,2	+ 9,0	+ 5,8	+ 2,1	April
- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 18,3	+ 5,5	± 0,0	- 0,5	+ 13,5	- 5,0	+ 4,2	+ 9,2	Mai
- 0,6	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 19,9	+ 16,5	± 0,0	+ 0,9	- 9,9	- 21,0	+ 33,1	+ 50,4	Juni
+ 1,3	+ 0,4	- 1,6	- 0,0	+ 13,3	+ 16,9	± 0,0	+ 2,5	- 1,1	+ 26,4	- 31,3	- 11,9	2018 Jan.
- 4,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 8,2	+ 3,5	± 0,0	- 1,7	+ 1,9	- 29,1	+ 29,4	+ 31,1	Febr.

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. **6** Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem ¹⁾									
2017 Sept. 15.	4 308,9	379,1	302,9	74,5	228,4	31,0	16,6	16,6	–
22.	4 328,2	379,1	302,5	74,5	228,0	33,4	16,8	16,8	–
29.	4 318,6	379,0	296,9	73,0	223,8	30,8	17,7	17,7	–
Okt. 6.	4 337,7	379,0	295,9	73,0	222,8	33,4	16,9	16,9	–
13.	4 371,6	379,0	297,2	73,0	224,2	32,1	16,7	16,7	–
20.	4 363,4	379,0	297,4	73,0	224,4	32,8	17,3	17,3	–
27.	4 371,2	379,0	295,5	72,9	222,5	34,6	15,5	15,5	–
Nov. 3.	4 373,2	379,0	296,4	72,9	223,5	33,9	15,0	15,0	–
10.	4 387,7	379,0	297,4	72,7	224,6	32,4	14,8	14,8	–
17.	4 411,9	379,0	297,6	72,2	225,3	34,6	15,7	15,7	–
24.	4 427,5	379,0	298,3	72,2	226,1	33,0	15,8	15,8	–
Dez. 1.	4 440,8	379,0	299,9	72,3	227,5	32,9	16,0	16,0	–
8.	4 456,6	379,0	300,5	72,3	228,2	33,1	16,2	16,2	–
15.	4 471,9	379,0	299,9	72,1	227,8	31,8	17,7	17,7	–
22.	4 487,3	379,0	300,6	70,7	230,0	39,4	16,5	16,5	–
29.	4 471,7	376,5	296,2	70,2	226,0	38,1	19,4	19,4	–
2018 Jan. 5.	4 466,0	376,3	294,6	70,2	224,4	38,6	16,1	16,1	–
12.	4 472,7	376,3	295,5	70,2	225,3	28,9	14,5	14,5	–
19.	4 484,0	376,3	297,6	70,2	227,4	29,9	15,8	15,8	–
26.	4 493,1	376,3	296,4	70,1	226,3	29,1	15,7	15,7	–
Febr. 2.	4 491,2	376,3	295,9	70,0	225,9	32,7	16,1	16,1	–
9.	4 493,7	376,3	297,1	69,9	227,3	32,5	16,8	16,8	–
16.	4 504,8	376,3	296,8	69,9	226,9	34,7	17,4	17,4	–
23.	4 511,5	376,3	296,2	69,9	226,3	35,4	17,4	17,4	–
März 2.	4 519,4	376,3	297,1	69,9	227,2	34,5	16,6	16,6	–
9.	4 530,1	376,3	299,6	69,9	229,7	32,5	18,7	18,7	–
16.	4 532,6	376,3	300,2	69,8	230,4	29,6	17,8	17,8	–
23.	4 539,1	376,3	304,6	69,8	234,7	26,5	18,5	18,5	–
30.	4 529,6	374,1	299,6	69,3	230,3	26,6	17,7	17,7	–
April 6.	4 531,5	374,1	297,2	69,3	227,9	25,7	17,1	17,1	–
Deutsche Bundesbank									
2017 Sept. 15.	1 606,9	118,2	52,3	19,9	32,4	0,0	2,6	2,6	–
22.	1 619,4	118,2	52,6	19,9	32,6	0,0	2,8	2,8	–
29.	1 663,9	118,2	51,7	19,6	32,2	1,4	3,1	3,1	–
Okt. 6.	1 631,2	118,2	51,9	19,6	32,3	0,0	2,5	2,5	–
13.	1 600,3	118,2	52,7	19,6	33,1	0,0	2,7	2,7	–
20.	1 608,3	118,2	53,4	19,6	33,9	0,0	3,1	3,1	–
27.	1 620,3	118,2	53,6	19,5	34,0	0,0	2,0	2,0	–
Nov. 3.	1 625,1	118,2	52,8	19,5	33,3	0,0	2,1	2,1	–
10.	1 637,2	118,2	53,1	19,4	33,7	0,0	1,6	1,6	–
17.	1 661,7	118,2	53,3	19,3	34,0	0,0	2,0	2,0	–
24.	1 655,7	118,2	52,7	19,3	33,4	0,0	2,3	2,3	–
Dez. 1.	1 658,7	118,2	52,4	19,3	33,1	0,0	2,2	2,2	–
8.	1 676,5	118,2	51,8	19,3	32,6	0,0	2,2	2,2	–
15.	1 676,3	118,2	51,5	19,1	32,4	0,0	3,0	3,0	–
22.	1 721,8	118,2	50,3	18,4	31,9	7,2	1,4	1,4	–
29.	1 727,7	117,3	49,5	18,3	31,2	7,2	4,4	4,4	–
2018 Jan. 5.	1 690,6	117,3	49,6	18,3	31,3	7,2	1,5	1,5	–
12.	1 673,4	117,3	49,6	18,3	31,3	0,1	1,4	1,4	–
19.	1 682,7	117,3	50,0	18,3	31,7	0,1	1,8	1,8	–
26.	1 653,8	117,3	49,5	18,2	31,3	0,1	2,0	2,0	–
Febr. 2.	1 710,7	117,3	49,5	18,2	31,3	0,0	2,3	2,3	–
9.	1 712,9	117,3	49,5	18,1	31,4	0,0	2,2	2,2	–
16.	1 731,0	117,3	49,8	18,1	31,6	0,0	2,0	2,0	–
23.	1 712,4	117,3	50,2	18,1	32,0	0,0	1,9	1,9	–
März 2.	1 738,6	117,3	49,9	18,1	31,8	0,0	1,1	1,1	–
9.	1 720,8	117,3	49,3	18,1	31,2	0,0	3,4	3,4	–
16.	1 713,8	117,3	49,1	18,1	31,0	0,0	1,8	1,8	–
23.	1 725,0	117,3	49,8	18,1	31,6	– 0,0	2,1	2,1	–
30.	1 756,2	116,6	49,2	18,0	31,2	0,0	1,5	1,5	–
April 6.	1 717,4	116,6	48,9	18,0	30,8	0,0	1,5	1,5	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ¹⁾														
772,5	4,0	768,4	–	–	0,1	–	61,5	2 484,1	2 200,0	284,2	25,7	235,3	2017 Sept.	15.
773,6	5,1	768,4	–	–	0,1	–	59,4	2 498,5	2 214,1	284,3	25,7	239,1		22.
768,5	4,2	764,1	–	–	0,2	–	53,3	2 504,4	2 221,3	283,1	25,7	242,3		29.
767,5	3,2	764,1	–	–	0,2	–	54,9	2 521,9	2 238,9	283,0	25,7	242,5	Okt.	6.
785,5	21,3	764,1	–	–	0,1	–	55,0	2 537,6	2 254,4	283,2	25,7	242,7		13.
768,2	3,8	764,1	–	–	0,3	–	56,7	2 547,4	2 265,1	282,3	25,7	238,9		20.
769,4	5,3	763,7	–	–	0,3	–	55,4	2 560,0	2 278,4	281,6	25,7	236,2		27.
766,9	3,0	763,7	–	–	0,2	–	52,6	2 568,1	2 287,7	280,4	25,7	235,7	Nov.	3.
766,5	2,7	763,7	–	–	0,1	–	52,7	2 583,9	2 303,2	280,7	25,1	235,9		10.
766,8	2,8	763,7	–	–	0,2	–	56,7	2 599,0	2 318,3	280,7	25,1	237,4		17.
767,1	3,0	763,7	–	–	0,4	–	55,6	2 614,0	2 333,4	280,6	25,1	239,6		24.
768,9	5,0	763,7	–	–	0,2	–	50,7	2 627,3	2 347,3	279,9	25,1	241,1	Dez.	1.
766,1	2,3	763,7	–	–	0,1	–	52,2	2 643,1	2 364,8	278,3	25,1	241,3		8.
765,7	1,9	763,7	–	–	0,1	–	54,9	2 655,8	2 380,3	275,5	25,1	241,9		15.
764,3	3,4	760,6	–	–	0,3	–	43,1	2 668,3	2 393,3	275,0	25,1	250,9		22.
764,3	3,4	760,6	–	–	0,3	–	37,6	2 660,7	2 386,0	274,7	25,0	254,0		29.
763,6	2,9	760,6	–	–	0,1	–	35,2	2 662,4	2 388,9	273,5	25,0	254,2	2018 Jan.	5.
763,7	3,0	760,6	–	–	0,1	–	46,2	2 672,9	2 399,0	273,9	25,0	249,7		12.
763,3	2,4	760,6	–	–	0,2	–	47,7	2 679,3	2 406,6	272,7	25,0	249,1		19.
762,8	2,2	760,6	–	–	0,1	–	49,5	2 688,7	2 415,3	273,4	25,0	249,5		26.
762,6	1,9	760,7	–	–	0,0	–	51,5	2 685,3	2 416,1	269,1	25,0	245,7	Febr.	2.
762,2	1,6	760,7	–	–	0,0	–	45,5	2 694,9	2 425,2	269,7	25,0	243,3		9.
762,1	1,3	760,7	–	–	0,1	–	47,0	2 703,0	2 433,3	269,7	25,0	242,6		16.
762,2	1,5	760,7	–	–	0,0	–	48,5	2 708,4	2 438,4	270,0	25,0	242,2		23.
762,0	1,7	760,3	–	–	0,0	–	49,1	2 715,6	2 445,2	270,4	25,0	243,1	März	2.
761,4	1,1	760,3	–	–	–	–	49,0	2 725,1	2 454,6	270,5	25,0	242,7		9.
761,3	1,0	760,3	–	–	–	–	48,7	2 731,2	2 461,0	270,2	25,0	242,6		16.
761,9	1,5	760,3	–	–	0,1	–	50,2	2 738,0	2 468,6	269,4	25,0	238,1		23.
761,9	2,4	759,3	–	–	0,2	–	48,5	2 732,7	2 464,6	268,1	24,9	243,5		30.
761,6	2,3	759,3	–	–	–	–	44,9	2 742,4	2 474,5	268,0	24,9	243,5	April	6.
Deutsche Bundesbank														
95,1	0,2	94,9	–	–	0,0	–	5,3	474,4	474,4	–	4,4	854,4	2017 Sept.	15.
95,2	0,2	94,9	–	–	0,1	–	5,2	476,9	476,9	–	4,4	864,0		22.
95,1	0,2	94,8	–	–	0,0	–	3,7	478,3	478,3	–	4,4	908,1		29.
95,1	0,2	94,8	–	–	–	–	4,5	481,0	481,0	–	4,4	873,7	Okt.	6.
95,1	0,3	94,8	–	–	0,0	–	3,6	483,4	483,4	–	4,4	840,1		13.
95,3	0,4	94,8	–	–	–	–	3,1	486,3	486,3	–	4,4	844,5		20.
95,2	0,3	94,8	–	–	0,0	–	3,5	489,4	489,4	–	4,4	854,0		27.
95,1	0,3	94,8	–	–	–	–	3,9	491,8	491,8	–	4,4	856,8	Nov.	3.
95,1	0,3	94,8	–	–	–	–	3,0	494,9	494,9	–	4,4	866,8		10.
95,1	0,3	94,8	–	–	–	–	2,8	498,6	498,6	–	4,4	887,3		17.
95,1	0,3	94,8	–	–	0,0	–	3,1	501,7	501,7	–	4,4	878,1		24.
96,3	1,4	94,8	–	–	–	–	2,8	504,4	504,4	–	4,4	878,1	Dez.	1.
95,3	0,5	94,8	–	–	–	–	2,9	508,0	508,0	–	4,4	893,6		8.
95,1	0,3	94,8	–	–	–	–	3,8	510,8	510,8	–	4,4	889,5		15.
94,3	1,0	93,3	–	–	0,0	–	3,8	513,7	513,7	–	4,4	928,3		22.
94,3	1,0	93,3	–	–	–	–	0,5	512,1	512,1	–	4,4	937,9		29.
94,2	0,9	93,3	–	–	–	–	1,8	512,7	512,7	–	4,4	901,9	2018 Jan.	5.
94,3	1,0	93,3	–	–	0,0	–	3,5	515,1	515,1	–	4,4	887,8		12.
94,0	0,7	93,3	–	–	0,0	–	3,5	516,8	516,8	–	4,4	894,9		19.
94,1	0,8	93,3	–	–	–	–	3,7	517,7	517,7	–	4,4	865,0		26.
94,0	0,6	93,4	–	–	0,0	–	3,3	518,5	518,5	–	4,4	921,4	Febr.	2.
93,8	0,5	93,4	–	–	–	–	3,8	521,6	521,6	–	4,4	920,0		9.
93,8	0,5	93,4	–	–	–	–	3,4	522,7	522,7	–	4,4	937,4		16.
94,0	0,6	93,4	–	–	–	–	3,7	522,7	522,7	–	4,4	918,2		23.
94,2	0,8	93,4	–	–	–	–	3,9	524,9	524,9	–	4,4	942,8	März	2.
93,8	0,5	93,4	–	–	–	–	4,3	526,8	526,8	–	4,4	921,3		9.
93,8	0,4	93,4	–	–	0,0	–	4,4	527,3	527,3	–	4,4	915,6		16.
93,9	0,5	93,4	–	–	0,0	–	3,9	529,7	529,7	–	4,4	923,8		23.
94,7	1,2	93,3	–	–	0,1	–	5,1	529,0	529,0	–	4,4	955,7		30.
94,6	1,3	93,3	–	–	–	–	4,4	531,2	531,2	–	4,4	915,7	April	6.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2017 Sept. 15.	4 308,9	1 142,0	1 888,0	1 238,9	649,0	–	–	0,0	6,7	–	324,3	198,1	126,2
22.	4 328,2	1 140,2	1 865,2	1 217,6	647,6	–	–	0,0	10,7	–	362,3	236,2	126,1
29.	4 318,6	1 143,5	1 824,3	1 175,2	649,0	–	–	0,1	9,7	–	351,9	229,6	122,3
Okt. 6.	4 337,7	1 144,9	1 920,2	1 257,3	662,9	–	–	0,0	9,2	–	321,4	200,2	121,2
13.	4 371,6	1 145,2	1 942,5	1 283,7	658,8	–	–	0,0	8,1	–	333,7	210,4	123,3
20.	4 363,4	1 143,0	1 913,7	1 261,7	652,0	–	–	0,0	6,8	–	357,1	233,5	123,6
27.	4 371,2	1 145,3	1 950,4	1 312,1	638,3	–	–	0,0	8,3	–	327,6	205,1	122,5
Nov. 3.	4 373,2	1 147,3	1 982,6	1 312,0	670,6	–	–	0,0	6,4	–	279,8	158,6	121,2
10.	4 387,7	1 143,2	1 982,6	1 303,4	679,0	–	–	0,2	8,6	–	296,3	174,6	121,7
17.	4 411,9	1 141,3	1 972,6	1 274,8	697,8	–	–	0,0	7,5	–	337,3	208,6	128,7
24.	4 427,5	1 140,0	1 972,9	1 270,4	702,4	–	–	0,0	6,5	–	360,2	232,0	128,1
Dez. 1.	4 440,8	1 146,7	2 034,8	1 340,0	694,9	–	–	0,0	6,5	–	292,9	170,3	122,5
8.	4 456,6	1 153,6	2 029,1	1 334,8	694,3	–	–	0,0	11,8	–	287,0	165,3	121,8
15.	4 471,9	1 157,0	1 984,9	1 319,6	665,2	–	–	0,0	12,9	–	321,3	197,1	124,2
22.	4 487,3	1 168,2	1 942,8	1 266,5	676,2	–	–	0,0	19,5	–	295,8	177,5	118,3
29.	4 471,7	1 170,7	1 881,6	1 185,8	695,8	–	–	0,0	21,0	–	287,6	168,5	119,2
2018 Jan. 5.	4 466,0	1 162,6	1 962,0	1 262,5	699,4	–	–	0,0	11,8	–	280,1	163,7	116,4
12.	4 472,7	1 154,9	1 995,2	1 291,5	703,5	–	–	0,2	8,6	–	298,9	183,1	115,8
19.	4 484,0	1 149,5	1 987,8	1 294,8	692,9	–	–	0,1	11,7	–	317,0	198,7	118,3
26.	4 493,1	1 146,4	1 998,1	1 316,7	681,2	–	–	0,2	11,1	–	349,8	230,6	119,2
Febr. 2.	4 491,2	1 148,9	2 021,1	1 330,9	690,2	–	–	0,0	12,0	–	296,1	173,1	123,0
9.	4 493,7	1 149,5	2 023,5	1 329,4	694,0	–	–	0,2	12,4	–	303,6	184,0	119,6
16.	4 504,8	1 147,9	1 986,8	1 294,5	692,2	–	–	0,0	12,3	–	342,2	219,5	122,6
23.	4 511,5	1 146,0	1 958,5	1 280,8	677,6	–	–	0,1	11,4	–	374,3	250,2	124,1
März 2.	4 519,4	1 149,7	2 009,8	1 347,2	662,5	–	–	0,1	12,2	–	316,2	190,4	125,8
9.	4 530,1	1 150,2	2 021,6	1 337,3	684,1	–	–	0,2	13,9	–	315,6	189,1	126,5
16.	4 532,6	1 150,1	1 959,5	1 295,8	663,5	–	–	0,2	12,8	–	369,4	241,2	128,2
23.	4 539,1	1 154,2	1 925,7	1 263,9	661,8	–	–	0,0	14,7	–	405,0	275,7	129,4
30.	4 539,1	1 164,2	1 883,4	1 236,2	647,2	–	–	0,1	19,7	–	363,8	237,8	126,0
April 6.	4 531,5	1 161,8	1 989,2	1 298,6	690,4	–	–	0,2	12,4	–	355,5	229,6	125,9
Deutsche Bundesbank													
2017 Sept. 15.	1 606,9	269,8	574,8	404,7	170,1	–	–	0,0	1,7	–	137,7	72,4	65,4
22.	1 619,4	270,0	580,8	403,5	177,3	–	–	0,0	4,5	–	142,0	77,9	64,1
29.	1 663,9	269,0	613,2	411,1	202,1	–	–	0,0	3,8	–	121,5	59,3	62,2
Okt. 6.	1 631,2	269,0	616,0	436,3	179,7	–	–	0,0	4,1	–	115,9	54,2	61,7
13.	1 600,3	269,1	587,3	421,9	165,5	–	–	0,0	3,3	–	117,8	55,9	61,9
20.	1 608,3	269,0	586,6	428,5	158,2	–	–	0,0	2,3	–	129,4	71,7	57,6
27.	1 620,3	271,5	601,3	442,1	159,2	–	–	0,0	3,8	–	125,6	68,6	57,1
Nov. 3.	1 625,1	269,5	624,1	457,1	167,1	–	–	0,0	2,7	–	91,9	36,3	55,6
10.	1 637,2	268,8	629,2	448,9	180,3	–	–	0,0	4,1	–	101,0	45,0	56,0
17.	1 661,7	268,7	628,6	442,1	186,5	–	–	0,0	3,3	–	134,9	73,3	61,6
24.	1 655,7	268,9	636,8	449,5	187,3	–	–	0,0	2,7	–	127,2	65,5	61,6
Dez. 1.	1 658,7	270,0	669,9	466,2	203,7	–	–	0,0	2,8	–	101,8	47,0	54,8
8.	1 676,5	272,6	675,7	468,2	207,4	–	–	0,0	4,3	–	100,5	48,3	52,2
15.	1 676,3	275,1	625,0	451,2	173,8	–	–	0,0	2,8	–	131,6	78,9	52,7
22.	1 721,8	278,8	633,4	442,2	191,2	–	–	0,0	2,9	–	122,2	70,2	51,9
29.	1 727,7	275,4	609,8	392,8	217,0	–	–	0,0	2,7	–	118,8	67,0	51,8
2018 Jan. 5.	1 690,6	272,3	637,6	426,7	210,9	–	–	0,0	3,3	–	94,7	43,6	51,0
12.	1 673,4	270,9	629,4	420,4	209,1	–	–	0,0	3,5	–	95,1	44,3	50,8
19.	1 682,7	269,9	633,1	426,1	207,0	–	–	0,0	5,4	–	99,1	46,7	52,4
26.	1 653,8	269,4	629,9	419,6	210,3	–	–	0,0	4,2	–	102,3	50,5	51,8
Febr. 2.	1 710,7	270,7	668,3	448,7	219,6	–	–	0,0	6,0	–	99,6	45,1	54,5
9.	1 712,9	271,7	672,8	458,8	214,0	–	–	0,0	5,8	–	101,9	51,6	50,3
16.	1 731,0	271,4	660,4	454,3	206,1	–	–	0,0	5,5	–	127,5	73,9	53,6
23.	1 712,4	271,3	638,5	442,8	195,7	–	–	0,0	5,9	–	124,5	67,4	57,1
März 2.	1 738,6	270,9	680,2	464,7	215,5	–	–	0,0	6,0	–	104,5	46,6	57,8
9.	1 720,8	271,7	657,2	460,4	196,8	–	–	0,0	6,8	–	111,3	52,6	58,6
16.	1 713,8	272,0	620,5	433,8	186,8	–	–	0,0	6,2	–	137,6	75,4	62,2
23.	1 725,0	276,6	626,2	437,0	189,3	–	–	0,0	5,8	–	136,5	73,9	62,6
30.	1 756,2	273,8	633,1	442,4	190,6	–	–	0,0	8,2	–	114,5	55,9	58,6
April 6.	1 717,4	272,8	645,7	454,5	191,2	–	–	0,0	6,7	–	113,9	55,5	58,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungs-

legungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumsatzes zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ²⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ¹⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ³⁾										
175,5	7,7	9,8	9,8	–	56,7	224,1	–	371,9	102,3	2017 Sept. 15.
173,6	8,7	10,8	10,8	–	56,7	225,9	–	371,9	102,3	22.
231,1	5,9	10,4	10,4	–	55,6	218,9	–	364,9	102,3	29.
177,8	9,0	10,8	10,8	–	55,6	221,5	–	364,9	102,3	Okt. 6.
176,5	8,6	11,4	11,4	–	55,6	222,7	–	364,9	102,3	13.
175,1	8,9	12,4	12,4	–	55,6	223,5	–	364,9	102,3	20.
171,6	9,5	11,3	11,3	–	55,6	224,3	–	364,9	102,3	27.
186,8	9,8	10,9	10,9	–	55,6	226,5	–	364,9	102,3	Nov. 3.
186,4	8,2	11,8	11,8	–	55,6	227,7	–	364,9	102,3	10.
174,4	10,1	11,6	11,6	–	55,6	234,3	–	364,9	102,3	17.
170,2	8,7	11,2	11,2	–	55,6	235,0	–	364,9	102,3	24.
185,5	9,2	11,4	11,4	–	55,6	230,9	–	364,9	102,3	Dez. 1.
198,2	8,5	12,8	12,8	–	55,6	232,7	–	364,9	102,3	8.
219,5	7,5	12,0	12,0	–	55,6	233,9	–	364,9	102,3	15.
286,1	6,5	11,9	11,9	–	55,6	233,6	–	364,9	102,3	22.
354,6	3,8	11,3	11,3	–	55,2	225,5	–	358,0	102,3	29.
291,1	3,9	11,4	11,4	–	55,2	227,7	–	357,9	102,3	2018 Jan. 5.
253,3	5,3	11,2	11,2	–	55,2	230,2	–	357,9	102,1	12.
252,1	7,0	12,1	12,1	–	55,2	231,6	–	357,9	102,2	19.
220,8	5,4	11,5	11,5	–	55,2	234,6	–	357,9	102,2	26.
239,1	8,4	11,9	11,9	–	55,2	237,9	–	357,9	102,7	Febr. 2.
237,9	7,5	12,7	12,7	–	55,2	230,8	–	357,9	102,7	9.
245,8	8,6	12,9	12,9	–	55,2	232,7	–	357,9	102,6	16.
251,9	9,0	12,4	12,4	–	55,2	232,5	–	357,9	102,6	23.
260,4	8,5	12,7	12,7	–	55,2	234,1	–	357,9	102,7	März 2.
258,1	9,8	11,6	11,6	–	55,2	233,6	–	357,9	102,7	9.
270,4	7,7	11,4	11,4	–	55,2	235,7	–	357,9	102,7	16.
266,5	7,3	12,9	12,9	–	55,2	236,1	–	357,9	103,5	23.
339,8	5,1	12,3	12,3	–	54,9	231,3	–	351,2	104,0	30.
258,6	6,3	11,7	11,7	–	54,9	225,4	–	351,2	104,3	April 6.
Deutsche Bundesbank										
110,3	0,0	0,9	0,9	–	14,7	26,8	348,6	115,8	5,6	2017 Sept. 15.
109,4	0,0	1,1	1,1	–	14,7	26,9	348,6	115,8	5,6	22.
140,9	0,0	1,7	1,7	–	14,4	27,1	352,1	114,6	5,6	29.
110,8	0,0	1,6	1,6	–	14,4	27,1	352,1	114,6	5,6	Okt. 6.
107,0	0,0	2,0	2,0	–	14,4	27,1	352,1	114,6	5,6	13.
104,6	0,0	2,7	2,7	–	14,4	27,2	352,1	114,6	5,6	20.
101,4	0,0	2,8	2,8	–	14,4	27,2	352,1	114,6	5,6	27.
118,4	0,0	2,1	2,1	–	14,4	27,6	354,2	114,6	5,6	Nov. 3.
115,2	0,0	2,5	2,5	–	14,4	27,6	354,2	114,6	5,6	10.
107,0	0,0	2,8	2,8	–	14,4	27,6	354,2	114,6	5,6	17.
101,4	0,0	2,2	2,2	–	14,4	27,7	354,2	114,6	5,6	24.
94,5	0,0	2,0	2,0	–	14,4	27,7	355,5	114,6	5,6	Dez. 1.
104,1	0,0	1,5	1,5	–	14,4	27,8	355,5	114,6	5,6	8.
122,4	0,0	1,6	1,6	–	14,4	27,8	355,5	114,6	5,6	15.
165,4	0,0	1,0	1,0	–	14,4	28,1	355,5	114,6	5,6	22.
199,8	0,0	1,0	1,0	–	14,3	27,9	359,3	113,1	5,6	29.
161,5	0,0	1,1	1,1	–	14,3	28,0	359,3	113,1	5,6	2018 Jan. 5.
152,9	0,0	1,3	1,3	–	14,3	28,0	359,3	113,1	5,6	12.
153,0	0,0	1,6	1,6	–	14,3	28,4	359,3	113,1	5,6	19.
126,1	0,0	1,2	1,2	–	14,3	28,1	359,7	113,1	5,6	26.
144,5	0,0	1,1	1,1	–	14,3	28,3	359,3	113,1	5,6	Febr. 2.
139,0	0,0	1,2	1,2	–	14,3	28,3	359,3	113,1	5,6	9.
144,2	0,0	1,3	1,3	–	14,3	28,4	359,3	113,1	5,6	16.
149,6	0,0	1,8	1,8	–	14,3	28,6	359,3	113,1	5,6	23.
154,3	0,0	1,5	1,5	–	14,3	26,8	361,3	113,1	5,7	März 2.
151,9	0,0	0,9	0,9	–	14,3	26,8	361,3	113,1	5,7	9.
155,3	0,0	0,8	0,8	–	14,3	27,0	361,3	113,1	5,7	16.
157,1	0,0	1,3	1,3	–	14,3	27,0	361,3	113,1	5,7	23.
198,2	0,0	1,8	1,8	–	14,2	27,0	368,2	111,5	5,7	30.
150,0	0,0	1,4	1,4	–	14,2	27,2	368,2	111,5	5,7	April 6.

auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von

dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ² Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ³ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0	
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1	
2016 Mai	7 817,2	18,7	2 070,3	1 587,2	1 284,7	302,4	483,1	342,8	140,4	3 759,2	3 334,1	2 762,8	2 476,2	
Juni	7 920,6	19,3	2 072,8	1 592,2	1 292,9	299,3	480,6	338,2	142,4	3 745,9	3 321,4	2 759,7	2 473,7	
Juli	7 942,1	19,7	2 086,0	1 604,7	1 308,1	296,6	481,2	341,4	139,8	3 758,8	3 333,6	2 766,6	2 479,7	
Aug.	7 908,5	19,7	2 086,1	1 611,7	1 317,0	294,7	474,4	336,0	138,5	3 758,4	3 335,4	2 774,3	2 486,3	
Sept.	7 863,9	21,0	2 074,5	1 636,4	1 343,9	292,5	438,2	300,7	137,5	3 766,0	3 343,0	2 785,6	2 497,3	
Okt.	7 868,7	22,8	2 079,5	1 641,2	1 349,4	291,8	438,3	301,6	136,7	3 773,0	3 349,9	2 793,6	2 502,5	
Nov.	7 911,6	22,9	2 154,7	1 712,1	1 421,7	290,5	442,6	306,3	136,2	3 785,7	3 361,6	2 810,0	2 518,4	
Dez.	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0	
2017 Jan.	7 889,3	24,6	2 210,1	1 777,0	1 490,7	286,3	433,1	299,8	133,3	3 769,9	3 347,6	2 813,5	2 519,3	
Febr.	7 944,8	23,9	2 225,4	1 783,3	1 497,9	285,4	442,1	307,6	134,5	3 774,5	3 347,6	2 819,5	2 525,6	
März	7 926,1	23,6	2 237,5	1 797,8	1 513,2	284,6	439,7	306,9	132,7	3 776,8	3 351,3	2 828,1	2 533,8	
April	7 954,6	24,7	2 276,6	1 847,6	1 563,1	284,6	428,9	298,2	130,8	3 780,1	3 357,1	2 836,6	2 541,1	
Mai	7 947,0	25,6	2 286,5	1 864,4	1 579,4	285,0	422,1	290,1	132,0	3 782,1	3 360,7	2 847,3	2 552,6	
Juni	7 849,7	27,3	2 245,7	1 830,9	1 548,9	282,1	414,8	284,2	130,6	3 780,7	3 364,7	2 859,4	2 559,7	
Juli	7 818,7	26,6	2 258,5	1 840,3	1 560,2	280,0	418,2	289,0	129,2	3 787,1	3 370,5	2 867,1	2 567,3	
Aug.	7 807,7	27,5	2 243,1	1 828,2	1 553,7	274,5	415,0	286,9	128,0	3 792,2	3 377,0	2 876,6	2 576,3	
Sept.	7 811,3	28,4	2 262,7	1 847,3	1 578,3	269,0	415,4	288,4	127,0	3 799,4	3 385,3	2 890,2	2 589,5	
Okt.	7 825,7	28,4	2 285,3	1 873,3	1 604,0	269,2	412,1	285,1	127,0	3 804,7	3 393,5	2 899,1	2 598,2	
Nov.	7 849,9	28,0	2 312,8	1 901,5	1 633,0	268,5	411,3	285,5	125,8	3 818,1	3 411,2	2 919,0	2 612,6	
Dez.	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1	
2018 Jan.	7 817,2	29,2	2 296,1	1 891,0	1 624,5	266,5	405,1	280,3	124,9	3 813,9	3 407,5	2 930,5	2 622,5	
Febr.	7 790,7	29,6	2 298,1	1 892,3	1 627,0	265,2	405,9	280,6	125,2	3 814,0	3 406,5	2 938,1	2 633,4	
Veränderungen 3)														
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	- 126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	- 27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8	
2015	- 191,4	0,3	- 18,2	- 12,1	66,1	- 78,2	- 6,1	6,6	- 12,8	64,8	64,1	68,1	56,6	
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	- 16,8	- 58,1	- 49,2	- 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0	
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	- 17,6	- 29,1	- 19,6	- 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1	
2016 Juni	108,2	0,7	3,7	5,6	8,2	- 2,6	- 1,9	- 4,2	2,3	- 10,4	- 11,4	- 1,7	- 1,2	
Juli	23,5	0,4	13,1	12,4	15,2	- 2,8	0,7	3,4	- 2,7	14,5	13,4	8,2	7,3	
Aug.	- 31,5	- 0,0	0,4	7,1	9,0	- 1,9	- 6,7	- 5,3	- 1,4	0,2	2,1	8,0	6,8	
Sept.	- 42,7	1,3	- 11,3	24,9	26,9	- 2,0	- 36,3	- 35,2	- 1,1	8,3	8,3	11,7	11,4	
Okt.	- 0,5	1,8	4,8	5,2	5,6	- 0,4	- 0,3	0,5	- 0,9	6,5	7,1	7,9	5,2	
Nov.	25,9	0,1	72,2	69,4	71,4	- 2,0	2,8	3,4	- 0,5	11,6	11,3	15,8	15,2	
Dez.	- 121,7	3,1	- 53,6	- 41,3	- 37,8	- 3,5	- 12,3	- 11,7	- 0,6	- 23,1	- 17,0	- 4,4	- 6,1	
2017 Jan.	108,8	- 1,4	110,7	107,1	107,1	0,0	3,5	5,7	- 2,2	9,4	4,6	9,3	8,5	
Febr.	47,4	- 0,7	14,0	5,6	6,8	- 1,2	8,4	7,1	1,2	4,3	0,3	6,3	6,5	
März	- 13,0	- 0,3	13,1	14,9	15,5	- 0,6	- 1,8	0,0	- 1,8	3,2	4,3	9,0	8,9	
April	40,0	1,1	41,0	50,7	50,5	0,2	- 9,7	- 7,8	- 1,9	4,7	6,8	9,4	8,2	
Mai	8,8	0,9	12,6	18,0	17,1	0,9	- 5,4	- 6,8	1,4	4,0	4,6	9,0	9,9	
Juni	- 85,4	1,7	- 38,0	- 31,5	- 29,2	- 2,3	- 6,5	- 5,2	- 1,4	0,5	5,3	13,2	8,0	
Juli	- 14,3	- 0,7	14,5	10,5	12,2	- 1,7	4,0	5,2	- 1,2	8,6	7,1	8,9	8,6	
Aug.	- 4,7	0,9	- 14,3	- 11,6	- 6,3	- 5,3	- 2,8	- 1,6	- 1,2	5,6	6,8	9,9	9,3	
Sept.	4,8	0,9	21,8	21,5	26,0	- 4,5	0,3	1,2	- 0,9	6,9	7,1	12,0	13,5	
Okt.	8,6	0,1	21,9	25,5	25,4	0,1	- 3,7	- 3,7	0,1	4,6	8,0	8,6	8,6	
Nov.	33,4	- 0,4	28,9	28,8	29,4	- 0,6	0,0	1,2	- 1,1	14,8	18,7	19,0	13,5	
Dez.	- 126,4	4,1	- 90,1	- 74,7	- 72,0	- 2,7	- 15,4	- 15,0	- 0,4	- 15,2	- 10,0	0,1	- 2,4	
2018 Jan.	124,2	- 2,9	82,2	70,9	68,7	- 2,2	11,3	11,5	- 0,2	14,7	- 8,2	12,4	13,0	
Febr.	15,6	0,3	2,0	1,3	2,5	- 1,2	0,7	0,3	0,4	1,0	- 0,2	8,2	11,2	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern						insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
286,6	571,3	329,5	241,9	425,1	280,0	153,3	145,1	28,9	116,2	1 012,9	750,5	956,2	2016 Mai
286,0	561,8	323,9	237,9	424,4	281,2	155,2	143,2	28,9	114,3	1 036,4	774,7	1 046,2	Juni
286,8	567,0	327,0	240,0	425,2	284,2	159,3	141,0	28,9	112,1	1 041,7	785,1	1 036,0	Juli
288,0	561,0	324,9	236,1	423,1	283,3	159,7	139,8	29,1	110,7	1 042,6	786,2	1 001,7	Aug.
288,3	557,5	323,0	234,5	422,9	282,2	157,8	140,7	29,8	110,9	1 030,5	774,4	971,9	Sept.
291,0	556,4	326,3	230,0	423,0	284,6	162,1	138,5	29,5	108,9	1 077,9	823,1	915,5	Okt.
291,6	551,6	321,9	229,7	424,1	285,9	161,9	138,3	29,2	109,1	1 065,1	811,1	883,2	Nov.
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	Dez.
294,2	534,1	312,2	221,9	422,4	284,6	163,1	137,7	28,6	109,2	1 080,8	826,0	803,9	2017 Jan.
294,0	528,0	311,6	216,5	427,0	289,4	165,6	137,6	28,6	109,0	1 095,4	843,6	825,5	Febr.
294,3	523,2	307,1	216,1	425,5	290,8	167,2	134,7	29,0	105,7	1 097,1	847,5	791,1	März
295,5	520,5	307,9	212,6	423,0	287,1	167,8	135,8	29,9	105,9	1 080,7	832,2	792,5	April
294,6	513,4	298,9	214,6	421,4	288,5	166,8	132,9	28,9	103,9	1 056,3	808,0	796,5	Mai
299,7	505,4	296,4	208,9	416,0	283,4	162,6	132,6	29,9	102,6	1 064,9	817,0	731,1	Juni
299,8	503,4	298,3	205,1	416,6	285,0	164,1	131,7	29,9	101,8	1 028,5	780,9	717,9	Juli
300,4	500,4	293,4	207,0	415,2	283,8	165,2	131,4	30,0	101,4	1 011,0	765,3	733,9	Aug.
300,7	495,1	289,0	206,1	414,1	283,0	167,9	131,1	29,8	101,3	1 021,2	776,3	699,6	Sept.
301,0	494,4	289,2	205,3	411,2	281,6	167,7	129,6	30,4	99,2	1 014,2	768,9	693,0	Okt.
306,4	492,2	287,3	205,0	406,8	276,8	164,2	130,0	29,8	100,2	1 005,3	759,4	685,6	Nov.
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	Dez.
308,0	477,0	282,8	194,2	406,4	278,6	163,9	127,8	29,7	98,0	1 009,1	758,2	668,9	2018 Jan.
304,7	468,4	277,4	191,0	407,5	280,4	165,8	127,1	29,6	97,5	1 026,6	776,0	622,4	Febr.
Veränderungen 3)													
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	0,7	4,4	1,8	- 3,7	- 1,0	- 2,8	- 88,3	- 101,0	- 150,1	2015
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	51,4	55,0	- 51,4	2016
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017
- 0,5	- 9,7	- 5,7	- 4,0	1,0	2,0	2,4	- 1,0	0,0	- 1,0	24,7	25,5	89,5	2016 Juni
0,8	5,3	3,1	2,2	1,0	3,2	4,4	- 2,2	- 0,0	- 2,1	6,7	11,9	- 11,1	Juli
1,2	- 5,9	- 2,0	- 3,9	- 1,9	- 0,6	0,6	- 1,3	0,2	- 1,5	2,3	2,4	- 34,3	Aug.
0,3	- 3,4	- 1,8	- 1,6	0,0	- 0,8	- 1,7	0,8	0,6	0,1	- 10,8	- 10,5	- 30,3	Sept.
2,8	- 0,9	3,5	- 4,3	- 0,6	1,9	4,0	- 2,5	- 0,3	- 2,2	42,7	44,1	- 56,4	Okt.
0,6	- 4,5	- 4,3	- 0,2	0,4	0,6	- 1,2	- 0,2	- 0,4	0,1	- 25,7	- 24,1	- 32,3	Nov.
1,7	- 12,6	- 9,7	- 2,9	- 6,0	- 4,4	- 2,3	- 1,6	- 0,7	- 0,9	- 9,4	- 11,4	- 38,8	Dez.
0,8	- 4,7	0,0	- 4,8	4,9	3,7	4,2	1,2	0,1	1,1	30,4	31,0	- 40,2	2017 Jan.
- 0,2	- 6,1	- 0,6	- 5,4	4,0	4,2	2,1	- 0,2	0,0	- 0,2	8,2	11,7	21,6	Febr.
0,2	- 4,7	- 4,4	- 0,3	- 1,2	1,7	2,1	- 2,9	0,4	- 3,3	5,5	7,5	- 34,5	März
- 1,2	- 2,6	0,8	- 3,4	- 2,1	- 3,3	- 1,1	- 1,2	0,9	0,3	- 8,2	- 7,4	1,4	April
- 0,8	- 4,4	- 6,4	2,0	- 0,6	2,3	- 0,1	- 3,0	- 1,0	- 2,0	- 12,7	- 13,1	4,0	Mai
5,2	- 7,9	- 2,3	- 5,6	- 4,8	- 3,5	- 2,7	- 1,3	0,1	- 1,3	15,6	15,3	- 65,2	Juni
0,3	- 1,7	2,0	- 3,7	1,4	2,4	2,4	- 1,0	- 0,2	- 0,8	- 24,4	- 24,9	- 12,3	Juli
0,6	- 3,0	- 4,9	1,9	- 1,2	- 0,8	1,5	- 0,4	0,0	- 0,4	- 12,9	- 11,3	16,0	Aug.
- 1,5	- 4,9	- 4,2	- 0,7	- 0,2	0,2	2,4	- 0,4	- 0,2	- 0,2	8,3	9,0	- 33,1	Sept.
0,1	- 0,7	0,2	- 0,9	- 3,4	- 1,8	- 0,4	- 1,6	0,6	- 2,2	- 11,3	- 11,3	- 6,6	Okt.
5,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 3,9	- 4,3	- 3,1	0,4	- 0,6	1,0	- 2,5	- 3,6	- 7,3	Nov.
2,5	- 10,1	- 2,8	- 7,2	- 5,2	- 4,3	- 5,4	- 0,8	0,0	- 0,9	- 8,3	- 9,5	- 16,9	Dez.
- 0,6	- 4,1	- 0,8	- 3,3	6,5	7,7	6,3	- 1,2	- 0,1	- 1,2	29,4	24,6	0,7	2018 Jan.
- 3,0	- 8,4	- 5,2	- 3,2	1,3	1,9	2,0	- 0,7	- 0,2	- 0,5	17,7	17,8	- 5,4	Febr.

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen			täglich fällig
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2		
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5		
2016 Mai	7 817,2	1 230,3	1 027,5	202,8	3 348,6	3 307,1	1 717,2	945,3	292,6	591,1	535,0	84,9	41,7		
2016 Juni	7 920,6	1 241,7	1 039,1	202,6	3 350,9	3 250,2	1 718,1	942,1	290,9	590,0	534,5	89,4	44,9		
2016 Juli	7 942,1	1 226,7	1 023,7	203,0	3 362,7	3 267,1	1 733,1	945,0	295,2	589,1	534,5	85,5	40,7		
2016 Aug.	7 908,5	1 211,5	1 016,5	195,0	3 369,5	3 274,0	1 744,5	941,2	292,8	588,4	534,6	85,5	40,4		
2016 Sept.	7 863,9	1 194,8	1 029,1	165,7	3 372,1	3 274,9	1 743,8	944,0	297,4	587,1	534,0	88,0	41,4		
2016 Okt.	7 868,7	1 186,8	1 025,4	161,3	3 378,8	3 286,5	1 763,9	936,0	288,5	586,6	534,3	83,7	37,1		
2016 Nov.	7 911,6	1 205,6	1 042,2	163,4	3 420,0	3 320,5	1 795,0	939,3	292,8	586,1	534,4	89,8	43,4		
2016 Dez.	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2		
2017 Jan.	7 889,3	1 237,0	1 053,4	183,6	3 433,4	3 337,5	1 807,5	941,6	300,1	588,4	537,7	88,4	42,2		
2017 Febr.	7 944,8	1 245,6	1 055,3	190,3	3 435,3	3 336,9	1 812,7	935,8	295,0	588,5	538,3	89,6	41,7		
2017 März	7 926,1	1 259,8	1 077,3	182,5	3 433,9	3 334,5	1 813,5	934,4	296,4	586,6	537,0	91,2	39,6		
2017 April	7 954,6	1 254,1	1 075,4	178,8	3 452,0	3 352,3	1 840,8	925,4	290,7	586,2	536,9	91,2	41,7		
2017 Mai	7 947,0	1 259,3	1 079,9	179,4	3 463,2	3 360,6	1 848,6	926,4	292,7	585,7	536,8	93,5	44,2		
2017 Juni	7 849,7	1 235,2	1 054,2	181,0	3 477,7	3 362,0	1 865,6	911,8	290,3	584,6	536,2	107,1	44,8		
2017 Juli	7 818,7	1 239,8	1 062,3	177,5	3 470,9	3 353,4	1 862,3	907,6	287,9	583,4	538,2	107,5	45,8		
2017 Aug.	7 807,7	1 243,3	1 065,8	177,4	3 486,1	3 368,4	1 880,5	905,5	285,7	582,4	537,9	108,3	47,5		
2017 Sept.	7 811,3	1 256,2	1 071,9	184,3	3 494,8	3 371,4	1 886,8	902,8	284,3	581,8	537,9	114,7	50,7		
2017 Okt.	7 825,7	1 272,0	1 081,9	190,1	3 505,8	3 388,0	1 912,7	893,9	277,3	581,5	538,4	109,2	46,3		
2017 Nov.	7 849,9	1 275,5	1 081,0	194,5	3 542,9	3 417,4	1 939,9	896,5	276,9	581,0	538,6	113,6	52,1		
2017 Dez.	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5		
2018 Jan.	7 817,2	1 249,4	1 060,8	188,6	3 539,8	3 419,1	1 944,5	892,2	276,8	582,4	539,7	110,6	46,4		
2018 Febr.	7 790,7	1 246,9	1 058,2	188,8	3 536,8	3 416,5	1 945,4	888,9	273,3	582,1	540,4	109,7	47,1		
Veränderungen 4)															
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0		
2015	- 191,4	- 62,1	- 50,3	- 11,9	104,1	104,8	153,2	- 37,0	- 10,1	- 11,3	4,2	- 0,4	- 0,3		
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9		
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8		
2016 Juni	108,2	13,0	12,4	0,6	2,2	- 3,0	1,0	- 2,9	- 1,5	- 1,1	- 0,4	3,9	3,2		
2016 Juli	23,5	- 14,9	- 15,4	0,5	11,9	17,1	15,1	- 2,9	- 4,3	- 0,9	- 0,1	- 3,9	- 4,2		
2016 Aug.	- 31,5	- 15,0	- 7,1	- 7,9	7,0	7,0	11,5	- 3,8	- 2,4	- 0,7	0,1	0,1	- 0,3		
2016 Sept.	- 42,7	- 16,5	12,7	- 29,2	2,7	1,0	- 0,6	2,9	4,6	- 1,2	- 0,5	2,5	1,1		
2016 Okt.	- 0,5	- 8,4	- 3,7	- 4,7	6,2	11,2	19,8	- 8,1	- 8,9	- 0,6	0,2	- 4,3	- 4,4		
2016 Nov.	25,9	17,3	15,9	1,4	39,7	32,7	30,1	3,0	4,0	- 0,4	0,1	5,8	6,1		
2016 Dez.	- 121,7	- 0,9	- 9,3	8,4	- 9,0	- 2,2	- 0,4	- 4,1	- 1,3	2,3	2,7	- 5,7	- 6,2		
2017 Jan.	108,8	32,8	20,7	12,1	23,0	19,7	13,3	6,4	9,1	- 0,0	0,7	4,4	5,1		
2017 Febr.	47,4	7,6	1,6	6,1	1,2	- 0,7	4,7	- 5,5	- 4,8	0,1	0,7	1,1	- 0,5		
2017 März	- 13,0	14,8	22,2	- 7,4	- 1,0	- 2,1	1,1	- 1,3	1,5	- 1,9	- 1,4	1,6	- 2,1		
2017 April	40,0	- 4,4	- 1,3	- 3,1	19,1	18,7	27,8	- 8,7	- 5,5	- 0,5	- 0,0	0,2	2,2		
2017 Mai	8,8	6,7	5,3	1,5	12,7	9,5	8,7	1,3	2,2	- 0,5	- 0,1	2,5	2,6		
2017 Juni	- 85,4	- 22,2	- 24,3	2,1	15,3	11,1	17,5	- 5,4	- 2,3	- 1,0	- 0,7	4,7	0,7		
2017 Juli	- 14,3	5,3	8,9	- 3,5	- 5,3	- 7,4	- 2,4	- 3,9	- 2,1	- 1,2	- 0,4	0,7	1,1		
2017 Aug.	- 4,7	4,1	3,8	0,3	15,8	15,5	18,5	- 1,9	- 2,1	- 1,1	- 0,3	0,9	1,7		
2017 Sept.	4,8	3,0	- 3,8	6,7	8,4	2,9	6,1	- 2,6	- 1,5	- 0,6	0,0	6,4	3,2		
2017 Okt.	8,6	15,2	9,8	5,5	10,3	16,0	25,5	- 9,1	- 7,1	- 0,3	0,5	- 5,6	- 4,4		
2017 Nov.	33,4	4,6	- 0,3	4,9	37,9	30,2	27,9	2,8	- 0,2	- 0,5	0,2	4,6	5,9		
2017 Dez.	- 126,4	- 36,9	- 27,7	- 9,2	- 13,1	- 5,7	- 3,0	- 4,6	- 2,6	1,9	2,4	- 4,9	- 9,6		
2018 Jan.	124,2	- 17,6	- 13,1	4,5	12,2	- 9,1	8,7	- 0,9	- 3,2	- 0,5	0,2	- 2,4	4,0		
2018 Febr.	15,6	- 2,5	- 2,7	0,2	- 3,0	- 2,7	0,9	- 3,3	- 3,5	- 0,2	0,7	- 0,9	0,8		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	67,4	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
40,0	15,9	3,2	2,7	10,0	8,1	3,5	2,7	1 029,8	49,8	611,6	583,9	1 007,0	2016 Mai
41,3	17,1	3,2	2,7	11,3	8,8	2,5	2,7	1 023,9	50,0	618,1	587,3	1 093,4	Juni
41,6	16,2	3,2	2,7	10,1	8,1	3,4	2,5	1 021,8	56,6	656,1	578,1	1 090,9	Juli
42,0	17,0	3,2	2,7	10,0	7,9	3,2	2,4	1 020,1	52,7	663,4	581,9	1 056,4	Aug.
43,4	17,9	3,1	2,7	9,2	8,1	2,9	2,5	1 011,1	51,9	655,7	596,9	1 028,0	Sept.
43,6	16,6	3,1	2,6	8,5	7,6	3,2	2,4	1 019,6	50,7	710,2	594,9	972,9	Okt.
43,4	16,0	3,1	2,6	9,7	8,2	3,0	2,4	1 035,2	48,4	711,7	591,2	942,6	Nov.
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	Dez.
43,2	15,6	3,0	2,6	7,5	6,9	4,8	2,3	1 043,2	47,5	716,8	585,0	866,9	2017 Jan.
44,8	18,0	3,0	2,6	8,8	7,7	4,5	2,3	1 050,8	48,0	734,1	588,5	883,7	Febr.
48,6	19,9	3,0	2,6	8,3	7,9	2,6	2,2	1 045,7	45,9	730,2	594,1	857,6	März
46,6	18,3	3,0	2,6	8,5	7,6	3,5	2,2	1 042,1	43,9	749,0	598,3	853,4	April
46,4	17,2	3,0	2,6	9,1	7,8	2,4	2,1	1 042,5	44,6	724,9	603,2	849,4	Mai
59,3	20,1	3,0	2,6	8,6	7,9	1,8	2,2	1 039,2	44,8	689,8	610,2	793,5	Juni
58,8	19,1	3,0	2,6	10,0	7,9	3,3	2,2	1 029,2	43,9	684,2	606,2	782,9	Juli
57,8	18,3	3,0	2,6	9,4	7,9	3,4	2,4	1 024,7	42,6	643,1	608,1	796,7	Aug.
61,0	20,5	2,9	2,6	8,7	8,0	2,6	2,4	1 015,2	42,2	669,5	612,4	758,2	Sept.
59,9	18,3	2,9	2,6	8,6	7,9	2,3	2,2	1 008,9	40,7	667,9	612,7	753,9	Okt.
58,6	16,7	2,9	2,6	11,8	8,3	2,6	2,2	1 004,7	40,1	664,4	609,8	747,9	Nov.
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	Dez.
61,3	18,9	2,9	2,6	10,0	8,9	4,3	2,1	1 002,6	35,4	682,4	666,5	670,0	2018 Jan.
59,7	18,2	2,9	2,6	10,7	8,8	3,8	2,1	1 005,9	35,7	690,3	678,8	626,0	Febr.
Veränderungen 4)													
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	- 137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	- 2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	- 35,9	26,1	- 178,3	2014
- 0,1	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 1,0	- 0,0	- 86,8	- 7,7	- 30,3	28,0	- 143,2	2015
1,1	0,0	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 1,2	- 0,3	- 1,1	8,6	- 1,3	116,1	26,4	- 39,5	2016
10,8	4,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,3	- 3,3	- 8,5	- 16,1	34,1	- 162,3	2017
0,7	0,8	- 0,0	- 0,0	1,3	0,7	- 1,0	0,0	- 5,0	0,3	8,4	3,9	86,7	2016 Juni
0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,7	- 0,9	- 0,2	- 1,2	- 6,6	38,6	- 8,9	- 2,7	Juli
0,4	0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 1,1	- 3,8	7,9	6,6	- 36,6	Aug.
1,5	0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,8	0,1	- 0,3	0,0	- 8,1	- 0,8	- 7,0	12,0	- 25,5	Sept.
0,1	- 1,3	- 0,1	- 0,0	- 0,7	- 0,5	0,3	- 0,1	5,3	- 1,3	52,6	- 2,9	- 53,5	Okt.
- 0,3	- 0,7	- 0,0	- 0,0	1,2	- 0,6	- 0,2	0,1	7,3	- 2,6	- 5,1	- 6,2	- 27,0	Nov.
0,5	- 0,2	- 0,0	0,0	- 1,1	- 0,3	- 0,8	- 0,0	- 6,8	- 1,3	- 69,7	- 0,2	- 34,3	Dez.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 1,0	2,6	- 0,1	17,9	0,5	76,7	- 5,1	- 38,9	2017 Jan.
1,6	2,3	- 0,0	0,0	0,8	0,3	- 0,3	- 0,1	3,4	0,3	14,4	2,4	18,7	Febr.
3,7	2,0	- 0,0	- 0,0	- 0,6	0,3	- 1,9	- 0,1	- 2,8	- 2,0	- 2,2	6,2	- 26,1	März
- 1,9	- 1,6	- 0,0	0,0	0,2	- 0,3	0,9	- 0,0	1,4	- 1,8	22,7	5,6	- 5,3	April
- 0,1	- 1,0	- 0,0	0,0	0,6	0,2	- 1,1	- 0,0	7,8	0,9	- 18,5	7,0	- 5,7	Mai
4,0	2,9	- 0,0	- 0,0	- 0,5	0,1	- 0,6	0,1	1,0	0,3	- 31,9	8,9	- 56,0	Juni
- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 0,0	1,4	- 0,0	1,4	- 0,0	- 3,1	- 0,7	- 0,1	- 1,9	- 10,6	Juli
- 0,9	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,1	0,1	0,2	- 1,7	- 1,2	- 39,0	2,7	13,0	Aug.
3,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 0,8	0,0	- 0,7	0,0	- 10,2	- 0,5	25,3	4,7	- 25,6	Sept.
- 1,2	- 2,2	- 0,0	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 9,6	- 1,6	- 3,8	- 0,5	- 2,6	Okt.
- 1,3	- 1,5	- 0,0	0,0	3,0	0,3	0,3	0,0	- 0,2	- 0,5	- 0,6	- 1,5	- 7,1	Nov.
4,7	3,0	0,0	0,0	- 2,4	0,3	0,7	- 0,0	- 7,3	- 2,3	- 59,2	5,6	- 16,1	Dez.
- 1,5	- 0,8	- 0,0	- 0,0	0,6	0,2	- 1,0	- 0,0	15,8	- 2,2	84,0	- 17,5	- 11,0	2018 Jan.
- 1,7	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,0	4,7	1,7	7,8	11,0	- 1,9	Febr.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2017 Sept.	1 651	7 857,6	462,5	2 423,1	1 948,3	471,5	4 060,9	352,9	2 982,9	0,6	717,2	113,1	798,0
Okt.	1 639	7 871,8	526,4	2 375,2	1 900,0	472,3	4 066,0	351,5	2 993,2	0,5	713,6	113,0	791,2
Nov.	1 634	7 895,7	508,7	2 410,5	1 936,0	472,2	4 080,2	351,9	3 002,4	0,5	717,8	113,0	783,3
Dez.	1 631	7 755,3	447,7	2 371,3	1 901,6	468,4	4 056,5	333,6	3 002,4	0,6	715,0	112,6	767,1
2018 Jan.	1 627	7 861,7	500,8	2 407,1	1 934,0	470,6	4 074,4	353,7	3 001,5	0,6	712,2	112,5	766,8
Febr.	1 627	7 836,3	513,0	2 408,7	1 936,1	469,6	4 080,8	357,4	3 012,0	0,5	703,6	112,5	721,4
Kreditbanken 6)													
2018 Jan.	264	3 203,5	340,0	1 011,4	934,2	76,5	1 251,3	200,4	823,4	0,5	225,0	50,7	550,1
Febr.	264	3 160,4	344,1	1 007,4	929,9	76,9	1 254,1	203,2	826,7	0,4	220,5	50,6	504,1
Großbanken 7)													
2018 Jan.	4	1 724,3	158,8	513,3	483,6	29,7	495,8	109,0	292,2	0,1	93,4	44,9	511,4
Febr.	4	1 694,1	165,5	519,4	489,3	30,2	499,9	112,5	293,1	0,1	92,0	44,4	464,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2018 Jan.	153	1 049,5	95,7	257,7	213,6	43,9	660,8	64,6	474,7	0,2	120,6	5,0	30,3
Febr.	153	1 038,1	95,7	248,8	204,7	43,8	657,4	62,8	476,4	0,2	117,1	5,3	30,9
Zweigstellen ausländischer Banken													
2018 Jan.	107	429,7	85,6	240,3	237,0	2,9	94,7	26,8	56,5	0,1	11,0	0,8	8,3
Febr.	107	428,1	83,0	239,2	235,9	2,9	96,8	27,9	57,2	0,1	11,4	0,8	8,4
Landesbanken													
2018 Jan.	8	893,6	58,0	275,7	207,8	67,0	460,3	49,3	339,8	0,1	69,9	9,9	89,7
Febr.	8	898,5	53,9	280,9	213,2	66,7	463,6	52,3	340,6	0,1	69,5	9,9	90,1
Sparkassen													
2018 Jan.	386	1 196,4	37,9	173,9	60,6	113,2	953,1	48,2	746,9	0,0	157,8	14,1	17,5
Febr.	386	1 201,0	39,0	174,2	61,6	112,6	955,7	48,3	749,4	0,0	158,0	14,1	17,9
Kreditgenossenschaften													
2018 Jan.	917	889,1	18,4	166,5	61,2	104,9	668,6	31,8	527,3	0,0	109,4	16,8	18,8
Febr.	917	893,0	19,9	165,0	59,3	105,1	672,5	32,7	529,5	0,0	110,2	16,8	18,8
Realkreditinstitute													
2018 Jan.	13	225,9	2,4	32,3	21,4	10,9	185,0	3,1	157,5	-	24,4	0,1	6,2
Febr.	13	225,4	2,6	31,7	20,9	10,8	184,6	3,0	157,6	-	24,0	0,1	6,3
Bausparkassen													
2018 Jan.	20	230,2	1,1	57,2	41,3	15,9	167,1	1,2	140,7	.	25,2	0,3	4,5
Febr.	20	231,0	1,6	56,8	40,9	16,0	167,7	1,2	141,1	.	25,4	0,3	4,6
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2018 Jan.	19	1 223,0	43,2	690,2	607,6	82,2	389,2	19,8	266,0	-	100,4	20,5	80,0
Febr.	19	1 227,1	51,9	692,6	610,4	81,6	382,5	16,8	267,1	-	95,9	20,6	79,6
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2018 Jan.	142	1 149,0	147,8	421,5	382,6	38,3	489,4	75,9	308,1	0,4	103,1	4,1	86,3
Febr.	142	1 138,1	144,4	413,8	374,6	38,6	489,9	75,1	309,9	0,3	102,5	4,1	85,9
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2018 Jan.	35	719,3	62,2	181,2	145,6	35,4	394,7	49,1	251,6	0,3	92,1	3,3	77,9
Febr.	35	710,0	61,5	174,6	138,7	35,7	393,1	47,2	252,7	0,2	91,2	3,3	77,5

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)		Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termineinlagen			bis 1 Jahr einschl. über 1 Jahr 2)	insgesamt		darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
Alle Bankengruppen															
1 763,0	550,7	1 212,3	3 659,8	2 025,2	296,3	695,5	71,5	589,4	544,6	53,5	1 116,1	511,3	807,4	2017 Sept.	
1 768,6	556,3	1 212,2	3 679,3	2 049,1	294,0	694,0	78,4	589,0	545,1	53,1	1 110,1	511,2	802,6	Okt.	
1 774,0	554,7	1 219,3	3 711,1	2 084,5	287,5	698,0	74,5	588,5	545,2	52,6	1 103,1	511,2	796,4	Nov.	
1 707,1	500,3	1 206,8	3 662,1	2 050,4	269,1	700,3	46,0	590,3	547,6	52,0	1 097,0	511,1	777,9	Dez.	
1 772,0	566,8	1 205,1	3 703,9	2 079,8	287,2	697,6	75,0	589,9	546,3	49,4	1 090,7	510,5	784,6	2018 Jan.	
1 772,3	551,4	1 220,9	3 705,4	2 084,4	288,9	695,3	84,4	589,6	546,9	47,2	1 107,4	511,4	739,8	Febr.	
Kreditbanken 6)															
882,4	412,7	469,7	1 492,6	926,0	167,0	277,0	58,9	101,1	93,5	21,5	158,6	179,4	490,4	2018 Jan.	
884,9	406,9	478,0	1 489,0	924,4	169,6	274,2	66,0	101,0	93,5	19,7	159,0	180,0	447,5	Febr.	
Großbanken 7)															
410,6	163,3	247,3	644,1	383,6	102,3	90,8	58,8	61,6	60,4	5,9	121,7	103,7	444,1	2018 Jan.	
420,8	165,6	255,2	646,7	386,9	104,4	89,6	65,8	61,5	60,3	4,3	122,1	103,8	400,6	Febr.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
220,7	73,8	146,9	688,6	431,7	41,1	160,8	0,1	39,3	32,9	15,6	36,7	67,6	36,0	2018 Jan.	
213,1	67,0	146,1	684,2	429,3	41,2	159,1	0,1	39,3	32,9	15,4	36,7	68,0	36,2	Febr.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
251,1	175,5	75,5	159,9	110,7	23,5	25,4	-	0,2	0,2	0,0	0,2	8,2	10,3	2018 Jan.	
251,1	174,4	76,7	158,1	108,2	24,1	25,5	-	0,2	0,2	0,0	0,2	8,2	10,6	Febr.	
Landesbanken															
256,8	65,4	191,4	294,4	131,4	58,1	91,6	13,1	12,6	11,9	0,7	196,7	50,9	94,7	2018 Jan.	
258,9	62,3	196,6	295,6	132,1	58,7	91,6	14,8	12,5	12,3	0,7	196,5	51,1	96,4	Febr.	
Sparkassen															
131,4	5,3	126,1	899,5	560,2	14,4	15,0	-	290,1	264,6	19,9	14,3	108,2	43,1	2018 Jan.	
131,9	5,0	127,0	902,8	563,4	14,6	15,1	-	290,1	264,8	19,6	14,4	108,2	43,7	Febr.	
Kreditgenossenschaften															
114,6	2,1	112,5	659,5	421,3	32,6	14,4	-	185,6	175,9	5,6	8,7	74,4	31,8	2018 Jan.	
114,4	1,4	113,0	662,7	423,9	33,3	14,4	-	185,5	175,9	5,6	9,4	74,5	32,0	Febr.	
Realkreditinstitute															
43,9	2,7	41,3	79,8	2,9	3,8	73,1	-	-	-	-	85,4	8,9	7,9	2018 Jan.	
44,4	2,9	41,5	80,0	3,0	3,9	73,1	-	-	-	-	84,5	8,9	7,6	Febr.	
Bausparkassen															
26,4	3,9	22,5	178,5	3,4	1,4	173,1	-	0,4	0,4	0,1	3,0	11,0	11,3	2018 Jan.	
26,7	4,1	22,6	178,9	3,3	1,4	173,5	-	0,4	0,4	0,1	3,1	11,0	11,4	Febr.	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
316,4	74,8	241,6	99,4	34,6	9,9	53,4	3,0	-	-	-	624,0	77,7	105,4	2018 Jan.	
311,1	68,8	242,3	96,5	34,3	7,3	53,4	3,6	-	-	-	640,5	77,7	101,2	Febr.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
427,9	258,0	170,0	557,5	388,6	56,0	84,6	9,6	21,1	20,6	7,2	22,7	49,5	91,3	2018 Jan.	
424,9	250,5	174,3	550,8	383,5	55,6	83,6	9,8	21,1	20,6	7,1	22,8	49,5	90,0	Febr.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
176,9	82,4	94,4	397,6	277,9	32,5	59,2	9,6	20,9	20,4	7,2	22,5	41,4	81,0	2018 Jan.	
173,8	76,2	97,6	392,8	275,3	31,5	58,1	9,8	20,8	20,4	7,1	22,6	41,4	79,4	Febr.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2016 Sept.	20,7	246,0	1 368,1	1 097,3	0,0	1,2	269,5	1,7	3 274,2	2 819,9	0,3	1,6	452,4
Okt.	22,6	258,7	1 360,3	1 090,2	0,0	1,4	268,7	1,7	3 281,0	2 828,6	0,2	1,6	450,6
Nov.	22,6	291,7	1 397,6	1 128,8	0,0	1,1	267,6	1,7	3 293,1	2 840,0	0,2	1,3	451,6
Dez.	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017 Jan.	24,3	346,9	1 407,0	1 142,5	0,0	1,0	263,5	1,7	3 277,7	2 831,2	0,3	0,8	445,4
Febr.	23,6	346,6	1 413,8	1 150,2	0,0	1,1	262,5	1,8	3 279,0	2 836,8	0,3	0,8	441,1
März	23,4	352,1	1 423,3	1 160,4	0,0	1,3	261,6	1,7	3 283,0	2 840,6	0,3	1,0	441,1
April	24,4	400,2	1 424,8	1 161,7	0,0	1,1	262,0	1,7	3 288,9	2 848,6	0,3	1,1	438,9
Mai	25,4	426,0	1 415,5	1 152,3	0,0	1,1	262,1	1,7	3 292,9	2 851,3	0,2	1,8	439,6
Juni	27,0	417,8	1 391,1	1 130,4	0,0	1,2	259,4	1,7	3 296,8	2 855,9	0,2	1,1	439,6
Juli	26,4	420,0	1 398,0	1 139,4	0,0	1,4	257,2	1,7	3 302,5	2 865,2	0,3	1,0	436,0
Aug.	27,3	421,3	1 384,2	1 131,4	0,0	1,4	251,3	1,7	3 308,9	2 869,4	0,2	0,8	438,5
Sept.	28,1	409,2	1 416,1	1 168,3	0,0	1,3	246,5	1,7	3 317,6	2 878,2	0,3	0,7	438,4
Okt.	28,1	472,7	1 378,5	1 130,6	0,0	0,9	247,0	1,7	3 326,1	2 887,0	0,3	0,8	438,0
Nov.	27,7	457,1	1 422,2	1 175,1	0,0	0,8	246,3	1,8	3 343,7	2 899,6	0,2	1,2	442,6
Dez.	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018 Jan.	29,0	448,1	1 421,7	1 176,0	0,0	0,7	245,1	2,5	3 339,3	2 904,9	0,3	1,0	433,1
Febr.	29,3	460,7	1 409,5	1 165,3	0,0	0,8	243,3	2,9	3 338,3	2 910,5	0,2	1,2	426,4
Veränderungen *)													
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	– 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1
2016	+ 6,5	+129,1	+ 48,1	+ 66,9	–	– 0,9	– 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	– 0,1	– 0,1	– 18,9
2017	+ 6,1	+108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2016 Sept.	+ 1,3	+ 5,1	+ 20,0	+ 22,1	–	+ 0,0	– 2,1	– 0,0	+ 8,2	+ 9,1	– 0,0	+ 0,3	– 1,1
Okt.	+ 1,8	+ 12,7	– 7,3	– 6,6	–	+ 0,1	– 0,8	– 0,0	+ 7,0	+ 8,6	– 0,0	+ 0,0	– 1,7
Nov.	+ 0,1	+ 33,0	+ 37,3	+ 38,7	–	– 0,3	– 1,1	+ 0,0	+ 12,1	+ 11,4	– 0,0	– 0,3	+ 1,0
Dez.	+ 3,1	– 7,7	– 32,7	– 29,0	–	– 0,3	– 3,3	+ 0,3	– 19,0	– 16,4	+ 0,1	– 0,9	– 1,8
2017 Jan.	– 1,4	+ 62,9	+ 42,1	+ 42,6	–	+ 0,2	– 0,8	– 0,3	+ 3,3	+ 7,3	– 0,0	+ 0,5	– 4,4
Febr.	– 0,7	– 0,3	+ 6,8	+ 7,7	–	+ 0,1	– 1,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 5,7	– 0,0	– 0,0	– 4,2
März	– 0,3	+ 5,5	+ 9,5	+ 10,2	–	+ 0,2	– 0,9	– 0,0	+ 3,9	+ 3,7	+ 0,0	+ 0,2	– 0,0
April	+ 1,1	+ 48,1	+ 1,7	+ 1,3	–	–	+ 0,4	– 0,0	+ 5,9	+ 8,1	+ 0,0	+ 0,1	– 2,3
Mai	+ 0,9	+ 25,8	– 9,4	– 9,5	–	– 0,0	+ 0,1	– 0,0	+ 3,9	+ 2,6	– 0,1	+ 0,7	+ 0,7
Juni	+ 1,7	– 8,2	– 23,5	– 20,9	–	+ 0,1	– 2,7	– 0,0	+ 4,0	+ 4,6	+ 0,0	– 0,6	– 0,0
Juli	– 0,7	+ 2,2	+ 6,9	+ 9,0	–	+ 0,2	– 2,2	–	+ 5,6	+ 9,4	+ 0,0	– 0,2	– 3,6
Aug.	+ 0,9	+ 1,3	– 13,8	– 8,0	–	+ 0,0	– 5,9	+ 0,0	+ 6,4	+ 4,1	– 0,0	– 0,2	+ 2,6
Sept.	+ 0,8	– 12,1	+ 34,1	+ 38,3	– 0,0	– 0,1	– 4,1	– 0,0	+ 7,3	+ 8,8	+ 0,1	– 0,0	– 1,5
Okt.	+ 0,1	+ 63,5	– 37,6	– 37,6	+ 0,0	– 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 8,6	+ 8,8	– 0,0	+ 0,0	– 0,3
Nov.	– 0,4	– 15,6	+ 43,7	+ 44,4	–	– 0,0	– 0,7	+ 0,1	+ 17,7	+ 12,7	– 0,0	+ 0,4	+ 4,6
Dez.	+ 4,1	– 64,6	– 10,3	– 7,3	– 0,0	– 0,2	– 2,9	+ 0,1	– 11,1	– 5,6	+ 0,1	– 0,5	– 5,1
2018 Jan.	– 2,9	+ 55,6	+ 13,7	+ 12,1	–	+ 0,0	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,9	+ 11,0	– 0,1	+ 0,3	– 4,4
Febr.	+ 0,3	+ 12,7	– 12,3	– 10,7	+ 0,0	+ 0,1	– 1,7	+ 0,4	– 1,0	+ 5,6	– 0,1	+ 0,2	– 6,7

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *: statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	19,3	89,8	1 028,7	132,1	896,6	0,0	5,8	3 283,7	1 748,1	896,6	587,2	51,8	28,6	2016 Sept.
-	19,1	89,7	1 025,1	137,1	887,9	0,0	5,7	3 294,7	1 768,0	888,8	586,6	51,3	28,6	Okt.
-	19,1	89,3	1 041,1	145,9	895,1	0,0	5,6	3 328,9	1 799,3	892,5	586,2	50,9	28,6	Nov.
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	Dez.
-	20,3	90,8	1 052,6	136,9	915,6	0,1	5,5	3 346,3	1 812,5	895,8	588,5	49,5	30,6	2017 Jan.
-	20,3	89,4	1 054,6	141,4	913,1	0,0	5,6	3 345,5	1 816,6	891,4	588,5	49,0	30,5	Febr.
-	20,1	89,1	1 077,0	137,4	939,6	0,0	5,5	3 342,8	1 817,0	890,9	586,7	48,2	30,4	März
-	20,1	88,8	1 074,8	140,7	934,2	0,0	5,5	3 360,3	1 844,4	881,9	586,2	47,8	30,3	April
-	20,0	88,7	1 079,5	142,0	937,5	-	5,5	3 368,4	1 852,2	883,4	585,7	47,0	30,4	Mai
-	19,7	88,4	1 053,9	125,6	928,3	0,0	5,5	3 370,3	1 869,2	869,8	584,7	46,6	29,8	Juni
-	19,6	88,5	1 061,7	125,0	936,6	0,0	5,4	3 361,5	1 866,0	866,0	583,5	46,0	29,9	Juli
-	19,6	88,9	1 065,1	121,2	943,9	0,0	5,4	3 376,5	1 884,2	864,4	582,4	45,4	30,0	Aug.
-	19,5	88,1	1 071,5	120,2	951,3	0,0	5,3	3 380,7	1 891,7	861,9	581,8	45,3	30,0	Sept.
-	19,4	87,9	1 081,0	122,8	958,2	0,0	5,3	3 396,5	1 916,8	853,4	581,5	44,8	29,9	Okt.
-	19,4	88,1	1 079,8	125,9	953,9	0,0	5,3	3 426,8	1 944,0	857,5	581,0	44,3	30,1	Nov.
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	Dez.
-	18,9	88,2	1 060,1	116,0	944,1	0,0	5,0	3 428,9	1 949,3	854,1	582,4	42,9	30,4	2018 Jan.
-	18,9	88,5	1 056,6	110,3	946,4	0,0	5,0	3 425,8	1 949,6	851,6	582,2	42,3	30,9	Febr.
Veränderungen *)														
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	+ 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	- 0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	- 0,1	- 0,5	+ 13,0	- 5,3	+ 18,3	-	- 0,1	+ 1,6	- 0,4	+ 3,6	- 1,2	- 0,3	- 0,0	2016 Sept.
-	- 0,2	+ 0,1	- 3,2	+ 1,5	- 4,7	+ 0,0	- 0,1	+ 11,0	+ 20,0	- 7,9	- 0,6	- 0,5	- 0,0	Okt.
-	- 0,0	- 0,4	+ 16,0	+ 8,8	+ 7,3	- 0,0	- 0,0	+ 34,2	+ 31,3	+ 3,7	- 0,4	- 0,4	-	Nov.
-	+ 0,0	+ 1,6	- 8,2	- 16,4	+ 8,2	+ 0,0	- 0,0	- 2,2	- 1,2	- 2,8	+ 2,3	- 0,5	+ 0,2	Dez.
-	+ 1,2	- 0,2	+ 19,7	+ 7,4	+ 12,3	-	- 0,1	+ 19,6	+ 14,4	+ 6,2	+ 0,1	- 0,9	+ 1,0	2017 Jan.
-	- 0,1	- 1,4	+ 2,0	+ 4,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,8	+ 4,1	- 4,5	+ 0,1	- 0,5	- 0,1	Febr.
-	- 0,1	- 0,3	+ 22,4	- 4,1	+ 26,5	- 0,0	- 0,1	- 2,7	+ 0,4	- 0,5	- 1,9	- 0,7	- 0,1	März
-	- 0,1	- 0,3	- 2,2	+ 3,3	- 5,5	- 0,0	- 0,0	+ 17,5	+ 27,3	- 9,0	- 0,5	- 0,4	- 0,1	April
-	- 0,0	- 0,0	+ 4,6	+ 1,3	+ 3,3	- 0,0	+ 0,0	+ 8,1	+ 7,8	+ 1,6	- 0,5	- 0,8	+ 0,0	Mai
-	- 0,4	+ 0,0	- 24,6	- 16,1	- 8,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 10,9	+ 17,0	- 4,6	- 1,0	- 0,4	- 0,6	Juni
-	- 0,0	+ 0,1	+ 7,8	- 0,5	+ 8,3	-	- 0,0	- 8,8	- 3,1	- 3,8	- 1,2	- 0,7	+ 0,2	Juli
-	- 0,0	+ 0,4	+ 3,5	- 3,9	+ 7,3	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,2	- 1,6	- 1,1	- 0,6	+ 0,1	Aug.
-	- 0,1	- 0,3	- 3,3	- 1,0	- 2,3	-	- 0,1	+ 4,3	+ 7,5	- 2,5	- 0,6	- 0,1	- 0,1	Sept.
-	- 0,1	- 0,1	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	-	+ 0,0	+ 15,7	+ 25,1	- 8,5	- 0,3	- 0,5	- 0,0	Okt.
-	- 0,0	+ 0,1	- 1,0	+ 3,1	- 4,2	-	+ 0,0	+ 30,3	+ 27,2	+ 4,0	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	Nov.
-	- 0,3	+ 0,5	- 27,3	- 15,0	- 12,2	- 0,0	- 0,2	- 5,9	- 3,0	- 4,2	+ 1,9	- 0,6	- 0,1	Dez.
-	- 0,1	- 0,0	+ 11,9	+ 5,2	+ 6,7	+ 0,0	- 0,1	+ 7,6	+ 8,0	+ 0,9	- 0,4	- 0,8	+ 0,4	2018 Jan.
-	- 0,0	+ 0,4	- 3,5	- 5,8	+ 2,3	-	+ 0,0	- 3,1	+ 0,3	- 2,5	- 0,3	- 0,6	+ 0,5	Febr.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2016 Sept.	0,3	1 046,8	806,0	535,5	270,5	2,5	238,4	1,0	751,0	444,0	93,6	350,4	4,7	302,3
Okt.	0,3	1 089,3	850,4	571,3	279,0	2,1	236,8	1,0	758,1	454,5	102,9	351,6	4,2	299,3
Nov.	0,3	1 074,3	837,9	541,7	296,2	1,7	234,7	1,0	765,2	459,4	103,6	355,9	5,5	300,3
Dez.	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017 Jan.	0,3	1 069,4	836,4	537,3	299,0	0,8	232,2	1,7	772,9	468,4	109,0	359,4	5,3	299,1
Febr.	0,3	1 088,4	854,7	552,1	302,6	1,3	232,5	1,7	782,0	474,4	110,6	363,8	6,2	301,3
März	0,3	1 086,7	854,7	548,7	306,0	1,9	230,0	1,7	777,5	475,7	110,9	364,9	4,1	297,7
April	0,3	1 063,7	833,7	529,7	304,0	1,9	228,0	1,7	774,4	477,4	114,5	362,9	4,8	292,2
Mai	0,3	1 037,5	804,3	506,9	297,4	2,2	231,0	1,9	771,7	475,9	112,3	363,6	5,1	290,8
Juni	0,3	1 043,5	812,2	515,4	296,8	2,3	229,0	1,9	756,2	461,8	102,5	359,3	6,3	288,1
Juli	0,3	1 018,5	788,2	493,2	295,0	2,3	227,9	2,1	751,5	458,0	102,6	355,4	6,1	287,4
Aug.	0,2	1 000,5	772,3	478,4	293,9	2,2	226,0	2,1	743,9	454,3	104,0	350,3	6,0	283,6
Sept.	0,3	1 007,0	780,1	484,7	295,4	1,9	225,1	2,1	743,3	457,8	107,9	349,9	6,7	278,8
Okt.	0,3	996,7	769,4	473,5	295,9	1,9	225,3	2,1	739,9	457,9	104,8	353,1	6,5	275,6
Nov.	0,3	988,3	761,0	467,6	293,4	1,4	225,9	2,2	736,5	454,9	105,5	349,3	6,4	275,2
Dez.	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018 Jan.	0,3	985,4	758,1	466,7	291,4	1,8	225,5	2,2	735,1	450,6	105,6	345,0	5,5	279,1
Febr.	0,3	999,3	770,8	477,7	293,1	2,1	226,3	2,3	742,5	459,1	111,5	347,7	6,2	277,2
Veränderungen *)														
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4
2016 Sept.	- 0,0	- 44,3	- 42,2	- 42,1	- 0,1	- 0,0	- 2,1	+ 0,0	- 3,2	- 5,3	- 6,1	+ 0,8	- 0,4	+ 2,5
Okt.	- 0,0	+ 38,4	+ 40,6	+ 34,1	+ 6,5	- 0,3	- 1,8	- 0,0	+ 5,4	+ 9,0	+ 9,1	- 0,1	- 0,5	- 3,1
Nov.	+ 0,0	- 25,6	- 22,6	- 35,0	+ 12,3	- 0,5	- 2,5	+ 0,0	+ 0,9	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,1
Dez.	+ 0,0	- 20,7	- 19,9	- 23,1	+ 3,2	- 1,2	+ 0,4	- 0,0	- 10,7	- 9,1	- 13,4	+ 4,3	- 0,5	- 1,2
2017 Jan.	+ 0,0	+ 18,9	+ 21,1	+ 19,8	+ 1,3	+ 0,3	- 2,5	+ 0,0	+ 19,9	+ 19,5	+ 19,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Febr.	- 0,0	+ 14,0	+ 13,5	+ 12,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 6,2	+ 3,5	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,9	+ 1,8
März	- 0,0	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,8	+ 4,8	+ 0,4	+ 2,1	- 0,0	- 2,7	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	- 0,7	- 4,7
April	+ 0,0	- 16,1	- 14,2	- 15,4	+ 1,2	+ 0,0	- 1,9	+ 0,0	- 0,1	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	- 4,9
Mai	- 0,0	- 17,3	- 20,9	- 18,6	- 2,3	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,2	+ 2,8	+ 3,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,4	- 0,6
Juni	- 0,0	+ 11,0	+ 12,7	+ 10,9	+ 1,9	+ 0,1	- 1,9	+ 0,0	- 12,8	- 11,8	- 9,3	- 2,5	+ 1,2	- 2,2
Juli	- 0,0	- 16,8	- 16,1	- 18,2	+ 2,1	+ 0,0	- 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	- 0,6	- 0,2	+ 0,1
Aug.	- 0,0	- 19,5	- 17,7	- 15,3	- 2,4	- 0,1	- 1,8	+ 0,0	- 0,5	+ 3,0	+ 3,8	- 0,7	- 0,0	- 3,5
Sept.	+ 0,1	+ 5,0	+ 6,5	+ 5,6	+ 0,8	- 0,4	- 1,1	- 0,0	- 0,8	+ 2,1	+ 3,4	- 1,4	+ 0,7	- 3,5
Okt.	+ 0,0	- 13,4	- 13,6	- 12,3	- 1,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 5,3	- 1,5	- 3,4	+ 2,0	- 0,2	- 3,6
Nov.	- 0,0	- 3,2	- 3,4	- 3,4	- 0,1	- 0,5	+ 0,7	+ 0,0	- 0,8	- 0,9	+ 1,0	- 1,9	- 0,0	+ 0,1
Dez.	- 0,0	- 21,1	- 19,6	- 25,1	+ 5,5	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 11,1	- 11,9	+ 0,8	- 2,2	+ 2,5
2018 Jan.	+ 0,0	+ 30,6	+ 28,8	+ 29,7	- 0,9	+ 1,1	+ 0,7	- 0,1	+ 15,8	+ 12,3	+ 12,8	- 0,6	+ 1,3	+ 2,3
Febr.	- 0,0	+ 8,4	+ 7,4	+ 8,2	- 0,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 4,9	+ 6,5	+ 5,4	+ 1,1	+ 0,7	- 2,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017
13,1	29,4	679,5	366,0	313,5	231,3	82,2	0,0	233,3	124,6	108,7	62,0	46,7	0,7	2016 Sept.
13,2	28,8	692,7	398,6	294,1	211,9	82,2	0,0	266,3	146,2	120,1	72,0	48,1	0,7	Okt.
13,2	28,9	703,9	416,7	287,2	203,2	84,0	0,0	266,2	138,3	128,0	79,1	48,9	0,7	Nov.
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	Dez.
13,0	28,4	746,1	452,6	293,5	206,4	87,1	0,0	246,7	125,6	121,1	71,1	50,0	0,7	2017 Jan.
13,0	24,8	765,2	480,7	284,5	197,4	87,1	0,0	254,0	129,5	124,5	74,8	49,7	0,7	Febr.
12,9	24,7	768,8	488,1	280,7	192,1	88,6	0,0	237,6	113,7	124,0	72,2	51,8	0,7	März
12,9	24,8	751,4	429,4	322,0	234,2	87,7	0,0	271,9	132,3	139,7	89,0	50,6	0,7	April
12,8	24,6	732,4	464,0	268,4	181,8	86,5	0,0	269,4	134,1	135,3	85,0	50,3	0,6	Mai
12,5	24,4	720,3	463,2	257,1	170,1	87,0	0,0	259,9	123,7	136,1	75,7	60,4	0,6	Juni
12,5	24,4	692,4	441,0	251,4	165,5	85,9	0,0	282,5	137,7	144,8	84,4	60,5	0,6	Juli
12,4	24,4	648,0	389,2	258,9	174,0	84,9	0,0	286,0	133,1	152,9	92,5	60,4	0,5	Aug.
12,4	24,8	691,5	430,5	261,0	176,6	84,3	0,0	279,1	133,5	145,7	84,3	61,4	0,5	Sept.
12,3	24,8	687,6	433,6	254,0	169,4	84,7	0,0	282,8	132,3	150,5	87,9	62,6	0,4	Okt.
12,4	24,7	694,2	428,8	265,4	179,7	85,7	0,0	284,4	140,6	143,8	81,7	62,1	0,4	Nov.
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	Dez.
12,0	24,2	711,8	450,8	261,0	172,7	88,3	0,0	275,0	130,5	144,6	82,2	62,3	0,3	2018 Jan.
12,1	23,7	715,7	441,2	274,5	185,5	89,0	0,0	279,6	134,8	144,8	85,5	59,3	0,3	Febr.
Veränderungen *)														
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015
- 0,1	- 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	- 0,0	+ 3,5	- 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	- 0,0	2016
- 1,0	- 4,1	- 15,5	+ 25,3	- 40,8	- 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	- 0,4	2017
+ 0,0	- 0,0	- 21,2	- 32,3	+ 11,1	+ 11,6	- 0,5	- 0,0	- 14,8	- 2,7	- 12,1	- 12,7	+ 0,7	- 0,0	2016 Sept.
+ 0,1	- 0,6	+ 11,1	+ 31,7	- 20,5	- 20,1	- 0,4	- 0,0	+ 32,5	+ 21,4	+ 11,2	+ 9,8	+ 1,3	+ 0,1	Okt.
+ 0,0	+ 0,0	+ 4,9	+ 15,8	- 10,9	- 12,0	+ 1,1	- 0,0	- 2,2	- 9,0	+ 6,9	+ 6,4	+ 0,4	+ 0,0	Nov.
- 0,1	- 0,3	- 9,2	- 42,7	+ 33,5	+ 30,2	+ 3,3	- 0,0	- 60,5	- 38,2	- 22,3	- 24,1	+ 1,8	+ 0,0	Dez.
- 0,0	- 0,2	+ 52,9	+ 79,0	- 26,1	- 26,2	+ 0,1	- 0,0	+ 41,2	+ 25,6	+ 15,6	+ 16,2	- 0,6	- 0,0	2017 Jan.
- 0,1	- 3,6	+ 15,9	+ 26,6	- 10,7	- 10,3	- 0,4	- 0,0	+ 6,6	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,4	- 0,4	+ 0,0	Febr.
- 0,0	- 0,0	+ 5,5	+ 8,3	- 2,8	- 4,5	+ 1,7	- 0,0	- 15,9	- 15,7	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,0	März
- 0,0	+ 0,1	- 12,8	- 56,2	+ 43,4	+ 43,7	- 0,4	- 0,0	+ 34,4	+ 18,2	+ 16,2	+ 17,1	- 0,9	- 0,0	April
- 0,1	- 0,1	- 13,8	+ 36,5	- 50,3	- 49,8	- 0,5	- 0,0	- 0,9	+ 2,4	- 3,3	- 3,3	- 0,0	- 0,0	Mai
- 0,3	- 0,2	- 9,0	+ 0,6	- 9,6	- 10,5	+ 0,9	- 0,0	- 17,8	- 10,0	- 7,8	- 9,0	+ 1,2	- 0,0	Juni
- 0,0	+ 0,0	- 23,9	- 19,7	- 4,2	- 3,7	- 0,5	+ 0,0	+ 24,0	+ 14,4	+ 9,6	+ 9,3	+ 0,3	- 0,0	Juli
- 0,1	+ 0,0	- 42,9	- 51,2	+ 8,3	+ 9,1	- 0,8	- 0,0	+ 4,6	- 4,0	+ 8,6	+ 8,5	+ 0,0	- 0,1	Aug.
- 0,0	+ 0,4	+ 42,4	+ 41,0	+ 1,5	+ 2,1	- 0,7	- 0,0	- 7,2	+ 0,2	- 7,4	- 8,4	+ 0,9	+ 0,0	Sept.
- 0,1	- 0,0	- 5,9	+ 2,4	- 8,3	- 8,3	+ 0,0	- 0,0	+ 3,0	- 1,4	+ 4,4	+ 3,4	+ 1,1	- 0,1	Okt.
+ 0,1	- 0,0	+ 9,4	- 3,6	+ 13,0	+ 11,6	+ 1,4	- 0,0	+ 2,3	+ 8,6	- 6,2	- 5,9	- 0,4	- 0,0	Nov.
- 0,3	- 0,4	- 33,3	- 38,4	+ 5,1	+ 3,5	+ 1,5	- 0,0	- 42,5	- 31,0	- 11,6	- 13,4	+ 1,8	- 0,1	Dez.
- 0,1	- 0,0	+ 57,4	+ 63,5	- 6,1	- 5,0	- 1,1	- 0,0	+ 35,0	+ 21,4	+ 13,6	+ 14,4	- 0,8	- 0,0	2018 Jan.
+ 0,1	- 0,5	+ 1,1	- 10,9	+ 12,0	+ 11,7	+ 0,3	- 0,0	+ 3,9	+ 4,0	- 0,2	+ 3,0	- 3,2	+ 0,0	Febr.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
	mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen	an Unternehmen und Privatpersonen				an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)										
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2016 Sept.	3 274,2	2 820,2	268,7	214,2	213,7	0,5	54,5	53,4	1,1	3 005,4	2 502,7
Okt.	3 281,0	2 828,8	269,7	212,6	212,0	0,6	57,1	56,1	1,0	3 011,3	2 512,3
Nov.	3 293,1	2 840,2	268,0	216,3	215,8	0,5	51,7	51,0	0,8	3 025,0	2 525,5
Dez.	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017 Jan.	3 277,7	2 831,5	252,1	208,6	208,0	0,6	43,5	43,3	0,2	3 025,6	2 535,3
Febr.	3 279,0	2 837,1	252,8	209,7	209,1	0,7	43,1	42,9	0,1	3 026,2	2 541,5
März	3 283,0	2 840,9	252,7	212,6	211,8	0,8	40,0	39,8	0,2	3 030,4	2 547,5
April	3 288,9	2 849,0	253,7	210,6	209,8	0,8	43,1	42,8	0,3	3 035,2	2 558,1
Mai	3 292,9	2 851,5	249,3	211,0	210,0	0,9	38,4	37,5	0,8	3 043,5	2 568,8
Juni	3 296,8	2 856,1	251,1	214,1	213,5	0,6	37,0	36,5	0,5	3 045,7	2 577,7
Juli	3 302,5	2 865,5	249,4	210,2	209,5	0,7	39,2	38,8	0,3	3 053,1	2 589,2
Aug.	3 308,9	2 869,6	242,8	207,6	207,0	0,6	35,2	35,0	0,2	3 066,1	2 601,2
Sept.	3 317,6	2 878,5	246,2	214,1	213,5	0,6	32,2	32,0	0,2	3 071,3	2 608,7
Okt.	3 326,1	2 887,3	248,0	215,3	214,7	0,6	32,7	32,6	0,2	3 078,1	2 616,7
Nov.	3 343,7	2 899,8	248,0	215,4	214,9	0,5	32,6	31,9	0,7	3 095,6	2 636,3
Dez.	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018 Jan.	3 339,3	2 905,2	249,7	217,4	216,8	0,6	32,3	31,9	0,4	3 089,6	2 645,2
Febr.	3 338,3	2 910,8	247,6	219,8	219,3	0,6	27,8	27,1	0,6	3 090,7	2 650,4
	Veränderungen *)										
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2016 Sept.	+ 8,2	+ 9,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 1,6	+ 5,5
Okt.	+ 7,0	+ 8,6	+ 1,1	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,7	- 0,1	+ 5,8	+ 9,4
Nov.	+ 12,1	+ 11,4	- 1,7	+ 3,7	+ 3,8	- 0,1	- 5,4	- 5,2	- 0,2	+ 13,7	+ 13,0
Dez.	- 19,0	- 16,2	- 19,0	- 10,1	- 9,9	- 0,2	- 8,9	- 8,2	- 0,7	+ 0,0	+ 3,8
2017 Jan.	+ 3,3	+ 7,3	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 5,3
Febr.	+ 1,4	+ 5,6	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 6,2
März	+ 3,9	+ 3,7	- 0,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,1	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	+ 4,1	+ 5,9
April	+ 5,9	+ 8,1	+ 1,0	- 2,0	- 2,0	- 0,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 0,1	+ 4,9	+ 10,6
Mai	+ 3,9	+ 2,5	- 4,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 4,7	- 5,2	+ 0,5	+ 8,0	+ 7,8
Juni	+ 4,0	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 1,4	- 1,1	- 0,3	+ 2,1	+ 8,8
Juli	+ 5,6	+ 9,4	- 1,8	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,2	+ 2,4	- 0,2	+ 7,4	+ 11,4
Aug.	+ 6,4	+ 4,1	- 6,6	- 2,6	- 2,5	- 0,1	- 4,0	- 3,8	- 0,1	+ 13,0	+ 12,0
Sept.	+ 7,3	+ 8,9	+ 3,5	+ 6,5	+ 6,5	- 0,0	- 3,0	- 3,0	- 0,0	+ 3,9	+ 5,8
Okt.	+ 8,6	+ 8,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	+ 6,8	+ 8,0
Nov.	+ 17,7	+ 12,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 0,5	+ 17,6	+ 17,8
Dez.	- 11,1	- 5,5	- 6,4	- 4,5	- 4,3	- 0,2	- 1,9	- 1,6	- 0,3	- 4,7	+ 3,6
2018 Jan.	+ 6,9	+ 11,0	+ 8,0	+ 6,5	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 1,2	+ 4,7
Febr.	- 1,0	+ 5,5	- 2,1	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 4,5	- 4,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 5,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	–	4,5	2008
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	–	4,3	2009
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	–	3,1	2010
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	–	3,6	2011
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	–	3,5	2012
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	–	2,7	2013
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	–	2,1	2014
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	–	2,1	2015
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	–	1,8	2016
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	–	1,7	2017
2 283,5	261,0	2 022,5	219,3	17,5	502,7	269,6	25,4	244,2	233,1	–	–	1,8	2016 Sept.
2 290,5	261,5	2 029,0	221,8	17,3	498,9	270,2	24,4	245,7	228,8	–	–	1,8	Okt.
2 302,5	264,0	2 038,5	223,0	17,3	499,5	270,9	24,3	246,6	228,6	–	–	1,8	Nov.
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	–	1,8	Dez.
2 311,3	264,5	2 046,8	224,0	18,6	490,3	268,9	24,2	244,7	221,4	–	–	1,7	2017 Jan.
2 316,5	263,2	2 053,3	225,1	18,5	484,7	268,6	25,0	243,7	216,1	–	–	1,7	Febr.
2 322,0	264,4	2 057,6	225,5	18,4	482,9	267,3	24,6	242,7	215,6	–	–	1,7	März
2 331,2	265,4	2 065,9	226,8	18,4	477,2	265,1	23,6	241,5	212,0	–	–	1,7	April
2 342,6	266,2	2 076,4	226,2	18,3	474,8	261,3	23,4	238,0	213,4	–	–	1,7	Mai
2 346,1	267,4	2 078,7	231,6	18,0	468,0	260,0	23,0	237,0	208,1	–	–	1,6	Juni
2 357,7	268,3	2 089,4	231,5	18,0	463,9	259,4	23,1	236,3	204,5	–	–	1,6	Juli
2 369,2	269,4	2 099,8	232,0	18,0	464,9	258,4	22,9	235,5	206,5	–	–	1,6	Aug.
2 376,0	269,6	2 106,3	232,7	17,9	462,7	257,0	22,4	234,6	205,7	–	–	1,6	Sept.
2 383,4	270,9	2 112,5	233,2	17,8	461,4	256,6	22,7	234,0	204,8	–	–	1,6	Okt.
2 397,7	274,4	2 123,3	238,6	17,8	459,3	255,4	22,8	232,6	204,0	–	–	1,6	Nov.
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	–	1,7	Dez.
2 405,7	274,8	2 130,8	239,5	17,4	444,4	250,9	22,0	228,9	193,6	–	–	1,5	2018 Jan.
2 414,1	275,1	2 139,0	236,3	17,4	440,3	250,3	21,9	228,4	190,1	–	–	1,5	Febr.
Veränderungen *)													
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	–	– 0,2	2009
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	–	– 0,3	2010
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	–	– 0,2	2011
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	–	– 0,2	2012
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	–	– 0,8	2013
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	–	– 0,2	2014
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	–	+ 0,0	2015
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	–	– 0,4	2016
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	–	– 0,1	2017
+ 4,6	+ 0,3	+ 4,2	+ 0,9	– 0,1	– 3,8	– 1,8	– 0,5	– 1,3	– 2,0	–	–	– 0,0	2016 Sept.
+ 6,8	+ 0,5	+ 6,2	+ 2,7	– 0,2	– 3,6	+ 0,7	– 0,9	+ 1,7	– 4,3	–	–	– 0,0	Okt.
+ 11,9	+ 2,4	+ 9,4	+ 1,1	– 0,1	+ 0,7	+ 0,9	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	–	–	+ 0,0	Nov.
+ 3,4	– 0,5	+ 3,9	+ 0,5	+ 0,0	– 3,8	– 1,5	– 0,4	– 1,1	– 2,3	–	–	– 0,0	Dez.
+ 4,8	+ 0,3	+ 4,5	+ 0,5	+ 1,3	– 5,5	– 0,5	+ 0,3	– 0,8	– 5,0	–	–	– 0,0	2017 Jan.
+ 5,1	– 1,3	+ 6,4	+ 1,1	– 0,1	– 5,6	– 0,2	+ 0,8	– 1,0	– 5,3	–	–	– 0,0	Febr.
+ 5,5	+ 1,2	+ 4,3	+ 0,4	– 0,1	– 1,8	– 1,4	– 0,3	– 1,0	– 0,4	–	–	– 0,0	März
+ 9,3	+ 1,0	+ 8,3	+ 1,3	– 0,1	– 5,7	– 2,2	– 1,0	– 1,1	– 3,6	–	–	– 0,0	April
+ 8,5	+ 0,8	+ 7,7	– 0,7	– 0,0	+ 0,1	– 1,3	– 0,2	– 1,1	+ 1,4	–	–	– 0,0	Mai
+ 3,4	+ 1,2	+ 2,2	+ 5,4	– 0,3	– 6,7	– 1,3	– 0,3	– 1,0	– 5,4	–	–	– 0,1	Juni
+ 11,4	+ 1,0	+ 10,4	– 0,1	– 0,0	– 4,0	– 0,4	+ 0,1	– 0,5	– 3,6	–	–	+ 0,0	Juli
+ 11,5	+ 1,1	+ 10,4	+ 0,5	– 0,0	+ 1,0	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 2,0	–	–	– 0,0	Aug.
+ 6,6	+ 0,2	+ 6,4	– 0,8	– 0,1	– 2,0	– 1,2	– 0,4	– 0,8	– 0,8	–	–	– 0,0	Sept.
+ 7,4	+ 1,3	+ 6,1	+ 0,6	– 0,1	– 1,2	– 0,3	+ 0,2	– 0,5	– 0,9	–	–	– 0,0	Okt.
+ 12,4	+ 3,5	+ 9,0	+ 5,4	– 0,0	– 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 0,8	–	–	–	Nov.
+ 1,7	– 0,9	+ 2,5	+ 2,0	– 0,4	– 8,3	– 1,3	– 0,3	– 1,0	– 7,1	–	–	+ 0,1	Dez.
+ 5,7	+ 1,6	+ 4,2	– 1,0	– 0,0	– 5,9	– 2,5	– 0,5	– 2,0	– 3,4	–	–	– 0,1	2018 Jan.
+ 8,2	+ 0,3	+ 8,0	– 3,2	– 0,0	– 3,9	– 0,4	– 0,1	– 0,3	– 3,5	–	–	– 0,0	Febr.

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2015	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
2016 Dez.	2 512,0	1 259,7	1 276,6	1 016,5	260,1	1 347,5	354,1	125,1	104,7	62,2	128,2	50,6	57,0	139,7
2017 März	2 533,8	1 267,0	1 283,2	1 022,4	260,8	1 364,4	356,6	129,4	105,2	66,9	131,5	50,5	55,9	141,0
Juni	2 559,7	1 280,1	1 297,8	1 033,7	264,1	1 377,8	360,9	131,5	108,3	65,7	130,8	51,0	54,7	141,5
Sept.	2 589,5	1 296,7	1 315,7	1 046,9	268,8	1 392,7	366,5	131,8	109,7	67,1	133,3	50,9	53,0	146,0
Dez.	2 610,1	1 304,3	1 326,6	1 053,0	273,6	1 403,1	368,5	131,3	112,6	67,3	133,3	50,2	51,5	147,9
Kurzfristige Kredite														
2015	207,6	–	8,5	–	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
2016 Dez.	205,5	–	6,9	–	6,9	174,3	3,7	29,7	4,4	11,8	43,2	3,6	4,4	29,3
2017 März	211,8	–	6,9	–	6,9	181,3	3,7	33,6	4,5	13,6	44,8	3,8	4,2	28,6
Juni	213,6	–	6,7	–	6,7	183,3	3,5	34,7	4,7	13,7	43,3	4,0	4,6	28,1
Sept.	213,5	–	6,5	–	6,5	183,5	3,6	33,8	4,0	14,0	45,2	3,9	4,3	28,1
Dez.	210,6	–	6,5	–	6,5	180,8	3,6	32,3	4,0	13,6	45,2	3,4	4,0	27,4
Mittelfristige Kredite														
2015	256,0	–	35,2	–	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
2016 Dez.	264,1	–	34,5	–	34,5	186,4	13,5	23,6	5,5	10,5	17,2	4,5	11,2	41,8
2017 März	264,4	–	34,0	–	34,0	186,8	13,4	23,3	4,9	11,4	17,9	4,4	10,8	43,0
Juni	267,4	–	33,8	–	33,8	188,7	13,3	23,3	5,0	10,9	18,2	4,4	10,7	44,3
Sept.	269,6	–	33,9	–	33,9	190,2	13,6	23,1	5,1	11,2	18,2	4,4	10,4	45,6
Dez.	273,5	–	34,0	–	34,0	193,1	14,0	23,6	5,1	11,3	18,2	4,3	10,3	46,7
Langfristige Kredite														
2015	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
2016 Dez.	2 042,4	1 259,7	1 235,1	1 016,5	218,6	986,8	336,9	71,8	94,8	39,9	67,7	42,5	41,4	68,6
2017 März	2 057,6	1 267,0	1 242,4	1 022,4	220,0	996,2	339,6	72,5	95,8	41,9	68,7	42,3	40,9	69,4
Juni	2 078,7	1 280,1	1 257,3	1 033,7	223,6	1 005,8	344,0	73,5	98,6	41,1	69,3	42,6	39,4	69,2
Sept.	2 106,3	1 296,7	1 275,3	1 046,9	228,3	1 018,9	349,3	74,9	100,5	41,9	69,9	42,6	38,3	72,2
Dez.	2 125,9	1 304,3	1 286,1	1 053,0	233,1	1 029,2	351,0	75,4	103,5	42,4	70,0	42,4	37,2	73,8
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2016 4.Vj.	+ 14,4	+ 9,1	+ 12,4	+ 8,4	+ 4,0	+ 6,0	+ 3,8	– 5,2	+ 1,4	– 1,0	+ 1,3	– 0,6	– 0,3	+ 3,2
2017 1.Vj.	+ 21,7	+ 7,3	+ 6,6	+ 5,8	+ 0,7	+ 16,8	+ 2,6	+ 4,3	+ 0,5	+ 2,0	+ 3,3	– 0,1	– 1,1	+ 1,2
2.Vj.	+ 23,3	+ 12,7	+ 13,8	+ 11,2	+ 2,6	+ 11,1	+ 4,1	+ 2,1	+ 0,4	– 1,1	– 0,6	+ 0,7	– 1,3	+ 2,0
3.Vj.	+ 29,5	+ 15,3	+ 17,8	+ 12,6	+ 5,2	+ 14,5	+ 5,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,4	+ 0,4	– 1,7	+ 0,4
4.Vj.	+ 18,7	+ 9,7	+ 12,7	+ 7,8	+ 4,9	+ 8,9	+ 4,1	– 0,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	– 0,6	– 1,5	+ 1,5
Kurzfristige Kredite														
2016 4.Vj.	– 7,6	–	– 0,7	–	– 0,7	– 6,6	– 0,5	– 4,6	– 0,2	– 1,2	+ 0,7	– 0,5	– 0,3	+ 0,9
2017 1.Vj.	+ 6,3	–	– 0,0	–	– 0,0	+ 7,0	+ 0,0	+ 4,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,2	– 0,2	– 0,7
2.Vj.	+ 2,1	–	– 0,1	–	– 0,1	+ 2,3	– 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,1	– 1,4	+ 0,3	+ 0,3	– 0,4
3.Vj.	– 0,1	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 0,9	– 0,7	+ 0,3	+ 1,8	– 0,2	– 0,3	+ 0,0
4.Vj.	– 2,8	–	– 0,0	–	– 0,0	– 2,6	+ 0,0	– 1,4	– 0,0	– 0,4	– 0,0	– 0,4	– 0,3	– 0,8
Mittelfristige Kredite														
2016 4.Vj.	+ 2,4	–	– 0,3	–	– 0,3	+ 2,3	+ 0,0	– 0,6	– 0,3	– 0,0	+ 0,7	– 0,0	+ 0,2	+ 0,7
2017 1.Vj.	+ 0,2	–	– 0,6	–	– 0,6	+ 0,4	– 0,1	– 0,4	– 0,5	+ 0,5	+ 0,7	– 0,1	– 0,4	+ 1,1
2.Vj.	+ 3,0	–	– 0,1	–	– 0,1	+ 1,9	– 0,0	–	+ 0,0	– 0,4	+ 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 1,3
3.Vj.	+ 2,4	–	+ 0,2	–	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,3	– 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	– 0,3	+ 1,3
4.Vj.	+ 3,9	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,3	+ 0,5	– 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 0,1	– 0,1	+ 1,1
Langfristige Kredite														
2016 4.Vj.	+ 19,6	+ 9,1	+ 13,3	+ 8,4	+ 4,9	+ 10,4	+ 4,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,2	– 0,1	+ 0,0	– 0,2	+ 1,6
2017 1.Vj.	+ 15,1	+ 7,3	+ 7,2	+ 5,8	+ 1,4	+ 9,4	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,9	– 0,2	– 0,5	+ 0,8
2.Vj.	+ 18,2	+ 12,7	+ 14,0	+ 11,2	+ 2,9	+ 6,9	+ 4,2	+ 1,0	+ 0,2	– 0,8	+ 0,6	+ 0,5	– 1,5	– 0,5
3.Vj.	+ 27,2	+ 15,3	+ 17,8	+ 12,6	+ 5,2	+ 12,8	+ 5,4	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	– 1,2	+ 0,7
4.Vj.	+ 17,6	+ 9,7	+ 12,6	+ 7,8	+ 4,8	+ 8,7	+ 3,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,3	– 0,1	– 1,1	+ 1,1

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5	2015	
680,0	204,7	36,3	181,6	401,3	46,0	1 150,1	919,0	231,2	163,3	9,2	14,4	3,6	2016 Dez.	
684,0	206,2	38,8	179,7	403,8	46,3	1 154,8	922,9	231,9	165,5	9,2	14,6	3,7	2017 März	
694,3	209,8	39,6	183,6	408,2	48,5	1 167,3	933,2	234,2	168,0	8,9	14,5	3,8	Juni	
700,9	211,2	41,1	185,7	410,4	48,3	1 182,2	945,4	236,7	170,4	8,9	14,6	3,7	Sept.	
709,0	214,9	42,3	186,4	411,2	47,7	1 192,3	954,3	237,9	171,6	8,6	14,8	3,7	Dez.	
Kurzfristige Kredite														
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0	2015	
47,9	8,4	5,7	10,2	23,9	5,1	30,6	3,2	27,4	1,8	9,2	0,6	0,0	2016 Dez.	
48,2	8,4	6,6	9,1	24,5	5,7	29,8	3,2	26,7	1,8	9,2	0,6	0,0	2017 März	
50,1	9,0	6,5	9,7	24,5	5,7	29,7	3,1	26,6	1,8	8,9	0,5	0,0	Juni	
50,2	9,6	6,7	10,0	23,7	5,5	29,4	2,9	26,5	1,7	8,9	0,5	0,0	Sept.	
50,9	10,1	6,8	10,3	23,3	5,0	29,3	2,9	26,4	1,6	8,6	0,5	0,0	Dez.	
Mittelfristige Kredite														
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	-	0,6	0,0	2015	
72,1	11,1	8,2	19,3	32,9	3,6	77,3	21,1	56,2	51,0	-	0,5	0,0	2016 Dez.	
71,1	11,3	8,6	17,8	32,7	3,6	77,1	20,6	56,5	51,7	-	0,5	0,0	2017 März	
72,1	11,5	8,8	18,6	32,8	3,6	78,1	20,5	57,7	52,9	-	0,5	0,0	Juni	
72,2	11,9	9,1	18,3	32,9	3,6	78,9	20,2	58,6	54,0	-	0,5	0,0	Sept.	
73,5	12,1	9,3	18,3	32,7	3,6	79,9	20,0	59,9	55,2	-	0,6	0,0	Dez.	
Langfristige Kredite														
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	-	13,0	3,5	2015	
560,0	185,2	22,4	152,2	344,5	37,3	1 042,3	894,7	147,6	110,5	-	13,3	3,5	2016 Dez.	
564,7	186,5	23,6	152,7	346,5	37,1	1 047,9	899,2	148,8	112,1	-	13,4	3,7	2017 März	
572,2	189,2	24,3	155,3	350,8	39,2	1 059,4	909,6	149,9	113,3	-	13,5	3,7	Juni	
578,5	189,8	25,3	157,4	353,8	39,3	1 073,8	922,3	151,6	114,8	-	13,6	3,7	Sept.	
584,6	192,6	26,2	157,8	355,3	39,2	1 083,1	931,4	151,6	114,8	-	13,7	3,7	Dez.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 7,1	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,2	- 0,8	+ 8,2	+ 8,5	- 0,4	+ 1,1	- 0,6	+ 0,2	+ 0,0	2016 4.Vj.	
+ 6,8	+ 1,4	+ 2,3	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,3	+ 4,9	+ 4,1	+ 0,8	+ 2,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	2017 1.Vj.	
+ 10,5	+ 3,5	+ 0,8	+ 4,0	+ 3,4	+ 0,1	+ 12,2	+ 9,7	+ 2,6	+ 2,8	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	2.Vj.	
+ 8,9	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,2	- 0,1	+ 14,9	+ 12,1	+ 2,8	+ 2,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	3.Vj.	
+ 8,5	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	- 0,6	+ 9,8	+ 8,6	+ 1,1	+ 1,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 1,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,5	- 0,8	- 0,6	- 1,1	- 0,2	- 0,9	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	2016 4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,7	+ 0,6	- 0,7	- 0,0	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	2017 1.Vj.	
+ 2,2	+ 0,6	- 0,0	+ 0,8	-	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 1,7	+ 0,2	+ 1,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,5	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	2016 4.Vj.	
- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 0,7	-	+ 0,0	- 0,0	2017 1.Vj.	
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	- 0,1	+ 1,0	+ 1,0	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 1,0	- 0,2	+ 1,2	+ 1,2	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 6,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,1	- 0,1	+ 9,1	+ 9,0	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 0,1	+ 0,0	2016 4.Vj.	
+ 6,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,8	- 0,2	+ 5,8	+ 4,6	+ 1,2	+ 1,6	-	- 0,0	- 0,0	2017 1.Vj.	
+ 7,4	+ 2,7	+ 0,7	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,0	+ 11,3	+ 9,8	+ 1,4	+ 1,6	-	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
+ 8,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,1	+ 14,3	+ 12,4	+ 1,9	+ 1,6	-	+ 0,2	- 0,0	3.Vj.	
+ 6,5	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,5	- 0,1	+ 8,9	+ 8,9	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5		
2016	3 326,7	1 798,2	889,6	232,4	657,3	47,2	610,1	588,5	50,4	28,8	18,3	0,9		
2017	3 420,9	1 941,0	853,2	207,6	645,6	57,3	588,3	582,9	43,7	30,0	16,3	1,6		
2017 März	3 342,8	1 817,0	890,9	237,8	653,1	47,8	605,3	586,7	48,2	30,4	17,2	0,9		
April	3 360,3	1 844,4	881,9	229,2	652,6	50,3	602,3	586,2	47,8	30,3	17,3	0,8		
Mai	3 368,4	1 852,2	883,4	229,3	654,1	52,3	601,8	585,7	47,0	30,4	17,1	0,4		
Juni	3 370,3	1 869,2	869,8	226,4	643,4	53,5	589,9	584,7	46,6	29,8	16,9	0,9		
Juli	3 361,5	1 866,0	866,0	223,2	642,8	54,1	588,6	583,5	46,0	29,9	16,7	0,7		
Aug.	3 376,5	1 884,2	864,4	220,0	644,4	55,2	589,2	582,4	45,4	30,0	16,7	0,7		
Sept.	3 380,7	1 891,7	861,9	218,7	643,2	55,3	587,9	581,8	45,3	30,0	15,8	1,8		
Okt.	3 396,5	1 916,8	853,4	212,7	640,7	54,5	586,2	581,5	44,8	29,9	15,7	1,1		
Nov.	3 426,8	1 944,0	857,5	212,4	645,0	55,3	589,7	581,0	44,3	30,1	15,1	1,6		
Dez.	3 420,9	1 941,0	853,2	207,6	645,6	57,3	588,3	582,9	43,7	30,0	16,3	1,6		
2018 Jan.	3 428,9	1 949,3	854,1	211,5	642,6	55,8	586,8	582,4	42,9	30,4	16,1	1,4		
Febr.	3 425,8	1 949,6	851,6	209,9	641,8	54,4	587,4	582,2	42,3	30,9	15,9	1,1		
Veränderungen *)														
2016	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 8,9	+ 2,0	+ 10,2	- 8,2	- 7,9	- 5,0	- 0,5	- 2,1	+ 0,3		
2017	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 24,7	- 2,8	+ 10,1	- 12,8	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	- 2,0	+ 0,8		
2017 März	- 2,7	+ 0,4	- 0,5	+ 0,5	- 1,0	+ 1,3	- 2,3	- 1,9	- 0,7	- 0,1	- 0,4	- 0,6		
April	+ 17,5	+ 27,3	- 9,0	- 8,5	- 0,5	+ 2,5	- 3,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Mai	+ 8,1	+ 7,8	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,0	- 0,5	- 0,5	- 0,8	+ 0,0	- 0,2	- 0,4		
Juni	+ 10,9	+ 17,0	- 4,6	- 2,9	- 1,7	+ 1,2	- 2,9	- 1,0	- 0,4	- 0,6	- 0,1	+ 0,4		
Juli	- 8,8	- 3,1	- 3,8	- 3,2	- 0,6	+ 0,7	- 1,3	- 1,2	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	- 0,1		
Aug.	+ 15,0	+ 18,2	- 1,6	- 3,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,6	- 1,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,0		
Sept.	+ 4,3	+ 7,5	- 2,5	- 1,3	- 1,2	+ 0,1	- 1,3	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,9	+ 1,1		
Okt.	+ 15,7	+ 25,1	- 8,5	- 6,0	- 2,5	- 0,8	- 1,8	- 0,3	- 0,5	- 0,0	- 0,1	- 0,6		
Nov.	+ 30,3	+ 27,2	+ 4,0	- 0,3	+ 4,2	+ 0,8	+ 3,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,6	+ 0,4		
Dez.	- 5,9	- 3,0	- 4,2	+ 4,8	+ 0,6	+ 2,0	- 1,4	+ 1,9	- 0,6	- 0,1	+ 1,2	+ 0,0		
2018 Jan.	+ 7,6	+ 8,0	+ 0,9	+ 3,9	- 3,0	- 1,3	- 1,7	- 0,4	- 0,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,2		
Febr.	+ 3,1	+ 0,3	- 2,5	- 1,7	- 0,8	- 1,4	+ 0,5	- 0,3	- 0,6	+ 0,5	- 0,2	- 0,3		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5		
2016	199,8	57,9	133,5	79,5	54,0	16,6	37,4	3,9	4,5	27,1	2,5	-		
2017	201,7	58,9	134,7	65,8	69,0	27,4	41,5	3,6	4,4	25,7	2,3	-		
2017 März	204,0	58,9	136,8	81,4	55,4	16,5	38,9	3,7	4,7	26,7	2,5	-		
April	203,1	59,1	135,6	77,9	57,7	18,7	39,0	3,6	4,7	26,7	2,5	-		
Mai	209,7	61,1	140,3	80,4	59,9	20,4	39,5	3,7	4,6	26,4	2,5	-		
Juni	209,9	58,1	143,5	81,8	61,8	21,8	40,0	3,7	4,7	25,8	2,4	-		
Juli	207,2	55,6	143,2	80,4	62,8	22,4	40,4	3,7	4,7	25,8	2,4	-		
Aug.	213,6	61,2	144,2	79,9	64,3	23,4	40,8	3,7	4,5	25,9	2,5	-		
Sept.	210,5	58,8	143,4	77,5	66,0	24,1	41,9	3,7	4,5	25,9	2,3	-		
Okt.	207,6	60,0	139,5	72,6	67,0	24,4	42,6	3,7	4,4	25,8	2,3	0,0		
Nov.	211,1	61,1	142,2	72,3	69,9	25,8	44,1	3,6	4,2	25,8	2,3	0,0		
Dez.	201,7	58,9	134,7	65,8	69,0	27,4	41,5	3,6	4,4	25,7	2,3	-		
2018 Jan.	202,1	55,0	139,0	69,6	69,4	27,0	42,4	3,7	4,4	26,1	2,4	-		
Febr.	204,3	58,8	137,5	68,7	68,7	26,2	42,5	3,7	4,4	26,1	2,4	-		
Veränderungen *)														
2016	+ 3,1	+ 0,3	+ 2,0	- 6,7	+ 8,7	+ 6,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,8	- 0,2	- 0,5		
2017	- 1,0	+ 1,6	- 2,4	- 14,1	+ 11,7	+ 10,7	+ 0,9	- 0,3	+ 0,1	- 1,1	- 0,3	± 0,0		
2017 März	- 1,7	- 2,5	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	-		
April	- 1,0	+ 0,3	- 1,2	- 3,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	-		
Mai	+ 6,7	+ 1,9	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	-		
Juni	- 0,1	- 3,0	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	-		
Juli	- 2,8	- 2,5	- 0,4	- 1,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	-		
Aug.	+ 6,4	+ 5,6	+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	-		
Sept.	- 3,8	- 2,4	- 1,5	- 2,7	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	-		
Okt.	- 3,5	+ 1,1	- 4,5	- 5,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0		
Nov.	+ 4,1	+ 1,6	+ 2,6	- 0,2	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,4	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Dez.	- 11,1	- 2,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,6	- 4,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0		
2018 Jan.	+ 0,4	- 3,9	+ 4,3	+ 3,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,4	+ 0,0	-		
Febr.	+ 2,2	+ 3,8	- 1,5	- 0,9	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-		
2016	3 127,0	1 740,3	756,2	152,8	603,3	30,6	572,7	584,6	45,9	1,7	15,8	0,9		
2017	3 219,2	1 882,1	718,5	141,9	576,6	29,9	546,8	579,3	39,3	4,3	14,0	1,6		
2017 März	3 138,8	1 758,1	754,1	156,3	597,8	31,3	566,4	583,0	43,6	3,7	14,8	0,9		
April	3 157,2	1 785,2	746,3	151,4	594,9	31,6	563,3	582,6	43,1	3,7	14,8	0,8		
Mai	3 158,7	1 791,1	743,1	148,9	594,2	31,9	562,4	582,0	42,4	4,0	14,6	0,4		
Juni	3 160,3	1 811,1	726,2	144,6	581,6	31,7	549,9	581,0	41,9	3,9	14,5	0,9		
Juli	3 154,3	1 810,5	722,7	142,8	580,0	31,8	548,2	579,8	41,3	4,1	14,3	0,7		
Aug.	3 162,8	1 823,0	720,2	140,1	580,1	31,8	548,3	578,7	40,9	4,1	14,2	0,7		
Sept.	3 170,2	1 832,9	718,5	141,2	577,2	31,2	546,1	578,1	40,8	4,1	13,5	1,8		
Okt.	3 188,8	1 856,9	713,8	140,1	573,7	30,1	543,5	577,8	40,3	4,1	13,4	1,1		
Nov.	3 215,7	1 882,9	715,3	140,1	575,2	29,5	545,6	577,5	40,1	4,3	12,8	1,6		
Dez.	3 219,2	1 882,1	718,5	141,9	576,6	29,9	546,8	579,3	39,3	4,3	14,0	1,6		
2018 Jan.	3 226,8	1 894,3	715,1	142,0	573,2	28,7	544,5	578,8	38,6	4,4	13,8	1,4		
Febr.	3 221,5	1 890,8	714,2	141,1	573,0	28,2	544,9	578,5	38,0	4,9	13,6	1,1		
Veränderungen *)														
2016	+ 101,7	+ 124,2	- 8,9	- 2,2	- 6,7	+ 3,8	- 10,5	- 8,0	- 5,7	+ 0,3	- 1,9	+ 0,9		
2017	+ 104,1	+ 141,3	- 25,1	- 10,6	- 14,4	- 0,7	- 13,8	- 5,3	- 6,7	+ 1,6	- 1,7	+ 0,8		
2017 März	- 1,0	+ 2,9	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	+ 0,7	- 2,8	- 1,9	- 0,8	+ 0,0	- 0,3	- 0,6		
April	+ 18,4	+ 27,0	- 7,8	- 5,0	- 2,8	+ 0,2	- 3,1	- 0,4	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Mai	+ 1,4	+ 5,9	- 3,2	- 2,5	- 0,7	+ 0,3	- 0,9	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,4		
Juni	+ 11,0	+ 19,9	- 7,5	- 4,2	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 1,0	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 0,4		
Juli	- 5,9	- 0,7	- 3,4	- 1,9	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,2	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	- 0,1		
Aug.	+ 8,6	+ 12,6	- 2,5	- 2,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 1,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,0		
Sept.	+ 8,1	+ 9,9	- 1,0	+ 1,4	- 2,4	- 0,6	- 1,9	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,7	+ 1,1		
Okt.	+ 19,2	+ 23,9	- 4,0	- 1,0	- 3,0	- 1,0	- 2,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	- 0,7		
Nov.	+ 26,2	+ 25,6	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	- 0,6	+ 2,0	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,6	+ 0,4		
Dez.	+ 5,2	- 0,9	+ 5,0	+ 1,8	+ 3,3	+ 0,4	+ 2,9	+ 1,8	- 0,7	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,1		
2018 Jan.	+ 7,2	+ 11,8	- 3,4	+ 0,1	- 3,5	- 0,9	- 2,6	- 0,5	- 0,8	+ 0,0	- 0,2	- 0,2		
Febr.	- 5,3	+ 3,5	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	+ 0,5	- 0,2	- 0,3		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-		
2016	1 032,4	518,3	494,1	98,3	395,8	17,4	378,4	6,9	13,2	1,6	13,0	0,9		
2017	1 039,6	558,9	461,0	92,9	368,2	17,2	351,0	6,8	12,8	2,7	11,6	1,6		
2017 März	1 034,5	522,7	492,1	101,3	390,8	18,4	372,4	6,8	12,9	2,8	12,1	0,9		
April	1 035,4	530,1	485,4	97,5	387,9	18,6	369,2	6,9	13,0	2,8	12,1	0,8		
Mai	1 033,4	531,1	482,6	95,8	386,8	18,8	368,1	6,8	12,9	2,9	12,0	0,4		
Juni	1 032,3	545,0	467,6	92,9	374,7	18,8	355,9	6,8	12,9	2,8	11,9	0,9		
Juli	1 022,6	537,7	465,4	91,5	373,9	19,1	354,8	6,8	12,8	2,8	11,8	0,7		
Aug.	1 026,6	543,9	463,2	89,1	374,1	19,2	354,8	6,8	12,7	2,8	11,7	0,7		
Sept.	1 028,0	546,3	462,0	90,9	371,1	18,7	352,4	6,9	12,9	2,8	11,0	1,8		
Okt.	1 038,4	561,0	457,7	90,0	367,7	17,8	349,8	6,9	12,9	2,8	10,9	1,1		
Nov.	1 047,0	567,1	459,8	90,6	369,3	17,3	352,0	6,9	13,1	2,9	10,4	1,6		
Dez.	1 039,6	558,9	461,0	92,9	368,2	17,2	351,0	6,8	12,8	2,7	11,6	1,6		
2018 Jan.	1 051,4	573,9	458,0	93,6	364,4	16,0	348,4	6,9	12,6	2,6	11,4	1,4		
Febr.	1 036,8	560,8	456,5	92,5	364,0	15,5	348,6	7,0	12,5	2,7	11,2	1,1		
Veränderungen *)														
2016	+ 4,6	+ 15,9	- 11,2	- 1,2	- 10,1	+ 3,2	- 13,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,9	+ 0,9		
2017	+ 19,5	+ 40,2	- 20,0	- 4,7	- 15,4	- 0,2	- 15,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,8	- 1,3	+ 0,8		
2017 März	+ 0,7	+ 2,4	- 1,5	+ 0,8	- 2,3	+ 0,4	- 2,7	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	- 0,6		
April	+ 0,9	+ 7,3	- 6,6	- 3,8	- 2,8	+ 0,2	- 3,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,1		
Mai	- 2,0	+ 1,0	- 2,7	- 1,7	- 1,0	+ 0,1	- 1,2	- 0,1	- 0,1	-	- 0,1	- 0,4		
Juni	+ 8,3	+ 14,0	- 5,7	- 2,9	- 2,8	- 0,0	- 2,8	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,4		
Juli	- 9,7	- 7,4	- 2,2	- 1,5	- 0,7	+ 0,4	- 1,1	- 0,0	- 0,1	-	- 0,2	- 0,1		
Aug.	+ 4,2	+ 6,2	- 2,0	- 2,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0		
Sept.	+ 2,1	+ 2,4	- 0,6	+ 2,0	- 2,6	- 0,5	- 2,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,7	+ 1,1		
Okt.	+ 11,0	+ 14,7	- 3,7	- 0,8	- 2,9	- 0,8	- 2,0	- 0,0	- 0,0	-	- 0,1	- 0,7		
Nov.	+ 7,9	+ 5,7	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,5	- 0,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5	+ 0,4		
Dez.	- 5,7	- 8,2	+ 3,0	+ 2,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 1,3	+ 0,1		
2018 Jan.	+ 11,5	+ 14,6	- 3,0	+ 0,7	- 3,8	- 0,9	- 2,9	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2		
Febr.	- 14,5	- 13,0	- 1,5	- 1,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,3		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6
2016	2 094,5	1 222,0	1 186,9	206,0	828,6	152,3	35,1	262,1	248,6	25,0	182,0	41,5
2017	2 179,7	1 323,1	1 286,6	223,4	907,6	155,7	36,5	257,5	243,5	23,4	182,9	37,1
2017 Sept.	2 142,2	1 286,6	1 250,8	216,0	880,5	154,3	35,8	256,5	241,8	23,7	181,4	36,7
Okt.	2 150,4	1 295,9	1 260,1	221,4	884,8	153,9	35,7	256,1	241,6	23,6	181,4	36,6
Nov.	2 168,7	1 315,8	1 280,3	222,9	902,2	155,2	35,5	255,4	241,4	23,4	181,4	36,7
Dez.	2 179,7	1 323,1	1 286,6	223,4	907,6	155,7	36,5	257,5	243,5	23,4	182,9	37,1
2018 Jan.	2 175,4	1 320,4	1 284,1	226,0	903,3	154,8	36,3	257,1	243,3	22,9	183,3	37,1
Febr.	2 184,7	1 330,0	1 293,1	226,1	911,8	155,2	36,9	257,7	243,8	22,7	183,9	37,3
Veränderungen *)												
2016	+ 97,1	+ 108,4	+ 105,3	+ 17,5	+ 78,7	+ 9,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3
2017	+ 84,7	+ 101,1	+ 99,8	+ 17,5	+ 77,8	+ 4,5	+ 1,3	- 5,0	- 5,1	- 1,8	- 2,1	- 1,3
2017 Sept.	+ 6,0	+ 7,5	+ 7,2	- 3,0	+ 9,2	+ 1,0	+ 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,3
Okt.	+ 8,3	+ 9,2	+ 9,4	+ 5,4	+ 4,3	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Nov.	+ 18,3	+ 19,9	+ 20,2	+ 1,5	+ 17,4	+ 1,3	- 0,2	- 0,7	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1
Dez.	+ 10,9	+ 7,4	+ 6,3	+ 0,5	+ 5,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,5
2018 Jan.	- 4,3	- 2,7	- 2,6	+ 2,6	- 4,2	- 0,9	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,5	+ 0,4	- 0,1
Febr.	+ 9,3	+ 9,6	+ 9,0	+ 0,1	+ 8,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	- 0,3	+ 0,5	+ 0,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)					Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5
2016	199,8	7,9	3,6	2,0	2,2	0,1	13,5	42,3	13,4	11,2	16,6	1,1	13,2
2017	201,7	8,7	4,3	1,5	2,8	0,1	12,9	37,5	11,9	9,9	14,5	1,3	12,7
2017 Sept.	210,5	8,0	4,1	1,3	2,6	0,1	13,2	49,8	11,7	19,2	17,7	1,2	12,7
Okt.	207,6	7,9	4,0	1,3	2,4	0,1	13,2	46,9	11,8	16,1	17,7	1,2	12,6
Nov.	211,1	8,3	4,2	1,3	2,7	0,1	13,2	44,8	12,0	13,9	17,7	1,3	12,6
Dez.	201,7	8,7	4,3	1,5	2,8	0,1	12,9	37,5	11,9	9,9	14,5	1,3	12,7
2018 Jan.	202,1	8,9	4,6	1,2	2,9	0,1	12,9	40,1	10,3	13,9	14,6	1,3	13,1
Febr.	204,3	8,8	4,4	1,4	2,9	0,1	12,9	40,3	10,3	14,2	14,6	1,3	13,1
Veränderungen *)													
2016	+ 3,1	- 1,2	+ 0,5	- 1,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,5	- 1,8	+ 0,1	- 1,8	- 0,3	+ 0,1	- 0,3
2017	- 1,0	- 0,0	+ 0,7	- 1,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,6	- 5,1	- 1,4	- 1,4	- 2,5	+ 0,2	- 0,5
2017 Sept.	- 3,8	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,0
Okt.	- 3,5	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 3,0	+ 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1
Nov.	+ 4,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,9	+ 0,2	- 2,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0
Dez.	- 11,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 7,5	- 0,1	- 4,0	- 3,4	+ 0,1	+ 0,1
2018 Jan.	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 2,6	- 1,6	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4
Febr.	+ 2,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	2015
13,5	54,5	207,5	13,3	194,3	577,7	569,3	8,4	32,7	0,1	2,9	–	2016
14,0	49,0	208,5	12,7	195,8	572,4	564,6	7,9	26,6	1,7	2,4	–	2017
14,7	50,3	206,2	12,5	193,7	571,2	563,1	8,0	27,9	1,3	2,5	–	2017 Sept.
14,6	50,1	206,0	12,3	193,7	571,0	563,0	8,0	27,5	1,3	2,5	–	Okt.
14,0	49,5	205,9	12,2	193,6	570,5	562,8	7,8	27,0	1,4	2,4	–	Nov.
14,0	49,0	208,5	12,7	195,8	572,4	564,6	7,9	26,6	1,7	2,4	–	Dez.
13,8	48,3	208,8	12,7	196,1	571,9	564,0	7,8	26,0	1,8	2,4	–	2018 Jan.
13,8	48,7	209,0	12,7	196,3	571,5	563,8	7,7	25,5	2,2	2,4	–	Febr.
Veränderungen ^{*)}												
+ 0,6	– 1,0	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,7	– 7,9	– 7,3	– 0,5	– 5,8	+ 0,1	– 0,9	–	2016
+ 0,1	– 5,9	+ 0,9	– 0,5	+ 1,4	– 5,3	– 4,7	– 0,6	– 6,1	+ 0,8	– 0,4	–	2017
– 0,1	– 0,6	+ 0,2	– 0,0	+ 0,2	– 0,7	– 0,7	– 0,0	– 0,3	– 0,0	– 0,0	–	2017 Sept.
– 0,0	– 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 0,2	– 0,2	– 0,0	– 0,4	+ 0,0	– 0,0	–	Okt.
– 0,6	– 0,6	– 0,2	– 0,1	– 0,1	– 0,4	– 0,2	– 0,2	– 0,5	+ 0,1	– 0,0	–	Nov.
– 0,0	– 0,5	+ 2,6	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	– 0,4	+ 0,3	– 0,0	–	Dez.
– 0,2	– 0,7	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	– 0,5	– 0,5	– 0,0	– 0,6	+ 0,1	– 0,0	–	2018 Jan.
+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2	– 0,0	+ 0,2	– 0,4	– 0,2	– 0,1	– 0,5	+ 0,4	– 0,0	–	Febr.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2**. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	2015
56,0	31,5	8,7	10,1	5,7	0,4	93,6	9,4	57,6	25,1	1,5	–	2016
61,6	33,2	8,8	14,1	5,5	0,0	93,8	9,5	45,6	37,6	1,1	–	2017
55,5	28,0	9,0	12,7	5,8	0,0	97,1	15,0	48,0	33,0	1,2	–	2017 Sept.
54,1	27,0	8,7	12,8	5,7	0,0	98,8	17,2	46,4	34,1	1,1	–	Okt.
57,0	30,0	9,1	12,5	5,4	0,0	101,0	14,9	47,9	37,0	1,0	–	Nov.
61,6	33,2	8,8	14,1	5,5	0,0	93,8	9,5	45,6	37,6	1,1	–	Dez.
54,0	26,2	8,3	14,0	5,5	0,0	99,2	14,0	46,1	38,0	1,1	–	2018 Jan.
57,4	29,6	8,3	14,1	5,5	0,0	97,8	14,6	44,8	37,2	1,2	–	Febr.
Veränderungen ^{*)}												
+ 3,7	+ 2,4	– 0,8	+ 1,6	+ 0,5	– 0,0	+ 2,4	– 2,6	– 2,8	+ 7,7	+ 0,2	–	2016
+ 4,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,3	– 0,0	– 0,0	– 0,3	+ 0,2	– 11,8	+11,6	– 0,4	–	2017
– 2,5	– 3,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	–	– 1,2	– 0,1	– 2,2	+ 1,0	+ 0,0	–	2017 Sept.
– 1,4	– 1,1	– 0,3	+ 0,0	– 0,1	–	+ 1,1	+ 2,2	– 1,6	+ 0,5	– 0,0	–	Okt.
+ 3,5	+ 3,4	+ 0,4	– 0,2	– 0,1	–	+ 2,1	– 2,2	+ 1,5	+ 2,9	– 0,1	–	Nov.
+ 3,2	+ 3,3	– 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	– 7,1	– 5,4	– 2,3	+ 0,6	+ 0,0	–	Dez.
– 7,6	– 7,0	– 0,5	– 0,1	– 0,0	– 0,0	+ 5,3	+ 4,5	+ 0,5	+ 0,4	– 0,0	–	2018 Jan.
+ 3,5	+ 3,4	– 0,0	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	– 1,4	+ 0,6	– 1,3	– 0,8	+ 0,1	–	Febr.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an					
	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken	
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7	
2016	596,5	588,5	537,1	361,6	51,5	37,7	8,0	6,9	3,3	59,1	50,4	35,8	8,7	
2017	590,3	582,9	541,0	348,3	41,9	30,3	7,4	6,5	2,7	52,0	43,7	31,4	8,2	
2017 Okt.	589,0	581,5	538,5	349,7	43,0	31,9	7,5	6,6	0,1	53,1	44,8	32,2	8,3	
Nov.	588,5	581,0	538,6	349,8	42,4	31,2	7,5	6,5	0,2	52,6	44,3	31,9	8,3	
Dez.	590,3	582,9	541,0	348,3	41,9	30,3	7,4	6,5	1,2	52,0	43,7	31,4	8,2	
2018 Jan.	589,9	582,4	539,8	346,2	42,7	31,2	7,4	6,5	0,2	49,4	42,9	30,9	6,5	
Febr.	589,6	582,2	540,5	343,9	41,7	30,7	7,4	6,5	0,1	47,2	42,3	30,5	4,9	
Veränderungen *)														
2016	- 8,8	- 7,9	+ 2,5	- 18,4	- 10,4	- 10,3	- 0,9	- 0,5	.	- 5,0	- 5,0	- 4,7	- 0,0	
2017	- 6,2	- 5,6	+ 1,5	- 13,1	- 7,1	- 7,4	- 0,6	- 0,4	.	- 7,2	- 6,7	- 4,4	- 0,5	
2017 Okt.	- 0,4	- 0,3	+ 0,5	- 0,9	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	
Nov.	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6	- 0,7	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,0	
Dez.	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,4	- 1,5	- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,1	
2018 Jan.	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	- 2,1	- 0,7	+ 0,9	- 0,0	- 0,0	.	- 0,9	- 0,8	- 0,5	- 0,1	
Febr.	- 0,3	- 0,3	+ 0,4	- 2,3	- 0,6	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 2,2	- 0,6	- 0,4	- 1,6	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene	
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit			ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen		
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016	1 098,1	177,0	28,1	407,1	90,9	111,3	4,1	37,4	5,8	949,4	0,6	0,2	33,8	0,5
2017	1 066,5	147,2	26,0	370,4	89,8	107,4	4,1	32,9	6,4	926,2	0,4	0,2	30,5	0,5
2017 Okt.	1 079,1	149,6	28,0	383,2	86,6	106,4	5,1	35,5	6,5	937,1	0,3	0,2	31,1	0,5
Nov.	1 072,3	148,0	25,9	377,3	84,9	103,4	5,0	35,1	6,7	933,8	0,3	0,2	30,7	0,5
Dez.	1 066,5	147,2	26,0	370,4	89,8	107,4	4,1	32,9	6,4	926,2	0,4	0,2	30,5	0,5
2018 Jan.	1 060,2	143,6	24,4	355,1	76,5	92,3	4,2	31,2	6,8	936,7	0,4	0,2	30,5	0,5
Febr.	1 076,8	143,6	26,1	371,5	86,2	104,0	4,4	33,2	7,3	939,6	0,3	0,2	30,6	0,5
Veränderungen *)														
2016	+ 22,1	- 12,0	- 2,1	+ 23,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 8,8	+ 0,1	+ 11,7	+ 0,3	- 0,1	+ 1,9	- 0,0
2017	- 30,8	- 29,7	- 2,1	- 36,7	- 0,5	- 3,9	- 0,0	- 4,6	+ 0,6	- 22,3	- 0,2	+ 0,0	- 3,2	- 0,0
2017 Okt.	- 4,9	- 11,9	- 0,1	+ 4,4	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,1	- 1,5	+ 0,0	- 3,9	- 0,0	+ 0,0	- 1,0	-
Nov.	- 6,7	- 1,6	- 2,1	- 5,9	- 1,2	- 3,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,3	-
Dez.	- 5,8	- 0,8	+ 0,1	- 6,9	+ 5,0	+ 4,0	- 0,9	- 2,3	- 0,2	- 7,6	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0
2018 Jan.	- 6,3	- 3,6	- 1,7	- 15,2	- 13,3	- 15,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,4	+ 10,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0
Febr.	+ 16,6	+ 0,0	+ 1,7	+ 16,3	+ 9,7	+ 11,6	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,4	+ 2,9	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2016	20	218,8	43,6	0,0	16,6	13,8	98,6	18,1	23,4	2,5	21,4	163,8	5,5	2,0	10,2	89,2
2017	20	229,2	41,8	0,0	15,8	12,3	104,4	24,8	25,1	2,6	23,0	168,6	9,5	3,0	11,0	83,6
2017 Dez.	20	229,2	41,8	0,0	15,8	12,3	104,4	24,8	25,1	2,6	23,0	168,6	9,5	3,0	11,0	8,1
2018 Jan.	20	230,2	42,4	0,0	15,9	12,3	104,7	25,0	25,2	2,6	23,7	169,2	9,4	3,0	11,0	6,3
2018 Febr.	20	231,0	42,4	0,0	16,0	12,2	104,9	25,2	25,4	2,6	24,0	169,6	9,3	3,1	11,0	6,6
Private Bausparkassen																
2017 Dez.	12	160,5	26,1	-	6,9	9,3	81,0	21,9	11,6	1,7	21,1	110,0	9,2	3,0	7,4	5,1
2018 Jan.	12	161,1	26,5	-	6,9	9,2	81,2	22,0	11,6	1,7	21,6	110,3	9,1	3,0	7,4	4,0
2018 Febr.	12	161,6	26,6	-	6,9	9,2	81,3	22,0	11,7	1,7	21,8	110,5	9,0	3,1	7,4	4,2
Öffentliche Bausparkassen																
2017 Dez.	8	68,7	15,8	0,0	8,8	3,1	23,4	2,9	13,5	0,9	1,9	58,7	0,3	-	3,6	3,0
2018 Jan.	8	69,1	15,9	0,0	9,0	3,0	23,5	3,0	13,6	0,9	2,1	58,9	0,3	-	3,6	2,4
2018 Febr.	8	69,5	15,8	0,0	9,0	3,0	23,5	3,2	13,8	0,9	2,2	59,1	0,3	-	3,6	2,4

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen			neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal			
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten								
Alle Bausparkassen																
2016	27,5	2,2	7,6	46,8	27,4	40,9	17,2	4,4	4,9	3,7	18,8	16,3	8,0	8,0	7,2	0,2
2017	26,7	2,3	7,6	45,3	26,0	39,6	16,4	4,1	4,5	3,4	18,7	16,4	7,4	7,1	6,2	0,2
2017 Dez.	2,2	1,9	0,6	3,3	1,9	3,1	1,3	0,3	0,3	0,2	1,5	16,4	7,4	0,6	1,5	0,0
2018 Jan.	2,5	0,0	0,6	3,8	2,2	3,2	1,3	0,4	0,4	0,3	1,5	16,6	7,5	0,5		0,0
2018 Febr.	2,2	0,0	0,6	3,9	2,1	2,9	1,2	0,3	0,4	0,3	1,3	17,2	7,6	0,5		0,0
Private Bausparkassen																
2017 Dez.	1,5	1,2	0,3	2,3	1,3	2,4	0,9	0,2	0,2	0,1	1,2	11,9	4,4	0,4	1,1	0,0
2018 Jan.	1,6	0,0	0,3	2,9	1,6	2,4	1,0	0,3	0,3	0,2	1,2	12,1	4,5	0,4		0,0
2018 Febr.	1,5	0,0	0,3	2,7	1,3	2,3	0,9	0,3	0,3	0,2	1,1	12,3	4,4	0,4		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2017 Dez.	0,8	0,7	0,3	0,9	0,6	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,4	3,0	0,1	0,4	0,0
2018 Jan.	0,9	0,0	0,3	0,9	0,6	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,0	0,1		0,0
2018 Febr.	0,8	0,0	0,3	1,2	0,8	0,6	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,8	3,2	0,1		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **2** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **3** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **4** Einschl. Ausgleichsforderungen. **5** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **6** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **7** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. **8** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **9** Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **10** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **11** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **12** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. **13** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0	
2016	51	191	1 873,3	584,2	570,5	205,0	365,5	13,8	580,5	489,8	14,5	475,3	90,8	708,5	485,3	
2017	52	187	1 647,8	493,9	484,1	197,1	287,0	9,8	528,8	443,2	13,1	430,1	85,6	625,1	402,9	
2017 April	51	192	1 931,5	631,8	618,6	224,4	394,2	13,3	597,8	503,9	13,7	490,3	93,9	701,8	460,3	
Mai	51	192	1 894,2	629,7	616,8	215,1	401,8	12,8	565,5	478,3	13,2	465,1	87,2	699,0	459,0	
Juni	51	192	1 828,5	589,4	576,9	212,5	364,4	12,5	565,1	475,9	13,3	462,5	89,2	674,1	434,1	
Juli	51	192	1 787,7	564,8	552,6	199,5	353,1	12,1	546,9	463,7	13,3	450,4	83,1	676,1	438,4	
Aug.	51	191	1 752,1	537,7	526,1	171,1	355,0	11,6	545,3	461,7	13,2	448,5	83,7	669,1	432,2	
Sept.	51	190	1 746,8	549,5	537,6	176,8	360,8	11,9	568,1	481,8	13,5	468,3	86,3	629,2	408,3	
Okt.	51	187	1 788,9	579,0	567,0	185,8	381,1	12,1	558,7	477,1	13,5	463,6	81,5	651,2	418,3	
Nov.	51	187	1 712,1	516,9	505,0	187,2	317,9	11,9	562,5	481,7	13,6	468,1	80,9	632,7	416,0	
Dez.	52	187	1 647,8	493,9	484,1	197,1	287,0	9,8	528,8	443,2	13,1	430,1	85,6	625,1	402,9	
2018 Jan.	50	184	1 741,4	508,5	496,7	201,0	295,7	11,8	536,6	454,7	13,2	441,5	81,9	696,3	444,0	
Veränderungen *)																
2016	± 0	- 7	+ 29,1	+ 49,3	+ 52,9	+ 43,7	+ 9,2	- 3,5	- 56,4	- 24,6	+ 0,5	- 25,1	- 31,8	+ 24,9	- 14,8	
2017	+ 1	- 4	- 216,7	- 52,5	- 49,4	- 7,9	- 41,5	- 3,1	- 10,9	- 10,0	- 1,4	- 8,6	- 0,9	- 74,6	- 60,4	
2017 Mai	-	-	- 35,2	+ 6,6	+ 6,8	- 9,3	+ 16,1	- 0,2	- 22,3	- 16,9	- 0,5	- 16,4	- 5,4	- 0,8	+ 4,0	
Juni	-	-	- 64,4	- 34,7	- 34,4	- 2,5	- 31,9	- 0,2	+ 5,1	+ 2,5	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,6	- 23,6	- 21,9	
Juli	-	-	- 39,1	- 16,8	- 16,7	- 13,0	- 3,7	- 0,1	- 9,6	- 4,5	- 0,0	- 4,5	- 5,1	+ 3,7	+ 8,9	
Aug.	-	-	- 34,9	- 24,2	- 23,7	- 28,4	+ 4,7	- 0,5	+ 2,3	+ 1,1	- 0,2	+ 1,3	+ 1,2	- 6,3	- 4,3	
Sept.	-	-	- 5,5	+ 10,6	+ 10,3	+ 5,6	+ 4,6	+ 0,3	+ 20,5	+ 18,6	+ 0,3	+ 18,3	+ 1,9	- 40,0	- 25,1	
Okt.	-	-	+ 41,1	+ 25,6	+ 25,5	+ 9,1	+ 16,5	+ 0,1	- 13,6	- 8,4	+ 0,0	- 8,4	- 5,2	+ 21,0	+ 7,9	
Nov.	-	-	- 75,5	- 56,8	- 56,7	+ 1,3	- 58,0	- 0,1	+ 9,1	+ 9,3	+ 0,1	+ 9,2	- 0,2	- 17,3	+ 0,3	
Dez.	+ 1	-	- 63,5	- 20,0	- 18,0	+ 9,9	- 27,9	- 2,0	- 29,8	- 35,0	- 0,5	- 34,5	+ 5,2	- 6,7	- 11,1	
2018 Jan.	- 2	- 3	+ 95,9	+ 22,3	+ 20,2	+ 4,0	+ 16,2	+ 2,1	+ 17,0	+ 19,5	+ 0,1	+ 19,4	- 2,5	+ 73,5	+ 46,4	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-	
2016	20	53	320,5	82,1	72,2	21,4	50,8	9,9	161,4	130,3	22,6	107,7	31,2	76,9	-	
2017	20	50	276,6	70,4	63,9	25,0	39,0	6,5	149,5	122,2	22,2	99,9	27,4	56,7	-	
2017 April	20	53	303,2	73,1	64,1	24,8	39,3	9,0	160,8	130,9	22,8	108,0	29,9	69,3	-	
Mai	20	53	295,9	72,1	64,6	26,7	38,0	7,5	157,0	128,3	23,0	105,3	28,7	66,8	-	
Juni	20	51	285,2	72,4	65,2	27,0	38,2	7,2	155,5	126,6	22,9	103,7	28,9	57,2	-	
Juli	20	53	280,7	79,2	72,5	26,6	45,9	6,8	147,0	119,2	22,7	96,5	27,8	54,5	-	
Aug.	20	52	279,0	74,8	67,8	28,8	39,0	6,9	153,1	125,7	23,0	102,7	27,5	51,1	-	
Sept.	20	52	284,6	77,0	70,2	30,2	39,9	6,8	155,2	127,1	23,0	104,1	28,1	52,4	-	
Okt.	20	50	276,9	73,1	66,7	27,8	38,9	6,4	145,5	118,2	22,9	95,3	27,3	58,3	-	
Nov.	20	50	277,3	74,1	67,5	27,8	39,7	6,6	145,5	117,9	22,6	95,3	27,6	57,7	-	
Dez.	20	50	276,6	70,4	63,9	25,0	39,0	6,5	149,5	122,2	22,2	99,9	27,4	56,7	-	
2018 Jan.	20	50	274,8	71,5	64,6	25,6	39,0	6,9	146,3	119,8	22,2	97,6	26,5	56,9	-	
Veränderungen *)																
2016	- 4	- 5	- 56,8	- 45,9	- 42,6	- 28,7	- 13,9	- 3,3	- 22,7	- 22,1	+ 0,4	- 22,4	- 0,6	+ 11,8	-	
2017	-	- 3	- 33,3	- 4,9	- 2,4	+ 3,5	- 6,0	- 2,5	- 8,2	- 4,4	- 0,4	- 4,0	- 3,8	- 20,2	-	
2017 Mai	-	-	- 4,9	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,9	- 0,1	- 1,3	- 2,9	- 1,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,2	- 2,5	-	
Juni	-	- 2	- 9,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,9	- 0,1	- 0,9	- 1,2	- 0,1	- 1,1	+ 0,2	- 9,6	-	
Juli	-	+ 2	- 2,0	+ 8,3	+ 8,5	- 0,4	+ 8,9	- 0,2	- 7,6	- 6,5	- 0,2	- 6,3	- 1,1	- 2,7	-	
Aug.	-	- 1	- 0,9	- 4,0	- 4,2	+ 2,3	- 6,4	+ 0,2	+ 6,4	+ 6,7	+ 0,2	+ 6,5	- 0,3	- 3,4	-	
Sept.	-	-	+ 5,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,8	- 0,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,4	-	
Okt.	-	- 2	- 8,4	- 4,3	- 3,8	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 10,0	- 9,2	- 0,1	- 9,1	- 0,8	+ 5,9	-	
Nov.	-	-	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,7	-	
Dez.	-	-	+ 0,1	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 0,3	- 0,0	+ 4,3	+ 4,5	- 0,4	+ 4,8	- 0,2	- 1,0	-	
2018 Jan.	-	-	+ 0,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,6	- 2,6	- 1,7	- 0,0	- 1,7	- 0,8	+ 0,3	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				auslän-dische Nicht-banken	ins-gesamt			ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands		
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)		mittel- und lang-fristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen		
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015		
1 136,5	800,9	424,9	376,0	335,6	15,4	11,8	3,6	320,2	100,6	51,2	585,1	481,0	2016		
1 000,3	682,5	372,8	309,7	317,8	16,0	14,1	1,9	301,8	97,0	51,9	498,6	399,2	2017		
1 210,4	846,5	422,0	424,5	363,9	15,3	12,0	3,3	348,7	104,7	51,3	565,0	455,4	2017 April		
1 178,6	830,8	406,4	424,4	347,8	15,5	12,3	3,2	332,2	100,5	50,7	564,3	458,6	Mai		
1 151,2	801,4	424,5	377,0	349,7	14,9	11,6	3,3	334,9	93,4	50,3	533,6	429,5	Juni		
1 105,0	780,2	399,6	380,6	324,7	14,4	11,6	2,8	310,4	97,0	49,8	536,0	434,9	Juli		
1 075,3	739,6	372,0	367,5	335,7	13,8	11,1	2,8	321,8	98,3	49,7	528,9	431,3	Aug.		
1 094,2	760,6	385,6	375,0	333,6	14,3	11,4	2,9	319,3	95,6	49,2	507,7	401,6	Sept.		
1 127,3	768,4	379,7	388,7	358,9	14,1	11,4	2,7	344,8	98,4	49,8	513,3	412,8	Okt.		
1 051,4	695,8	352,4	343,4	355,6	16,0	13,1	2,8	339,6	95,1	49,4	516,2	412,2	Nov.		
1 000,3	682,5	372,8	309,7	317,8	16,0	14,1	1,9	301,8	97,0	51,9	498,6	399,2	Dez.		
1 040,4	688,7	379,5	309,2	351,8	15,6	14,0	1,6	336,2	109,6	51,4	539,9	442,8	2018 Jan.		
Veränderungen *)															
+ 66,8	+ 76,8	+ 65,6	+ 11,2	- 10,1	- 5,7	- 4,4	- 1,2	- 4,4	- 29,6	+ 1,2	- 18,1	- 17,3	2016		
- 97,3	- 80,7	- 52,1	- 28,6	- 16,7	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 17,3	+ 5,2	+ 0,8	- 86,5	- 58,1	2017		
- 22,7	- 6,8	- 15,5	+ 8,7	- 15,9	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	- 16,2	- 2,1	- 0,6	- 0,8	+ 8,7	2017 Mai		
- 21,7	- 23,8	+ 18,1	- 41,8	+ 2,1	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 2,8	- 5,9	- 0,4	- 30,6	- 25,8	Juni		
- 38,5	- 13,8	- 24,8	+ 11,1	- 24,8	- 0,5	- 0,0	- 0,5	- 24,3	+ 5,3	- 0,5	+ 2,3	+ 10,2	Juli		
- 26,8	- 37,9	- 27,6	- 10,2	+ 11,0	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 11,6	+ 2,0	- 0,1	- 7,1	- 1,7	Aug.		
+ 18,1	+ 20,2	+ 13,6	+ 6,6	- 2,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 2,6	- 2,8	- 0,5	- 21,2	- 30,7	Sept.		
+ 29,1	+ 3,9	- 6,0	+ 9,8	+ 25,2	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 25,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 5,6	+ 9,0	Okt.		
- 70,5	- 67,4	- 27,3	- 40,1	- 3,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	- 5,0	- 2,2	- 0,3	+ 2,9	+ 2,2	Nov.		
- 47,9	- 10,3	+ 20,4	- 30,6	- 37,7	+ 0,1	+ 1,0	- 0,9	- 37,7	+ 2,8	+ 2,5	- 17,6	- 10,8	Dez.		
+ 48,2	+ 13,9	+ 6,7	+ 7,2	+ 34,2	- 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 34,6	+ 15,0	- 0,5	+ 41,4	+ 49,2	2018 Jan.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter		
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015		
247,0	134,3	71,8	62,5	112,7	12,2	6,7	5,5	100,5	13,6	23,8	36,0	-	2016		
207,1	96,3	49,8	46,5	110,8	12,0	6,2	5,8	98,8	13,0	24,2	32,3	-	2017		
229,6	116,9	57,7	59,1	112,7	12,9	7,2	5,7	99,8	13,8	23,6	36,2	-	2017 April		
224,9	114,1	55,8	58,3	110,8	13,4	7,7	5,7	97,4	13,7	23,5	33,7	-	Mai		
216,3	105,1	53,8	51,3	111,2	13,4	7,6	5,8	97,8	13,1	23,0	32,8	-	Juni		
213,2	104,2	55,0	49,2	109,0	13,9	8,0	5,9	95,1	13,0	23,0	31,5	-	Juli		
211,8	103,9	56,6	47,3	108,0	13,4	7,7	5,7	94,6	13,0	23,1	31,1	-	Aug.		
217,0	105,9	58,1	47,9	111,1	12,6	7,1	5,6	98,5	12,9	23,2	31,5	-	Sept.		
208,6	99,9	53,3	46,7	108,7	11,7	5,9	5,8	97,0	12,9	23,1	32,3	-	Okt.		
207,8	98,1	53,3	44,8	109,7	11,9	6,1	5,8	97,8	12,9	23,1	33,6	-	Nov.		
207,1	96,3	49,8	46,5	110,8	12,0	6,2	5,8	98,8	13,0	24,2	32,3	-	Dez.		
206,0	96,1	50,3	45,8	110,0	12,1	6,3	5,9	97,8	13,0	24,0	31,7	-	2018 Jan.		
Veränderungen *)															
- 46,2	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 12,7	- 0,9	- 3,8	+ 2,9	- 11,9	- 0,8	- 2,5	- 7,3	-	2016		
- 32,8	- 33,7	- 22,0	- 11,8	+ 0,9	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 1,1	- 0,6	+ 0,3	- 0,3	-	2017		
- 3,0	- 1,8	- 2,0	+ 0,2	- 1,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	- 1,6	- 0,1	- 0,1	- 1,8	-	2017 Mai		
- 7,7	- 8,4	- 2,0	+ 6,4	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,6	-	Juni		
- 1,7	- 0,2	+ 1,1	- 1,3	- 1,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	- 2,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	-	Juli		
- 0,8	+ 0,0	+ 1,6	- 1,6	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	-	Aug.		
+ 4,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,4	+ 3,0	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 3,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	-	Sept.		
- 9,0	- 6,4	- 4,8	- 1,6	- 2,7	- 1,0	- 1,2	+ 0,2	- 1,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	-	Okt.		
- 0,0	- 1,4	+ 0,0	- 1,4	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 1,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,6	-	Nov.		
- 0,1	- 1,4	- 3,5	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,1	- 1,1	-	Dez.		
+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,1	-	2018 Jan.		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018 Jan.	12 426,8	124,3	123,9	1 315,6	1 191,8	0,0
Febr.
März p)	12 481,1	124,8	124,4

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018 Jan.	3 488 989	28,1	34 890	34 732	435 922	419 190	20
Febr.
März p)	3 489 204	28,0	34 892	34 734

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	9 437	601	2 324
2012 3)	5 388	4 696	2 477	9 626	4 886	248	1 247
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 123	239	1 263
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018 Jan.	6 461	5 717	3 164	11 261	6 314	127	1 688
Febr.
März	6 393	5 770	3 299	11 275	6 323	107	1 579

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018 Jan.	2 371 175	681	418 244	580 982	117 899
Febr.
März	2 365 021	2 770	436 143	581 215	105 190

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2018 7. März	1 146	1 146	0,00	–	–	–	7
14. März	1 021	1 021	0,00	–	–	–	7
21. März	1 542	1 542	0,00	–	–	–	7
28. März	2 428	2 428	0,00	–	–	–	7
4. April	2 308	2 308	0,00	–	–	–	7
11. April	1 674	1 674	0,00	–	–	–	7
18. April	1 637	1 637	0,00	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2018 1. Febr.	2 518	2 518	2) ...	–	–	–	84
1. März	2 810	2 810	2) ...	–	–	–	91
29. März	2 359	2 359	2) ...	–	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2017 Sept.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,17
Okt.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,18
Nov.	– 0,35	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,19
Dez.	– 0,34	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,19
2018 Jan.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,19
Febr.	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,19
März	– 0,36	– 0,38	– 0,37	– 0,33	– 0,27	– 0,22	– 0,19

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2017 Febr.	0,35	73 708	1,45	219 045	0,10	83 514	1,52	19 144
März	0,34	73 460	1,44	218 575	0,09	84 520	1,49	19 649
April	0,33	72 221	1,42	218 122	0,09	82 082	1,44	20 074
Mai	0,33	71 503	1,41	217 847	0,08	82 646	1,41	20 471
Juni	0,33	69 952	1,40	217 154	0,08	80 018	1,35	20 770
Juli	0,32	69 365	1,39	216 115	0,08	78 396	1,31	21 529
Aug.	0,31	69 014	1,37	215 909	0,09	78 517	1,30	22 146
Sept.	0,31	67 904	1,36	215 817	0,08	77 405	1,25	22 356
Okt.	0,30	67 393	1,35	215 503	0,08	76 092	1,18	23 093
Nov.	0,30	66 679	1,34	215 034	0,08	77 669	1,12	24 421
Dez.	0,29	66 585	1,34	216 841	0,06	78 428	1,07	25 136
2018 Jan.	0,29	66 589	1,32	216 681	0,05	78 112	1,05	26 055
Febr.	0,28	65 984	1,31	216 585	0,04	75 362	1,03	26 887

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2017 Febr.	2,41	4 256	2,09	26 274	2,94	1 095 552	7,24	49 472	4,02	83 530	4,11	310 467
März	2,47	4 286	2,07	26 208	2,91	1 099 530	7,32	50 294	4,01	83 834	4,09	310 342
April	2,45	4 241	2,05	26 175	2,88	1 104 580	7,10	49 177	3,99	84 077	4,08	309 887
Mai	2,44	4 304	2,04	26 188	2,85	1 108 805	7,13	49 165	3,96	84 813	4,06	311 334
Juni	2,44	4 200	2,03	26 206	2,83	1 115 307	7,17	50 307	3,95	85 111	4,04	310 769
Juli	2,46	4 076	2,01	26 017	2,80	1 120 699	7,15	49 247	3,93	85 513	4,03	311 617
Aug.	2,45	4 035	2,00	25 937	2,77	1 125 823	7,17	48 525	3,92	85 972	4,01	313 025
Sept.	2,42	3 934	2,00	25 996	2,75	1 131 500	7,12	49 521	3,91	86 239	4,00	312 467
Okt.	2,38	4 208	1,99	25 925	2,73	1 135 284	7,14	48 762	3,89	86 683	3,98	312 869
Nov.	2,44	3 898	1,98	25 924	2,71	1 139 714	7,00	48 352	3,87	87 393	3,96	312 973
Dez.	2,44	3 851	1,97	25 850	2,68	1 143 333	6,98	48 885	3,87	87 210	3,95	311 861
2018 Jan.	2,33	3 906	1,96	25 566	2,66	1 144 088	7,07	48 461	3,85	87 632	3,93	312 287
Febr.	2,32	3 867	1,95	25 468	2,65	1 147 305	7,07	48 470	3,84	87 848	3,92	312 888

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2017 Febr.	2,55	130 095	1,99	132 565	2,41	637 765
März	2,54	130 479	1,98	133 300	2,39	638 362
April	2,51	130 949	1,98	133 720	2,37	642 920
Mai	2,45	131 174	1,97	134 474	2,35	649 087
Juni	2,51	132 255	1,95	134 974	2,33	645 396
Juli	2,45	131 691	1,95	135 710	2,31	650 498
Aug.	2,44	130 333	1,94	136 527	2,30	654 312
Sept.	2,45	135 493	1,93	135 872	2,28	654 806
Okt.	2,39	136 523	1,92	136 647	2,26	657 911
Nov.	2,42	137 523	1,91	138 041	2,25	664 018
Dez.	2,47	133 105	1,90	137 708	2,22	664 374
2018 Jan.	2,34	141 326	1,88	138 344	2,20	668 281
Febr.	2,39	142 819	1,88	138 735	2,19	672 418

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Geld- und Kapitalmärkte / Zinssätze und Renditen / Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. — **o** Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S. 47*).

sätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2017 Febr.	0,06	1 233 193	0,31	4 688	0,47	617	0,70	773	0,22	537 566	0,31	49 971
März	0,05	1 233 631	0,26	4 918	0,51	676	0,69	820	0,21	536 136	0,31	49 493
April	0,05	1 253 497	0,19	4 926	0,37	729	0,63	741	0,21	536 260	0,31	49 013
Mai	0,05	1 258 521	0,20	4 724	0,43	719	0,87	726	0,21	536 046	0,30	48 646
Juni	0,04	1 264 791	0,22	4 078	0,27	947	0,73	633	0,21	535 416	0,30	48 253
Juli	0,04	1 271 823	0,17	5 276	0,31	653	0,70	617	0,20	537 553	0,31	44 902
Aug.	0,03	1 278 289	0,14	5 198	0,41	492	0,65	716	0,19	537 173	0,30	44 119
Sept.	0,03	1 285 601	0,15	3 992	0,31	598	0,65	636	0,19	537 108	0,30	43 509
Okt.	0,03	1 294 797	0,18	3 750	0,28	800	0,65	696	0,19	537 700	0,28	42 721
Nov.	0,03	1 314 663	0,17	4 022	0,39	696	0,72	747	0,18	537 935	0,27	42 074
Dez.	0,03	1 322 096	0,13	4 043	0,35	880	0,59	627	0,18	540 332	0,28	41 475
2018 Jan.	0,03	1 319 368	0,19	4 348	0,31	866	0,71	780	0,18	539 145	0,28	42 193
Febr.	0,03	1 328 779	0,26	4 181	0,31	652	0,80	737	0,17	539 604	0,27	41 465

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2017 Febr.	- 0,00	397 363	- 0,07	10 802	0,13	631	0,54	336
März	- 0,01	395 640	- 0,09	12 614	0,19	450	0,79	309
April	- 0,01	397 203	- 0,07	9 275	0,08	899	0,33	1 039
Mai	- 0,01	401 652	- 0,05	10 212	0,13	912	0,30	837
Juni	- 0,02	415 078	- 0,14	14 661	0,07	525	0,24	586
Juli	- 0,01	402 113	- 0,09	11 516	0,19	859	0,26	1 382
Aug.	- 0,02	409 698	- 0,04	9 710	0,21	185	0,52	666
Sept.	- 0,02	414 461	- 0,08	10 040	0,09	351	0,37	704
Okt.	- 0,02	425 806	- 0,10	9 134	0,04	412	0,26	1 456
Nov.	- 0,02	428 784	- 0,08	9 337	0,09	897	0,22	1 237
Dez.	- 0,02	425 477	- 0,07	13 102	0,09	351	0,28	1 477
2018 Jan.	- 0,02	429 587	- 0,07	11 368	0,01	520	0,30	1 271
Febr.	- 0,02	419 428	- 0,09	8 751	0,11	186	0,32	932

Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2017 Febr.	5,82	5,80	6,92	1 619	6,15	273	4,37	3 094	6,69	4 820
März	5,62	5,60	6,88	1 761	6,12	341	4,15	4 041	6,64	5 467
April	5,66	5,65	6,91	1 544	6,17	287	4,32	3 415	6,61	4 520
Mai	5,89	5,87	7,22	1 814	6,41	337	4,49	3 846	6,87	5 189
Juni	5,90	5,88	7,24	1 685	6,28	308	4,49	3 574	6,89	4 801
Juli	5,99	5,97	7,32	1 872	6,22	299	4,57	3 561	6,95	5 080
Aug.	5,88	5,86	7,20	1 724	6,51	312	4,54	3 703	6,84	4 812
Sept.	5,67	5,65	7,11	1 465	6,09	305	4,31	3 579	6,72	4 328
Okt.	5,67	5,65	7,07	1 495	6,06	302	4,30	3 758	6,81	4 278
Nov.	5,63	5,61	7,10	1 410	6,09	306	4,31	3 827	6,80	4 083
Dez.	5,39	5,37	6,83	1 004	5,81	297	4,15	3 315	6,63	3 089
2018 Jan.	5,85	5,83	7,26	1 729	6,04	328	4,32	3 860	6,96	5 100
Febr.	5,69	5,67	7,09	1 451	6,15	258	4,27	3 506	6,72	4 560

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das be-

deutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-
 monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden.
 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen
 wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in
 Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaf-
 ten; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektiv-
 zinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Ver-
 waltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite an private Haushalte										
2017 Febr.	1,94	5 484	1,86	1 916	1,69	2 540	2,56	803	1,99	2 141
März	2,01	7 097	1,88	2 130	1,80	3 237	2,72	1 032	1,99	2 828
April	2,00	6 030	1,86	2 229	1,75	2 826	2,67	853	2,05	2 351
Mai	2,02	5 890	1,81	1 930	1,83	2 535	2,61	941	1,99	2 414
Juni	2,06	5 933	1,89	1 852	1,95	2 722	2,73	859	1,93	2 352
Juli	1,96	6 388	1,75	2 282	1,76	2 873	2,48	964	1,99	2 551
Aug.	1,99	5 667	1,74	1 625	1,81	2 171	2,66	814	1,92	2 682
Sept.	1,99	5 275	1,80	1 455	1,79	2 341	2,60	804	1,99	2 130
Okt.	2,08	5 682	1,91	1 915	1,91	2 646	2,64	854	2,07	2 182
Nov.	1,98	5 587	1,84	1 569	1,76	2 471	2,63	873	1,96	2 243
Dez.	2,00	6 193	1,80	1 624	1,80	2 705	2,76	958	1,92	2 530
2018 Jan.	2,01	6 017	1,94	2 035	1,85	2 693	2,62	888	1,97	2 436
Febr.	1,97	5 054	1,77	1 470	1,77	2 161	2,52	745	1,99	2 148
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2017 Febr.	2,07	3 613	.	.	1,95	1 579	2,75	568	1,93	1 466
März	2,11	4 783	.	.	2,01	2 120	2,84	767	1,93	1 896
April	2,09	4 280	.	.	1,95	1 931	2,77	670	1,97	1 679
Mai	2,12	4 033	.	.	2,04	1 667	2,84	689	1,92	1 677
Juni	2,15	4 197	.	.	2,13	1 964	2,84	681	1,88	1 552
Juli	2,06	4 142	.	.	1,89	1 917	2,82	688	1,94	1 537
Aug.	2,08	3 640	.	.	1,95	1 445	2,79	629	1,92	1 566
Sept.	2,04	3 411	.	.	1,84	1 436	2,81	598	1,90	1 377
Okt.	2,13	3 707	.	.	1,98	1 694	2,82	628	2,00	1 385
Nov.	2,07	3 725	.	.	1,94	1 592	2,80	662	1,88	1 471
Dez.	2,09	4 266	.	.	2,00	1 822	2,83	753	1,85	1 691
2018 Jan.	2,07	4 146	.	.	1,99	1 817	2,72	679	1,89	1 650
Febr.	2,08	3 404	.	.	2,01	1 390	2,63	556	1,93	1 458

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2017 Febr.	1,87	1,81	17 838	1,89	4 291	2,17	1 784	1,65	1 567	1,64	6 556	1,90	7 931
März	1,87	1,82	22 196	1,86	4 945	2,08	2 428	1,69	1 932	1,67	7 609	1,89	10 227
April	1,91	1,85	18 087	1,89	4 620	2,10	2 001	1,73	1 672	1,71	6 456	1,92	7 958
Mai	1,88	1,83	20 484	1,92	4 136	2,17	2 288	1,77	1 731	1,66	7 308	1,88	9 157
Juni	1,87	1,82	19 294	1,92	3 767	2,02	2 265	1,70	1 541	1,68	6 573	1,89	8 915
Juli	1,88	1,82	20 405	1,88	4 612	2,04	2 389	1,68	1 726	1,66	7 420	1,92	8 870
Aug.	1,94	1,87	20 228	2,00	3 743	2,05	2 340	1,89	1 888	1,67	7 199	1,98	8 801
Sept.	1,92	1,86	17 363	1,91	3 289	2,04	2 025	1,71	1 571	1,71	5 950	1,96	7 817
Okt.	1,90	1,85	18 128	1,90	3 955	2,08	2 134	1,70	1 634	1,68	6 611	1,96	7 749
Nov.	1,90	1,84	18 793	1,89	3 525	2,04	2 170	1,72	1 640	1,68	6 550	1,94	8 433
Dez.	1,86	1,79	17 473	1,87	3 242	2,04	2 150	1,69	1 553	1,65	6 084	1,86	7 686
2018 Jan.	1,88	1,82	19 643	1,90	4 529	2,03	2 354	1,69	1 798	1,65	6 864	1,92	8 627
Febr.	1,90	1,84	18 839	1,95	3 687	2,07	2 090	1,73	1 624	1,68	6 400	1,92	8 725
darunter: besicherte Kredite 11)													
2017 Febr.	.	1,71	7 964	.	.	2,06	643	1,50	796	1,57	3 181	1,82	3 344
März	.	1,72	9 905	.	.	1,96	855	1,53	939	1,59	3 565	1,82	4 546
April	.	1,75	8 413	.	.	1,98	795	1,53	838	1,60	3 204	1,89	3 576
Mai	.	1,73	9 110	.	.	2,09	843	1,59	900	1,58	3 370	1,81	3 997
Juni	.	1,72	8 374	.	.	1,87	865	1,53	726	1,61	3 030	1,82	3 753
Juli	.	1,72	9 062	.	.	1,84	896	1,53	891	1,60	3 529	1,84	3 746
Aug.	.	1,79	8 461	.	.	1,96	821	1,87	996	1,59	3 204	1,92	3 440
Sept.	.	1,78	7 701	.	.	1,97	711	1,53	797	1,63	2 707	1,92	3 486
Okt.	.	1,77	8 217	.	.	1,97	780	1,53	782	1,62	3 095	1,92	3 560
Nov.	.	1,76	8 464	.	.	1,93	771	1,53	796	1,60	3 031	1,90	3 866
Dez.	.	1,69	7 644	.	.	1,97	685	1,51	740	1,57	2 733	1,77	3 486
2018 Jan.	.	1,75	9 069	.	.	2,00	837	1,57	946	1,59	3 283	1,88	4 003
Febr.	.	1,76	8 579	.	.	2,02	702	1,53	803	1,61	2 946	1,86	4 128

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 47*.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter			
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2017 Febr.	8,65	39 345	8,62	31 953	15,14	4 291	3,68	65 697	3,70	65 431		
März	8,66	40 215	8,61	32 949	15,13	4 273	3,67	65 990	3,68	65 698		
April	8,50	38 972	8,49	31 353	15,13	4 295	3,64	65 154	3,66	64 865		
Mai	8,46	39 394	8,50	31 647	15,13	4 259	3,53	65 353	3,54	65 067		
Juni	8,44	40 606	8,47	32 739	15,13	4 328	3,59	67 282	3,61	66 992		
Juli	8,45	39 300	8,46	31 374	15,11	4 423	3,52	65 979	3,54	65 695		
Aug.	8,48	38 663	8,47	30 914	15,12	4 364	3,48	66 012	3,49	65 718		
Sept.	8,44	39 630	8,48	31 635	15,09	4 393	3,52	67 886	3,54	67 559		
Okt.	8,47	39 133	8,48	31 101	15,10	4 493	3,41	67 481	3,42	67 162		
Nov.	8,30	38 672	8,35	30 489	15,11	4 386	3,45	67 793	3,46	67 457		
Dez.	8,21	39 538	8,35	31 187	14,94	4 303	3,47	65 936	3,49	65 625		
2018 Jan.	8,33	39 136	8,38	31 128	14,92	4 369	3,36	68 733	3,37	68 418		
Febr.	8,36	39 233	8,39	31 380	14,92	4 334	3,40	70 798	3,42	70 488		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2017 Febr.	1,33	56 958	1,55	13 746	2,55	7 309	2,58	1 326	1,83	1 209	0,99	37 140	1,29	2 001	1,54	7 973
März	1,50	71 530	1,60	22 647	2,51	9 245	2,59	1 733	1,85	1 665	1,20	45 163	1,41	2 977	1,67	10 747
April	1,43	57 323	1,46	19 903	2,44	7 699	2,54	1 493	1,81	1 371	1,14	38 649	1,41	2 188	1,67	5 923
Mai	1,35	65 177	1,53	18 706	2,54	8 000	2,58	1 661	1,82	1 423	0,99	41 638	1,55	3 072	1,58	9 383
Juni	1,41	71 950	1,50	21 083	2,51	8 904	2,57	1 681	1,84	1 442	1,13	46 903	1,08	3 655	1,61	9 365
Juli	1,39	67 430	1,48	20 770	2,42	8 497	2,57	1 583	1,87	1 403	1,08	43 495	1,28	3 021	1,61	9 431
Aug.	1,38	59 046	1,52	13 769	2,39	7 401	2,58	1 441	1,82	1 335	1,08	37 547	1,38	2 627	1,57	8 695
Sept.	1,38	66 182	1,52	19 843	2,50	8 124	2,60	1 446	1,86	1 236	1,08	43 731	1,24	2 419	1,63	9 226
Okt.	1,35	66 679	1,47	19 173	2,48	8 209	2,59	1 490	1,81	1 214	1,05	45 005	1,25	2 354	1,59	8 407
Nov.	1,40	63 110	1,49	16 676	2,50	8 257	2,57	1 582	1,87	1 423	1,09	41 581	1,32	2 565	1,58	7 702
Dez.	1,43	78 501	1,52	21 693	2,45	8 207	2,55	1 862	1,82	1 628	1,15	49 208	1,51	5 166	1,63	12 430
2018 Jan.	1,22	69 664	1,49	18 190	2,48	8 321	2,53	1 607	1,92	1 361	0,89	50 613	1,72	2 238	1,55	5 524
Febr.	1,32	53 864	1,48	13 341	2,47	7 503	2,57	1 392	1,97	1 123	0,94	36 050	1,40	1 844	1,68	5 952
darunter: besicherte Kredite 11)																
2017 Febr.	1,46	8 259	.	.	2,07	464	2,44	158	1,78	399	1,33	4 051	1,73	512	1,40	2 675
März	1,48	11 857	.	.	1,87	643	2,52	166	1,72	493	1,37	7 040	1,30	519	1,60	2 996
April	1,42	8 360	.	.	1,81	570	2,23	164	1,69	413	1,29	5 640	1,59	299	1,62	1 274
Mai	1,61	8 671	.	.	2,06	545	2,54	191	1,70	401	1,45	4 558	2,04	646	1,63	2 330
Juni	1,55	11 011	.	.	1,85	632	2,60	150	1,75	444	1,44	6 484	1,64	625	1,66	2 676
Juli	1,52	9 023	.	.	1,78	661	2,46	155	1,77	415	1,34	5 050	1,74	464	1,68	2 278
Aug.	1,47	9 188	.	.	1,99	480	2,39	153	1,69	431	1,30	4 961	1,94	560	1,50	2 603
Sept.	1,52	9 811	.	.	1,83	535	2,50	132	1,77	351	1,41	5 743	1,64	370	1,62	2 680
Okt.	1,46	9 398	.	.	1,90	557	2,61	131	1,77	349	1,25	5 480	2,19	304	1,64	2 577
Nov.	1,60	8 531	.	.	1,95	545	2,41	147	1,74	414	1,40	5 212	2,68	423	1,74	1 790
Dez.	1,59	13 235	.	.	1,92	627	2,65	167	1,75	426	1,44	7 644	2,33	1 098	1,56	3 273
2018 Jan.	1,53	7 387	.	.	1,92	627	2,36	148	1,90	426	1,32	4 529	1,93	357	1,73	1 300
Febr.	1,55	6 463	.	.	1,96	430	2,77	134	1,79	324	1,30	3 638	1,54	457	1,88	1 480

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*. **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzah-

lung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ²⁾	Schuldver- schreibungen	Kredite ³⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorek- stellungen	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen insgesamt										
2013	1 742,1	386,3	262,0	257,1	211,1	462,3	6,0	59,8	46,4	51,0
2014	1 892,0	371,6	321,0	271,4	215,9	542,3	6,4	63,9	49,3	50,2
2015	1 954,1	344,4	344,7	278,9	228,7	578,3	4,5	71,9	51,8	50,8
2016 1.Vj.	2 007,8	343,6	374,1	280,2	230,0	596,3	5,2	73,7	53,1	51,7
2.Vj.	2 034,6	336,1	395,8	281,9	229,6	607,7	4,8	73,5	53,2	52,0
2016 3.Vj. ¹⁾	2 219,9	383,5	397,0	389,6	280,8	605,0	5,3	47,3	31,8	79,7
4.Vj.	2 186,1	361,5	370,9	374,6	308,6	620,1	3,3	44,1	32,4	70,6
2017 1.Vj.	2 189,3	347,1	391,7	364,9	298,5	631,6	2,8	50,4	32,5	69,7
2.Vj.	2 177,9	335,5	392,3	362,3	302,3	641,2	3,1	49,1	32,6	59,6
3.Vj.	2 187,4	322,2	399,0	367,8	305,2	649,6	3,1	49,5	32,7	58,3
4.Vj.	2 210,1	310,6	401,1	349,4	332,8	671,0	2,8	48,5	34,3	59,6
Lebensversicherung										
2013	956,9	247,8	131,4	148,7	31,5	329,1	3,0	17,7	28,3	19,5
2014	1 044,1	237,2	161,2	153,4	32,3	390,3	3,2	17,8	29,7	19,1
2015	1 063,7	219,7	169,8	158,0	34,9	414,6	2,2	16,3	30,7	17,4
2016 1.Vj.	1 095,7	219,1	187,0	159,2	35,3	428,0	2,5	15,6	31,9	17,2
2.Vj.	1 116,7	214,5	201,7	160,7	35,6	438,0	2,4	14,9	32,0	16,9
2016 3.Vj. ¹⁾	1 247,0	246,6	204,2	243,2	47,5	437,3	4,1	11,3	19,1	33,8
4.Vj.	1 194,2	231,3	182,7	223,0	50,7	453,8	2,1	9,6	19,1	21,9
2017 1.Vj.	1 170,4	217,6	196,1	215,1	38,6	458,6	1,8	8,2	19,1	15,3
2.Vj.	1 172,7	209,4	199,6	215,3	39,3	464,7	2,0	8,0	19,1	15,3
3.Vj.	1 177,4	201,0	203,3	218,0	39,0	471,2	1,9	7,9	19,1	16,0
4.Vj.	1 192,1	191,8	203,2	222,2	41,6	487,0	1,8	8,5	19,9	16,0
Nicht-Lebensversicherung										
2013	448,1	126,0	70,9	51,1	42,8	105,9	1,6	25,1	12,7	12,0
2014	486,4	122,8	89,4	53,9	44,3	122,5	1,8	26,5	13,7	11,5
2015	511,0	113,9	97,6	55,6	48,5	134,8	1,3	32,9	14,5	11,9
2016 1.Vj.	527,6	113,2	108,2	55,5	49,6	140,6	1,5	32,8	14,5	11,8
2.Vj.	532,8	109,4	113,6	55,8	49,3	144,5	1,4	32,8	14,4	11,7
2016 3.Vj. ¹⁾	592,3	125,0	101,7	94,0	50,9	153,9	0,5	28,7	8,7	29,0
4.Vj.	583,3	118,9	98,5	91,8	56,8	152,0	0,5	26,8	9,0	29,0
2017 1.Vj.	606,5	118,0	105,8	91,4	56,9	156,8	0,3	34,0	9,1	34,2
2.Vj.	603,3	114,5	107,1	90,6	58,5	159,9	0,4	33,2	9,1	30,1
3.Vj.	602,5	109,5	109,2	92,3	58,5	162,6	0,4	32,5	9,2	28,4
4.Vj.	606,0	108,5	111,4	81,8	68,9	165,5	0,4	31,7	9,7	28,1
Rückversicherung ⁴⁾										
2013	337,1	13,3	59,0	57,4	136,8	27,2	1,4	17,1	5,4	19,5
2014	361,4	12,4	69,7	64,1	139,2	29,5	1,4	19,6	5,9	19,6
2015	379,4	10,8	77,3	65,3	145,4	28,9	1,1	22,7	6,5	21,4
2016 1.Vj.	376,0	11,2	78,5	64,0	145,1	27,3	1,1	20,4	6,4	21,9
2.Vj.	373,7	11,9	79,8	62,8	144,8	25,8	1,0	18,8	6,4	22,4
2016 3.Vj. ¹⁾	380,7	12,0	91,0	52,5	182,4	13,8	0,8	7,3	4,0	16,9
4.Vj.	408,6	11,3	89,7	59,7	201,0	14,3	0,7	7,7	4,3	19,7
2017 1.Vj.	412,5	11,5	89,9	58,4	203,0	16,2	0,8	8,1	4,3	20,2
2.Vj.	401,9	11,6	85,6	56,4	204,4	16,6	0,8	7,9	4,4	14,2
3.Vj.	407,5	11,7	86,4	57,4	207,7	15,9	0,9	9,2	4,4	13,9
4.Vj.	412,1	10,2	86,5	45,5	222,3	18,5	0,7	8,3	4,7	15,5
Pensionseinrichtungen ⁵⁾										
2013	494,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	-	4,4	25,1	11,7
2014	552,5	151,7	57,1	29,1	16,7	247,8	-	4,9	27,8	17,4
2015	579,5	145,5	60,2	28,8	19,1	268,5	-	5,4	31,5	20,4
2016 1.Vj.	588,8	143,1	66,0	29,0	19,4	273,4	-	5,5	31,9	20,5
2.Vj.	601,7	142,7	69,1	29,2	20,0	281,9	-	5,5	32,5	20,7
3.Vj.	611,6	144,4	69,2	29,3	20,1	289,0	-	5,6	33,2	20,9
4.Vj.	613,5	144,7	67,8	29,8	20,6	288,9	-	5,7	34,5	21,4
2017 1.Vj.	619,9	146,2	66,1	30,3	21,2	293,9	-	5,8	34,9	21,6
2.Vj.	623,7	143,7	69,0	30,7	21,4	295,3	-	6,8	35,3	21,5
3.Vj.	632,5	141,8	70,7	30,8	21,7	303,3	-	6,9	35,5	21,8
4.Vj.	647,0	141,3	75,3	31,2	22,4	310,1	-	7,0	37,3	22,3

¹ Die Daten basieren ab 2016 3. Vj. auf Solvency II-Aufsichtsdaten, Bewertung der börsennotierten Wertpapiere zum jeweiligen einheitlichen Preis der Wertpapierstammdatenbank des ESZB. Bis einschl. 2016 2. Vj. basierend auf Solvency I-Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, ergänzt um Schätzungen und eigene Berechnungen. ² Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. ³ Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarle-

hen und Namenspfandbriefe. ⁴ Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. ⁵ Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Versicherungstechnische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen 7)
					Insgesamt	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen 3)	Nicht-Leben 4)			
Versicherungsunternehmen insgesamt										
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	0,0	68,8	49,2
2014	1 892,0	17,3	84,3	193,0	1 411,6	1 113,8	297,8	0,0	70,5	115,3
2015	1 954,1	18,3	91,7	214,8	1 474,7	1 160,6	314,1	0,0	70,2	84,4
2016 1.Vj.	2 007,8	17,7	92,9	220,4	1 501,0	1 179,8	321,2	0,0	71,5	104,3
2.Vj.	2 034,6	17,6	93,0	191,1	1 508,4	1 188,4	320,1	0,0	71,6	152,9
2016 3.Vj. 1)	2 219,9	30,7	73,7	383,0	1 579,4	1 396,9	182,5	1,5	151,5	–
4.Vj.	2 186,1	30,7	70,3	441,0	1 494,4	1 313,3	181,1	2,3	147,4	–
2017 1.Vj.	2 189,3	30,5	57,2	448,5	1 511,7	1 309,5	202,2	1,8	139,5	–
2.Vj.	2 177,9	28,6	57,0	450,7	1 505,2	1 308,4	196,8	2,1	134,3	–
3.Vj.	2 187,4	28,5	58,4	455,4	1 512,8	1 317,1	195,7	2,3	130,1	–
4.Vj.	2 210,1	28,2	62,6	461,7	1 522,3	1 334,0	188,3	2,2	133,2	–
Lebensversicherung										
2013	956,9	0,0	23,8	20,2	853,2	839,4	13,8	0,0	34,1	25,6
2014	1 044,1	0,0	24,7	21,6	891,8	877,4	14,4	0,0	32,8	73,3
2015	1 063,7	0,0	24,5	24,6	926,0	911,0	15,0	0,0	30,9	57,7
2016 1.Vj.	1 095,7	0,0	26,0	23,6	938,7	923,4	15,2	0,0	30,7	76,8
2.Vj.	1 116,7	0,0	27,8	22,3	943,1	927,8	15,3	0,0	30,2	93,3
2016 3.Vj. 1)	1 247,0	3,8	25,9	96,0	1 066,2	1 066,2	–	0,7	54,4	–
4.Vj.	1 194,2	4,1	25,0	116,3	993,7	993,7	–	1,2	53,9	–
2017 1.Vj.	1 170,4	4,1	12,5	116,3	991,7	991,7	–	0,9	44,8	–
2.Vj.	1 172,7	4,0	12,1	119,8	989,5	989,5	–	1,0	46,2	–
3.Vj.	1 177,4	4,1	12,3	121,5	993,9	993,9	–	1,1	44,5	–
4.Vj.	1 192,1	4,1	12,8	122,4	1 006,2	1 006,2	–	1,1	45,5	–
Nicht-Lebensversicherung										
2013	448,1	0,0	9,2	55,9	351,6	222,0	129,6	0,0	15,3	16,1
2014	486,4	0,0	10,5	58,2	369,8	236,5	133,4	0,0	15,6	32,3
2015	511,0	0,0	14,2	63,7	390,5	249,6	140,9	0,0	17,1	25,5
2016 1.Vj.	527,6	0,0	14,6	62,0	399,6	253,8	145,9	0,0	17,5	33,9
2.Vj.	532,8	0,0	14,5	57,7	401,6	256,8	144,9	0,0	17,2	41,9
2016 3.Vj. 1)	592,3	0,9	6,6	120,0	407,4	310,1	97,3	0,0	57,3	–
4.Vj.	583,3	1,1	6,3	130,4	390,1	300,5	89,7	0,2	55,3	–
2017 1.Vj.	606,5	1,1	7,3	134,0	408,9	300,8	108,2	0,1	55,0	–
2.Vj.	603,3	1,1	6,8	135,6	406,7	302,4	104,2	0,1	53,0	–
3.Vj.	602,5	1,1	6,9	137,3	406,6	305,7	100,9	0,1	50,6	–
4.Vj.	606,0	1,1	6,7	138,3	406,3	310,0	96,3	0,1	53,5	–
Rückversicherung 5)										
2013	337,1	16,9	44,7	112,7	135,9	–	135,9	0,0	19,4	7,5
2014	361,4	17,3	49,1	113,3	150,0	–	150,0	0,0	22,1	9,6
2015	379,4	18,3	53,0	124,8	158,2	–	158,2	0,0	22,2	2,8
2016 1.Vj.	376,0	17,7	52,5	118,3	157,3	–	157,3	0,0	22,5	7,7
2.Vj.	373,7	17,6	51,7	111,2	156,6	–	156,6	0,0	22,9	13,6
2016 3.Vj. 1)	380,7	26,0	41,3	167,0	105,8	20,5	85,3	0,8	39,8	–
4.Vj.	408,6	25,5	39,0	194,3	110,5	19,1	91,4	0,9	38,3	–
2017 1.Vj.	412,5	25,3	37,4	198,2	111,1	17,0	94,1	0,8	39,7	–
2.Vj.	401,9	23,5	38,1	195,2	109,1	16,4	92,6	1,1	35,0	–
3.Vj.	407,5	23,3	39,3	196,6	112,3	17,5	94,8	1,1	35,0	–
4.Vj.	412,1	23,1	43,1	201,0	109,7	17,7	92,0	1,0	34,3	–
Pensionseinrichtungen 6)										
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	–	2,9	25,3
2014	552,5	–	4,7	9,7	492,1	491,6	0,5	–	1,8	44,2
2015	579,5	–	4,9	11,3	518,3	517,9	0,4	–	6,1	38,9
2016 1.Vj.	588,8	–	5,0	11,4	522,7	522,2	0,5	–	5,8	44,1
2.Vj.	601,7	–	5,0	10,0	529,6	529,1	0,5	–	5,8	51,3
3.Vj.	611,6	–	5,1	10,3	535,2	535,2	–	–	5,8	55,3
4.Vj.	613,5	–	5,2	11,3	544,7	544,7	–	–	6,0	46,4
2017 1.Vj.	619,9	–	5,2	11,9	552,4	552,4	–	–	6,0	44,3
2.Vj.	623,7	–	6,1	11,6	554,3	554,3	–	–	6,2	45,5
3.Vj.	632,5	–	6,3	11,6	561,5	561,5	–	–	3,5	49,7
4.Vj.	647,0	–	6,4	12,0	574,2	574,2	–	–	3,5	50,8

1 Die Daten basieren ab 2016 3. Vj. auf Solvency II-Aufsichtsdaten. Bis einschl. 2016 2. Vj. basierend auf Solvency I-Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, ergänzt um Schätzungen und eigene Berechnungen. 2 Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. 3 Ab 2016 3. Vj. versicherungstechnische Rückstellungen „Leben“ gemäß Solvency II unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. Bis einschl. 2016 2. Vj. langfristige Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen (einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherung und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr) und Pensionseinrichtungen gemäß ESVG 1995. 4 Ab 2016 3. Vj. versicherungstechnische Rückstel-

lungen „Nicht-Leben“ gemäß Solvency II. Bis einschl. 2016 2. Vj. Beitragsüberträge und Rückstellungen für eingetretene Versicherungsfälle gemäß ESVG 1995. 5 Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. 6 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. 7 Das Eigenkapital entspricht der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen											
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					ausländische Schuldverschreibungen 3)	Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)						Inländer				
	zusammen	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand		zu-sammen 4)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 5)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus-länder 7)		
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583	
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560	
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254	
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	19 945	
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938	
2011	33 649	13 575	46 796	850	59 521	20 075	23 876	94 793	36 805	34 112	57 526	
2012	51 813	21 419	98 820	8 701	86 103	73 231	3 767	42 017	3 573	41 823	55 580	
2013	15 969	101 616	117 187	153	15 415	85 646	16 409	25 778	12 708	54 895	32 380	
2014	64 774	31 962	47 404	1 330	16 776	96 737	50 409	12 124	11 951	74 484	14 366	
2015	32 609	36 010	65 778	26 762	3 006	68 620	119 379	66 330	121 164	64 546	86 770	
2016	72 270	27 429	19 177	18 265	10 012	44 840	174 162	58 012	187 500	44 674	101 894	
2017	54 930	11 563	1 096	7 112	3 356	43 368	145 410	71 454	161 012	55 852	90 477	
2017 April	12 740	15 170	5 909	276	8 985	2 430	3 482	5 737	12 817	3 598	16 221	
2017 Mai	39 221	28 463	10 800	1 096	16 567	10 759	14 678	3 906	12 751	1 979	24 543	
2017 Juni	3 424	1 090	2 876	5 769	1 802	4 514	10 686	11 745	12 871	9 560	7 262	
2017 Juli	7 748	17 251	7 196	8 174	18 228	9 503	9 578	6 471	11 565	4 484	17 325	
2017 Aug.	13 342	12 771	1 814	1 581	16 166	571	6 897	8 730	9 902	5 725	6 445	
2017 Sept.	13 756	18 254	8 577	3 456	6 221	4 497	1 838	8 357	12 865	2 670	15 594	
2017 Okt.	12 129	10 152	9 775	2 760	2 383	1 977	9 642	4 841	12 199	2 284	21 771	
2017 Nov.	28 537	22 066	893	6 338	14 835	6 471	25 664	3 359	13 355	8 950	2 873	
2017 Dez.	20 490	18 944	5 802	952	12 190	1 546	3 495	12 058	10 057	5 496	23 985	
2018 Jan.	14 802	2 330	1 183	530	4 043	17 132	19 710	1 164	6 138	12 408	4 908	
2018 Febr.	5 657	5 264	12 736	2 054	9 526	393	1 814	5 019	5 725	1 108	3 843	

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)		Inländer		Ausländer 12)
				zu-sammen 10)	Kredit-institute 5)	übrige Sektoren 11)	
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	11 991	5 345	2 851
2014	43 501	18 778	24 723	43 950	17 203	26 747	449
2015	40 488	7 668	32 820	30 568	5 421	35 989	9 920
2016	33 491	4 409	29 082	31 261	5 143	36 404	2 230
2017	48 645	15 570	33 075	47 482	7 031	40 451	1 163
2017 April	1 276	95	1 371	4 520	2 589	1 931	3 244
2017 Mai	3 715	107	3 608	2 423	475	1 948	1 292
2017 Juni	5 765	920	6 685	1 372	5 220	6 592	4 393
2017 Juli	2 889	509	2 380	4 140	690	4 830	1 251
2017 Aug.	2 276	155	2 121	4 782	603	5 385	2 506
2017 Sept.	5 766	1 482	4 284	4 296	1 738	6 034	1 470
2017 Okt.	2 242	572	1 670	535	735	1 270	2 777
2017 Nov.	3 310	110	3 200	4 121	1 198	2 923	811
2017 Dez.	13 617	484	13 133	15 596	2 898	12 698	1 979
2018 Jan.	7 746	153	7 593	9 297	867	8 430	1 551
2018 Febr.	15 097	1 122	13 975	15 446	3 709	19 155	349

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekenpfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
Brutto-Absatz 3)								
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700
2016 4)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 370	416 110
2017 4)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 289	362 333
2017 Juli	81 160	47 165	292	562	38 013	8 298	11 105	22 889
Aug.	83 236	47 675	2 476	20	36 804	8 374	1 462	34 100
Sept.	80 958	48 059	1 940	76	34 328	11 716	3 712	29 186
Okt.	91 104	50 410	2 420	1 150	34 514	12 326	5 299	35 396
Nov.	84 080	37 055	1 823	340	22 871	12 021	11 681	35 345
Dez. 4)	59 026	33 899	1 727	1 727	17 999	12 446	6 113	19 014
2018 Jan.	92 293	59 191	3 459	1 002	42 821	11 910	3 144	29 958
Febr.	96 820	59 349	3 387	564	43 208	12 189	3 434	34 036
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)								
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742
2016 4)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	47 818	154 144
2017 4)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2017 Juli	31 503	12 687	111	62	9 523	2 991	7 388	11 428
Aug.	24 629	10 217	2 245	20	5 283	2 670	521	13 890
Sept.	26 426	13 324	1 395	24	8 649	3 256	2 765	10 337
Okt.	31 980	14 680	2 129	1 145	7 480	3 926	2 837	14 463
Nov.	35 497	12 555	1 528	320	6 294	4 413	8 990	13 952
Dez. 4)	18 711	8 098	420	1 607	2 704	3 368	4 821	5 791
2018 Jan.	37 248	26 777	2 697	967	19 026	4 087	1 626	8 845
Febr.	27 037	11 485	2 917	254	4 196	4 118	2 194	13 358
Netto-Absatz 6)								
2006	129 423	58 336	- 12 811	- 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482
2007	86 579	58 168	- 10 896	- 46 629	42 567	73 127	- 3 683	32 093
2008	119 472	8 517	15 052	- 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302
2009	76 441	- 75 554	858	- 80 646	25 579	- 21 345	48 508	103 482
2010	21 566	- 87 646	- 3 754	- 63 368	28 296	- 48 822	23 748	85 464
2011	22 518	- 54 582	1 657	- 44 290	32 904	- 44 852	- 3 189	80 289
2012	85 298	- 100 198	- 4 177	- 41 660	- 3 259	- 51 099	- 6 401	21 298
2013	- 140 017	- 125 932	- 17 364	- 37 778	- 4 027	- 66 760	1 394	15 479
2014	- 34 020	- 56 899	- 6 313	- 23 856	- 862	- 25 869	10 497	12 383
2015	- 65 147	- 77 273	9 271	- 9 754	- 2 758	- 74 028	25 300	- 13 174
2016 4)	21 951	10 792	2 176	- 12 979	16 266	5 327	18 177	- 7 020
2017 4)	2 669	5 954	6 389	- 4 697	18 788	- 14 525	6 828	- 10 114
2017 Juli	- 12 190	- 6 664	- 2 176	209	- 1 958	- 2 738	8 539	- 14 065
Aug.	13 424	- 1 646	975	- 94	2 334	- 4 861	- 934	16 004
Sept.	- 11 050	- 6 065	- 749	- 1 959	779	- 4 137	- 1 796	- 3 189
Okt.	- 1 501	179	1 342	229	- 1 165	- 227	- 1 952	272
Nov.	22 681	- 24	444	123	- 1 471	880	6 842	15 863
Dez. 4)	- 28 202	- 16 824	- 1 367	- 329	- 7 519	- 7 609	- 469	- 10 909
2018 Jan.	- 8 981	3 064	1 643	- 998	3 302	- 883	21	- 12 067
Febr.	1 784	10 154	544	143	10 663	- 1 196	1 225	- 9 596

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Brutto-Absatz ist

nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere. 4 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581
2010	3 348 201	1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	250 774	1 526 937
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2017 Aug.	3 088 852	1 193 654	141 603	59 939	662 196	329 917	279 992	1 615 207
Sept.	3 097 730	1 187 589	140 854	57 980	662 975	325 780	298 123	1 612 018
Okt.	3 096 229	1 187 768	142 196	58 210	661 809	325 553	296 171	1 612 290
Nov.	3 118 910	1 187 744	142 640	58 333	660 338	326 433	303 012	1 628 153
Dez.	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2018 Jan.	3 081 726	1 173 984	142 916	57 006	654 514	319 549	302 565	1 605 177
Febr.	3 083 510	1 184 139	143 460	57 149	665 177	318 354	303 790	1 595 582

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Februar 2018

bis unter 2	1 014 960	460 376	40 520	23 687	289 613	106 556	61 311	493 274
2 bis unter 4	634 742	263 239	35 633	11 719	144 184	71 701	53 174	318 329
4 bis unter 6	438 571	173 579	27 049	8 068	93 664	44 798	39 152	225 841
6 bis unter 8	298 568	110 863	20 042	6 586	56 339	27 897	30 248	157 457
8 bis unter 10	264 568	86 323	16 507	4 213	41 544	24 060	14 250	163 996
10 bis unter 15	128 407	38 692	2 704	1 276	20 739	13 973	23 568	66 147
15 bis unter 20	79 310	18 227	263	1 151	12 753	4 060	6 954	54 128
20 und darüber	224 384	32 841	743	450	6 340	25 308	75 133	116 409

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Erhöhung durch Sitzlandwechsel von Emittenten. 3 Gerechnet vom

Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfähigen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfähigen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)	
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform		Kapitalherabsetzung und Auflösung
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	927 256
2010	174 596	- 1 096	3 265	497	178	10	- 486	- 993	- 3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	- 552	- 762	- 3 532	924 214
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	- 478	- 594	- 2 411	1 150 188
2013	171 741	- 6 879	2 971	718	476	-	- 1 432	- 619	- 8 992	1 432 658
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	- 465	- 1 044	- 1 446	1 478 063
2015	177 416	319	4 634	397	599	-	- 1 394	- 1 385	- 2 535	1 614 442
2016	176 355	- 1 062	3 272	319	337	-	- 953	- 2 165	- 1 865	1 676 397
2017	178 828	2 471	3 894	776	533	-	- 457	- 661	- 1 615	1 933 733
2017 Aug.	179 207	- 260	155	2	6	-	- 167	- 173	- 83	1 787 670
Sept.	179 448	241	165	18	119	-	- 13	- 7	- 41	1 888 218
Okt.	179 294	- 154	230	0	121	-	- 1	- 1	- 504	1 957 699
Nov.	179 426	- 132	109	-	-	-	- 0	- 58	- 35	1 947 204
Dez.	178 828	- 598	128	-	1	-	- 140	- 363	- 224	1 933 733
2018 Jan.	178 752	- 75	102	-	1	-	- 0	- 118	- 61	1 981 815
Febr.	179 778	1 026	1 094	7	19	-	- 0	- 28	- 66	1 887 325

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Ver-

wendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ¹⁾							Indizes ^{2) 3)}			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾		Deutscher Rentenindex (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktienindex (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,4	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06
2017	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64
2017 Okt.	0,3	0,3	0,2	0,4	0,4	0,9	1,6	141,63	109,70	603,37	13 229,57
2017 Nov.	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,8	1,6	141,23	109,62	597,74	13 023,98
2017 Dez.	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,8	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64
2018 Jan.	0,5	0,4	0,4	0,5	0,6	0,9	1,8	139,19	107,24	608,72	13 189,48
2018 Febr.	0,6	0,5	0,5	0,7	0,7	1,2	2,1	139,24	107,33	577,02	12 435,85
2018 März	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7	1,0	2,1	140,36	108,53	561,97	12 096,73

¹⁾ Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. ²⁾ Stand am Jahres- bzw. Monatsende. ³⁾ Quelle: Deutsche Börse AG. ⁴⁾ Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz							Erwerb						
	Offene inländische Fonds ¹⁾ (Mittelaufkommen)							Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Publikumsfonds		Spezialfonds	ausländische Fonds ⁴⁾	Kreditinstitute ²⁾ einschl. Bausparkassen	übrige Sektoren ³⁾		Ausländer ⁵⁾				
zusammen			Geldmarktfonds	Wertpapierfonds				darunter ausländische Anteile	darunter ausländische Anteile					
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	- 4 240	51 538	38 102	- 4 469
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 512	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	- 7 576	- 694	47 050	1 984	7 036
2012	111 236	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	- 3 062	- 1 562	117 738	22 855	- 3 438
2013	123 736	91 337	9 184	- 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 709
2014	140 233	97 711	3 998	- 473	862	1 000	93 713	42 522	144 075	819	- 1 745	143 256	44 266	- 3 841
2015	181 888	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 750	174 529	7 362	494	167 167	35 257	7 357
2016	155 511	119 369	21 301	- 342	11 131	7 384	98 068	36 142	162 429	2 877	- 3 172	159 552	39 315	- 6 919
2017	142 669	94 921	29 560	- 235	21 970	4 406	65 361	47 747	146 108	4 938	1 048	141 170	46 700	- 3 441
2017 Aug.	9 863	6 458	408	238	1 450	- 1 493	6 050	3 405	9 885	517	- 47	9 368	3 452	- 22
2017 Sept.	6 145	3 246	3 996	31	2 849	709	- 750	2 899	6 370	102	- 224	6 268	3 123	- 225
2017 Okt.	18 187	10 973	906	- 285	501	322	10 068	7 213	17 170	414	- 176	16 756	7 389	1 016
2017 Nov.	10 536	8 591	2 614	11	2 316	256	5 978	1 945	15 290	- 43	- 285	15 333	2 230	- 4 755
2017 Dez.	15 285	9 757	1 665	- 7	585	774	8 092	5 528	14 441	- 656	53	15 097	5 475	844
2018 Jan.	24 773	15 003	6 014	- 5	4 152	756	8 989	9 771	23 890	876	713	23 014	9 058	883
2018 Febr.	7 220	8 628	1 860	- 22	955	520	6 768	- 1 408	7 227	- 92	- 1 141	7 319	- 267	- 8

¹⁾ Einschl. Investmentaktiengesellschaften. ²⁾ Buchwerte. ³⁾ Als Rest errechnet. ⁴⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. ⁵⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2016		2017		3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.						
Geldvermögensbildung													
Bargeld und Einlagen	30,93	40,40	48,54	23,37	0,57	6,96	19,02	0,75	23,30				
Schuldverschreibungen insgesamt	- 1,20	- 3,40	- 5,66	0,13	- 0,98	- 0,95	- 0,65	- 1,05	- 3,02				
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,84	- 0,58	- 2,26	- 0,03	- 0,83	0,23	- 1,89	- 0,26	- 0,34				
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 2,81	- 3,40	0,15	- 0,15	- 1,18	1,24	- 0,78	- 2,67				
nachrichtlich:													
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,64	- 2,68	- 2,80	- 0,06	- 0,54	- 0,54	- 0,04	- 1,07	- 1,16				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,80	0,67	- 0,56	- 0,00	0,15	0,85	- 0,72	- 0,56	- 0,14				
finanzielle Kapitalgesellschaften	1,86	- 2,53	- 0,41	- 0,54	- 0,49	- 0,35	0,67	- 0,14	- 0,59				
Staat	- 0,42	- 0,82	- 1,82	0,47	- 0,20	- 1,03	0,01	- 0,37	- 0,43				
Schuldverschreibungen des Auslands	- 1,83	- 0,72	- 2,85	0,19	- 0,44	- 0,41	- 0,61	0,02	- 1,86				
Kredite insgesamt	27,14	9,96	39,45	- 0,96	20,17	25,43	5,50	2,73	5,79				
kurzfristige Kredite	34,68	2,59	20,00	- 5,77	18,33	14,28	- 0,61	- 0,45	6,79				
langfristige Kredite	- 7,54	7,38	19,45	4,80	1,83	11,15	6,11	3,18	- 1,00				
nachrichtlich:													
Kredite an inländische Sektoren	6,25	- 4,75	18,10	- 4,16	7,55	9,04	- 0,01	- 1,43	10,49				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,26	- 11,78	9,53	- 4,40	6,12	0,23	- 2,88	- 0,28	6,70				
finanzielle Kapitalgesellschaften	4,80	6,89	8,27	0,20	1,39	8,74	- 2,97	- 1,22	3,72				
Staat	0,18	0,15	0,29	0,04	0,04	0,07	0,07	0,07	0,07				
Kredite an das Ausland	20,89	14,71	21,36	3,20	12,62	16,38	5,52	4,16	- 4,70				
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	54,82	75,44	50,24	9,25	47,92	17,16	- 0,56	15,96	17,68				
Anteilsrechte insgesamt	38,43	69,61	41,68	5,17	45,87	18,40	1,62	13,70	7,96				
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 10,40	22,91	- 3,82	6,73	20,70	- 4,34	- 2,05	1,91	0,65				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,04	22,59	- 3,76	6,83	20,62	- 4,25	- 2,26	1,96	0,80				
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,36	0,31	- 0,06	- 0,11	0,08	- 0,09	0,21	- 0,04	- 0,14				
Börsennotierte Aktien des Auslands	4,95	12,69	7,40	0,90	8,56	1,68	10,53	- 5,34	0,53				
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	43,88	34,02	38,10	- 2,45	16,61	21,05	- 6,85	17,12	6,78				
Anteile an Investmentfonds	16,40	5,83	8,56	4,08	2,05	- 1,24	- 2,18	2,26	9,72				
Geldmarktfonds	0,21	0,36	- 0,46	- 0,03	0,79	- 0,28	0,00	- 1,07	0,89				
Sonstige Investmentfonds	16,19	5,47	9,02	4,10	1,26	- 0,96	- 2,19	3,34	8,83				
Versicherungstechnische Rückstellungen	2,94	1,12	1,00	0,30	0,31	0,06	0,50	0,43	0,02				
Finanzderivate	- 1,42	22,74	25,11	6,52	6,53	4,76	7,03	8,04	5,29				
Sonstige Forderungen	41,69	- 6,05	102,91	- 3,25	- 7,45	77,45	- 18,60	25,89	18,18				
Insgesamt	154,90	140,21	261,60	35,35	65,92	130,86	12,24	51,26	67,24				
Außenfinanzierung													
Schuldverschreibungen insgesamt	7,78	23,71	8,56	2,88	5,82	7,57	- 0,52	0,96	0,55				
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,96	- 0,15	0,60	- 0,57	- 1,79	5,47	- 0,42	- 2,62	- 1,83				
langfristige Schuldverschreibungen	5,82	23,85	7,95	3,45	7,61	2,11	- 0,10	3,58	2,37				
nachrichtlich:													
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	1,70	10,83	- 7,08	- 1,57	3,08	3,31	- 1,24	- 0,78	- 1,75				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,80	0,67	- 0,56	- 0,00	0,15	0,85	- 0,72	- 0,56	- 0,14				
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,05	10,07	9,08	1,54	2,99	3,18	2,08	1,50	2,32				
Staat	0,02	0,01	0,01	0,01	0,00	- 0,01	0,02	0,00	0,00				
Private Haushalte	0,42	0,08	- 1,45	0,01	- 0,06	- 0,71	- 0,14	- 0,16	- 0,43				
Schuldverschreibungen des Auslands	6,08	12,88	1,47	1,31	2,75	4,26	- 1,76	0,18	- 1,21				
Kredite insgesamt	54,61	32,67	105,37	16,07	- 10,52	49,54	12,39	20,04	23,39				
kurzfristige Kredite	40,97	0,89	26,05	0,77	- 4,54	11,15	3,21	8,58	3,11				
langfristige Kredite	13,64	31,78	79,32	15,30	- 5,99	38,39	9,18	11,46	20,29				
nachrichtlich:													
Kredite von inländischen Sektoren	23,93	14,40	67,01	9,38	- 4,39	27,19	8,39	11,88	19,55				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,26	- 11,78	9,53	- 4,40	6,12	0,23	2,88	- 0,28	6,70				
finanzielle Kapitalgesellschaften	29,69	23,43	48,60	16,01	- 6,57	20,15	5,61	13,97	8,88				
Staat	- 7,03	2,75	8,87	- 2,23	- 3,95	6,81	- 0,10	- 1,80	3,97				
Kredite aus dem Ausland	30,68	18,28	38,35	6,70	- 6,14	22,36	4,00	8,16	3,84				
Anteilsrechte insgesamt	16,67	11,18	17,86	2,21	2,47	3,23	6,06	5,69	2,88				
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	7,42	27,31	6,93	4,38	17,00	- 4,55	2,68	3,43	5,36				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,04	22,59	- 3,76	6,83	20,62	- 4,25	- 2,26	1,96	0,80				
finanzielle Kapitalgesellschaften	11,70	- 2,10	9,53	- 2,25	- 2,12	- 0,78	6,21	0,26	3,83				
Staat	0,11	0,07	0,51	0,01	- 0,02	0,07	0,13	0,16	0,15				
Private Haushalte	3,66	6,74	0,65	- 0,22	- 1,48	0,41	- 1,39	1,05	0,59				
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 1,40	- 25,79	- 2,59	- 4,15	- 16,17	4,88	- 1,28	- 1,47	- 4,71				
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	10,65	9,66	13,53	1,98	1,64	2,91	4,66	3,74	2,23				
Versicherungstechnische Rückstellungen	5,60	3,60	3,60	0,90	0,90	0,90	0,90	0,90	0,90				
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	- 10,81	- 0,13	7,89	8,05	- 7,81	2,60	2,23	3,14	- 0,07				
Sonstige Verbindlichkeiten	23,15	28,84	- 0,28	- 1,92	23,45	28,87	- 25,48	- 7,52	3,85				
Insgesamt	97,00	99,87	142,99	28,19	14,31	92,72	- 4,43	23,21	31,50				

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2016		2017			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	463,1	514,9	556,2	502,6	514,9	517,2	525,5	532,8	556,2
Schuldverschreibungen insgesamt	47,8	44,8	38,8	46,0	44,8	43,9	42,8	41,9	38,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	6,0	5,5	3,3	6,3	5,5	5,8	3,9	3,6	3,3
langfristige Schuldverschreibungen	41,7	39,3	35,6	39,6	39,3	38,1	39,0	38,3	35,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	23,3	20,8	18,2	21,4	20,8	20,3	20,2	19,3	18,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,6	4,4	3,9	4,3	4,4	5,3	4,6	4,1	3,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	14,5	12,0	11,7	12,5	12,0	11,6	12,3	12,3	11,7
Staat	5,2	4,4	2,5	4,6	4,4	3,4	3,3	3,0	2,5
Schuldverschreibungen des Auslands	24,4	24,0	20,7	24,5	24,0	23,6	22,7	22,6	20,7
Kredite insgesamt	511,5	523,0	556,2	498,2	523,0	548,4	550,3	551,3	556,2
kurzfristige Kredite	409,4	414,3	431,1	394,7	414,3	428,5	426,1	424,7	431,1
langfristige Kredite	102,1	108,7	125,1	103,4	108,7	119,9	124,2	126,5	125,1
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	335,7	331,0	349,1	323,4	331,0	340,0	340,0	338,6	349,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	233,3	221,6	231,1	215,4	221,6	221,8	224,7	224,4	231,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	95,9	102,8	111,0	101,4	102,8	111,5	108,5	107,3	111,0
Staat	6,5	6,6	6,9	6,6	6,6	6,7	6,8	6,9	6,9
Kredite an das Ausland	175,8	192,0	207,1	174,8	192,0	208,4	210,3	212,7	207,1
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 856,2	1 901,3	2 045,6	1 785,0	1 901,3	1 982,9	1 970,9	2 001,5	2 045,6
Anteilsrechte insgesamt	1 704,3	1 741,4	1 875,5	1 626,7	1 741,4	1 822,1	1 812,7	1 840,2	1 875,5
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	273,0	292,3	332,2	265,1	292,3	304,1	304,1	322,7	332,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	266,6	286,2	325,3	259,3	286,2	298,6	297,9	315,9	325,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	6,3	6,1	6,8	5,8	6,1	5,5	6,2	6,9	6,8
Börsennotierte Aktien des Auslands	35,2	49,2	53,5	39,9	49,2	53,3	61,4	52,7	53,5
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 396,1	1 399,9	1 489,9	1 321,7	1 399,9	1 464,8	1 447,2	1 464,7	1 489,9
Anteile an Investmentfonds	151,9	159,9	170,1	158,2	159,9	160,8	158,2	161,4	170,1
Geldmarktfonds	1,4	1,9	1,5	1,0	1,9	1,7	1,7	0,6	1,5
Sonstige Investmentfonds	150,6	158,0	168,6	157,2	158,0	159,1	156,4	160,7	168,6
Versicherungstechnische Rückstellungen	48,8	50,2	51,4	49,7	50,2	50,5	50,8	51,1	51,4
Finanzderivate	42,7	60,1	53,5	58,8	60,1	56,5	55,7	56,0	53,5
Sonstige Forderungen	927,6	960,3	1 031,7	927,5	960,3	1 044,5	993,0	1 042,5	1 031,7
Insgesamt	3 897,8	4 054,6	4 333,4	3 867,7	4 054,6	4 243,9	4 189,0	4 277,0	4 333,4
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	156,8	183,8	210,6	183,0	183,8	189,7	188,1	210,2	210,6
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,0	2,9	3,4	4,7	2,9	8,3	7,9	5,3	3,4
langfristige Schuldverschreibungen	153,7	180,9	207,2	178,3	180,9	181,4	180,2	205,0	207,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	58,7	72,2	82,8	71,3	72,2	74,8	75,4	80,0	82,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,6	4,4	3,9	4,3	4,4	5,3	4,6	4,1	3,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	40,0	51,9	64,3	50,9	51,9	54,4	55,9	61,0	64,3
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,0	15,7	14,4	15,9	15,7	15,0	14,8	14,8	14,4
Schuldverschreibungen des Auslands	98,1	111,7	127,8	111,8	111,7	114,9	112,7	130,2	127,8
Kredite insgesamt	1 449,4	1 478,9	1 571,2	1 486,8	1 478,9	1 527,3	1 534,8	1 551,0	1 571,2
kurzfristige Kredite	535,0	538,9	559,4	542,0	538,9	549,8	550,0	557,4	559,4
langfristige Kredite	914,4	940,1	1 011,8	944,8	940,1	977,5	984,8	993,6	1 011,8
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 117,0	1 126,5	1 187,9	1 130,9	1 126,5	1 152,8	1 160,3	1 170,2	1 187,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	233,3	221,6	231,1	215,4	221,6	221,8	224,7	224,4	231,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	832,3	852,3	895,4	858,4	852,3	872,6	876,4	887,8	895,4
Staat	51,4	52,7	61,4	57,0	52,7	58,4	59,2	58,0	61,4
Kredite aus dem Ausland	332,4	352,4	383,3	355,9	352,4	374,5	374,6	380,8	383,3
Anteilsrechte insgesamt	2 675,7	2 753,4	3 034,5	2 668,1	2 753,4	2 875,0	2 896,4	2 981,4	3 034,5
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	626,4	664,0	756,6	616,9	664,0	696,5	697,8	737,6	756,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	266,6	286,2	325,3	259,3	286,2	298,6	297,9	315,9	325,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	150,1	154,7	180,2	147,8	154,7	161,3	166,4	173,4	180,2
Staat	43,4	44,4	51,8	40,8	44,4	47,0	46,7	51,0	51,8
Private Haushalte	166,2	178,7	199,2	168,9	178,7	189,7	186,8	197,4	199,2
Börsennotierte Aktien des Auslands	756,3	803,7	925,3	782,2	803,7	865,4	879,1	906,1	925,3
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 293,0	1 285,7	1 352,6	1 269,1	1 285,7	1 313,0	1 319,5	1 337,7	1 352,6
Versicherungstechnische Rückstellungen	255,9	259,5	263,1	258,6	259,5	260,4	261,3	262,2	263,1
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	42,0	38,2	26,9	50,4	38,2	35,4	32,7	31,3	26,9
Sonstige Verbindlichkeiten	1 007,8	1 043,1	1 047,8	1 003,0	1 043,1	1 074,1	1 019,6	1 047,8	1 047,8
Insgesamt	5 587,6	5 756,9	6 154,0	5 649,9	5 756,9	5 961,8	5 932,9	6 084,0	6 154,0

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2016		2017			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	96,67	114,98	103,59	24,75	52,40	12,35	30,16	18,03	43,05
Bargeld	25,51	21,30	17,15	7,11	6,32	3,63	5,57	2,46	5,49
Einlagen insgesamt	71,16	93,68	86,45	17,63	46,09	8,72	24,59	15,58	37,57
Sichteinlagen	100,96	105,26	99,72	23,41	46,52	13,26	29,95	20,65	35,86
Termineinlagen	- 9,22	1,28	- 4,03	- 1,73	0,02	- 1,59	- 2,32	- 2,47	2,34
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 20,58	- 12,87	- 9,24	- 4,05	- 0,45	- 2,96	- 3,04	- 2,61	- 0,64
Schuldverschreibungen insgesamt	- 18,40	- 12,80	- 8,17	- 3,27	- 3,32	- 1,36	- 1,49	- 2,28	- 3,04
kurzfristige Schuldverschreibungen	0,75	- 0,16	- 0,21	0,08	0,31	0,37	0,18	- 0,34	- 0,42
langfristige Schuldverschreibungen	- 19,15	- 12,63	- 7,96	- 3,35	- 3,62	- 1,72	- 1,67	- 1,94	- 2,63
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 10,06	- 4,14	- 5,12	- 1,81	- 1,65	0,01	- 0,67	- 1,88	- 2,58
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,36	- 0,01	- 1,43	0,03	- 0,10	- 0,66	- 0,22	- 0,14	- 0,40
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 7,42	- 2,48	- 2,70	- 1,36	- 1,37	1,01	- 0,17	- 1,55	- 1,99
Staat	- 2,99	- 1,65	- 0,99	- 0,49	- 0,18	- 0,33	- 0,28	- 0,18	- 0,19
Schuldverschreibungen des Auslands	- 8,34	- 8,66	- 3,05	- 1,46	- 1,67	- 1,37	- 0,82	- 0,41	- 0,46
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	47,95	45,78	54,89	10,81	4,54	12,11	12,32	14,08	16,38
Anteilsrechte insgesamt	16,62	21,65	14,46	3,86	- 0,90	3,40	2,21	5,11	3,74
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	4,17	9,37	0,90	0,29	- 3,03	0,15	- 0,18	0,89	0,04
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,88	6,09	0,54	- 0,26	- 1,70	0,48	- 1,42	1,01	0,47
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,28	3,28	0,36	- 1,81	- 1,65	- 0,33	1,24	- 0,12	- 0,43
Börsennotierte Aktien des Auslands	8,00	6,94	9,46	2,47	1,69	2,25	1,69	2,94	2,58
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	4,45	5,35	4,10	1,10	0,44	1,00	0,70	1,28	1,12
Anteile an Investmentfonds	31,34	24,13	40,43	6,95	5,44	8,70	10,11	8,97	12,65
Geldmarktfonds	- 0,57	- 0,53	- 0,28	0,10	- 0,17	- 0,22	0,04	- 0,16	0,05
Sonstige Investmentfonds	31,90	24,66	40,71	6,85	5,61	8,92	10,08	9,12	12,59
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	20,09	19,58	11,38	3,79	8,01	2,85	2,87	2,82	2,83
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	24,82	30,62	5,64	5,65	13,34	10,72	4,94	1,63
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	30,85	20,63	29,44	5,40	1,63	7,64	4,32	7,06	10,42
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen ²⁾	- 17,31	- 12,41	- 11,12	- 3,83	- 22,13	15,17	- 6,16	2,89	- 23,02
Insgesamt	191,54	200,58	210,63	43,28	46,78	62,10	52,73	47,54	48,26
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	38,20	47,23	55,44	15,98	9,44	7,86	16,60	18,53	12,45
kurzfristige Kredite	- 3,17	- 4,31	- 2,19	- 0,93	- 2,05	- 0,35	- 0,34	- 1,09	- 0,40
langfristige Kredite	41,36	51,53	57,63	16,92	11,49	8,22	16,94	19,62	12,85
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	35,63	41,69	47,30	14,30	11,00	6,08	13,28	15,80	12,15
Konsumentenkredite	5,44	9,78	11,25	2,86	0,88	2,41	3,25	3,41	2,19
Gewerbliche Kredite	- 2,88	- 4,24	- 3,11	- 1,17	- 2,44	- 0,62	0,07	- 0,68	- 1,89
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	39,35	42,87	49,99	15,74	8,08	7,10	15,54	16,93	10,42
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 1,16	4,36	5,45	0,25	1,37	0,77	1,06	1,60	2,03
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	- 1,14	- 0,73	0,19	- 0,13	- 0,45	0,12	0,07	0,02	- 0,01
Insgesamt	37,06	46,50	55,63	15,85	9,00	7,98	16,67	18,54	12,45

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2015	2016	2017	2016		2017			
				3.Vj.	4 Vj.	1 Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	2 094,8	2 208,9	2 311,3	2 157,6	2 208,9	2 221,9	2 252,1	2 270,1	2 311,3
Bargeld	153,2	174,5	191,6	168,2	174,5	178,1	183,7	186,2	191,6
Einlagen insgesamt	1 941,6	2 034,4	2 119,6	1 989,5	2 034,4	2 043,8	2 068,4	2 084,0	2 119,6
Sichteinlagen	1 082,4	1 188,0	1 287,7	1 141,5	1 188,0	1 201,2	1 231,2	1 251,8	1 287,7
Termineinlagen	246,8	248,7	245,4	248,7	248,7	247,9	245,6	243,1	245,4
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	612,4	597,7	586,5	599,3	597,7	594,7	591,7	589,1	586,5
Schuldverschreibungen insgesamt	139,8	127,4	120,5	130,6	127,4	126,7	125,4	123,6	120,5
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,9	2,7	2,5	2,4	2,7	3,1	3,2	2,9	2,5
langfristige Schuldverschreibungen	136,9	124,7	118,0	128,3	124,7	123,6	122,2	120,7	118,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	89,4	85,6	82,5	87,1	85,6	86,1	86,2	85,1	82,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	13,4	13,9	12,5	14,1	13,9	13,3	13,0	12,9	12,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	69,5	66,7	66,1	67,8	66,7	68,2	68,9	68,1	66,1
Staat	6,5	5,0	3,9	5,2	5,0	4,6	4,3	4,1	3,9
Schuldverschreibungen des Auslands	50,3	41,8	37,9	43,5	41,8	40,6	39,3	38,5	37,9
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 040,7	1 107,9	1 218,2	1 068,8	1 107,9	1 155,7	1 158,4	1 193,2	1 218,2
Anteilsrechte insgesamt	555,9	590,0	642,1	563,7	590,0	614,8	611,2	632,5	642,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	188,9	200,8	226,4	187,9	200,8	213,0	211,1	223,7	226,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	158,7	169,8	190,3	160,6	169,8	180,4	177,5	188,4	190,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,3	31,0	36,1	27,3	31,0	32,6	33,6	35,4	36,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	74,8	86,8	101,0	80,7	86,8	93,1	92,7	96,5	101,0
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	292,2	302,5	314,7	295,1	302,5	308,7	307,4	312,2	314,7
Anteile an Investmentfonds	484,8	517,8	576,2	505,1	517,8	540,9	547,2	560,7	576,2
Geldmarktfonds	3,4	2,8	2,7	3,0	2,8	2,7	2,8	2,6	2,7
Sonstige Investmentfonds	481,4	515,0	573,5	502,1	515,0	538,2	544,4	558,1	573,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	324,3	339,9	351,2	332,8	339,9	342,7	345,6	348,4	351,2
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	919,5	947,8	978,9	941,4	947,8	961,3	972,1	977,1	978,9
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	786,6	814,4	843,9	802,6	814,4	822,1	826,4	833,4	843,9
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen ²⁾	37,1	32,6	33,4	34,1	32,6	32,8	33,2	33,3	33,4
Insgesamt	5 342,8	5 578,8	5 857,4	5 468,0	5 578,8	5 663,2	5 713,1	5 779,2	5 857,4
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 606,6	1 654,5	1 711,6	1 645,0	1 654,5	1 662,3	1 680,2	1 698,8	1 711,6
kurzfristige Kredite	60,9	56,6	54,4	58,6	56,6	56,3	55,9	54,8	54,4
langfristige Kredite	1 545,8	1 597,8	1 657,1	1 586,3	1 597,8	1 606,1	1 624,3	1 643,9	1 657,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 153,8	1 195,6	1 247,1	1 184,6	1 195,6	1 201,7	1 218,0	1 234,4	1 247,1
Konsumentenkredite	191,9	201,8	211,8	200,9	201,8	204,2	207,4	210,6	211,8
Gewerbliche Kredite	260,9	257,0	252,7	259,5	257,0	256,4	254,8	253,8	252,7
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 514,9	1 558,3	1 610,0	1 550,2	1 558,3	1 565,4	1 582,3	1 599,2	1 610,0
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,8	96,1	101,6	94,8	96,1	96,9	98,0	99,6	101,6
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,1	14,9	15,0	16,0	14,9	16,0	15,6	15,8	15,0
Insgesamt	1 621,7	1 669,4	1 726,6	1 661,0	1 669,4	1 678,3	1 695,8	1 714,5	1 726,6

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat					in % des BIP				
	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen		Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	
	Mrd €									
	Finanzierungssaldo 1)									
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012	- 0,9	- 16,1	- 5,5	+ 2,2	+ 18,4	- 0,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,7
2013	- 4,0	- 7,4	- 2,5	+ 0,5	+ 5,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
2014 p)	+ 9,5	+ 8,7	- 1,1	- 1,2	+ 3,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,1
2015 p)	+ 19,4	+ 9,7	+ 3,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
2016 p)	+ 25,7	+ 7,4	+ 4,9	+ 5,2	+ 8,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
2017 ts)	+ 36,6	+ 1,1	+ 16,2	+ 8,8	+ 10,5	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3
2016 1.Hj. p)	+ 17,5	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,9	+ 6,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4
2.Hj. p)	+ 8,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1
2017 1.Hj. ts)	+ 19,6	- 1,4	+ 8,2	+ 5,8	+ 7,0	+ 1,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
2.Hj. ts)	+ 17,0	+ 2,5	+ 8,0	+ 2,9	+ 3,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
	Schuldenstand 2)									
	Stand am Jahres- bzw. Quartalsende									
2011	2 125,1	1 344,1	653,8	143,5	1,3	78,6	49,7	24,2	5,3	0,0
2012	2 202,3	1 387,9	683,6	147,5	1,2	79,8	50,3	24,8	5,3	0,0
2013	2 190,5	1 390,4	665,6	150,6	1,3	77,5	49,2	23,5	5,3	0,0
2014 p)	2 192,0	1 396,5	660,1	152,0	1,4	74,7	47,6	22,5	5,2	0,0
2015 p)	2 161,8	1 372,6	656,5	152,2	1,4	71,0	45,1	21,6	5,0	0,0
2016 p)	2 145,5	1 366,8	639,5	153,4	1,1	68,2	43,5	20,3	4,9	0,0
2017 p)	2 092,6	1 351,6	612,1	147,2	0,8	64,1	41,4	18,8	4,5	0,0
2016 1.Vj. p)	2 170,2	1 382,5	649,6	154,4	1,2	70,8	45,1	21,2	5,0	0,0
2.Vj. p)	2 173,6	1 391,1	646,1	154,0	1,1	70,1	44,8	20,8	5,0	0,0
3.Vj. p)	2 167,0	1 381,1	646,5	154,8	1,0	69,4	44,2	20,7	5,0	0,0
4.Vj. p)	2 145,5	1 366,8	639,5	153,4	1,1	68,2	43,5	20,3	4,9	0,0
2017 1.Vj. p)	2 118,2	1 351,0	629,0	152,0	1,2	66,7	42,5	19,8	4,8	0,0
2.Vj. p)	2 112,5	1 353,6	622,2	151,4	0,9	66,1	42,3	19,5	4,7	0,0
3.Vj. p)	2 105,6	1 353,0	620,1	149,7	0,8	65,2	41,9	19,2	4,6	0,0
4.Vj. p)	2 092,6	1 351,6	612,1	147,2	0,8	64,1	41,4	18,8	4,5	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 1 Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. Ergebnisse Stand: Februar

2018. 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt 1)	
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:							
		Steuern	Sozialbeiträge	sonstige		Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen			sonstige
	Mrd €												
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	124,1	61,4	67,5	113,1	- 25,9	1 045,6
2012	1 220,9	624,9	454,3	141,7	1 221,8	645,5	212,3	126,5	61,5	63,1	112,8	- 0,9	1 083,7
2013	1 259,0	651,0	465,0	143,0	1 263,0	666,4	217,8	133,0	60,1	55,5	130,2	- 4,0	1 120,3
2014 p)	1 308,3	674,1	482,0	152,3	1 298,8	691,0	224,0	137,4	60,0	51,2	135,2	+ 9,5	1 160,7
2015 p)	1 354,3	704,3	500,8	149,2	1 334,9	722,3	229,2	142,2	64,2	46,4	130,6	+ 19,4	1 212,2
2016 p)	1 414,2	739,0	523,8	151,5	1 388,6	754,9	236,5	150,0	66,8	41,6	138,8	+ 25,7	1 269,6
2017 ts)	1 474,6	773,3	548,1	153,2	1 438,0	783,5	246,5	155,3	70,3	38,9	143,5	+ 36,6	1 328,3
	in % des BIP												
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	4,6	2,3	2,5	4,2	- 1,0	38,7
2012	44,3	22,7	16,5	5,1	44,3	23,4	7,7	4,6	2,2	2,3	4,1	- 0,0	39,3
2013	44,5	23,0	16,5	5,1	44,7	23,6	7,7	4,7	2,1	2,0	4,6	- 0,1	39,6
2014 p)	44,6	23,0	16,4	5,2	44,3	23,6	7,6	4,7	2,0	1,7	4,6	+ 0,3	39,6
2015 p)	44,5	23,1	16,5	4,9	43,9	23,7	7,5	4,7	2,1	1,5	4,3	+ 0,6	39,8
2016 p)	45,0	23,5	16,7	4,8	44,2	24,0	7,5	4,8	2,1	1,3	4,4	+ 0,8	40,4
2017 ts)	45,2	23,7	16,8	4,7	44,1	24,0	7,6	4,8	2,2	1,2	4,4	+ 1,1	40,7
	Zuwachsraten in %												
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,1	+ 3,3	+ 5,7	- 19,2	.	+ 6,0
2012	+ 3,2	+ 4,4	+ 2,7	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,2	- 6,5	- 0,3	.	+ 3,6
2013	+ 3,1	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,6	+ 5,1	- 2,2	- 12,0	+ 15,4	.	+ 3,4
2014 p)	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,6	+ 6,4	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,3	- 0,3	- 7,7	+ 3,9	.	+ 3,6
2015 p)	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,9	- 2,0	+ 2,8	+ 4,5	+ 2,3	+ 3,5	+ 7,0	- 9,3	- 3,4	.	+ 4,4
2016 p)	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 1,6	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,2	+ 5,5	+ 4,1	- 10,4	+ 6,2	.	+ 4,7
2017 ts)	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 1,1	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,6	+ 5,1	- 6,4	+ 3,4	.	+ 4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. Ergebnisse Stand: Februar 2018. 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Abgaben der Banken an

den auf der europäischen Ebene angesiedelten Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)								Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt				
	Einnahmen			Ausgaben					Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen								Finanzielle Transaktionen 5)
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,2	+ 15,1	1 104,2	1 111,1	- 6,9
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,8	+ 17,4	1 171,1	1 178,8	- 7,8
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	531,9	+ 4,9	1 198,1	1 205,0	- 6,9
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,5	551,1	+ 3,5	1 245,3	1 236,7	+ 8,6
2015 p)	829,5	673,3	10,4	804,1	244,1	302,6	49,8	46,4	12,5	+ 25,5	575,0	573,1	+ 1,9	1 300,8	1 273,4	+ 27,4
2016 p)	862,1	705,8	9,0	843,3	251,3	320,5	43,4	49,0	11,8	+ 18,8	601,5	594,6	+ 6,9	1 354,7	1 329,0	+ 25,7
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,4	167,7	1,5	185,2	59,5	72,8	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,0	301,8	+ 23,2
3.Vj. p)	202,8	166,5	3,8	198,0	62,3	71,3	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,1	315,5	+ 2,6
4.Vj. p)	221,5	178,2	2,6	219,3	63,4	77,4	7,3	17,3	3,5	+ 2,2	152,7	145,3	+ 7,4	348,4	338,8	+ 9,6
2016 1.Vj. p)	205,7	169,9	1,4	206,5	60,2	81,5	17,7	8,4	2,2	- 0,8	143,0	146,6	- 3,6	321,8	326,2	- 4,5
2.Vj. p)	216,7	176,6	2,4	194,1	60,7	77,7	5,4	10,4	2,4	+ 22,7	148,7	147,0	+ 1,7	338,5	314,2	+ 24,3
3.Vj. p)	207,1	169,3	2,9	210,9	62,0	79,3	14,5	12,3	2,4	- 3,8	148,3	149,7	- 1,4	328,2	333,4	- 5,2
4.Vj. p)	233,1	189,2	2,1	232,3	68,0	82,3	7,7	17,2	4,8	+ 0,9	160,1	152,2	+ 7,8	365,8	357,1	+ 8,7
2017 1.Vj. p)	215,6	180,4	0,9	200,9	63,1	80,9	13,8	10,2	1,9	+ 14,6	150,3	155,1	- 4,8	337,5	327,7	+ 9,8
2.Vj. p)	217,9	177,3	1,2	206,7	63,9	83,6	6,6	8,8	3,6	+ 11,3	156,4	154,3	+ 2,1	346,1	332,8	+ 13,4
3.Vj. p)	292,6	180,4	3,5	221,0	64,4	78,6	14,5	13,4	4,2	+ 71,6	154,8	155,7	- 0,9	419,1	348,4	+ 70,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. **2** Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. **3** Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. **4** Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. **5** Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. **6** Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,1	372,4	+ 8,8	248,9	243,1	+ 5,8
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,5	83,4	+ 8,1	94,1	96,8	- 2,8	69,0	65,9	+ 3,0
2016 1.Vj. p)	81,1	83,6	- 2,5	90,5	88,2	+ 2,4	49,0	55,1	- 6,1
2.Vj. p)	87,5	73,6	+ 13,8	92,7	88,2	+ 4,4	61,1	57,9	+ 3,2
3.Vj. p)	85,2	88,6	- 3,5	91,5	90,0	+ 1,5	60,7	60,7	+ 0,1
4.Vj. p)	90,9	92,5	- 1,6	104,3	104,4	- 0,0	76,3	68,0	+ 8,3
2017 1.Vj. p)	88,2	84,6	+ 3,5	95,6	90,0	+ 5,6	52,7	57,7	- 4,9
2.Vj. p)	81,5	80,1	+ 1,4	96,3	93,6	+ 2,7	65,0	59,5	+ 5,5
3.Vj. p)	88,6	93,6	- 5,0	98,9	91,4	+ 7,5	136,4	66,6	+ 69,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. **2** Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaa-

ten. **3** Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)		
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241
2016	705 791	606 965	316 854	260 837	29 273	98 679	+ 148	27 836
2017	...	629 458	336 730	271 046	21 682	27 390
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488
2.Vj.	176 879	152 042	82 184	64 684	5 175	25 205	- 368	6 512
3.Vj.	169 374	145 700	76 638	61 573	7 489	23 839	- 165	7 584
4.Vj.	189 180	164 382	83 919	72 608	7 855	32 513	- 7 715	7 253
2017 1.Vj.	181 506	154 154	85 256	66 704	2 194	17 950	+ 9 403	6 606
2.Vj.	177 090	149 915	76 391	66 605	6 918	27 631	- 456	6 825
3.Vj.	180 407	155 250	82 576	66 718	5 957	25 517	- 361	7 467
4.Vj.	...	170 139	92 507	71 019	6 613	6 493
2017 Jan.	.	43 321	26 142	19 611	-2 431	.	.	2 202
Febr.	.	48 934	26 081	20 132	2 720	.	.	2 202
2018 Jan.	.	44 363	23 285	20 388	691	.	.	2 133
Febr.	.	52 743	27 156	21 606	3 980	.	.	2 133

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuch-

ten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)				Gewerbesteuerumlagen 6)				
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345	
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141	
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051	
2.Vj.	162 096	74 489	45 311	12 943	7 329	8 905	52 705	40 195	12 510	1 957	25 783	5 952	1 210	10 054	
3.Vj.	155 524	68 137	44 656	11 898	5 546	6 037	53 906	40 877	13 029	2 046	24 857	5 263	1 316	9 824	
4.Vj.	175 797	78 076	52 275	14 422	6 134	5 245	56 071	42 593	13 478	3 656	31 247	5 454	1 293	11 415	
2017 1.Vj.	165 352	76 990	45 309	17 009	8 511	6 161	57 502	44 196	13 306	438	23 364	5 834	1 224	11 198	
2.Vj.	161 036	78 178	48 256	14 825	7 872	7 225	54 243	39 885	14 358	2 059	19 868	5 407	1 281	11 121	
3.Vj.	165 923	75 218	47 253	12 720	6 034	9 211	56 481	42 571	13 911	2 214	25 114	5 580	1 315	10 673	
4.Vj.	182 288	82 077	54 707	14 873	6 843	5 654	58 128	43 846	14 282	3 868	31 587	5 384	1 243	12 149	
2017 Jan.	46 576	20 360	16 435	977	318	2 629	18 771	14 599	4 172	207	4 984	1 892	362	3 255	
Febr.	52 019	17 496	14 747	1 040	365	1 343	22 807	18 040	4 766	220	9 243	1 785	469	3 085	
2018 Jan.	47 874	21 863	17 305	985	773	2 800	19 073	14 865	4 207	85	4 552	1 959	343	3 511	
Febr.	56 241	19 520	15 732	1 287	486	2 015	24 142	18 811	5 331	186	10 109	1 808	476	3 499	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2017: 50,7/46,6/2,7. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2017: 22,6/77,4. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Tabaksteuer	Versicherungssteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grundwerbsteuer	Erbsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	darunter:	
														Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2011	40 036	12 781	14 414	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	6 366	4 246	1 420	1 064	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	13 624	14 143	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	7 389	4 305	1 432	1 076	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	14 378	13 820	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	8 394	4 633	1 635	1 060	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	15 047	14 612	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	9 339	5 452	1 673	1 091	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 313	50 097	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	-4 695	13 139	6 114	1 837	1 115
2016 1.Vj.	4 620	3 979	2 722	5 946	2 489	1 685	565	547	3 217	1 668	451	336	15 639	12 090	3 121
2.Vj.	9 860	4 470	4 139	2 269	2 366	1 515	473	691	2 952	2 283	451	267	16 740	12 635	3 715
3.Vj.	10 149	3 938	3 010	2 510	2 198	1 641	499	911	3 050	1 501	446	266	15 896	11 699	3 794
4.Vj.	15 461	4 468	4 315	2 038	1 899	1 728	532	806	3 189	1 554	460	251	17 039	13 673	3 024
2017 1.Vj.	4 812	4 324	2 637	6 178	2 536	1 746	578	553	3 359	1 641	490	343	16 593	12 905	3 228
2.Vj.	10 091	4 809	3 634	2 353	2 374	1 784	476	-5 652	3 129	1 538	474	265	18 113	13 881	3 832
3.Vj.	10 497	4 144	3 867	2 669	2 132	1 628	502	-324	3 394	1 497	417	273	16 698	12 443	3 824
4.Vj.	15 622	4 677	4 261	2 070	1 906	1 786	538	727	3 257	1 438	456	233
2017 Jan.	277	1 129	432	1 361	883	526	214	163	1 106	521	192	75	.	.	.
Febr.	1 463	1 033	971	4 094	733	498	239	213	1 093	474	149	70	.	.	.
2018 Jan.	279	1 222	332	834	905	586	221	174	1 223	486	174	76	.	.	.
Febr.	1 436	1 138	991	4 820	739	546	228	211	1 131	453	150	74	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 5)	Wertpapiere	Beteiligungen, Darlehen und Hypotheken 6)	Grundstücke	Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
		Beiträge 3)	Zahlungen des Bundes		Renten	Krankenversicherung der Rentner							
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147
2017 p)	299 134	211 411	86 875	298 927	255 601	18 022	+ 207	35 362	33 750	1 335	224	53	4 045
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873	34 427	31 892	2 265	183	87	4 220
3.Vj.	70 218	49 333	20 670	73 782	63 081	4 453	- 3 564	31 412	28 776	2 365	187	84	4 213
4.Vj.	76 136	55 171	20 733	74 016	63 117	4 450	+ 2 120	34 088	31 529	2 315	192	53	4 161
2017 1.Vj.	71 301	49 388	21 715	73 731	63 263	4 460	- 2 430	31 660	29 133	2 270	205	52	4 140
2.Vj.	74 581	52 739	21 632	73 785	63 016	4 440	+ 796	32 535	30 372	1 901	210	52	4 136
3.Vj.	73 295	51 374	21 738	75 569	64 628	4 560	- 2 274	30 801	28 831	1 701	214	54	4 115
4.Vj.	79 956	57 910	21 790	75 842	64 694	4 562	+ 4 114	35 362	33 750	1 335	224	53	4 045

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert wer-

den. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ¹⁾

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2016	36 352	31 186	1 114	-	30 889	14 435	749	7 035	.	595	5 314	+ 5 463	-
2017	37 819	32 501	882	-	31 867	14 055	769	7 043	.	687	6 444	+ 5 952	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-
3.Vj.	8 877	7 609	276	-	7 349	3 428	74	1 608	.	165	1 399	+ 1 529	-
4.Vj.	10 108	8 569	299	-	7 750	3 276	77	1 841	.	134	1 642	+ 2 358	-
2017 1.Vj.	8 859	7 564	204	-	8 834	3 973	478	1 772	.	146	1 749	+ 26	-
2.Vj.	9 355	8 112	227	-	7 964	3 529	173	1 802	.	155	1 577	+ 1 391	-
3.Vj.	9 159	7 897	210	-	7 281	3 360	63	1 646	.	171	1 402	+ 1 878	-
4.Vj.	10 446	8 929	241	-	7 789	3 193	55	1 823	.	215	1 717	+ 2 657	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾	
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017 ^{p)}	233 618	216 221	14 500	230 947	72 285	37 411	38 970	14 113	14 736	12 276	10 929	+ 2 671
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104
2.Vj.	54 988	51 009	3 500	55 603	17 686	9 005	9 362	3 478	3 528	2 963	2 599	- 615
3.Vj.	55 632	51 377	3 500	55 114	17 421	8 929	9 166	3 399	3 585	2 842	2 628	+ 517
4.Vj.	59 552	55 146	3 500	56 832	17 342	9 194	9 351	3 526	3 698	2 912	3 291	+ 2 720
2017 1.Vj.	55 809	51 632	3 625	57 716	18 632	9 215	9 807	3 559	3 516	3 173	2 514	- 1 907
2.Vj.	57 801	53 621	3 625	57 502	17 973	9 239	9 822	3 614	3 748	3 043	2 589	+ 298
3.Vj.	57 617	53 442	3 625	57 202	17 802	9 330	9 629	3 374	3 679	2 980	2 731	+ 415
4.Vj.	62 391	57 526	3 625	58 527	17 878	9 627	9 712	3 566	3 792	3 080	3 095	+ 3 865

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Be-

schäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2016	32 171	32 100	30 936	3 846	10 918	6 673	983	1 422	+	1 235
2017 p)	36 101	36 043	38 525	4 495	12 999	9 994	1 529	1 601	-	2 424
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13
2.Vj.	7 918	7 901	7 659	949	2 724	1 665	244	331	+	259
3.Vj.	7 958	7 942	7 810	961	2 746	1 682	247	373	+	147
4.Vj.	8 550	8 535	7 941	975	2 741	1 877	250	322	+	608
2017 1.Vj.	8 558	8 538	9 092	1 046	3 194	2 261	289	405	-	534
2.Vj.	8 978	8 962	9 379	1 080	3 230	2 440	347	397	-	400
3.Vj.	8 945	8 932	9 944	1 210	3 289	2 562	422	411	-	999
4.Vj.	9 620	9 610	10 110	1 158	3 285	2 731	470	387	-	490

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich

revidiert werden. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite		Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)
	brutto 2)	netto	Veränderung der Geldmarktkredite		
			+	-	
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036	
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375	
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	+ 4 601	
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891	
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916	
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791	
2017	+ 171 906	+ 4 531	+ 11 823	+ 2 897	
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612	
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930	
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091	
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142	
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345	
2.Vj.	+ 60 691	+ 4 204	+ 3 694	+ 4 084	
3.Vj.	+ 33 307	- 13 887	- 18 398	- 4 864	
4.Vj.	+ 26 890	- 12 297	+ 3 872	+ 3 333	
2017 1.Vj.	+ 47 749	- 5 700	+ 6 178	- 2 428	
2.Vj.	+ 42 941	+ 5 281	+ 318	+ 4 289	
3.Vj.	+ 44 338	+ 3 495	+ 587	+ 941	
4.Vj.	+ 36 878	+ 1 455	+ 4 741	+ 95	
2018 1.Vj.	+ 42 934	- 4 946	- 5 138	+ 3 569	

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2011	2 125 099	11 785	605 907	206 631	53 974	1 246 801
2012	2 202 307	12 126	629 513	199 132	60 140	1 301 397
2013	2 190 496	12 438	639 922	190 555	43 969	1 303 612
2014	2 192 004	12 774	610 509	190 130	44 915	1 333 675
2015	2 161 775	85 952	597 515	186 661	44 977	1 246 670
2016	2 145 473	205 391	574 727	179 755	41 352	1 144 248
2017 p)	2 092 643	319 159	522 427	175 618	39 207	1 036 232
2015 1.Vj.	2 198 049	20 802	619 047	189 048	44 414	1 324 738
2.Vj.	2 163 452	42 807	599 029	187 280	44 792	1 289 545
3.Vj.	2 165 441	63 558	604 195	188 165	44 785	1 264 738
4.Vj.	2 161 775	85 952	597 515	186 661	44 977	1 246 670
2016 1.Vj.	2 170 197	108 746	612 193	183 160	41 334	1 224 764
2.Vj.	2 173 554	142 139	600 804	181 372	39 529	1 209 709
3.Vj.	2 166 995	172 567	587 282	179 359	38 827	1 188 959
4.Vj.	2 145 473	205 391	574 727	179 755	41 352	1 144 248
2017 1.Vj. p)	2 118 194	239 495	559 898	178 219	39 505	1 101 077
2.Vj. p)	2 112 479	265 130	546 493	176 810	38 785	1 085 262
3.Vj. p)	2 105 556	290 214	533 924	176 646	39 130	1 065 643
4.Vj. p)	2 092 643	319 159	522 427	175 618	39 207	1 036 232

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2011	2 125 099	10 429	116 289	1 345 967	194 442	457 972	.	.
2012	2 202 307	9 742	106 945	1 441 406	149 015	495 199	.	.
2013	2 190 496	10 592	85 836	1 470 698	124 821	498 547	.	.
2014	2 192 004	12 150	72 618	1 501 494	120 540	485 202	.	.
2015 1.Vj.	2 198 049	10 652	77 601	1 491 918	137 777	480 102	.	.
2.Vj.	2 163 452	10 546	73 874	1 492 759	109 759	476 514	.	.
3.Vj.	2 165 441	10 727	71 482	1 497 360	111 735	474 136	.	.
4.Vj.	2 161 775	14 303	65 676	1 499 119	109 509	473 167	.	.
2016 1.Vj.	2 170 197	11 976	69 372	1 491 147	129 934	467 768	.	.
2.Vj.	2 173 554	12 181	76 710	1 485 055	136 482	463 126	.	.
3.Vj.	2 166 995	15 370	77 249	1 491 981	123 297	459 098	.	.
4.Vj.	2 145 473	15 845	69 715	1 484 384	115 296	460 233	.	.
2017 1.Vj. p)	2 118 194	12 891	60 701	1 479 170	112 664	452 768	.	.
2.Vj. p)	2 112 479	15 196	54 196	1 487 366	107 319	448 403	.	.
3.Vj. p)	2 105 556	16 161	47 938	1 490 072	105 907	445 478	.	.
4.Vj. p)	2 092 643	14 651	48 002	1 485 792	103 045	441 154	.	.
Bund								
2011	1 344 082	10 429	104 121	1 017 210	138 112	74 210	1 908	11 382
2012	1 387 857	9 742	88 372	1 088 796	88 311	112 636	1 465	11 354
2013	1 390 440	10 592	78 996	1 113 029	64 897	122 926	2 696	10 303
2014	1 396 496	12 150	64 230	1 141 973	54 315	123 829	1 202	12 833
2015 1.Vj.	1 397 998	10 652	60 213	1 136 442	67 501	123 190	3 490	14 566
2.Vj.	1 380 556	10 546	59 283	1 141 784	45 327	123 616	3 359	10 879
3.Vj.	1 374 737	10 727	52 289	1 142 896	44 812	124 014	3 411	11 436
4.Vj.	1 372 626	14 303	49 512	1 139 060	45 149	124 601	2 932	13 577
2016 1.Vj.	1 382 491	11 976	49 030	1 138 068	58 260	125 156	2 853	10 025
2.Vj.	1 391 145	12 181	59 399	1 129 888	65 048	124 629	2 803	11 367
3.Vj.	1 381 065	15 370	61 408	1 134 336	46 711	123 240	2 634	9 042
4.Vj.	1 366 847	15 845	55 208	1 124 451	49 898	121 446	2 238	8 478
2017 1.Vj. p)	1 350 991	12 891	45 509	1 124 436	47 983	120 172	2 381	7 522
2.Vj. p)	1 353 598	15 196	40 224	1 132 692	44 606	120 880	2 348	8 244
3.Vj. p)	1 352 969	16 161	34 215	1 136 879	45 181	120 534	2 342	10 320
4.Vj. p)	1 351 622	14 651	36 296	1 132 623	47 743	120 310	2 666	10 761
Länder								
2011	653 834	–	12 404	330 924	11 015	299 492	12 246	3 174
2012	683 613	–	18 802	355 756	12 314	296 742	13 197	2 968
2013	665 560	–	6 847	360 706	11 573	286 433	12 141	2 655
2014	660 076	–	8 391	361 916	19 003	270 766	14 825	2 297
2015 1.Vj.	668 579	–	17 391	357 929	23 267	269 991	16 462	4 715
2.Vj.	647 822	–	14 595	353 507	15 592	264 129	12 909	4 731
3.Vj.	655 486	–	19 197	357 262	18 788	260 240	13 577	4 841
4.Vj.	656 454	–	16 169	362 376	18 510	259 399	15 867	4 218
2016 1.Vj.	649 631	–	20 347	355 304	21 563	252 416	12 358	4 230
2.Vj.	646 105	–	17 318	357 069	23 455	248 263	13 860	4 061
3.Vj.	646 514	–	15 848	359 618	26 149	244 899	11 685	3 871
4.Vj.	639 506	–	14 515	361 996	16 331	246 664	11 408	3 376
2017 1.Vj. p)	628 977	–	15 201	356 818	15 433	241 525	10 582	3 501
2.Vj. p)	622 217	–	13 981	356 896	14 990	236 349	11 285	3 518
3.Vj. p)	620 065	–	13 731	355 606	16 519	234 209	13 573	3 476
4.Vj. p)	612 117	–	11 716	355 628	16 168	228 605	14 411	3 631
Gemeinden								
2011	143 510	–	–	381	46 550	96 579	3 504	360
2012	147 452	–	–	423	49 417	97 612	3 124	802
2013	150 569	–	–	646	49 973	99 950	2 523	530
2014	151 987	–	–	1 297	50 969	99 721	1 959	734
2015 1.Vj.	152 384	–	–	1 597	52 521	98 266	2 325	538
2.Vj.	152 232	–	–	1 847	51 857	98 528	2 281	512
3.Vj.	153 088	–	–	1 997	52 438	98 653	2 343	477
4.Vj.	152 227	–	–	2 047	51 578	98 602	2 143	463
2016 1.Vj.	154 423	–	–	2 076	52 566	99 781	2 348	476
2.Vj.	154 034	–	–	2 453	51 964	99 617	2 216	503
3.Vj.	154 832	–	–	2 455	52 116	100 261	2 123	527
4.Vj.	153 441	–	–	2 404	50 302	100 735	1 819	566
2017 1.Vj. p)	152 037	–	–	2 645	49 692	99 700	1 998	558
2.Vj. p)	151 430	–	–	2 672	49 061	99 696	2 028	566
3.Vj. p)	149 654	–	–	2 687	47 752	99 214	1 967	689
4.Vj. p)	147 220	–	–	2 960	43 710	100 549	2 031	692

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapiersverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2011	1 331	-	-	-	237	1 094	-	2 743
2012	1 171	-	-	-	195	976	-	2 661
2013	1 287	-	-	-	360	927	-	3 872
2014	1 430	-	-	-	387	1 043	-	2 122
2015 1.Vj.	1 365	-	-	-	329	1 036	-	2 457
2.Vj.	1 391	-	-	-	355	1 036	-	2 428
3.Vj.	1 460	-	-	-	450	1 010	-	2 578
4.Vj.	1 411	-	-	-	446	965	-	2 685
2016 1.Vj.	1 211	-	-	-	458	753	-	2 828
2.Vj.	1 147	-	-	-	443	704	-	2 948
3.Vj.	1 025	-	-	-	334	691	-	3 002
4.Vj.	1 143	-	-	-	473	670	-	3 044
2017 1.Vj. ^{p)}	1 150	-	-	-	504	646	-	3 380
2.Vj. ^{p)}	895	-	-	-	290	605	-	3 333
3.Vj. ^{p)}	750	-	-	-	184	566	-	3 396
4.Vj. ^{p)}	792	-	-	-	247	545	-	4 025

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. ¹⁾ Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumsatz. ²⁾ Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen

gen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Bargeld und Einlagen ²⁾		Wertpapiersverschuldung										Kreditverschuldung ¹⁾
	insgesamt ¹⁾	insgesamt ¹⁾	darunter: ³⁾	insgesamt ¹⁾	Bundesanleihen	Bundessobligationen	inflationindexierte Anleihen ⁴⁾	inflationindexierte Obligationen ⁴⁾	Kapitalindexierung inflationindexierter Wertpapiere	Bundesschatzweisungen ⁵⁾	Unverzinsliche Schatzweisungen ⁶⁾	Bundesschatzbriefe	
2007	984 256	6 675	.	917 584	564 137	173 949	10 019	3 444	506	102 083	37 385	10 287	59 997
2008	1 016 364	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	12 017	7 522	1 336	105 684	40 795	9 649	75 144
2009	1 082 644	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	16 982	7 748	1 369	113 637	104 409	9 471	59 592
2010	1 334 021	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	25 958	9 948	2 396	126 220	85 867	8 704	239 112
2011	1 344 082	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	29 313	14 927	3 961	130 648	58 297	8 208	212 322
2012	1 387 857	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	35 350	16 769	5 374	117 719	56 222	6 818	200 947
2013	1 390 440	10 592	1 397	1 192 025	643 200	234 759	41 105	10 613	4 730	110 029	50 004	4 488	187 822
2014	1 396 496	12 150	1 187	1 206 203	653 823	244 633	48 692	14 553	5 368	103 445	27 951	2 375	178 144
2015	1 372 626	14 303	1 070	1 188 572	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 750
2016	1 366 847	15 845	1 010	1 179 659	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 343
2017 ^{p)}	1 351 622	14 651	966	1 168 919	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	168 053
2015 1.Vj.	1 397 998	10 652	1 155	1 196 655	653 801	235 849	52 507	14 583	4 211	102 203	26 495	2 271	190 691
2.Vj.	1 380 556	10 546	1 133	1 201 068	664 278	228 755	56 437	14 543	5 626	101 090	27 535	2 031	168 943
3.Vj.	1 374 737	10 727	1 106	1 195 185	655 574	242 085	58 192	14 528	5 308	98 087	24 157	1 677	168 825
4.Vj.	1 372 626	14 303	1 070	1 188 572	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 750
2016 1.Vj.	1 382 491	11 976	1 051	1 187 099	666 565	225 678	61 893	14 603	4 395	98 232	20 526	1 205	183 417
2.Vj.	1 391 145	12 181	1 033	1 189 287	675 794	220 840	49 675	14 550	3 099	99 417	28 369	1 108	189 677
3.Vj.	1 381 065	15 370	1 021	1 195 744	664 034	231 375	50 869	14 570	3 097	102 053	30 626	922	169 950
4.Vj.	1 366 847	15 845	1 010	1 179 659	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 343
2017 1.Vj. ^{p)}	1 350 991	12 891	995	1 169 945	674 049	213 371	53 838	14 535	3 362	95 148	14 910	619	168 155
2.Vj. ^{p)}	1 353 598	15 196	986	1 172 916	687 278	205 203	55 842	14 465	4 507	93 795	14 431	487	165 486
3.Vj. ^{p)}	1 352 969	16 161	977	1 171 094	684 134	215 029	56 905	14 490	4 092	91 893	11 851	398	165 715
4.Vj. ^{p)}	1 351 622	14 651	966	1 168 919	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	168 053

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. ¹⁾ Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. ²⁾ Insbesondere Ver-

bindlichkeiten aus dem Münzumsatz. ³⁾ Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. ⁴⁾ Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung. ⁵⁾ Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). ⁶⁾ Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2015			2016			2017			2016			2017		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.		
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %											
Preisbereinigt, verkettet															
I. Entstehung des Inlandsprodukts															
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,8	114,9	117,9	2,2	1,9	2,7	4,5	1,2	0,6	4,5	- 0,3	2,8	3,9		
Baugewerbe	102,9	104,9	107,1	0,0	1,9	2,1	5,3	1,7	- 0,4	5,7	0,1	1,6	1,6		
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	108,5	111,1	114,3	0,7	2,4	2,9	4,2	1,6	2,5	4,7	2,0	2,9	2,1		
Information und Kommunikation	128,5	132,0	137,2	2,6	2,7	3,9	2,7	3,5	1,6	4,4	3,5	3,7	4,2		
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	104,3	107,4	107,2	- 0,7	3,0	- 0,3	3,7	4,1	2,3	0,5	- 0,7	- 0,7	- 0,1		
Grundstücks- und Wohnungswesen	103,3	103,9	105,2	0,2	0,6	1,3	0,9	0,4	0,5	1,4	0,6	1,5	1,6		
Unternehmensdienstleister ¹⁾	108,1	110,0	112,9	1,9	1,8	2,6	3,1	1,7	1,5	3,7	0,7	2,9	2,9		
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,3	107,7	109,9	2,2	2,2	2,1	2,6	2,3	2,4	2,6	1,9	2,2	1,7		
Sonstige Dienstleister	99,3	100,2	101,3	0,7	0,9	1,1	1,9	1,2	1,0	2,5	- 0,0	1,0	0,7		
Bruttowertschöpfung	108,3	110,4	112,9	1,5	1,9	2,3	3,3	1,7	1,4	3,5	0,8	2,4	2,5		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	108,6	110,7	113,1	1,7	1,9	2,2	3,3	1,7	1,3	3,4	1,0	2,2	2,3		
II. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	106,1	108,3	110,4	1,7	2,1	1,9	2,9	1,7	1,7	2,3	2,1	2,0	1,2		
Konsumausgaben des Staates	108,0	111,9	113,7	2,9	3,7	1,6	4,3	3,4	3,0	1,7	1,4	1,6	1,6		
Ausrüstungen	111,1	113,4	118,0	3,9	2,2	4,0	6,4	1,4	- 2,6	3,6	1,7	4,5	6,0		
Bauten	108,3	111,3	114,2	- 1,4	2,7	2,7	5,4	2,1	0,4	5,6	1,4	2,8	1,3		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	117,3	123,8	128,0	5,5	5,5	3,5	6,8	6,1	2,6	3,9	3,4	3,2	3,4		
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,3	- 0,2	0,1	- 0,7	0,2	0,4	- 0,1	0,4	0,2	- 0,1		
Inländische Verwendung	106,1	108,7	111,1	1,6	2,4	2,2	3,2	2,4	1,9	2,5	2,3	2,4	1,7		
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,2	- 0,3	0,2	0,4	- 0,5	- 0,5	1,1	- 1,1	0,0	0,8		
Exporte	124,7	128,0	133,9	5,2	2,6	4,7	4,9	1,3	2,6	7,0	1,3	4,9	5,6		
Importe	120,5	125,2	131,6	5,6	3,9	5,1	5,1	2,8	4,3	5,4	4,5	5,8	4,8		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	108,6	110,7	113,1	1,7	1,9	2,2	3,3	1,7	1,3	3,4	1,0	2,2	2,3		
In jeweiligen Preisen (Mrd €)															
III. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	1 630,5	1 674,4	1 735,0	2,3	2,7	3,6	3,2	2,2	2,8	4,2	3,8	3,7	2,9		
Konsumausgaben des Staates	587,1	615,4	638,7	4,1	4,8	3,8	5,4	4,5	4,1	3,5	3,4	3,9	4,2		
Ausrüstungen	200,8	205,8	214,6	4,7	2,5	4,3	6,7	1,7	- 2,3	3,8	2,0	4,8	6,3		
Bauten	291,0	304,5	322,7	0,4	4,6	6,0	7,3	4,1	2,5	8,4	4,5	6,2	5,1		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	112,5	119,7	125,4	7,0	6,4	4,8	7,4	6,9	3,7	4,9	4,8	4,7	4,7		
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 21,5	- 26,4	- 21,3		
Inländische Verwendung	2 800,3	2 893,4	3 015,0	2,6	3,3	4,2	3,9	3,2	3,2	4,3	4,4	4,5	3,6		
Außenbeitrag	243,3	250,6	248,3		
Exporte	1 426,7	1 450,0	1 542,1	6,4	1,6	6,3	3,1	- 0,0	2,3	8,7	3,5	6,4	6,9		
Importe	1 183,4	1 199,4	1 293,7	4,1	1,4	7,9	1,0	0,2	3,9	9,6	8,0	7,5	6,5		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	3 043,7	3 144,1	3 263,4	3,8	3,3	3,8	4,7	2,9	2,5	4,3	2,6	4,3	4,0		
IV. Preise (2010 = 100)															
Privater Konsum	106,2	106,9	108,7	0,6	0,6	1,7	0,3	0,5	1,1	1,8	1,6	1,7	1,6		
Bruttoinlandsprodukt	108,7	110,1	111,8	2,0	1,3	1,5	1,3	1,2	1,2	0,9	1,6	2,0	1,7		
Terms of Trade	102,1	103,7	102,7	2,7	1,5	- 1,0	2,2	1,3	0,2	- 2,3	- 1,2	- 0,0	- 0,4		
V. Verteilung des Volkseinkommens															
Arbeitnehmerentgelt	1 542,3	1 600,3	1 669,9	3,9	3,8	4,3	3,4	3,7	3,9	4,3	4,4	4,5	4,2		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	722,6	737,7	764,5	3,8	2,1	3,6	9,5	- 0,2	- 1,2	4,0	- 1,0	6,3	5,1		
Volkseinkommen	2 264,9	2 338,0	2 434,4	3,8	3,2	4,1	5,2	2,3	2,5	4,2	2,7	5,1	4,5		
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 099,8	3 197,2	3 323,5	3,7	3,1	3,9	4,7	2,4	2,5	4,1	2,9	4,6	4,2		

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2018. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). ³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
					Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2015=100												
Gewicht in % 1)	100,00	14,04	6,37	79,60	29,44	36,96	2,28	10,92	10,27	9,95	12,73	14,14
Zeit												
2014	98,8	101,9	95,2	99,3	99,9	98,8	97,5	100,1	99,7	99,0	100,0	99,8
2015	99,8	99,6	100,1	99,7	99,8	99,7	99,7	99,8	99,8	99,7	99,7	99,7
2016	101,6	105,3	98,7	101,2	100,9	101,3	102,7	101,0	101,6	101,0	99,6	102,1
2017 x)	104,9	108,7	98,8	104,8	104,9	105,0	107,0	103,2	106,2	106,9	104,2	105,3
2016 4.Vj.	105,1	118,4	104,4	102,8	98,6	105,7	106,4	103,8	101,0	104,0	108,2	99,3
2017 1.Vj.	98,8	84,7	104,5	100,8	102,1	99,9	106,1	99,4	103,2	102,3	95,8	105,1
2.Vj.	104,5	111,2	93,8	104,2	105,5	104,1	105,8	100,4	107,1	104,7	101,8	106,1
3.Vj.	106,4	116,7	92,5	105,7	107,3	104,6	106,2	105,2	107,7	109,4	103,0	105,1
4.Vj. x)	110,1	122,3	104,5	108,4	104,8	111,5	109,7	107,6	106,9	111,2	116,1	105,0
2017 Febr.	96,7	84,1	99,8	98,7	99,0	99,1	104,9	95,3	100,7	99,1	94,8	105,8
März	109,4	105,7	102,7	110,6	109,8	112,2	114,4	106,8	112,2	111,8	109,5	115,1
April	103,2	109,3	95,4	102,7	105,2	101,7	105,9	98,7	105,6	103,1	97,5	107,0
Mai	103,0	109,4	94,8	102,5	104,3	101,6	103,2	100,4	106,4	101,9	98,6	104,5
Juni	107,3	114,8	91,3	107,3	107,0	109,0	108,3	102,2	109,3	109,2	109,3	106,7
Juli 2)	106,4	119,0	91,3	105,5	108,3	103,9	101,4	104,5	108,4	109,0	101,7	103,7
Aug. 2)	101,3	112,7	93,0	99,9	103,5	96,3	98,3	102,7	102,2	104,3	94,9	95,6
Sept.	111,4	118,3	93,1	111,7	110,1	113,6	119,0	108,4	112,4	115,0	112,4	116,1
Okt. x)	109,7	121,3	102,8	108,2	109,8	106,4	113,9	109,0	112,0	109,0	102,9	108,1
Nov. x)	116,4	124,1	104,0	116,1	112,0	119,9	118,1	113,7	115,4	117,3	116,4	123,2
Dez. x)	104,2	121,6	106,8	101,0	92,5	108,3	97,0	100,0	93,2	107,4	128,9	83,8
2018 Jan. x)	95,9	76,1	106,1	98,5	102,4	94,0	103,1	102,6	101,0	102,0	88,3	99,6
Febr. x)p)	99,2	86,3	101,7	101,3	102,7	100,6	105,4	99,3	104,1	104,5	95,4	106,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2014	+ 1,5	+ 2,9	- 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,1
2015	+ 1,0	- 2,3	+ 5,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,1
2016	+ 1,8	+ 5,7	- 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,3	- 0,1	+ 2,4
2017 x)	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,2	+ 4,5	+ 5,8	+ 4,6	+ 3,1
2016 4.Vj.	+ 2,1	+ 4,9	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,1
2017 1.Vj.	+ 0,9	+ 0,8	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,4	+ 1,9	+ 3,6	+ 1,6	+ 0,1
2.Vj.	+ 3,4	+ 5,2	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,8	+ 1,4	+ 4,0	+ 6,0	+ 4,3	+ 2,1
3.Vj.	+ 4,1	+ 3,3	- 1,7	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,7	+ 6,1	+ 3,0	+ 6,3	+ 6,7	+ 4,7	+ 4,9
4.Vj. x)	+ 4,8	+ 3,4	+ 0,2	+ 5,4	+ 6,3	+ 5,5	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,8	+ 6,9	+ 7,2	+ 5,7
2017 Febr.	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,4	+ 0,9
März	+ 1,8	+ 3,2	- 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,7	+ 4,1	+ 0,1	+ 1,4
April	+ 3,0	+ 6,3	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 1,9	+ 4,2	+ 0,3	+ 3,0	+ 6,7	+ 3,2	- 0,3
Mai	+ 4,7	+ 5,1	+ 2,9	+ 4,7	+ 3,4	+ 6,4	+ 9,8	+ 1,9	+ 5,8	+ 7,2	+ 6,4	+ 7,7
Juni	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,9	+ 3,2	+ 4,2	+ 3,4	- 0,7
Juli 2)	+ 3,8	+ 2,9	- 2,7	+ 4,6	+ 5,4	+ 4,2	+ 5,3	+ 3,7	+ 6,7	+ 8,0	+ 5,5	+ 1,8
Aug. 2)	+ 4,5	+ 3,2	± 0,0	+ 5,0	+ 5,2	+ 5,6	+ 7,5	+ 2,3	+ 6,0	+ 6,8	+ 3,3	+ 9,1
Sept.	+ 3,9	+ 3,9	- 2,5	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,4	+ 5,6	+ 2,9	+ 6,1	+ 5,4	+ 5,3	+ 4,5
Okt. x)	+ 2,3	+ 3,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 4,5	+ 0,7	+ 2,3	+ 1,6	+ 5,1	+ 3,0	+ 3,7	- 2,6
Nov. x)	+ 5,7	+ 3,8	- 1,0	+ 6,6	+ 6,8	+ 7,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,8	+ 7,1	+ 5,1	+ 11,8
Dez. x)	+ 6,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 7,8	+ 7,9	+ 8,7	+ 2,0	+ 5,0	+ 8,1	+ 11,0	+ 12,3	+ 9,1
2018 Jan. x)	+ 6,3	+ 18,2	- 4,5	+ 5,8	+ 5,0	+ 6,3	+ 4,1	+ 6,8	+ 4,4	+ 6,4	+ 6,1	+ 5,6
Febr. x)p)	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,5	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,4	+ 5,4	+ 0,6	+ 0,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beihet Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ◊ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2015. 2 Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie ^{*)}

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie											
	davon:											
	Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:		Verbrauchsgüter- produzenten			
2015=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015=100	Veränderung gegen Vorjahr %	
insgesamt												
2013	95,2	+ 2,4	100,0	- 0,9	92,6	+ 4,6	92,5	+ 2,0	95,2	+ 2,4	91,7	+ 2,0
2014	97,8	+ 2,7	100,6	+ 0,6	96,2	+ 3,9	96,8	+ 4,6	95,8	+ 0,6	97,1	+ 5,9
2015	99,8	+ 2,0	99,8	- 0,8	99,8	+ 3,7	99,8	+ 3,1	99,7	+ 4,1	99,8	+ 2,8
2016	100,8	+ 1,0	98,9	- 0,9	101,9	+ 2,1	100,6	+ 0,8	105,3	+ 5,6	99,0	- 0,8
2017 ^{r)}	108,6	+ 7,7	109,4	+ 10,6	108,5	+ 6,5	105,8	+ 5,2	116,5	+ 10,6	102,2	+ 3,2
2017 Febr. ^{r)}	106,0	+ 8,4	108,4	+ 10,5	104,0	+ 7,2	110,2	+ 7,4	108,8	+ 11,8	110,7	+ 6,1
März ^{r)}	117,2	+ 5,8	116,4	+ 10,4	118,6	+ 3,4	110,5	+ 4,3	126,5	+ 14,7	105,2	+ 0,8
April ^{r)}	106,7	+ 8,0	108,0	+ 6,3	106,5	+ 9,3	102,1	+ 6,6	111,1	+ 0,7	99,2	+ 9,0
Mai ^{r)}	103,8	+ 6,5	106,5	+ 8,3	102,4	+ 5,6	101,6	+ 4,7	110,3	+ 17,2	98,6	+ 0,7
Juni ^{r)}	110,7	+ 7,4	110,9	+ 11,0	111,4	+ 5,4	104,0	+ 4,8	117,6	+ 13,6	99,5	+ 1,6
Juli ^{r)}	105,8	+ 6,3	108,8	+ 9,9	103,8	+ 4,4	107,8	+ 5,0	108,8	+ 5,4	107,4	+ 4,8
Aug. ^{r)}	99,0	+ 9,8	104,9	+ 16,6	94,1	+ 5,6	107,9	+ 8,2	115,3	+ 21,2	105,5	+ 4,1
Sept. ^{r)}	110,3	+ 11,0	108,9	+ 11,8	111,8	+ 11,4	107,0	+ 6,2	126,2	+ 13,3	100,7	+ 3,5
Okt. ^{r)}	112,9	+ 9,0	113,6	+ 11,5	112,9	+ 7,9	109,7	+ 6,4	127,9	+ 5,3	103,7	+ 6,8
Nov. ^{r)}	114,8	+ 10,9	118,2	+ 13,8	113,1	+ 9,5	111,4	+ 8,1	129,8	+ 17,0	105,4	+ 4,8
Dez. ^{r)}	115,2	+ 9,1	103,4	+ 14,0	125,2	+ 7,2	94,5	+ 4,2	108,6	+ 12,2	89,8	+ 1,2
2018 Jan. ^{r)}	110,9	+ 9,9	115,7	+ 10,5	107,9	+ 9,7	111,3	+ 8,8	112,6	+ 5,2	110,8	+ 10,0
Febr. ^{p)}	110,9	+ 4,6	111,3	+ 2,7	110,4	+ 6,2	111,2	+ 0,9	112,2	+ 3,1	110,9	+ 0,2
aus dem Inland												
2013	97,0	+ 0,5	102,8	- 1,3	92,3	+ 2,1	95,2	+ 1,2	100,4	+ 0,9	93,4	+ 1,3
2014	98,1	+ 1,1	101,7	- 1,1	95,2	+ 3,1	97,1	+ 2,0	100,4	± 0,0	96,0	+ 2,8
2015	99,8	+ 1,7	99,8	- 1,9	99,7	+ 4,7	99,8	+ 2,8	99,7	- 0,7	99,8	+ 4,0
2016	99,8	± 0,0	97,6	- 2,2	101,9	+ 2,2	98,0	- 1,8	103,1	+ 3,4	96,3	- 3,5
2017 ^{r)}	107,0	+ 7,2	107,1	+ 9,7	107,8	+ 5,8	101,7	+ 3,8	108,7	+ 5,4	99,3	+ 3,1
2017 Febr. ^{r)}	109,4	+ 11,7	109,1	+ 13,9	110,3	+ 11,3	104,8	+ 2,2	102,2	+ 4,4	105,7	+ 1,6
März ^{r)}	114,8	+ 5,7	112,7	+ 9,3	118,0	+ 3,4	105,3	+ 1,7	116,1	+ 1,8	101,6	+ 1,7
April ^{r)}	110,1	+ 9,4	105,8	+ 2,7	116,2	+ 16,7	93,3	- 0,9	101,9	- 1,5	90,4	- 0,6
Mai ^{r)}	101,3	+ 4,0	103,7	+ 7,5	100,0	+ 1,8	96,5	- 0,6	98,7	+ 6,4	95,7	- 2,8
Juni ^{r)}	108,7	+ 7,8	105,5	+ 7,7	112,8	+ 8,4	99,9	+ 4,8	107,2	+ 8,6	97,4	+ 3,4
Juli ^{r)}	107,2	+ 9,3	108,2	+ 10,0	106,7	+ 9,4	104,9	+ 4,8	102,3	+ 1,5	105,8	+ 6,0
Aug. ^{r)}	101,2	+ 9,3	107,0	+ 16,6	95,4	+ 3,1	106,3	+ 8,9	110,9	+ 12,5	104,8	+ 7,7
Sept. ^{r)}	107,5	+ 10,7	105,9	+ 13,0	109,4	+ 9,7	104,5	+ 5,9	121,1	+ 7,1	98,9	+ 5,4
Okt. ^{r)}	111,0	+ 7,7	112,3	+ 10,7	110,2	+ 5,2	108,7	+ 7,1	128,7	+ 8,9	101,9	+ 6,3
Nov. ^{r)}	112,7	+ 9,3	114,1	+ 10,9	111,7	+ 7,9	111,6	+ 10,0	123,1	+ 10,5	107,7	+ 9,7
Dez. ^{r)}	101,3	+ 1,5	98,4	+ 12,7	106,1	- 5,8	86,2	± 0,0	89,0	+ 2,4	85,2	- 0,9
2018 Jan. ^{r)}	107,8	+ 8,8	113,4	+ 11,0	104,0	+ 7,5	101,8	+ 4,0	103,1	+ 0,4	101,3	+ 5,2
Febr. ^{p)}	105,4	- 3,7	108,8	- 0,3	102,4	- 7,2	105,6	+ 0,8	109,2	+ 6,8	104,4	- 1,2
aus dem Ausland												
2013	93,9	+ 3,9	97,1	- 0,4	92,8	+ 6,2	90,5	+ 2,7	91,0	+ 3,6	90,4	+ 2,5
2014	97,5	+ 3,8	99,5	+ 2,5	96,7	+ 4,2	96,5	+ 6,6	92,0	+ 1,1	97,9	+ 8,3
2015	99,8	+ 2,4	99,8	+ 0,3	99,8	+ 3,2	99,8	+ 3,4	99,8	+ 8,5	99,8	+ 1,9
2016	101,5	+ 1,7	100,4	+ 0,6	101,9	+ 2,1	102,6	+ 2,8	107,1	+ 7,3	101,1	+ 1,3
2017 ^{r)}	109,8	+ 8,2	111,9	+ 11,5	109,0	+ 7,0	108,9	+ 6,1	122,8	+ 14,7	104,4	+ 3,3
2017 Febr. ^{r)}	103,4	+ 5,8	107,6	+ 7,1	100,2	+ 4,7	114,4	+ 11,5	114,1	+ 17,9	114,5	+ 9,6
März ^{r)}	119,1	+ 6,0	120,4	+ 11,6	119,0	+ 3,5	114,5	+ 6,3	134,8	+ 25,7	107,9	± 0,0
April ^{r)}	104,2	+ 7,0	110,4	+ 10,3	100,7	+ 4,8	109,0	+ 12,3	118,5	+ 2,3	105,9	+ 16,2
Mai ^{r)}	105,7	+ 8,4	109,6	+ 9,3	103,8	+ 7,9	105,5	+ 8,9	119,7	+ 25,7	100,9	+ 3,5
Juni ^{r)}	112,2	+ 7,0	116,8	+ 14,6	110,6	+ 3,8	107,2	+ 4,8	125,9	+ 17,3	101,1	+ 0,4
Juli ^{r)}	104,8	+ 4,2	109,5	+ 9,9	102,0	+ 1,4	110,1	+ 5,1	114,1	+ 8,5	108,7	+ 3,9
Aug. ^{r)}	97,3	+ 10,1	102,7	+ 16,7	93,3	+ 7,1	109,2	+ 7,7	118,9	+ 29,0	106,1	+ 1,6
Sept. ^{r)}	112,5	+ 11,2	112,1	+ 10,6	113,2	+ 12,2	109,0	+ 6,4	130,3	+ 18,5	102,1	+ 2,1
Okt. ^{r)}	114,4	+ 10,1	115,0	+ 12,3	114,6	+ 9,7	110,4	+ 5,7	127,3	+ 2,6	105,0	+ 7,0
Nov. ^{r)}	116,4	+ 12,1	122,7	+ 16,9	113,9	+ 10,5	111,3	+ 6,6	135,2	+ 22,4	103,6	+ 1,2
Dez. ^{r)}	125,7	+ 14,3	108,8	+ 15,3	136,7	+ 14,6	100,9	+ 7,2	124,3	+ 18,7	93,3	+ 2,9
2018 Jan. ^{r)}	113,3	+ 10,9	118,2	+ 10,1	110,3	+ 11,0	118,6	+ 12,2	120,3	+ 8,9	118,0	+ 13,4
Febr. ^{p)}	115,0	+ 11,2	114,1	+ 6,0	115,3	+ 15,1	115,6	+ 1,0	114,7	+ 0,5	115,8	+ 1,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ^{o)} Mithilfe von JDemetra+ 2.2.1 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Gliederung nach Bauarten											Gliederung nach Bauherren 1)				
	Hochbau											Tiefbau				
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 0,9	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,1	- 3,3
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,0
2016	142,2	+ 14,5	153,8	+ 15,1	193,5	+ 17,0	143,0	+ 15,0	107,5	+ 9,1	130,8	+ 13,9	137,1	+ 11,8	127,0	+ 16,2
2017	152,2	+ 7,0	164,6	+ 7,0	203,9	+ 5,4	153,5	+ 7,3	120,3	+ 11,9	139,8	+ 6,9	147,1	+ 7,3	136,7	+ 7,6
2017 Jan.	113,5	+ 4,7	125,0	+ 6,2	154,5	+ 4,7	122,5	+ 15,0	74,4	- 19,1	102,1	+ 2,9	124,5	+ 11,7	85,9	- 4,1
Febr.	130,3	+ 8,0	144,3	+ 14,6	176,0	+ 11,6	139,1	+ 20,5	97,4	+ 2,9	116,2	+ 0,7	127,4	+ 16,3	114,8	- 2,0
März	179,0	+ 8,7	190,4	+ 13,1	243,7	+ 7,2	172,2	+ 17,5	139,7	+ 19,4	167,6	+ 4,2	165,1	+ 10,1	167,3	+ 8,3
April	165,2	+ 9,4	170,5	+ 9,8	204,5	+ 4,5	166,7	+ 17,1	114,7	+ 0,6	160,0	+ 9,1	154,0	+ 9,7	160,9	+ 11,8
Mai	155,4	- 1,3	162,5	- 7,7	202,2	- 3,5	143,0	- 17,7	142,1	+ 20,8	148,4	+ 7,0	138,5	- 11,2	154,0	+ 11,7
Juni	173,3	+ 5,0	188,1	+ 3,9	238,5	+ 6,9	164,4	- 5,9	159,2	+ 36,3	158,5	+ 6,2	156,1	- 3,3	164,6	+ 13,0
Juli	164,0	+ 7,4	167,7	+ 2,5	203,9	+ 4,6	159,6	+ 0,7	120,4	+ 2,6	160,4	+ 13,2	155,2	+ 7,7	157,1	+ 8,8
Aug.	145,3	+ 4,6	152,9	+ 2,9	184,8	+ 0,4	142,3	+ 0,5	121,5	+ 22,0	137,7	+ 6,6	138,9	+ 4,9	135,9	+ 6,6
Sept.	151,8	+ 5,1	163,7	+ 1,3	200,0	- 11,3	148,2	+ 11,3	138,3	+ 15,0	140,0	+ 9,9	144,9	+ 11,7	139,5	+ 9,8
Okt.	141,2	- 2,8	152,7	- 2,7	203,3	+ 4,6	131,0	- 11,5	117,8	+ 6,8	129,8	- 2,8	132,5	- 8,6	125,3	- 0,6
Nov.	140,7	+ 10,7	158,1	+ 13,2	188,6	- 0,4	157,1	+ 29,0	101,3	+ 6,5	123,2	+ 7,6	152,9	+ 22,9	108,9	+ 3,9
Dez.	166,7	+ 27,0	199,5	+ 32,8	247,1	+ 43,2	196,0	+ 27,4	116,3	+ 21,9	133,9	+ 19,1	174,7	+ 23,9	126,2	+ 20,4
2018 Jan.	123,8	+ 9,1	135,6	+ 8,5	170,0	+ 10,0	129,5	+ 5,7	86,0	+ 15,6	112,1	+ 9,8	130,3	+ 4,7	98,7	+ 14,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. ◊ Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt ◊

Zeit	darunter:															
	in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:															
	Insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010 3)	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	2015 = 100	2010 = 100	
2014	96,5	+ 1,6	96,4	+ 1,2	97,3	+ 2,1	99,9	+ 1,8	99,2	- 0,8	97,7	- 0,3	95,0	+ 7,1	83,3	+ 1,8
2015	100,1	+ 3,7	100,1	+ 3,8	100,2	+ 3,0	100,2	+ 0,3	100,2	+ 1,0	100,3	+ 2,7	100,0	+ 5,3	100,0	+ 20,0
2016	102,5	+ 2,4	102,1	+ 2,0	101,7	+ 1,5	101,0	+ 0,8	99,9	- 0,3	101,6	+ 1,3	103,9	+ 3,9	109,8	+ 9,8
2017 5)	107,5	+ 4,9	105,0	+ 2,8	105,5	+ 3,7	108,3	+ 7,2	106,5	+ 6,6	102,9	+ 1,3	107,8	+ 3,8	120,7	+ 9,9
2017 Febr.	94,1	+ 4,3	92,6	+ 1,9	94,5	+ 2,9	80,5	+ 6,6	92,5	+ 3,7	89,1	- 0,7	99,4	+ 2,8	107,4	+ 6,7
März	109,4	+ 6,7	106,9	+ 4,5	106,2	+ 4,5	109,4	+ 18,0	103,2	+ 8,5	112,3	+ 4,2	109,0	+ 2,9	119,4	+ 5,9
April	106,9	+ 5,2	104,3	+ 3,4	107,5	+ 6,1	109,1	+ 2,8	93,4	+ 8,5	108,4	+ 1,2	105,9	+ 4,1	114,6	+ 16,6
Mai	106,6	+ 4,7	104,1	+ 2,9	106,2	+ 3,5	105,7	+ 2,8	89,0	+ 7,1	106,3	+ 1,0	106,5	+ 5,1	114,3	+ 10,8
Juni	105,1	+ 5,7	103,2	+ 4,0	104,7	+ 3,9	105,3	+ 8,4	95,1	+ 6,5	102,0	+ 3,0	106,0	+ 5,8	111,9	+ 11,5
Juli	107,2	+ 4,5	105,7	+ 2,8	107,1	+ 3,6	105,3	+ 2,9	102,2	+ 10,2	103,8	+ 2,2	109,3	+ 2,8	112,4	+ 13,4
Aug.	102,9	+ 3,9	101,1	+ 1,9	103,4	+ 2,7	99,1	+ 6,7	97,7	+ 9,8	97,6	+ 0,5	104,5	+ 3,6	110,8	+ 9,5
Sept.	106,0	+ 7,3	103,1	+ 5,2	102,5	+ 5,1	124,9	+ 27,6	102,1	+ 10,4	99,3	+ 3,0	105,5	+ 3,0	116,5	+ 11,9
Okt.	110,5	+ 2,5	107,3	+ 0,8	105,7	+ 2,3	122,2	- 3,6	111,0	+ 4,1	109,2	+ 1,2	108,7	+ 2,1	122,1	+ 2,8
Nov.	115,0	+ 6,0	111,4	+ 4,1	108,0	+ 4,7	117,7	+ 9,9	121,3	+ 5,6	110,0	+ 2,3	112,9	+ 4,0	150,3	+ 13,3
Dez.	129,5	+ 4,3	125,5	+ 2,5	125,7	+ 4,7	132,0	+ 6,5	157,8	- 0,4	110,0	- 1,0	123,8	+ 5,3	153,7	+ 7,4
2018 Jan.	100,1	+ 3,8	97,6	+ 2,4	98,6	+ 3,8	91,3	+ 3,6	109,4	- 2,5	90,9	+ 4,2	107,0	+ 5,3	119,3	+ 4,0
Febr.	96,5	+ 2,6	93,8	+ 1,3	97,7	+ 3,4	82,0	+ 1,9	93,0	+ 0,5	88,6	- 0,6	104,0	+ 4,6	109,1	+ 1,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. ◊ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 2 Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben in jeweiligen Preisen bereinigt mit Indizes der Einzel-

handelspreise in der Gewichtung des Jahres 2010. 4 Ab Mai 2015 Einbeziehung eines größeren Unternehmens des Online-Handels, das im Mai 2015 eine Niederlassung in Deutschland gründete. 5 Ergebnisse ab Januar 2017 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)						
2013	42 319	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 783	19 958	743	5 017	191	77	2 950	970	6,9	457
2014	42 672	+ 0,8	30 197	+ 1,6	8 860	20 332	770	5 029	134	44	2 898	933	6,7	490
2015	43 069	+ 0,9	30 823	+ 2,1	8 938	20 840	806	4 856	130	49	2 795	859	6,4	569
2016	43 638	+ 1,3	31 508	+ 2,2	9 028	21 407	834	4 804	128	42	2 691	822	6,1	655
2017	7) 44 291	7) + 1,5	8) 32 230	8) + 2,3	8) 9 146	8) 21 976	8) 868	8) 4 744	...	8) 24	9) 2 533	9) 855	5,7	731
2015 1.Vj.	42 517	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 833	20 551	756	4 863	310	51	2 993	1 011	6,9	515
2.Vj.	42 998	+ 0,8	30 671	+ 2,0	8 895	20 740	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560
3.Vj.	43 286	+ 1,0	30 928	+ 2,1	8 974	20 865	840	4 868	47	33	2 759	827	6,3	595
4.Vj.	43 476	+ 1,2	31 333	+ 2,3	9 049	21 204	837	4 829	101	46	2 655	775	6,0	604
2016 1.Vj.	43 096	+ 1,4	31 077	+ 2,4	8 929	21 131	793	4 785	312	50	2 892	932	6,6	610
2.Vj.	43 557	+ 1,3	31 350	+ 2,2	8 988	21 298	820	4 823	59	47	2 674	782	6,1	653
3.Vj.	43 832	+ 1,3	31 593	+ 2,1	9 056	21 431	858	4 827	46	35	2 651	808	6,0	682
4.Vj.	44 066	+ 1,4	32 014	+ 2,2	9 137	21 770	866	4 781	93	36	2 547	766	5,8	677
2017 1.Vj.	43 740	+ 1,5	31 790	+ 2,3	9 040	21 697	830	4 728	307	41	2 734	9) 987	6,2	671
2.Vj.	44 207	+ 1,5	32 064	+ 2,3	9 110	21 857	852	4 762	36	25	2 513	822	10) 5,6	717
3.Vj.	44 507	+ 1,5	32 324	+ 2,3	9 172	22 011	892	4 766	28	16	2 504	833	5,6	763
4.Vj.	7) 44 708	7) + 1,5	8) 32 742	8) + 2,3	8) 9 261	8) 22 340	8) 900	8) 4 719	...	8) 15	2 381	780	5,3	771
2018 1.Vj.	2 525	909	5,7	760
2014 Nov.	43 017	+ 0,7	30 636	+ 1,6	8 960	20 645	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515
Dez.	42 813	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 864	20 565	753	5 012	204	39	2 764	867	6,4	498
2015 Jan.	42 444	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 815	20 498	747	4 846	327	50	3 032	1 043	7,0	485
Febr.	42 470	+ 0,7	30 342	+ 1,9	8 818	20 546	756	4 821	352	52	3 017	1 034	6,9	519
März	42 638	+ 0,8	30 528	+ 2,0	8 865	20 651	777	4 829	251	50	2 932	955	6,8	542
April	42 832	+ 0,8	30 645	+ 1,9	8 895	20 723	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552
Mai	43 013	+ 0,8	30 718	+ 2,0	8 901	20 776	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557
Juni	43 150	+ 0,9	30 771	+ 2,0	8 915	20 788	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572
Juli	43 190	+ 0,9	30 744	+ 2,1	8 934	20 724	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589
Aug.	43 245	+ 1,0	30 988	+ 2,2	8 993	20 901	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597
Sept.	43 422	+ 1,0	31 333	+ 2,2	9 076	21 153	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600
Okt.	43 508	+ 1,0	31 368	+ 2,3	9 068	21 206	846	4 814	61	47	2 649	764	6,0	612
Nov.	43 545	+ 1,2	31 389	+ 2,5	9 060	21 247	842	4 846	66	52	2 633	764	6,0	610
Dez.	43 374	+ 1,3	31 150	+ 2,5	8 964	21 167	798	4 843	177	39	2 681	798	6,1	591
2016 Jan.	43 005	+ 1,3	30 983	+ 2,3	8 906	21 073	784	4 774	343	48	2 920	961	6,7	581
Febr.	43 059	+ 1,4	31 069	+ 2,4	8 923	21 127	793	4 769	343	50	2 911	947	6,6	614
März	43 224	+ 1,4	31 209	+ 2,2	8 954	21 217	804	4 782	252	52	2 845	888	6,5	635
April	43 388	+ 1,3	31 314	+ 2,2	8 983	21 279	809	4 806	67	55	2 744	817	6,3	640
Mai	43 577	+ 1,3	31 410	+ 2,3	9 000	21 337	826	4 838	57	45	2 664	774	6,0	655
Juni	43 707	+ 1,3	31 443	+ 2,2	9 010	21 339	846	4 865	54	42	2 614	754	5,9	665
Juli	43 689	+ 1,2	31 378	+ 2,1	9 007	21 273	853	4 863	43	31	2 661	805	6,0	674
Aug.	43 807	+ 1,3	31 675	+ 2,2	9 076	21 486	865	4 802	50	38	2 684	830	6,1	685
Sept.	43 999	+ 1,3	32 007	+ 2,2	9 157	21 729	869	4 768	46	35	2 608	787	5,9	687
Okt.	44 086	+ 1,3	32 045	+ 2,2	9 154	21 773	871	4 767	50	39	2 540	756	5,8	691
Nov.	44 131	+ 1,3	32 069	+ 2,2	9 147	21 807	876	4 794	52	40	2 532	756	5,7	681
Dez.	43 982	+ 1,4	31 848	+ 2,2	9 063	21 731	835	4 794	178	30	2 568	785	5,8	658
2017 Jan.	43 656	+ 1,5	31 707	+ 2,3	9 017	21 648	825	4 719	370	43	2 777	9) 1 010	6,3	647
Febr.	43 704	+ 1,5	31 774	+ 2,3	9 032	21 690	828	4 706	335	42	2 762	1 014	6,3	675
März	43 861	+ 1,5	31 930	+ 2,3	9 078	21 777	838	4 722	216	40	2 662	935	6,0	692
April	44 035	+ 1,5	32 013	+ 2,2	9 101	21 831	838	4 748	39	27	2 569	861	5,8	706
Mai	44 216	+ 1,5	32 131	+ 2,3	9 124	21 900	859	4 775	36	25	2 498	810	10) 5,6	714
Juni	44 369	+ 1,5	32 165	+ 2,3	9 135	21 902	878	4 802	33	22	2 473	796	5,5	731
Juli	44 388	+ 1,6	32 128	+ 2,4	9 123	21 869	890	4 803	30	18	2 518	842	5,6	750
Aug.	44 477	+ 1,5	32 396	+ 2,3	9 189	22 060	896	4 739	28	15	2 545	855	5,7	765
Sept.	44 657	+ 1,5	32 732	+ 2,3	9 272	22 304	901	4 711	28	16	2 449	800	5,5	773
Okt.	44 730	+ 1,5	8) 32 774	8) + 2,3	8) 9 276	8) 22 351	8) 901	8) 4 705	...	8) 17	2 389	772	5,4	780
Nov.	44 770	+ 1,4	8) 32 793	8) + 2,3	8) 9 273	8) 22 366	8) 915	8) 4 729	...	8) 15	2 368	772	5,3	772
Dez.	7) 44 623	7) + 1,5	8) 32 586	8) + 2,3	8) 9 198	8) 22 302	8) 866	8) 4 737	...	8) 12	2 385	796	5,3	761
2018 Jan.	7) 44 281	7) + 1,4	8) 32 470	8) + 2,4	8) 9 184	8) 22 225	8) 839	8) 4 667	...	8) 13	2 570	941	5,8	736
Febr.	7) 44 322	7) + 1,4	2 546	927	5,7	764
März	2 458	859	5,5	778

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne beförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur

für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2015 und 2016 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 1,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,5 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 33,9 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. 10 Ab Mai 2017 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeu- ger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 5)	Index der Erzeu- ger- preise landwirt- schaft- licher Pro- dukte 5)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 6)	
	insgesamt	davon: 1)									Ausfuhr	Einfuhr	Energie 7)	sonstige Rohstoffe 8)
		Nah- run- gs- mittel 2)	Industrie- erzeu- nisse ohne Energie	Energie 3)	Dienst- lei- stungen	Wohnungs- mieten 4)								
	2015 = 100						2010 = 100				2015 = 100			
Indexstand														
2013	99,1	97,4	98,7	109,8	97,4	97,3	105,7	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	160,2	117,6
2014	99,9	98,8	99,2	107,5	98,8	98,8	106,6	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	142,8	108,3
2015	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	106,9	111,3	103,9	106,9	104,9	100,9	100,0	100,0
2016	100,4	101,3	101,0	94,6	101,2	101,2	107,4	113,4	102,1	106,7	104,0	97,8	83,2	98,4
2017	102,1	104,0	102,3	97,5	102,5	102,9	109,3	117,0	104,8	115,5	105,9	101,5	99,6	107,1
2016 Mai	100,2	101,3	101,4	95,0	100,5	101,0	107,2	113,1	101,7	106,0	103,7	97,3	82,6	97,2
Juni	100,3	101,0	100,7	96,2	100,9	101,1	107,3		102,1	106,4	103,9	97,8	87,9	98,9
Juli	100,7	101,3	100,0	95,1	102,2	101,2	107,6		102,3	110,0	104,1	97,9	84,4	100,2
Aug.	100,6	100,9	100,3	94,3	102,3	101,4	107,6	113,7	102,2	106,7	104,0	97,7	83,9	98,6
Sept.	100,6	101,2	101,5	94,9	101,4	101,5	107,7		102,0	104,8	104,0	97,8	83,9	97,0
Okt.	100,8	101,2	102,0	96,2	101,2	101,7	107,9		102,7	108,9	104,3	98,7	96,2	99,8
Nov.	100,8	102,0	102,0	95,2	101,1	101,8	108,0	114,1	103,0	111,4	104,8	99,4	95,4	108,5
Dez.	101,8	102,6	101,6	97,3	102,8	102,0	108,8		103,4	113,2	105,2	101,3	106,6	114,0
2017 Jan.	101,0	103,2	100,7	98,2	101,0	102,2	108,1		104,1	114,9	105,8	102,2	108,9	115,9
Febr.	101,7	104,6	101,0	98,4	101,9	102,3	108,8	115,5	104,3	116,3	106,0	102,9	110,2	118,9
März	101,8	103,4	102,6	97,5	102,0	102,4	109,0		104,3	117,7	106,0	102,4	99,7	116,4
April	101,8	103,4	102,7	98,3	101,5	102,6	109,0		104,7	120,0	106,2	102,3	100,4	110,1
Mai	101,6	103,5	102,7	96,9	101,5	102,8	108,8	116,6	104,5	121,0	106,0	101,3	93,1	104,2
Juni	101,8	103,6	102,0	96,1	102,5	102,9	109,0		104,5	121,4	105,8	100,2	85,7	100,4
Juli	102,2	103,8	101,4	95,9	103,8	103,0	109,4		104,7	120,3	105,7	99,8	86,5	102,9
Aug.	102,4	103,8	101,8	96,3	103,8	103,1	109,5	117,5	104,9	121,3	105,6	99,8	90,1	103,3
Sept.	102,4	104,1	102,9	97,5	102,8	103,2	109,6		105,2	116,3	105,8	100,7	96,3	102,8
Okt.	102,3	104,8	103,2	97,4	102,2	103,3	109,6		105,5	114,6	105,9	101,3	101,6	102,7
Nov.	102,6	104,8	103,2	98,7	102,6	103,5	109,9	118,4	105,6	115,1	106,1	102,1	110,3	103,8
Dez.	103,4	105,5	102,8	98,5	104,2	103,6	110,6		105,8	114,6	106,2	102,4	113,7	103,6
2018 Jan.	102,4	106,2	101,8	98,9	102,4	103,9	109,8		106,3	110,9	106,5	102,9	115,9	105,4
Febr.	102,9	106,2	102,2	98,5	103,3	104,0	110,3	120,4	106,2	110,4	106,5	102,3	108,7	106,0
März	103,3	106,4	103,2	97,9	103,7	104,1	110,7		109,5	104,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
2013	+ 1,6	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 4,0	- 8,6
2014	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,5	- 2,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 10,9	- 7,9
2015	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,8	- 7,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,5	- 1,8	- 3,8	+ 0,9	- 2,6	- 30,0	- 7,7
2016	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	- 5,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,9	- 1,7	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 16,8	- 1,6
2017	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,6	+ 8,2	+ 1,8	+ 3,8	+ 19,7	+ 8,8
2016 Mai	± 0,0	+ 0,9	+ 1,2	- 8,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,8	- 2,7	+ 1,1	- 1,6	- 5,5	- 29,3	- 7,2
Juni	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	- 6,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3		- 2,2	+ 0,9	- 1,3	- 4,6	- 22,4	- 4,4
Juli	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,9	- 7,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,4		- 2,0	+ 5,3	- 1,2	- 3,8	- 20,4	- 1,4
Aug.	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	- 5,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 2,0	- 1,6	+ 4,5	- 0,9	- 2,6	- 8,3	+ 2,7
Sept.	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,8	- 3,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7		- 1,4	- 2,4	- 0,6	- 1,8	- 7,6	+ 3,1
Okt.	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	- 1,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,8		- 0,4	± 0,0	- 0,1	- 0,6	+ 5,0	+ 6,9
Nov.	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,0	- 2,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,1	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 6,5	+ 17,0
Dez.	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7		+ 1,0	+ 5,5	+ 1,1	+ 3,5	+ 37,5	+ 27,5
2017 Jan.	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,0	+ 5,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9		+ 2,4	+ 7,6	+ 1,8	+ 6,0	+ 68,8	+ 31,4
Febr.	+ 2,2	+ 3,8	+ 1,1	+ 7,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,1	+ 9,7	+ 2,5	+ 7,4	+ 72,2	+ 34,2
März	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,6	+ 5,2	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,6		+ 3,1	+ 10,4	+ 2,3	+ 6,1	+ 37,9	+ 24,4
April	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 5,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,0		+ 3,4	+ 13,3	+ 2,6	+ 6,1	+ 33,7	+ 15,3
Mai	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 14,2	+ 2,2	+ 4,1	+ 12,7	+ 7,2
Juni	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,3	- 0,1	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6		+ 2,4	+ 14,1	+ 1,8	+ 2,5	- 2,5	+ 1,5
Juli	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7		+ 2,3	+ 9,4	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,7
Aug.	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 13,7	+ 1,5	+ 2,1	+ 7,4	+ 4,8
Sept.	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,8		+ 3,1	+ 11,0	+ 1,7	+ 3,0	+ 14,8	+ 6,0
Okt.	+ 1,5	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,6		+ 2,7	+ 5,2	+ 1,5	+ 2,6	+ 5,6	+ 2,9
Nov.	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,2	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,2	+ 2,7	+ 15,6	- 4,3
Dez.	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7		+ 2,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 6,7	- 9,1
2018 Jan.	+ 1,4	+ 2,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,6		+ 2,1	- 3,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 6,4	- 9,1
Febr.	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 4,2	+ 1,8	- 5,1	+ 0,5	- 0,6	- 1,4	- 10,8
März	+ 1,5	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6		+ 9,8	- 9,9

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 2 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 3 Strom, Gas und

andere Brennstoffe sowie Kraft- und Schmierstoffe. 4 Nettomieten. 5 Ohne Mehrwertsteuer. 6 HWWI-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 7 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 8 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 9 Ab Januar 2017 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾		Nettolöhne und -gehälter ²⁾		Empfangene monetäre Sozialleistungen ³⁾		Masseneinkommen ⁴⁾		Verfügbares Einkommen ⁵⁾		Sparen ⁶⁾		Sparquote ⁷⁾
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	385,3	1,2	1 087,5	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	380,4	- 1,3	1 109,8	2,0	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,0	4,1	756,8	3,8	387,6	1,9	1 144,5	3,1	1 695,6	2,5	157,6	- 0,4	9,3
2013	1 167,4	3,0	778,3	2,8	388,1	0,1	1 166,4	1,9	1 717,2	1,3	153,7	- 2,5	8,9
2014	1 212,7	3,9	806,9	3,7	398,4	2,6	1 205,2	3,3	1 759,8	2,5	166,6	8,4	9,5
2015	1 260,8	4,0	836,6	3,7	417,0	4,7	1 253,7	4,0	1 804,0	2,5	173,5	4,2	9,6
2016	1 311,5	4,0	869,1	3,9	430,1	3,1	1 299,2	3,6	1 854,1	2,8	179,7	3,5	9,7
2017	1 370,3	4,5	905,9	4,2	444,1	3,2	1 349,9	3,9	1 924,8	3,8	189,8	5,6	9,9
2016 3.Vj.	323,3	3,9	218,6	3,6	108,8	4,2	327,4	3,8	461,8	2,2	37,7	2,0	8,2
4.Vj.	363,1	4,1	240,4	3,8	106,9	3,0	347,4	3,6	472,4	2,9	39,9	4,4	8,5
2017 1.Vj.	319,3	4,5	211,7	4,6	112,9	4,2	324,6	4,4	477,5	4,5	62,4	6,7	13,1
2.Vj.	333,9	4,5	215,9	4,0	109,9	3,7	325,8	3,9	479,9	3,7	44,8	2,9	9,3
3.Vj.	338,5	4,7	228,9	4,7	111,7	2,6	340,6	4,0	480,2	4,0	40,2	6,7	8,4
4.Vj.	378,6	4,3	249,3	3,7	109,6	2,4	358,9	3,3	487,2	3,1	42,3	6,0	8,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2018. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex ¹⁾								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer ³⁾	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen ²⁾			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2010	100,0		100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,4	2,7	104,4	2,6	104,7	2,8	104,7	2,9	106,2	2,7
2013	107,0	2,4	106,9	2,4	107,3	2,5	107,2	2,4	108,4	2,1
2014	110,1	2,9	109,9	2,8	110,1	2,7	110,1	2,7	111,4	2,8
2015	112,6	2,3	112,4	2,2	112,6	2,3	112,7	2,3	114,5	2,8
2016	114,9	2,1	114,7	2,1	115,0	2,1	115,2	2,2	117,3	2,4
2017	117,4	2,1	117,1	2,1	117,5	2,2	117,8	2,3	120,5	2,7
2016 3.Vj.	117,6	2,1	117,3	2,1	117,7	2,2	115,8	2,2	115,4	2,4
4.Vj.	128,0	2,2	127,8	2,2	128,2	2,2	116,1	2,3	128,4	2,5
2017 1.Vj.	109,1	2,6	108,8	2,5	109,1	2,5	116,8	2,5	113,7	2,8
2.Vj.	110,1	2,1	109,9	2,1	110,2	2,4	117,6	2,4	117,8	2,8
3.Vj.	120,0	2,1	119,7	2,0	120,1	2,0	118,3	2,1	118,7	2,9
4.Vj.	130,4	1,9	130,1	1,8	130,5	1,9	118,6	2,1	131,7	2,5
2017 Aug.	110,4	2,1	110,1	2,1	110,5	2,1	118,3	2,2	.	.
Sept.	110,5	2,1	110,2	2,1	110,6	2,1	118,4	2,1	.	.
Okt.	111,0	2,1	110,7	2,0	111,1	2,0	118,5	2,1	.	.
Nov.	167,8	1,6	167,4	1,6	168,0	1,6	118,7	2,2	.	.
Dez.	112,5	2,0	112,2	2,0	112,6	2,1	118,6	2,1	.	.
2018 Jan.	111,2	2,0	110,9	2,0	111,3	2,2	119,2	2,3	.	.
Febr.	111,3	2,1	111,0	2,1	111,3	2,0	119,2	2,0	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml., Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2018.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva								Passiva							
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:			Eigenkapital	Schulden						
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		Zahlungsmittel 1)	insgesamt	langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
												zu-	darunter Finanzschulden	zu-	darunter:	
Finanzschulden	Finanzschulden	Finanzschulden	Finanzschulden													
Insgesamt (Mrd €)																
2013	1 902,1	1 171,1	385,0	485,2	232,4	731,0	187,5	175,8	136,5	569,5	1 332,6	706,0	379,8	626,6	191,0	163,0
2014	2 078,8	1 284,1	431,0	520,3	249,6	794,7	203,1	187,3	132,4	582,9	1 495,9	812,0	426,8	683,9	207,2	175,8
2015	2 225,6	1 394,0	470,7	564,7	273,1	831,6	215,5	190,5	136,0	633,3	1 592,3	860,4	465,3	731,9	222,7	180,3
2016	2 370,4	1 479,3	493,0	594,9	289,7	891,1	226,8	218,0	151,9	675,5	1 694,8	888,5	481,9	806,3	249,0	192,8
2015 2.Hj.	2 225,6	1 394,0	470,7	564,7	273,1	831,6	215,5	190,5	136,0	633,3	1 592,3	860,4	465,3	731,9	222,7	180,3
2016 1.Hj.	2 255,6	1 380,4	462,4	549,3	272,0	875,2	226,6	195,1	140,4	607,1	1 648,5	894,8	464,6	753,7	243,8	174,9
2016 2.Hj.	2 370,4	1 479,3	493,0	594,9	289,7	891,1	226,8	218,0	151,9	675,5	1 694,8	888,5	481,9	806,3	249,0	192,8
2017 1.Hj. p)	2 387,4	1 472,0	501,7	582,8	289,4	915,4	238,2	220,7	151,8	705,0	1 682,4	886,8	497,2	795,6	246,2	194,9
in % der Bilanzsumme																
2013	100,0	61,6	20,2	25,5	12,2	38,4	9,9	9,2	7,2	29,9	70,1	37,1	20,0	32,9	10,0	8,6
2014	100,0	61,8	20,7	25,0	12,0	38,2	9,8	9,0	6,4	28,0	72,0	39,1	20,5	32,9	10,0	8,5
2015	100,0	62,6	21,2	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,5	38,7	20,9	32,9	10,0	8,1
2016	100,0	62,4	20,8	25,1	12,2	37,6	9,6	9,2	6,4	28,5	71,5	37,5	20,3	34,0	10,5	8,1
2015 2.Hj.	100,0	62,6	21,2	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,5	38,7	20,9	32,9	10,0	8,1
2016 1.Hj.	100,0	61,2	20,5	24,4	12,1	38,8	10,0	8,7	6,2	26,9	73,1	39,7	20,6	33,4	10,8	7,8
2016 2.Hj.	100,0	62,4	20,8	25,1	12,2	37,6	9,6	9,2	6,4	28,5	71,5	37,5	20,3	34,0	10,5	8,1
2017 1.Hj. p)	100,0	61,7	21,0	24,4	12,1	38,3	10,0	9,2	6,4	29,5	70,5	37,2	20,8	33,3	10,3	8,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)																
2013	1 523,6	908,2	257,2	384,6	215,6	615,4	171,2	136,1	104,1	450,9	1 072,6	560,4	282,8	512,2	170,2	114,9
2014	1 655,6	989,4	276,5	411,9	236,0	666,2	185,7	140,3	98,9	451,4	1 204,2	644,0	318,6	560,2	185,6	122,4
2015	1 781,1	1 076,8	304,0	446,3	259,0	704,3	198,8	147,0	104,3	485,0	1 296,1	689,4	353,1	606,7	198,3	127,5
2016	1 908,6	1 145,8	322,1	472,9	270,8	762,8	209,7	169,9	115,4	514,1	1 394,5	714,8	369,4	679,7	223,1	140,9
2015 2.Hj.	1 781,1	1 076,8	304,0	446,3	259,0	704,3	198,8	147,0	104,3	485,0	1 296,1	689,4	353,1	606,7	198,3	127,5
2016 1.Hj.	1 817,3	1 058,7	296,6	432,0	254,2	758,6	210,0	149,8	112,2	465,7	1 351,6	717,4	350,9	634,3	219,2	129,9
2016 2.Hj.	1 908,6	1 145,8	322,1	472,9	270,8	762,8	209,7	169,9	115,4	514,1	1 394,5	714,8	369,4	679,7	223,1	140,9
2017 1.Hj. p)	1 921,2	1 136,9	324,7	463,5	273,1	784,3	224,2	171,9	125,3	550,0	1 371,2	708,2	378,1	663,0	224,3	153,1
in % der Bilanzsumme																
2013	100,0	59,6	16,9	25,2	14,2	40,4	11,2	8,9	6,8	29,6	70,4	36,8	18,6	33,6	11,2	7,5
2014	100,0	59,8	16,7	24,9	14,3	40,2	11,2	8,5	6,0	27,3	72,7	38,9	19,2	33,8	11,2	7,4
2015	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,6	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,8	34,1	11,1	7,2
2016	100,0	60,0	16,9	24,8	14,2	40,0	11,0	8,9	6,1	26,9	73,1	37,5	19,4	35,6	11,7	7,4
2015 2.Hj.	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,6	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,8	34,1	11,1	7,2
2016 1.Hj.	100,0	58,3	16,3	23,8	14,0	41,7	11,6	8,3	6,2	25,6	74,4	39,5	19,3	34,9	12,1	7,2
2016 2.Hj.	100,0	60,0	16,9	24,8	14,2	40,0	11,0	8,9	6,1	26,9	73,1	37,5	19,4	35,6	11,7	7,4
2017 1.Hj. p)	100,0	59,2	16,9	24,1	14,2	40,8	11,7	9,0	6,5	28,6	71,4	36,9	19,7	34,5	11,7	8,0
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2013	378,5	262,9	127,8	100,6	16,8	115,6	16,3	39,7	32,3	118,6	260,0	145,6	97,0	114,3	20,8	48,1
2014	423,2	294,7	154,6	108,4	13,6	128,6	17,4	47,0	33,5	131,5	291,7	168,0	108,3	123,7	21,6	53,4
2015	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2016	461,8	333,5	170,9	122,0	18,9	128,3	17,1	48,1	36,5	161,4	300,4	173,7	112,6	126,6	26,0	51,9
2015 2.Hj.	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2016 1.Hj.	438,3	321,7	165,8	117,3	17,8	116,6	16,6	45,3	28,2	141,4	296,9	177,4	113,6	119,4	24,7	45,0
2016 2.Hj.	461,8	333,5	170,9	122,0	18,9	128,3	17,1	48,1	36,5	161,4	300,4	173,7	112,6	126,6	26,0	51,9
2017 1.Hj. p)	466,2	335,1	177,0	119,3	16,3	131,1	14,0	48,8	26,6	155,1	311,1	178,6	119,2	132,6	21,9	41,8
in % der Bilanzsumme																
2013	100,0	69,5	33,8	26,6	4,5	30,5	4,3	10,5	8,5	31,3	68,7	38,5	25,6	30,2	5,5	12,7
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	7,9	31,1	68,9	39,7	25,6	29,2	5,1	12,6
2015	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2016	100,0	72,2	37,0	26,4	4,1	27,8	3,7	10,4	7,9	35,0	65,0	37,6	24,4	27,4	5,6	11,2
2015 2.Hj.	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2016 1.Hj.	100,0	73,4	37,8	26,8	4,1	26,6	3,8	10,3	6,4	32,3	67,7	40,5	25,9	27,3	5,6	10,3
2016 2.Hj.	100,0	72,2	37,0	26,4	4,1	27,8	3,7	10,4	7,9	35,0	65,0	37,6	24,4	27,4	5,6	11,2
2017 1.Hj. p)	100,0	71,9	38,0	25,6	3,5	28,1	3,0	10,5	5,7	33,3	66,7	38,3	25,6	28,4	4,7	9,0

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- oder halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne

Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes								
					Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)							
	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)		%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)	%	1. Quartil		Median	3. Quartil	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)	%	1. Quartil	Median	3. Quartil
Insgesamt																		
2009	1 158,5	-10,7	135,6	-16,9	11,7	-0,9	3,9	9,4	15,7	55,9	-29,3	4,8	-1,3	-0,2	4,9	9,3		
2010	1 320,9	13,3	181,4	30,6	13,7	1,8	6,6	11,4	18,6	98,3	66,6	7,4	2,4	3,2	6,9	12,1		
2011	1 414,3	8,5	175,9	0,5	12,4	-1,0	5,5	11,0	17,4	93,8	-4,1	6,6	-0,9	2,7	6,6	12,0		
2012	1 532,9	6,6	188,8	3,2	12,3	-0,4	5,2	10,2	17,5	95,7	-7,7	6,2	-0,9	1,9	6,1	11,0		
2013	1 541,0	-0,6	187,1	-2,8	12,1	-0,3	5,1	10,3	18,3	99,5	5,5	6,5	0,4	1,9	5,9	10,9		
2014	1 565,6	1,0	198,7	4,9	12,7	0,5	5,7	10,3	17,2	109,3	8,5	7,0	0,5	1,9	6,1	11,1		
2015	1 635,3	6,9	196,1	-1,0	12,0	-1,0	6,1	10,6	17,8	91,6	-16,3	5,6	-1,5	1,7	6,6	11,3		
2016	1 626,0	-0,4	214,8	8,0	13,2	1,0	6,6	11,4	17,9	112,0	9,2	6,9	0,5	2,5	6,7	12,0		
2012 2.Hj.	782,1	5,2	95,4	2,6	12,2	-0,3	4,8	11,1	18,0	39,9	-19,2	5,1	-1,4	1,4	6,9	11,9		
2013 1.Hj.	762,7	-0,2	93,4	-3,6	12,2	-0,4	3,4	9,3	16,5	53,8	-7,6	7,1	-0,6	0,6	4,9	10,7		
2013 2.Hj.	780,0	-1,1	93,8	-2,0	12,0	-0,1	5,4	10,8	19,2	45,7	25,5	5,9	1,3	1,7	6,2	12,1		
2014 1.Hj.	757,2	-0,9	97,2	4,6	12,8	0,7	4,7	9,5	16,0	57,8	9,4	7,6	0,7	1,0	5,2	10,5		
2014 2.Hj.	808,7	2,9	101,5	5,2	12,6	0,3	5,4	10,8	19,1	51,5	7,6	6,4	0,3	1,7	7,1	12,0		
2015 1.Hj.	815,2	8,7	102,9	5,7	12,6	-0,4	4,8	10,2	17,6	59,1	1,3	7,2	-0,5	1,1	5,8	10,9		
2015 2.Hj.	831,3	5,1	93,5	-7,6	11,3	-1,5	6,3	11,5	18,1	32,7	-36,7	3,9	-2,5	2,3	7,1	11,7		
2016 1.Hj.	782,7	-1,9	111,8	6,3	14,3	1,1	5,9	10,4	17,7	65,6	2,9	8,4	0,4	1,6	6,4	11,3		
2016 2.Hj.	843,3	1,1	103,0	9,9	12,2	1,0	6,7	11,9	19,0	46,3	21,0	5,5	0,8	2,9	7,5	12,5		
2017 1.Hj. p)	844,9	7,1	125,8	14,3	14,9	0,9	5,7	10,1	17,2	78,6	29,2	9,3	1,6	1,8	5,8	11,6		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 5)																		
2009	837,7	-11,8	94,9	-20,6	11,3	-1,3	2,5	9,0	14,0	40,0	-32,6	4,8	-1,5	-1,4	4,3	8,8		
2010	980,7	15,8	136,2	38,7	13,9	2,3	6,6	11,4	16,3	75,7	72,4	7,7	2,6	3,0	7,3	12,0		
2011	1 079,0	10,6	130,0	-1,7	12,1	-1,5	5,5	11,3	16,4	74,1	-4,9	6,9	-1,1	2,1	6,8	11,5		
2012	1 173,8	7,7	140,8	5,3	12,0	-0,3	5,4	10,2	16,1	81,7	-2,2	7,0	-0,4	1,8	6,1	9,8		
2013	1 179,0	-0,8	138,7	-2,6	11,8	-0,2	4,4	10,3	15,5	74,5	-5,8	6,3	-0,3	1,3	5,7	10,0		
2014	1 197,3	1,0	147,9	5,8	12,4	0,6	5,1	9,6	15,3	82,0	9,3	6,9	0,5	1,4	5,9	10,2		
2015	1 282,4	7,0	143,9	-2,7	11,2	-1,1	6,1	10,4	15,5	65,1	-20,3	5,1	-1,8	1,8	6,5	10,0		
2016	1 267,1	-1,0	156,4	6,0	12,4	0,8	6,5	10,5	16,0	80,5	4,4	6,4	0,3	2,7	6,3	10,4		
2012 2.Hj.	593,9	6,1	67,5	5,3	11,4	-0,1	4,4	10,5	15,9	34,9	0,2	5,9	-0,3	0,6	6,2	10,2		
2013 1.Hj.	588,8	-0,1	71,7	-4,8	12,2	-0,6	3,1	9,3	15,0	43,1	-10,9	7,3	-0,9	0,6	5,3	9,7		
2013 2.Hj.	591,7	-1,4	67,1	-0,3	11,3	0,1	4,0	10,4	15,8	31,4	1,7	5,3	0,2	0,6	5,8	10,9		
2014 1.Hj.	584,4	-1,1	74,2	3,8	12,7	0,6	4,7	9,6	15,0	46,2	8,9	7,9	0,7	1,4	5,4	9,6		
2014 2.Hj.	613,1	3,0	73,7	7,8	12,0	0,5	4,4	9,8	15,8	35,8	9,8	5,8	0,4	0,7	6,3	10,7		
2015 1.Hj.	636,4	8,7	80,1	7,8	12,6	-0,1	5,1	10,0	15,4	48,7	4,8	7,7	-0,3	2,1	6,1	10,0		
2015 2.Hj.	646,6	5,3	63,8	-13,4	9,9	-2,1	5,3	11,1	15,5	16,4	-52,4	2,5	-3,3	1,8	6,9	10,3		
2016 1.Hj.	611,2	-2,6	83,9	1,3	13,7	0,5	6,6	10,5	15,7	50,7	-6,5	8,3	-0,3	2,8	6,4	9,9		
2016 2.Hj.	655,9	0,5	72,5	11,9	11,1	1,1	6,1	11,2	16,0	29,8	34,8	4,6	0,9	2,4	6,3	10,5		
2017 1.Hj. p)	678,6	7,4	98,4	18,4	14,5	1,4	5,9	9,9	16,0	63,9	36,9	9,4	2,0	2,2	5,8	10,5		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																		
2009	320,8	-7,4	40,7	-4,9	12,7	0,3	4,6	10,7	20,6	16,0	-16,5	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,6		
2010	340,2	5,8	45,1	9,0	13,3	0,4	6,0	11,2	19,7	22,6	47,0	6,7	1,8	3,4	6,0	12,8		
2011	335,3	1,7	45,9	7,6	13,7	0,8	6,0	10,4	20,7	19,7	-0,7	5,9	-0,1	3,2	6,2	13,8		
2012	359,1	2,8	48,0	-3,3	13,4	-0,8	5,1	10,1	23,0	14,0	-47,2	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,2		
2013	362,0	-0,1	48,4	-3,4	13,4	-0,5	5,2	10,5	21,6	25,0	84,4	6,9	3,0	2,4	5,9	12,5		
2014	368,3	1,1	50,8	2,2	13,8	0,1	6,0	12,7	22,6	27,3	5,7	7,4	0,3	2,9	6,5	13,7		
2015	352,9	6,4	52,2	4,8	14,8	-0,2	6,1	11,4	22,1	26,4	-1,6	7,5	-0,6	1,4	6,7	14,1		
2016	358,9	2,4	58,3	14,6	16,3	1,8	6,8	13,5	25,1	31,5	24,7	8,8	1,5	2,3	8,2	15,3		
2012 2.Hj.	188,3	2,3	27,9	-4,0	14,8	-1,0	5,3	11,4	24,2	5,1	-73,2	2,7	-5,2	3,2	7,7	15,3		
2013 1.Hj.	173,9	-0,5	21,7	1,1	12,5	0,2	3,9	8,1	19,2	10,7	12,8	6,2	0,7	0,9	4,6	12,8		
2013 2.Hj.	188,2	0,2	26,7	-6,7	14,2	-1,1	5,6	11,4	21,8	14,3	241,4	7,6	5,2	2,2	7,4	13,5		
2014 1.Hj.	172,9	-0,5	23,0	7,7	13,3	1,0	4,8	9,3	20,4	11,6	11,7	6,7	0,7	1,0	5,1	13,5		
2014 2.Hj.	195,6	2,5	27,8	-2,2	14,2	-0,7	6,4	13,5	23,8	15,7	1,5	8,1	-0,1	3,6	8,1	18,0		
2015 1.Hj.	178,9	8,4	22,8	-2,2	12,7	-1,5	4,4	10,9	21,5	10,3	-15,7	5,8	-1,6	-0,5	4,5	14,2		
2015 2.Hj.	184,7	4,6	29,7	10,8	16,1	0,9	7,0	12,1	23,5	16,3	9,3	8,8	0,4	2,5	7,7	15,0		
2016 1.Hj.	171,5	1,2	27,8	27,7	16,2	3,5	5,1	10,3	23,8	15,0	62,1	8,7	3,3	1,0	6,4	14,9		
2016 2.Hj.	187,5	3,6	30,5	4,6	16,3	0,2	7,4	13,5	24,3	16,5	2,7	8,8	-0,1	4,0	8,9	17,1		
2017 1.Hj. p)	166,3	5,8	27,5	0,3	16,5	-0,8	5,4	11,0	21,3	14,7	-0,1	8,8	-0,5	1,4	5,8	14,7		

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- oder halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der

Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlusstatisik S. 3. 4 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 5 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2015 ¹⁾	2016 ¹⁾	2017 ¹⁾	2017 ¹⁾					2018
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan. ¹⁾
A. Leistungsbilanz	+ 339 804	+ 388 042	+ 387 557	+ 63 439	+ 128 295	+ 133 213	+ 42 680	+ 50 244	+ 12 827
1. Warenhandel									
Ausfuhr	2 138 202	2 130 057	2 283 085	565 841	563 975	594 543	208 752	187 805	184 011
Einfuhr	1 779 019	1 754 756	1 937 775	476 796	470 857	495 317	172 229	155 595	174 595
Saldo	+ 359 184	+ 375 300	+ 345 310	+ 89 045	+ 93 118	+ 99 226	+ 36 523	+ 32 210	+ 9 416
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	771 662	784 711	847 793	208 334	225 109	223 223	69 554	80 670	66 259
Ausgaben	708 219	745 202	753 136	188 706	188 871	195 987	63 476	68 969	60 531
Saldo	+ 63 444	+ 39 509	+ 94 656	+ 19 628	+ 36 237	+ 27 235	+ 6 077	+ 11 701	+ 5 729
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	654 888	637 064	664 841	169 916	162 745	177 627	52 190	73 059	46 546
Ausgaben	598 912	524 924	573 098	179 510	130 711	138 488	40 975	56 640	37 394
Saldo	+ 55 975	+ 112 142	+ 91 743	- 9 594	+ 32 034	+ 39 139	+ 11 215	+ 16 419	+ 9 152
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	112 149	105 041	108 220	29 340	25 554	29 039	8 314	12 561	7 416
Ausgaben	250 950	243 952	252 374	64 980	58 647	61 428	19 451	22 647	18 886
Saldo	- 138 799	- 138 910	- 144 153	- 35 640	- 33 094	- 32 388	- 11 136	- 10 086	- 11 470
B. Vermögensänderungsbilanz	- 11 548	+ 1 035	- 20 096	- 11 005	- 1 240	+ 2 361	+ 470	+ 1 255	+ 1 043
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 267 248	+ 347 103	+ 429 146	+ 76 884	+ 126 863	+ 178 995	+ 42 381	+ 88 817	+ 9 391
1. Direktinvestitionen	+ 248 833	+ 169 006	+ 50 839	+ 16 923	- 6 769	+ 50 833	+ 5 081	+ 13 583	+ 27 063
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+1 075 532	+ 425 381	+ 135 522	+ 32 419	- 153 105	+ 74 415	+ 12 688	- 12 775	+ 34 759
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 826 697	+ 256 376	+ 84 686	+ 15 496	- 146 335	+ 23 583	+ 7 607	- 26 357	+ 7 696
2. Wertpapieranlagen	+ 71 869	+ 499 308	+ 328 193	+ 21 443	+ 134 426	+ 75 223	+ 8 434	+ 13 028	+ 14 754
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 386 724	+ 394 649	+ 638 227	+ 171 964	+ 188 234	+ 102 270	+ 62 052	+ 9 710	+ 87 484
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 11 280	+ 21 350	+ 176 556	+ 57 596	+ 57 759	+ 37 279	+ 19 681	- 10 736	+ 51 186
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 367 161	+ 365 565	+ 396 703	+ 127 353	+ 112 099	+ 55 236	+ 49 943	- 2 188	+ 40 212
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 8 281	+ 7 735	+ 64 968	- 12 985	+ 18 375	+ 9 755	- 7 572	+ 22 634	- 3 915
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 314 853	- 104 655	+ 310 035	+ 150 522	+ 53 807	+ 27 047	+ 53 618	- 3 318	+ 72 730
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 207 409	+ 98 539	+ 476 418	+ 171 052	+ 101 989	+ 129 642	+ 26 718	+ 53 551	+ 13 990
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 141 691	- 258 262	- 164 362	- 21 965	- 48 190	- 53 283	+ 23 708	- 33 899	+ 41 216
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 34 248	+ 55 067	- 2 023	+ 1 433	+ 7	- 49 311	+ 3 192	- 22 970	+ 17 524
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 87 029	+ 17 694	+ 18 573	- 548	- 10 321	+ 5 987	+ 2 565	+ 3 099	+ 348
4. Übriger Kapitalverkehr	- 151 157	- 354 604	+ 32 859	+ 40 513	+ 8 983	+ 45 086	+ 20 120	+ 60 730	- 35 045
Eurosysteem	- 25 393	- 151 292	- 172 184	- 8 922	- 10 057	- 123 423	+ 3 510	- 159 993	+ 106 709
Staat	+ 18 920	+ 9 063	+ 17 312	- 4 219	- 4 400	+ 23 745	+ 2 627	+ 21 368	+ 4 088
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 123 682	- 149 026	+ 124 452	+ 19 829	+ 20 687	+ 107 027	+ 1 587	+ 189 472	- 134 095
Unternehmen und Privatpersonen	- 21 004	- 63 350	+ 63 276	+ 33 825	+ 2 753	+ 37 737	+ 12 396	+ 9 883	- 11 746
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 10 671	+ 15 700	- 1 315	- 1 445	+ 544	+ 1 866	+ 6 182	- 1 624	+ 2 270
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 61 007	- 41 975	+ 61 685	+ 24 450	- 192	+ 43 421	- 769	+ 37 318	- 4 479

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)		
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)							
2003	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292
2004	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748
2005	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960
2006	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511
2007	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130
2008	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088
2009	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683
2010	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351
2011	+ 165 078	+ 163 426	- 8 900	- 31 574	+ 68 235	- 35 010	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 44 639
2012	+ 193 590	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 64 858	- 38 894	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 41 759
2013	+ 190 092	+ 212 662	- 3 663	- 41 376	+ 62 444	- 43 639	- 563	+ 225 360	+ 838	+ 35 831
2014	+ 218 959	+ 228 185	- 5 741	- 24 491	+ 56 549	- 41 283	+ 2 936	+ 240 116	- 2 564	+ 18 221
2015	+ 271 394	+ 261 135	- 2 565	- 16 918	+ 67 222	- 40 044	+ 534	+ 239 418	- 2 213	- 32 511
2016	+ 268 811	+ 267 999	- 1 845	- 19 948	+ 60 639	- 39 879	+ 3 468	+ 257 693	+ 1 686	- 14 586
2017	+ 262 556	+ 265 442	+ 1 256	- 16 123	+ 67 357	- 54 120	- 254	+ 275 748	- 1 269	+ 13 446
2015 1.Vj.	+ 61 139	+ 60 343	- 1 419	- 1 734	+ 19 668	- 17 138	+ 353	+ 31 118	- 21	- 30 375
2.Vj.	+ 60 960	+ 68 693	- 1 742	- 2 547	+ 825	- 6 011	+ 1 407	+ 70 734	- 465	+ 8 366
3.Vj.	+ 71 126	+ 67 467	+ 1 030	- 10 243	+ 20 490	- 6 587	+ 778	+ 68 865	- 1 455	- 3 039
4.Vj.	+ 78 169	+ 64 632	- 435	- 2 394	+ 26 238	- 10 307	- 2 004	+ 68 701	- 272	- 7 464
2016 1.Vj.	+ 66 588	+ 63 353	+ 566	- 3 043	+ 19 599	- 13 320	- 205	+ 40 617	+ 1 228	- 25 766
2.Vj.	+ 69 819	+ 76 770	- 54	- 3 707	+ 125	- 3 370	+ 1 009	+ 62 621	+ 761	- 8 207
3.Vj.	+ 61 051	+ 66 795	- 346	- 11 309	+ 16 175	- 10 610	+ 307	+ 59 558	- 261	- 1 801
4.Vj.	+ 71 353	+ 61 082	- 2 012	- 1 889	+ 24 740	- 12 579	+ 2 356	+ 94 897	- 43	+ 21 188
2017 1.Vj.	+ 67 955	+ 65 985	+ 2 402	- 2 545	+ 21 296	- 16 781	+ 616	+ 67 316	- 360	- 1 255
2.Vj.	+ 55 068	+ 67 141	- 187	- 3 290	+ 3 058	- 11 841	- 727	+ 72 061	+ 385	+ 17 721
3.Vj.	+ 64 202	+ 68 051	- 113	- 10 737	+ 17 922	- 11 035	+ 904	+ 54 979	+ 152	- 10 126
4.Vj.	+ 75 332	+ 64 265	- 846	+ 448	+ 25 082	- 14 463	- 1 047	+ 81 392	- 1 446	+ 7 106
2015 Sept.	+ 27 883	+ 25 460	+ 1 234	- 2 801	+ 6 781	- 1 557	+ 233	+ 24 264	- 105	- 3 851
Okt.	+ 23 432	+ 23 888	+ 154	- 4 576	+ 7 177	- 3 058	- 57	+ 23 304	+ 154	- 71
Nov.	+ 26 547	+ 22 480	- 11	- 555	+ 7 448	- 2 826	+ 214	+ 22 559	- 548	- 4 203
Dez.	+ 28 190	+ 18 264	- 578	+ 2 736	+ 11 613	- 4 423	- 2 161	+ 22 839	+ 123	- 3 190
2016 Jan.	+ 15 865	+ 14 208	+ 71	- 1 413	+ 5 307	- 2 238	- 19	- 1 987	- 186	- 17 833
Febr.	+ 20 854	+ 21 911	+ 619	- 84	+ 6 519	- 7 491	+ 545	+ 21 103	+ 1 478	- 296
März	+ 29 869	+ 27 234	- 124	- 1 546	+ 7 772	- 3 591	- 731	+ 21 501	- 64	- 7 638
April	+ 28 952	+ 27 797	- 179	- 661	+ 3 533	- 1 718	+ 1 303	+ 26 217	+ 696	- 4 039
Mai	+ 17 745	+ 23 050	+ 409	- 838	- 3 921	- 546	+ 277	+ 14 290	+ 776	- 3 733
Juni	+ 23 122	+ 25 923	- 284	- 2 209	+ 513	- 1 106	- 571	+ 22 115	- 711	- 435
Juli	+ 18 927	+ 20 453	+ 413	- 3 461	+ 5 372	- 3 437	- 103	+ 17 363	+ 342	- 1 460
Aug.	+ 17 632	+ 20 933	- 435	- 4 807	+ 6 016	- 4 510	- 101	+ 17 217	+ 93	- 314
Sept.	+ 24 492	+ 25 409	- 324	- 3 042	+ 4 788	- 2 662	+ 511	+ 24 977	- 695	- 26
Okt.	+ 19 777	+ 20 598	+ 294	- 3 425	+ 6 117	- 3 513	- 117	+ 28 457	- 145	+ 8 797
Nov.	+ 25 394	+ 23 647	- 347	- 255	+ 6 949	- 4 948	- 69	+ 22 295	+ 140	- 3 031
Dez.	+ 26 182	+ 16 837	- 1 959	+ 1 790	+ 11 675	- 4 119	+ 2 541	+ 44 145	- 38	+ 15 422
2017 Jan.	+ 11 873	+ 15 705	+ 171	- 989	+ 6 851	- 9 693	- 145	+ 7 119	- 124	- 4 610
Febr.	+ 23 363	+ 22 275	+ 1 022	- 559	+ 6 280	- 4 634	+ 291	+ 14 387	- 216	- 9 267
März	+ 32 718	+ 28 004	+ 1 209	- 997	+ 8 165	- 2 453	+ 470	+ 45 810	- 21	+ 12 621
April	+ 16 680	+ 19 682	+ 21	- 518	+ 5 852	- 8 336	- 321	+ 21 216	- 2	+ 4 858
Mai	+ 15 378	+ 22 995	- 968	- 1 449	- 5 295	- 872	+ 85	+ 11 773	- 47	- 3 690
Juni	+ 23 010	+ 24 464	+ 760	- 1 323	+ 2 501	- 2 632	- 491	+ 39 072	+ 434	+ 16 553
Juli	+ 19 191	+ 21 046	+ 679	- 3 594	+ 6 159	- 4 420	+ 525	+ 14 479	+ 463	- 5 237
Aug.	+ 18 476	+ 21 530	- 765	- 4 736	+ 5 158	- 3 476	+ 174	+ 8 062	- 912	- 10 588
Sept.	+ 26 535	+ 25 475	- 27	- 2 407	+ 6 605	- 3 139	+ 204	+ 32 438	+ 602	+ 5 699
Okt.	+ 19 639	+ 20 765	+ 393	- 3 429	+ 6 527	- 4 224	- 206	+ 14 393	+ 1 176	- 5 040
Nov.	+ 26 880	+ 25 047	- 587	+ 225	+ 6 868	- 5 260	- 536	+ 28 218	- 270	+ 1 875
Dez.	+ 28 814	+ 18 453	- 652	+ 3 652	+ 11 687	- 4 979	- 305	+ 38 781	- 2 353	+ 10 272
2018 Jan.	+ 20 332	+ 18 332	- 1 171	- 549	+ 7 601	- 5 052	+ 489	+ 26 034	- 121	+ 5 212
Febr. p)	+ 20 723	+ 19 808	- 676	+ 652	+ 5 657	- 5 394	+ 17	+ 18 328	+ 583	- 2 412

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2015	2016	2017	2017				2018	
					September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 193 555	1 203 833	1 278 995	110 295	108 006	116 330	100 598	107 112	104 726
	Einfuhr	949 245	954 917	1 034 469	86 369	89 196	92 774	82 479	89 807	86 282
	Saldo	+ 244 310	+ 248 916	+ 244 526	+ 23 927	+ 18 810	+ 23 556	+ 18 119	+ 17 305	+ 18 444
I. Europäische Länder	Ausfuhr	803 425	818 644	872 478	75 534	74 972	79 296	66 546	74 734	...
	Einfuhr	653 782	657 753	707 970	59 118	61 486	63 959	56 864	60 077	...
	Saldo	+ 149 643	+ 160 891	+ 164 508	+ 16 416	+ 13 486	+ 15 337	+ 9 681	+ 14 657	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	692 493	705 548	749 695	64 942	64 551	67 871	57 805	64 906	...
	Einfuhr	543 334	551 344	590 648	49 767	51 682	53 382	47 229	49 719	...
	Saldo	+ 149 159	+ 154 204	+ 159 048	+ 15 176	+ 12 869	+ 14 488	+ 10 576	+ 15 188	...
Euroraum (19)	Ausfuhr	434 075	441 092	471 781	40 835	40 523	43 023	37 036	41 142	...
	Einfuhr	356 643	358 848	381 648	31 592	33 338	34 150	30 826	32 198	...
	Saldo	+ 77 432	+ 82 244	+ 90 132	+ 9 243	+ 7 185	+ 8 874	+ 6 210	+ 8 944	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	46 196	46 931	50 050	4 151	4 127	4 454	3 861	4 235	...
	Einfuhr	40 116	40 960	44 144	3 583	3 665	3 885	3 334	4 244	...
	Saldo	+ 6 079	+ 5 971	+ 5 906	+ 568	+ 462	+ 569	+ 526	- 9	...
Frankreich	Ausfuhr	102 762	101 106	105 293	9 111	8 961	9 667	7 936	9 257	...
	Einfuhr	66 819	65 651	64 132	5 173	5 950	5 698	4 929	5 113	...
	Saldo	+ 35 943	+ 35 454	+ 41 162	+ 3 938	+ 3 011	+ 3 968	+ 3 006	+ 4 144	...
Italien	Ausfuhr	57 987	61 265	65 518	5 852	5 664	6 071	5 073	5 805	...
	Einfuhr	49 038	51 737	55 852	4 617	4 956	4 967	4 609	4 662	...
	Saldo	+ 8 949	+ 9 528	+ 9 665	+ 1 235	+ 709	+ 1 103	+ 464	+ 1 142	...
Niederlande	Ausfuhr	79 191	78 433	85 823	7 164	7 470	7 575	7 437	7 577	...
	Einfuhr	87 889	83 142	91 262	7 318	7 869	8 220	7 917	8 029	...
	Saldo	- 8 697	- 4 709	- 5 439	- 154	- 399	- 645	- 480	- 452	...
Österreich	Ausfuhr	58 217	59 778	62 843	5 582	5 498	5 804	4 814	5 214	...
	Einfuhr	37 250	38 543	41 186	3 677	3 563	3 697	3 190	3 379	...
	Saldo	+ 20 967	+ 21 235	+ 21 657	+ 1 905	+ 1 935	+ 2 107	+ 1 624	+ 1 835	...
Spanien	Ausfuhr	38 715	40 497	43 042	3 732	3 631	4 002	3 177	3 817	...
	Einfuhr	26 442	27 870	31 640	2 677	2 656	2 889	2 535	2 652	...
	Saldo	+ 12 273	+ 12 627	+ 11 402	+ 1 055	+ 975	+ 1 113	+ 642	+ 1 165	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	258 417	264 456	277 915	24 107	24 028	24 847	20 769	23 764	...
	Einfuhr	186 691	192 496	208 999	18 174	18 344	19 233	16 403	17 520	...
	Saldo	+ 71 727	+ 71 960	+ 68 916	+ 5 933	+ 5 684	+ 5 615	+ 4 366	+ 6 244	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	89 018	85 939	84 343	7 275	6 995	7 318	5 909	7 147	...
	Einfuhr	38 414	35 654	37 093	3 091	3 246	3 261	2 866	2 968	...
	Saldo	+ 50 604	+ 50 285	+ 47 249	+ 4 184	+ 3 749	+ 4 056	+ 3 043	+ 4 179	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	110 932	113 096	122 782	10 592	10 421	11 425	8 741	9 828	...
	Einfuhr	110 448	106 409	117 322	9 351	9 804	10 577	9 636	10 359	...
	Saldo	+ 484	+ 6 687	+ 5 460	+ 1 241	+ 617	+ 848	- 895	- 531	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	49 070	50 161	54 006	4 523	4 565	4 960	3 744	4 549	...
	Einfuhr	42 089	43 896	45 740	3 690	3 554	4 192	3 380	3 659	...
	Saldo	+ 6 981	+ 6 265	+ 8 267	+ 833	+ 1 010	+ 769	+ 364	+ 890	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	387 398	382 486	403 436	34 494	32 763	36 832	33 829	32 137	...
	Einfuhr	295 461	297 164	326 439	27 251	27 709	28 755	25 615	29 556	...
	Saldo	+ 91 936	+ 85 322	+ 76 997	+ 7 243	+ 5 054	+ 8 078	+ 8 214	+ 2 581	...
1. Afrika	Ausfuhr	23 897	24 434	25 561	1 935	2 179	1 890	1 780	1 712	...
	Einfuhr	18 307	16 675	20 378	1 658	1 732	1 798	1 697	1 713	...
	Saldo	+ 5 590	+ 7 759	+ 5 183	+ 277	+ 447	+ 92	+ 83	- 1	...
2. Amerika	Ausfuhr	156 982	147 542	154 364	12 761	12 640	14 127	12 555	12 092	...
	Einfuhr	85 582	83 499	89 339	7 095	7 473	8 003	7 076	7 371	...
	Saldo	+ 71 400	+ 64 043	+ 65 025	+ 5 666	+ 5 167	+ 6 124	+ 5 478	+ 4 720	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	113 733	106 822	111 530	9 111	9 173	10 359	9 045	8 585	...
	Einfuhr	60 217	57 968	61 069	4 893	5 108	5 383	4 774	5 139	...
	Saldo	+ 53 516	+ 48 855	+ 50 461	+ 4 218	+ 4 064	+ 4 976	+ 4 271	+ 3 446	...
3. Asien	Ausfuhr	196 297	200 158	212 220	18 789	17 001	19 771	18 496	17 122	...
	Einfuhr	188 621	193 979	212 871	18 197	18 252	18 679	16 626	20 188	...
	Saldo	+ 7 676	+ 6 179	- 651	+ 593	- 1 251	+ 1 092	+ 1 870	- 3 066	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	39 518	36 659	33 170	3 267	2 500	3 188	2 792	2 082	...
	Einfuhr	7 330	6 581	6 943	625	488	679	515	609	...
	Saldo	+ 32 188	+ 30 079	+ 26 227	+ 2 642	+ 2 012	+ 2 509	+ 2 278	+ 1 473	...
Japan	Ausfuhr	16 968	18 307	19 531	1 764	1 558	1 652	1 605	1 608	...
	Einfuhr	20 180	21 922	22 890	1 964	1 887	1 960	1 704	2 084	...
	Saldo	- 3 213	- 3 615	- 3 359	- 199	- 329	- 309	- 99	- 477	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	71 284	76 046	86 198	7 186	7 032	8 079	7 739	7 330	...
	Einfuhr	91 930	94 172	100 526	8 599	8 812	9 475	8 145	10 054	...
	Saldo	- 20 646	- 18 126	- 14 328	- 1 413	- 1 780	- 1 396	- 406	- 2 724	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	51 510	51 921	53 450	5 153	4 438	4 720	4 327	4 585	...
	Einfuhr	42 478	42 966	50 850	4 259	4 485	3 902	3 867	4 457	...
	Saldo	+ 9 032	+ 8 955	+ 2 600	+ 894	- 47	+ 818	+ 460	+ 128	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	10 221	10 352	11 291	1 010	943	1 044	999	1 211	...
	Einfuhr	2 951	3 011	3 852	301	252	274	216	284	...
	Saldo	+ 7 271	+ 7 341	+ 7 439	+ 708	+ 691	+ 770	+ 782	+ 927	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional

nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen 1)								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 4)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)			
2013	- 41 376	- 9 881	- 37 713	+ 8 056	+ 3 656	- 870	- 5 518	+ 3 073	+ 541	+ 60 681	+ 1 223
2014	- 24 491	- 6 902	- 37 653	+ 7 002	+ 3 549	+ 2 666	- 702	+ 2 971	+ 1 184	+ 54 473	+ 891
2015	- 16 918	- 5 258	- 36 595	+ 9 583	+ 4 831	+ 4 052	- 2 483	+ 3 160	+ 1 521	+ 66 048	- 347
2016	- 19 948	- 6 185	- 38 247	+ 9 856	+ 6 203	+ 3 224	- 3 004	+ 3 094	+ 750	+ 60 943	- 1 054
2017	- 16 123	- 4 047	- 38 832	+ 10 683	+ 6 494	+ 3 252	- 1 686	+ 2 092	- 36	+ 68 622	- 1 229
2016 2.Vj.	- 3 707	- 1 116	- 8 631	+ 2 343	+ 1 110	+ 1 235	- 694	+ 827	+ 70	+ 2 350	- 2 294
3.Vj.	- 11 309	- 1 449	- 15 946	+ 2 038	+ 1 554	+ 523	- 25	+ 828	- 469	+ 17 826	- 1 182
4.Vj.	- 1 889	- 1 888	- 7 385	+ 3 241	+ 2 366	+ 1 236	- 1 605	+ 596	+ 307	+ 21 418	+ 3 015
2017 1.Vj.	- 2 545	- 1 257	- 5 956	+ 2 207	+ 1 029	+ 377	- 855	+ 551	+ 589	+ 21 868	- 1 162
2.Vj.	- 3 290	- 407	- 9 179	+ 2 655	+ 1 538	+ 893	- 608	+ 625	- 203	+ 5 303	- 2 042
3.Vj.	- 10 737	- 1 134	- 16 110	+ 2 746	+ 1 433	+ 512	+ 54	+ 545	- 620	+ 19 690	- 1 148
4.Vj.	+ 448	- 1 249	- 7 587	+ 3 076	+ 2 494	+ 1 470	- 277	+ 370	+ 197	+ 21 761	+ 3 123
2017 April	- 518	- 109	- 1 760	+ 908	+ 690	- 390	- 388	+ 248	- 77	+ 6 373	- 444
Mai	- 1 449	- 144	- 3 049	+ 958	+ 261	+ 225	- 393	+ 238	- 67	- 3 572	- 1 657
Juni	- 1 323	- 154	- 4 371	+ 789	+ 587	+ 1 058	+ 172	+ 139	- 59	+ 2 501	+ 58
Juli	- 3 594	- 214	- 4 879	+ 892	+ 730	- 106	- 576	+ 172	- 219	+ 6 747	- 369
Aug.	- 4 736	- 473	- 6 429	+ 1 193	+ 435	+ 70	- 224	+ 244	- 203	+ 5 773	- 412
Sept.	- 2 407	- 447	- 4 801	+ 661	+ 268	+ 548	+ 853	+ 129	- 199	+ 7 170	- 366
Okt.	- 3 429	- 453	- 5 365	+ 775	+ 1 240	- 5	- 272	+ 231	+ 52	+ 6 979	- 504
Nov.	+ 225	- 400	- 1 641	+ 1 353	+ 586	+ 162	- 367	+ 174	+ 57	+ 7 151	- 340
Dez.	+ 3 652	- 396	- 582	+ 948	+ 668	+ 1 312	+ 362	+ 35	+ 88	+ 7 632	+ 3 968
2018 Jan.	+ 549	- 301	- 1 649	+ 842	+ 161	- 365	- 48	+ 191	+ 188	+ 7 806	- 393
Febr. p)	+ 652	- 195	- 1 577	+ 681	+ 736	+ 665	- 218	+ 211	+ 209	+ 5 684	- 236

1 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht

unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 4 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Persönliche Über-tragungen 3)	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusamen-arbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Heimat-überweisungen			
2013	- 43 639	- 28 923	- 4 733	+ 6 174	- 14 715	- 3 250	- 3 229	- 563	+ 1 105	- 1 668
2014	- 41 283	- 28 146	- 6 419	+ 8 105	- 13 137	- 3 477	- 3 451	+ 2 936	+ 2 841	+ 95
2015	- 40 044	- 23 965	- 6 805	+ 10 638	- 16 079	- 3 540	- 3 523	+ 534	+ 2 366	- 1 832
2016	- 39 879	- 24 870	- 11 523	+ 10 994	- 15 009	- 4 214	- 4 196	+ 3 468	+ 3 372	+ 96
2017	- 54 120	- 23 689	- 11 496	+ 10 584	- 30 431	- 4 632	- 4 613	- 254	+ 3 021	- 3 275
2016 2.Vj.	- 3 370	+ 296	- 2 070	+ 6 570	- 3 666	- 1 053	- 1 049	+ 1 009	+ 2 216	- 1 206
3.Vj.	- 10 610	- 6 813	- 2 583	+ 1 782	- 3 797	- 1 053	- 1 049	+ 307	+ 887	- 579
4.Vj.	- 12 579	- 8 362	- 3 186	+ 1 325	- 4 217	- 1 055	- 1 049	+ 2 356	+ 791	+ 1 565
2017 1.Vj.	- 16 781	- 7 604	- 2 995	+ 1 796	- 9 176	- 1 158	- 1 153	+ 616	+ 734	- 118
2.Vj.	- 11 841	- 1 706	- 1 500	+ 6 239	- 10 135	- 1 159	- 1 153	- 727	+ 384	- 1 111
3.Vj.	- 11 035	- 5 432	- 1 557	+ 1 755	- 5 603	- 1 157	- 1 153	+ 904	+ 1 531	- 627
4.Vj.	- 14 463	- 8 946	- 5 444	+ 794	- 5 517	- 1 159	- 1 153	- 1 047	+ 372	- 1 419
2017 April	- 8 336	- 1 796	- 423	+ 824	- 6 540	- 385	- 384	- 321	- 68	- 253
Mai	- 872	+ 895	- 199	+ 3 236	- 1 768	- 387	- 384	+ 85	+ 202	- 117
Juni	- 2 632	- 805	- 878	+ 2 178	- 1 827	- 387	- 384	- 491	+ 250	- 741
Juli	- 4 420	- 2 562	- 933	+ 492	- 1 859	- 386	- 384	+ 525	+ 703	- 178
Aug.	- 3 476	- 1 441	- 395	+ 465	- 2 035	- 386	- 384	+ 174	+ 334	- 160
Sept.	- 3 139	- 1 430	- 229	+ 799	- 1 709	- 386	- 384	+ 204	+ 494	- 290
Okt.	- 4 224	- 2 939	- 1 036	+ 108	- 1 285	- 387	- 384	- 206	- 6	- 200
Nov.	- 5 260	- 2 807	- 1 685	+ 70	- 2 453	- 386	- 384	- 536	+ 78	- 614
Dez.	- 4 979	- 3 201	- 2 723	+ 615	- 1 778	- 386	- 384	- 305	+ 300	- 605
2018 Jan.	- 5 052	- 3 518	- 1 332	+ 230	- 1 534	- 430	- 429	+ 489	+ 118	+ 371
Febr. p)	- 5 394	- 3 679	- 558	+ 814	- 1 715	- 429	- 429	+ 17	- 267	+ 284

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
2013	- 563	+ 1 105	- 1 668
2014	+ 2 936	+ 2 841	+ 95
2015	+ 534	+ 2 366	- 1 832
2016	+ 3 468	+ 3 372	+ 96
2017	- 254	+ 3 021	- 3 275
2016 2.Vj.	+ 1 009	+ 2 216	- 1 206
3.Vj.	+ 307	+ 887	- 579
4.Vj.	+ 2 356	+ 791	+ 1 565
2017 1.Vj.	+ 616	+ 734	- 118
2.Vj.	- 727	+ 384	- 1 111
3.Vj.	+ 904	+ 1 531	- 627
4.Vj.	- 1 047	+ 372	- 1 419
2017 April	- 321	- 68	- 253
Mai	+ 85	+ 202	- 117
Juni	- 491	+ 250	- 741
Juli	+ 525	+ 703	- 178
Aug.	+ 174	+ 334	- 160
Sept.	+ 204	+ 494	- 290
Okt.	- 206	- 6	- 200
Nov.	- 536	+ 78	- 614
Dez.	- 305	+ 300	- 605
2018 Jan.	+ 489	+ 118	+ 371
Febr. p)	+ 17	- 267	+ 284

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2015	2016	2017	2017				2018	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr. ^{¶)}
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 270 235	+ 397 043	+ 358 805	+ 41 375	+ 56 779	+ 32 754	+ 24 917	+ 65 665	+ 64 263
1. Direktinvestitionen	+ 116 141	+ 82 985	+ 111 797	+ 19 250	+ 20 572	+ 27 372	+ 7 973	+ 7 791	+ 13 582
Beteiligungskapital	+ 75 292	+ 70 623	+ 71 205	+ 13 586	+ 16 953	+ 22 786	+ 10 668	+ 8 372	+ 16 384
darunter:									
Reinvestierte Gewinne ¹⁾	+ 16 804	+ 10 867	+ 23 779	+ 6 006	+ 8 291	+ 3 009	- 3 673	+ 2 748	+ 5 111
Direktinvestitionskredite	+ 40 849	+ 12 362	+ 40 592	+ 5 664	+ 3 620	+ 4 585	- 2 695	- 581	- 2 802
2. Wertpapieranlagen	+ 124 062	+ 98 236	+ 105 157	+ 20 014	+ 30 407	+ 23 329	+ 7 106	+ 33 149	+ 2 923
Aktien ²⁾	+ 19 692	+ 17 254	+ 14 042	- 2 388	+ 5 116	+ 5 695	+ 3 124	+ 6 247	+ 3 937
Investmentsfondanteile ³⁾	+ 35 750	+ 36 142	+ 47 747	+ 4 699	+ 10 718	+ 14 687	+ 5 528	+ 9 771	- 1 408
Langfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 74 342	+ 51 037	+ 47 101	+ 19 249	+ 15 231	+ 7 636	+ 1 577	+ 14 594	+ 1 537
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	- 5 723	- 6 196	- 3 733	- 1 546	- 658	- 4 689	- 3 123	+ 2 537	- 1 143
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen ⁶⁾	+ 26 026	+ 32 535	+ 8 937	+ 2 623	+ 2 064	+ 4 038	+ 118	- 450	+ 2 386
4. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	+ 6 219	+ 181 602	+ 134 183	- 897	+ 3 584	- 20 539	+ 12 072	+ 25 295	+ 44 789
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾									
langfristig	- 90 288	+ 18 627	- 21 008	- 26 653	- 16 029	- 50 588	- 30 091	+ 42 030	+ 12 458
kurzfristig	- 2 804	+ 44 980	+ 19 619	+ 2 603	- 1 400	+ 5 438	+ 6 610	- 1 342	+ 241
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾									
langfristig	- 14 618	- 6 248	+ 3 708	- 3 300	+ 3 174	- 267	- 10 580	+ 7 876	+ 3 689
kurzfristig	+ 19 127	+ 1 725	- 3 372	- 1 022	- 818	- 1 290	- 830	+ 567	+ 219
Staat									
langfristig	- 33 744	- 7 974	+ 7 080	- 2 277	+ 3 991	+ 1 023	- 9 750	+ 7 308	+ 3 470
kurzfristig	- 12 239	- 1 268	- 5 154	- 2 365	- 2 690	+ 991	- 1 034	+ 2 629	- 3 108
Bundesbank	- 7 591	- 7 595	- 3 730	- 1 040	- 425	- 489	- 342	+ 112	- 23
Bundeszins	- 4 648	+ 6 327	- 1 424	- 1 325	- 2 265	+ 1 480	- 692	+ 2 517	- 3 085
Bundeszins	+ 123 364	+ 170 491	+ 156 637	+ 31 420	+ 19 129	+ 29 324	+ 53 777	- 27 240	+ 31 750
5. Währungsreserven	- 2 213	+ 1 686	- 1 269	+ 385	+ 152	- 1 446	- 2 353	- 121	+ 583
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 30 817	+ 139 350	+ 83 057	- 30 686	+ 1 799	- 48 638	- 13 865	+ 39 631	+ 45 935
1. Direktinvestitionen	+ 48 606	+ 51 816	+ 69 548	+ 6 752	+ 21 377	+ 12 040	- 2 776	+ 3 592	+ 9 115
Beteiligungskapital	+ 10 567	+ 11 894	+ 24 077	+ 1 362	+ 6 047	+ 10 118	+ 4 509	+ 53	+ 1 822
darunter:									
Reinvestierte Gewinne ¹⁾	- 1 524	+ 3 935	+ 9 216	+ 574	+ 3 331	+ 2 107	- 145	+ 346	+ 1 561
Direktinvestitionskredite	+ 38 039	+ 39 921	+ 45 471	+ 5 390	+ 15 330	+ 1 922	- 7 285	+ 3 539	+ 7 293
2. Wertpapieranlagen	- 68 808	- 108 471	- 95 045	- 140	- 28 130	- 46 598	- 25 813	- 5 574	+ 3 466
Aktien ²⁾	+ 10 605	+ 342	- 1 126	+ 108	- 2 311	- 821	- 2 671	- 1 550	- 369
Investmentsfondanteile ³⁾	+ 7 357	- 6 919	- 3 441	- 1 308	+ 656	- 2 894	+ 844	+ 883	- 8
Langfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	- 96 048	- 97 281	- 70 559	+ 3 057	- 21 125	- 40 436	- 23 105	+ 11 325	- 3 819
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 9 278	- 4 613	- 19 919	- 1 997	- 5 349	- 2 447	- 880	- 16 233	+ 7 662
3. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	+ 51 019	+ 196 006	+ 108 554	- 37 298	+ 8 552	- 14 080	+ 14 724	+ 41 613	+ 33 354
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾									
langfristig	- 41 165	+ 86 742	+ 17 476	- 19 099	- 3 551	- 67 367	- 75 626	+ 92 805	+ 4 080
kurzfristig	- 19 535	+ 5 774	+ 7 541	+ 180	- 1 325	+ 5 550	+ 3 387	- 1 827	- 2 848
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾									
langfristig	- 21 630	+ 80 968	+ 9 935	- 19 279	- 2 226	- 72 917	- 79 013	+ 94 632	+ 6 929
kurzfristig	+ 18 920	+ 3 716	+ 17 557	- 17 944	+ 6 933	+ 16 752	+ 9 609	- 4 637	+ 2 683
Staat									
langfristig	+ 23 006	+ 8 579	+ 3 339	- 698	+ 3 252	- 328	- 2 730	+ 1 807	+ 585
kurzfristig	- 4 085	- 4 863	+ 14 218	- 17 246	+ 3 681	+ 17 079	+ 12 339	- 6 444	+ 2 098
Bundeszins									
langfristig	- 11 105	- 5 309	- 6 313	- 1 304	+ 6 057	- 12 219	- 10 944	+ 1 777	+ 4 063
kurzfristig	- 3 941	- 4 682	- 3 290	- 847	+ 244	+ 170	+ 52	+ 36	- 36
Bundeszins	- 7 164	- 626	- 3 023	- 457	+ 5 813	- 12 389	- 10 995	+ 1 741	+ 4 099
Bundeszins	+ 84 369	+ 110 857	+ 79 834	+ 1 048	- 886	+ 48 754	+ 91 685	- 48 333	+ 22 527
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 239 418	+ 257 693	+ 275 748	+ 72 061	+ 54 979	+ 81 392	+ 38 781	+ 26 034	+ 18 328

¹⁾ Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). ²⁾ Einschl. Genussscheine. ³⁾ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁴⁾ Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁵⁾ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. ⁶⁾ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. ⁷⁾ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ⁸⁾ Ohne Bundesbank. ⁹⁾ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank ^{o)}

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva ^{3) 4)}	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen					
	insgesamt	insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapieranlagen ²⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 278	37 670
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 731	397 719
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	675 253	467 592
2015 Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	444 698	318 549
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	440 941	340 345
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	462 513	311 915
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	468 506	318 187
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	482 764	330 555
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	473 104	334 867
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	489 464	349 871
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 790	31 962	621 617	609 190	44 491	492 119	345 256
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	495 580	360 687
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	501 620	383 267
Juni	922 232	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	44 106	518 491	403 741
Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	518 946	385 099
Aug.	918 692	183 951	128 171	14 685	6 642	34 452	689 906	677 479	44 834	525 347	393 345
Sept.	957 860	183 796	128 795	14 657	6 605	33 738	728 554	715 738	45 510	549 909	407 951
Okt.	947 718	181 623	126 245	14 708	6 631	34 039	720 795	708 029	45 300	543 001	404 717
Nov.	991 108	177 348	121 032	14 917	6 572	34 826	766 905	754 057	46 855	552 565	438 543
Dez.	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 731	397 719
2017 Jan.	1 034 804	177 256	121 656	14 806	6 523	34 270	809 862	795 621	47 687	577 969	456 835
Febr.	1 060 894	184 666	128 507	14 976	6 248	34 935	828 264	814 375	47 964	609 255	451 639
März	1 075 039	181 898	126 158	14 886	6 183	34 671	843 892	829 751	49 249	623 579	451 460
April	1 089 144	180 726	126 011	14 697	6 055	33 963	858 281	843 439	50 137	601 538	487 606
Mai	1 098 879	175 958	122 486	14 459	5 907	33 107	871 724	857 272	51 197	601 130	497 749
Juni	1 098 880	171 295	118 235	14 349	5 695	33 016	875 312	860 764	52 273	623 941	474 939
Juli	1 092 769	169 735	117 330	14 124	5 531	32 750	871 752	856 510	51 282	614 300	478 469
Aug.	1 089 883	171 044	119 770	14 071	5 530	31 673	867 696	852 511	51 143	623 104	466 780
Sept.	1 115 200	169 937	118 208	14 089	5 471	32 169	894 441	878 888	50 821	622 729	492 470
Okt.	1 085 916	172 047	118 569	14 208	5 446	33 824	862 772	848 443	51 097	605 438	480 477
Nov.	1 091 832	169 539	117 208	14 069	5 168	33 094	869 988	855 548	52 305	582 362	509 470
Dez.	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	675 253	467 592
2018 Jan.	1 114 634	164 944	117 008	13 776	4 166	29 994	896 525	882 043	53 165	622 756	491 878
Febr.	1 147 979	166 370	117 138	13 949	4 138	31 146	928 275	913 989	53 333	645 473	502 506
März	1 157 102	165 830	116 630	13 906	4 114	31 181	937 348	923 466	53 924	690 609	466 493

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. ¹ Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der je-

weiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. ² In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. ³ Einschließlich Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. ⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. ⁵ Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland ^{*)}

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2014	835 476	280 176	555 301	365 738	189 562	174 764	14 798	963 495	154 960	808 534	639 186	169 348	102 535	66 813
2015	875 758	264 291	611 467	415 697	195 770	181 271	14 499	1 018 333	152 109	866 224	681 923	184 301	112 677	71 625
2016	870 375	243 728	626 646	416 534	210 112	195 934	14 179	1 045 869	131 535	914 333	717 688	196 646	124 059	72 587
2017	879 462	216 300	663 162	438 824	224 338	210 673	13 666	1 073 004	136 001	937 003	738 896	198 107	129 693	68 413
2017 Sept.	878 860	218 617	660 243	442 823	217 419	203 673	13 746	1 053 405	122 642	930 763	734 568	196 195	123 425	72 771
Okt.	887 915	219 737	668 178	450 974	217 204	203 124	14 080	1 056 509	121 789	934 721	738 113	196 608	122 555	74 053
Nov.	895 596	225 367	670 229	448 628	221 601	207 354	14 247	1 071 330	127 385	943 945	746 594	197 351	124 782	72 569
Dez.	879 462	216 300	663 162	438 824	224 338	210 673	13 666	1 073 004	136 001	937 003	738 896	198 107	129 693	68 413
2018 Jan.	882 690	224 986	657 704	436 357	221 347	207 523	13 824	1 070 728	130 675	940 053	745 611	194 443	124 933	69 509
Febr.	886 140	224 676	661 464	437 451	224 013	210 126	13 887	1 080 254	128 268	951 985	754 702	197 283	127 076	70 207
Industrieländer ¹⁾														
2014	735 152	275 277	459 876	330 740	129 136	116 037	13 099	872 950	153 807	719 142	598 249	120 894	85 432	35 461
2015	767 018	260 389	506 629	373 705	132 924	119 877	13 047	918 524	147 252	771 272	644 228	127 044	91 130	35 914
2016	754 210	239 866	514 344	374 776	139 568	126 889	12 679	943 314	127 540	815 774	682 238	133 536	96 378	37 158
2017	761 078	212 247	548 830	396 409	152 422	140 229	12 193	969 214	129 153	840 060	701 848	138 212	104 583	33 629
2017 Sept.	763 512	214 609	548 904	401 208	147 696	135 578	12 118	952 105	113 255	838 849	701 999	136 850	100 555	36 295
Okt.	771 712	215 632	556 080	408 804	147 276	134 761	12 515	954 526	112 546	841 980	705 013	136 967	100 178	36 790
Nov.	780 165	221 397	558 768	406 516	152 252	139 657	12 594	968 879	118 802	850 077	710 547	139 530	103 354	36 176
Dez.	761 078	212 247	548 830	396 409	152 422	140 229	12 193	969 214	129 153	840 060	701 848	138 212	104 583	33 629
2018 Jan.	765 019	220 912	544 107	393 460	150 647	138 449	12 198	964 879	121 947	842 932	706 863	136 068	101 612	34 456
Febr.	767 014	220 527	546 487	394 416	152 071	139 803	12 268	975 737	121 113	854 624	717 069	137 555	102 859	34 696
EU-Länder ¹⁾														
2014	618 804	260 133	358 671	266 920	91 752	81 141	10 611	727 491	139 209	588 282	504 292	83 989	56 842	27 147
2015	630 450	242 362	388 088	293 629	94 459	83 964	10 495	751 636	136 375	615 261	530 824	84 437	58 686	25 751
2016	611 322	221 947	389 375	292 074	97 300	87 283	10 017	767 040	117 466	649 573	561 444	88 129	61 234	26 895
2017	605 152	192 336	412 815	305 890	106 925	97 037	9 889	796 346	112 898	683 448	587 325	96 123	71 906	24 217
2017 Sept.	604 502	194 643	409 859	305 823	104 036	94 232	9 804	778 826	101 304	677 522	582 791	94 732	68 693	26 039
Okt.	609 634	194 952	414 683	310 322	104 360	94 203	10 158	779 998	100 721	679 277	584 608	94 669	68 381	26 288
Nov.	619 085	200 916	418 169	310 296	107 873	97 628	10 245	790 066	103 019	687 047	589 805	97 242	71 016	26 226
Dez.	605 152	192 336	412 815	305 890	106 925	97 037	9 889	796 346	112 898	683 448	587 325	96 123	71 906	24 217
2018 Jan.	610 859	200 779	410 080	303 634	106 446	96 482	9 964	794 165	106 244	687 921	593 084	94 837	70 119	24 718
Febr.	614 115	199 996	414 119	305 292	108 827	98 879	9 948	804 780	105 558	699 222	601 625	97 596	72 647	24 949
darunter: Euroraum ²⁾														
2014	457 077	204 589	252 488	194 201	58 288	52 067	6 221	607 716	107 561	500 155	445 643	54 513	37 580	16 933
2015	468 303	195 218	273 085	211 614	61 471	54 892	6 579	605 579	94 369	511 210	458 386	52 824	38 178	14 646
2016	449 741	169 681	280 060	215 560	64 500	57 774	6 726	614 469	77 067	537 402	481 462	55 940	41 076	14 864
2017	451 112	148 460	302 652	230 442	72 211	64 753	7 458	634 898	74 496	560 402	495 566	64 836	50 038	14 798
2017 Sept.	442 554	147 862	294 693	226 364	68 328	60 954	7 374	626 455	64 238	562 217	500 236	61 981	46 863	15 118
Okt.	449 504	150 417	299 087	230 136	68 952	61 349	7 603	630 901	65 760	565 141	502 337	62 804	47 417	15 386
Nov.	456 305	152 788	303 518	231 960	71 557	63 876	7 681	638 867	67 515	571 352	506 294	65 058	49 685	15 374
Dez.	451 112	148 460	302 652	230 442	72 211	64 753	7 458	634 898	74 496	560 402	495 566	64 836	50 038	14 798
2018 Jan.	451 513	155 370	296 143	225 480	70 664	63 141	7 522	634 999	68 044	566 956	505 298	61 658	46 464	15 194
Febr.	451 065	151 629	299 435	227 750	71 686	64 159	7 527	642 882	68 127	574 755	511 456	63 299	47 982	15 317
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2014	100 274	4 849	95 425	34 998	60 427	58 728	1 699	90 545	1 153	89 392	40 937	48 455	17 103	31 352
2015	107 753	3 094	104 659	41 992	62 667	61 215	1 452	95 639	886	94 752	37 495	57 257	21 547	35 711
2016	114 754	2 616	112 138	41 742	70 396	68 896	1 500	99 412	1 069	98 342	35 250	63 093	27 681	35 412
2017	116 755	2 619	114 136	42 373	71 764	70 291	1 472	97 759	1 110	96 650	36 848	59 802	25 110	34 692
2017 Sept.	113 812	2 699	111 113	41 573	69 540	67 913	1 628	92 774	1 181	91 593	32 369	59 224	22 831	36 393
Okt.	114 564	2 695	111 869	42 126	69 743	68 178	1 565	93 578	1 136	92 441	32 900	59 541	22 340	37 201
Nov.	113 812	2 553	111 259	42 069	69 190	67 537	1 652	94 707	1 138	93 568	35 847	57 721	21 390	36 331
Dez.	116 755	2 619	114 136	42 373	71 764	70 291	1 472	97 759	1 110	96 650	36 848	59 802	25 110	34 692
2018 Jan.	115 931	2 539	113 391	42 830	70 561	68 935	1 626	97 894	1 091	96 803	38 548	58 256	23 291	34 965
Febr.	117 335	2 618	114 717	42 908	71 809	70 190	1 620	98 141	1 067	97 074	37 434	59 640	24 186	35 454

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleich-

bar. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2016 Dez.	1,4356	7,2983	7,4362	122,39	1,4070	9,0252	9,7095	1,0750	1,0543	0,84441
2017 Jan.	1,4252	7,3189	7,4355	122,14	1,4032	8,9990	9,5110	1,0714	1,0614	0,86100
Febr.	1,3886	7,3143	7,4348	120,17	1,3942	8,8603	9,4762	1,0660	1,0643	0,85273
März	1,4018	7,3692	7,4356	120,68	1,4306	9,0919	9,5279	1,0706	1,0685	0,86560
April	1,4241	7,3892	7,4376	118,29	1,4408	9,1993	9,5941	1,0727	1,0723	0,84824
Mai	1,4878	7,6130	7,4400	124,09	1,5041	9,4001	9,7097	1,0904	1,1058	0,85554
Juni	1,4861	7,6459	7,4376	124,58	1,4941	9,4992	9,7538	1,0874	1,1229	0,87724
Juli	1,4772	7,7965	7,4366	129,48	1,4641	9,3988	9,5892	1,1059	1,1511	0,88617
Aug.	1,4919	7,8760	7,4379	129,70	1,4889	9,3201	9,5485	1,1398	1,1807	0,91121
Sept.	1,4946	7,8257	7,4401	131,92	1,4639	9,3275	9,5334	1,1470	1,1915	0,89470
Okt.	1,5099	7,7890	7,4429	132,76	1,4801	9,3976	9,6138	1,1546	1,1756	0,89071
Nov.	1,5395	7,7723	7,4420	132,39	1,4978	9,6082	9,8479	1,1640	1,1738	0,88795
Dez.	1,5486	7,8073	7,4433	133,64	1,5108	9,8412	9,9370	1,1689	1,1836	0,88265
2018 Jan.	1,5340	7,8398	7,4455	135,25	1,5167	9,6464	9,8200	1,1723	1,2200	0,88331
Febr.	1,5684	7,8068	7,4457	133,29	1,5526	9,6712	9,9384	1,1542	1,2348	0,88396
März	1,5889	7,7982	7,4490	130,86	1,5943	9,5848	10,1608	1,1685	1,2336	0,88287

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

11. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft											
	EWK-19 1)				EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtumsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes					
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)			37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)			
							insgesamt	Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder							
1999	96,3	96,1	96,1	95,9	96,5	95,8	97,9	99,5	95,8	97,6	98,2	98,0	97,7			
2000	87,2	86,7	86,1	85,3	88,0	85,9	91,8	97,3	85,2	90,8	93,0	92,0	90,9			
2001	87,8	87,1	86,5	86,0	90,6	86,9	91,6	96,4	86,0	90,1	93,0	91,4	90,8			
2002	90,1	90,2	89,5	89,3	95,2	90,5	92,2	95,4	88,4	90,6	93,5	91,9	91,7			
2003	100,7	101,2	100,4	100,4	107,1	101,4	95,5	94,5	97,4	94,7	97,0	96,5	96,7			
2004	104,6	104,9	103,1	103,7	111,7	105,0	95,8	93,2	99,8	94,9	98,4	98,0	98,3			
2005	102,9	103,4	100,9	101,7	109,6	102,4	94,6	91,9	98,9	92,8	98,4	96,9	96,5			
2006	102,8	103,3	100,1	100,4	109,6	101,7	93,3	90,3	98,2	91,0	98,5	96,4	95,8			
2007	106,1	106,0	101,8	102,5	113,0	103,6	94,2	89,5	102,0	91,2	100,7	97,8	96,9			
2008	109,3	108,1	103,1	105,7	117,1	105,5	94,3	88,0	105,1	90,3	102,1	97,7	97,0			
2009	110,7	108,8	104,1	110,6	120,2	106,5	94,6	88,8	104,3	90,8	101,7	97,9	97,4			
2010	103,6	101,1	95,9	102,5	111,6	97,6	92,1	88,5	98,0	87,0	98,7	93,6	91,9			
2011	103,3	100,1	93,7	101,0	112,3	97,0	91,7	88,3	97,3	86,2	98,1	92,7	91,3			
2012	97,7	94,8	88,2	94,9	107,2	92,2	89,8	88,2	92,3	83,5	95,8	89,7	88,2			
2013	101,0	97,7	90,9	97,5	111,8	95,0	92,1	88,7	97,6	85,4	98,1	91,4	90,1			
2014	101,4	97,2	91,0	98,5	114,1	95,4	92,8	89,6	97,9	86,2	98,1	91,6	90,7			
2015	91,7	87,6	82,8	88,4	105,7	p)	86,9	90,0	90,5	89,2	82,5	94,1	86,4	p)	85,8	
2016	94,4	89,5	84,9	p)	89,4	109,7	p)	89,2	90,9	91,0	83,9	94,7	87,4	p)	87,0	
2017	96,6	91,4	85,9	p)	90,1	112,0	p)	90,5	92,1	91,2	93,5	84,7	86,0	p)	87,8	
2015 Mai	91,0	87,0	81,5	87,1	103,9	85,7	89,6	90,4	88,3	81,9	94,0	86,2	85,1			
Juni	91,7	87,7			105,2	86,7					94,1	86,4	85,6			
Juli	90,7	86,6			104,2	85,7					93,7	85,8	85,0			
Aug.	92,4	88,0	83,2	88,4	107,1	88,0	90,1	90,5	89,5	82,8	94,3	86,7	86,4			
Sept.	93,2	88,9			108,7	89,2					94,5	87,1	87,1			
Okt.	93,0	88,8			108,1	88,7					94,5	87,1	86,8			
Nov.	90,5	86,3	83,2	88,0	105,0	p)	86,0	90,2	90,8	89,4	82,9	93,5	85,8	p)	85,3	
Dez.	91,9	87,5			107,1	p)	87,5				93,7	86,2	p)	85,9		
2016 Jan.	93,0	88,3			108,9	p)	88,6				93,9	86,7	p)	86,7		
Febr.	94,2	89,3	84,7	p)	89,1	110,3	p)	89,9	90,8	91,1	90,3	83,8	94,4	87,2	p)	87,1
März	93,6	88,8			109,0	p)	88,9				94,5	87,0	p)	86,7		
April	94,4	89,5			109,8	p)	89,4				94,9	87,6	p)	87,1		
Mai	94,6	89,9	85,1	p)	89,5	110,2	p)	89,9	90,9	91,1	90,6	84,1	94,7	87,7	p)	87,4
Juni	94,4	89,7			109,8	p)	89,5				94,5	87,5	p)	87,1		
Juli	94,6	89,8			109,5	p)	89,1				94,8	87,6	p)	86,9		
Aug.	94,9	90,0	85,3	p)	89,6	110,0	p)	89,4	91,0	91,1	84,1	95,0	87,6	p)	87,0	
Sept.	95,1	90,1			110,2	p)	89,6				95,1	87,8	p)	87,2		
Okt.	95,1	90,3			110,0	p)	89,4				95,4	87,9	p)	87,1		
Nov.	94,6	89,6	84,7	p)	89,2	109,6	p)	89,0	90,9	90,7	83,7	94,8	87,5	p)	86,8	
Dez.	93,7	88,9			108,6	p)	88,2				94,7	87,3	p)	86,6		
2017 Jan.	93,9	89,1			109,0	p)	88,4				94,5	87,1	p)	86,4		
Febr.	93,4	88,9	83,5	p)	88,2	108,1	p)	87,8	90,5	90,8	90,0	83,2	94,5	87,1	p)	86,2
März	94,0	89,2			108,5	p)	87,9				94,7	87,2	p)	86,2		
April	93,7	89,0			108,2	p)	87,7				94,5	87,1	p)	86,0		
Mai	95,6	90,5	84,8	p)	89,0	110,5	p)	89,3	91,6	91,4	91,9	84,2	95,4	88,0	p)	87,1
Juni	96,3	91,2			111,4	p)	90,0				95,9	88,5	p)	87,6		
Juli	97,6	92,4			113,3	p)	91,5				96,6	89,2	p)	88,6		
Aug.	99,0	93,6	87,7	p)	91,7	115,0	p)	92,8	93,2	91,4	95,9	85,8	97,2	89,8	p)	89,2
Sept.	99,0	93,6			115,0	p)	92,7				97,3	89,8	p)	89,3		
Okt.	98,6	93,1			114,8	p)	92,4				97,1	89,5	p)	89,0		
Nov.	98,5	93,0	87,5	p)	91,5	115,0	p)	92,4	93,2	91,2	96,4	85,6	97,2	89,5	p)	89,1
Dez.	98,8	93,3			115,3	p)	92,6				97,5	89,8	p)	89,3		
2018 Jan.	99,4	p)	93,9		116,1	p)	93,2				97,6	p)	89,8	p)	89,4	
Febr.	99,6	p)	93,9		117,3	p)	94,0				97,7	p)	89,9	p)	89,5	
März	99,7	p)	94,0		117,7	p)	94,2				p)	97,7	p)	89,9	p)	89,7

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2017, S. 43 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, In-

dien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentinien wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 Euro-Länder (siehe Fußnote 5) sowie Länder der EWK-19-Gruppe. 7 Euro-Länder sowie Länder der EWK-38-Gruppe (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2017 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2018 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

August 2017

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2017

September 2017

- Geldpolitische Indikatoren an der Zinsuntergrenze auf Basis von Zinsstrukturmodellen
- Distributed-Ledger-Technologien im Zahlungsverkehr und in der Wertpapierabwicklung: Potenziale und Risiken
- Die Ertragslage der deutschen Banken im Jahr 2016
- Erweiterungen der Statistik über Investmentvermögen: Neuerungen, Ergebnisse und Ausblick

Oktober 2017

- Globale Liquidität, Devisenreserven und Wechselkurse von Schwellenländern
- Zur Entwicklung des natürlichen Zinses
- Der aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess für kleinere Institute und Überlegungen zur Proportionalität
- Die neue Geldmarktstatistik des Eurosystems – Erste Ergebnisse für Deutschland
- Die neue ESZB-Versicherungsstatistik – Integrierter Meldeweg und erste Ergebnisse

November 2017

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2017

Dezember 2017

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2018 und 2019 mit einem Ausblick auf das Jahr 2020
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2016
- Unternehmensmargen in ausgewählten europäischen Ländern
- Die Finanzmarktinfrastruktur des Eurosystems – Rückblick und zukünftige Ausrichtung des Leistungsangebots

Januar 2018

- Zu den Auswirkungen der Internationalisierung deutscher Unternehmen auf die inländische Investitionstätigkeit
- Die Bedeutung von Profitabilität und Eigenkapital der Banken für die Geldpolitik
- Entwicklung der Unternehmensfinanzierung im Euroraum seit der Finanz- und Wirtschaftskrise
- Die Fertigstellung von Basel III

Februar 2018

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2017/2018

März 2018

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2017
- Zur Entwicklung der Nachfrage nach Euro-Banknoten bei der Deutschen Bundesbank
- Contingent Convertible Bonds: Konzeption, Regulierung, Nutzen

April 2018

- Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung
- Das deutsche Auslandsvermögen: neue statistische Konzepte und Ergebnisse seit der Finanzkrise
- Aktuelle regulatorische Entwicklungen im Zahlungsverkehr sowie in der Wertpapier- und Derivateabwicklung
- Die Maastricht-Schulden: methodische Grundlagen sowie die Ermittlung und Entwicklung in Deutschland

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2018³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2018²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2011 bis 2016, Mai 2017³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2013 bis 2014, Mai 2017²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2017¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 36/2017
Liquidity provision as a monetary policy tool: the ECB's non-standard measures after the financial crisis
- 37/2017
A stress test framework for the German residential mortgage market – methodology and application
- 38/2017
Changes in education, wage inequality and working hours over time
- 39/2017
Appropriate monetary policy and forecast disagreement at the FOMC
- 01/2018
An analysis of non-traditional activities at German savings banks – Does the type of fee and commission income matter?
- 02/2018
Mixed frequency models with MA components
- 03/2018
On the cyclical properties of Hamilton's regression filter
- 04/2018
Financial cycles in euro area economies: a cross-country perspective
- 05/2018
Global liquidity and exchange market pressure in emerging market economies
- 06/2018
Banks' equity stakes and lending: evidence from a tax reform

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
Weitere Anmerkungen siehe S. 88•.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.